



Landtag von Baden-Württemberg

84. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 17. Februar 2005 • Haus des Landtags

Beginn: 9:36 Uhr

Schluss: 19:53 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	5955	Abg. Inge Utzt SPD	5980
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	5955	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	5981
Erweiterung der Tagesordnung	5955	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	5982
		Staatssekretär Sieber	5983
		Beschluss	5984
1. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2005/06 (Staatshaushaltsgesetz 2005/06 – StHG 2005/06)		c) Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	
a) Einzelplan 11: Rechnungshof		Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4004	5986
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4011	5955	Abg. Wacker CDU	5986
Abg. Ursula Lazarus CDU	5955	Abg. Zeller SPD	5988, 6009
Abg. Junginger SPD	5956	Abg. Kleinmann FDP/DVP	5991
Abg. Theurer FDP/DVP	5957	Abg. Renate Rastätter GRÜNE	5995
Abg. Kretschmann GRÜNE	5958	Abg. Elke Brunnemer CDU	5998
Beschluss	5959	Abg. Christine Rudolf SPD	6000
		Ministerin Dr. Annette Schavan	6001
		Beschluss	6009
		Abg. Zeller SPD (zur Geschäftsordnung)	6010
b) Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst		d) Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium	
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4014	5959	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4007	6013
Abg. Pfisterer CDU	5959	Abg. Dr. Birk CDU	6014
Abg. Carla Bregenzer SPD	5963	Abg. Schmiedel SPD	6016, 6028
Abg. Beate Fauser FDP/DVP	5966	Abg. Hofer FDP/DVP	6019
Abg. Theresia Bauer GRÜNE	5968	Abg. Dr. Witzel GRÜNE	6022
Minister Dr. Frankenberger	5970	Abg. Veronika Netzhammer CDU	6027
Abg. Dr. Vetter CDU	5977	Minister Pfister	6030
		Beschluss	6035

e) Einzelplan 05: Justizministerium		4. Februar 2005, Az.: E.1044.2004/2 – Immunitätsaufhebung – Drucksache 13/4064	6051
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4005	6036	Abg. Sakellariou SPD	6051
Abg. Dr. Schüle CDU	6037	Abg. Herrmann CDU	6051
Abg. Stickelberger SPD	6038	Beschluss	6051
Abg. Theurer FDP/DVP	6040	Nächste Sitzung	6051
Abg. Oelmayer GRÜNE	6042	Anlage 1	
Minister Dr. Goll	6045	Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzung im Ausschuss für Umwelt und Verkehr	6052
Beschluss	6050	Anlage 2	
2. Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Justizministeriums vom		Vorschlag der Fraktion GRÜNE – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	6052

Protokoll

über die 84. Sitzung vom 17. Februar 2005

Beginn: 9:36 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 84. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Krank gemeldet ist Herr Abg. Kurz.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Köberle.

Sie finden auf Ihren Tischen eine Vorschlagsliste der Fraktion der CDU und eine Vorschlagsliste der Fraktion GRÜNE für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen (*Anlagen 1 und 2*). Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, bitte ich Sie noch um Ihre Zustimmung zur Erweiterung der Tagesordnung um einen neuen Punkt 2 wegen einer Immunitätssache. Sie sind damit einverstanden und stimmen dieser Erweiterung der Tagesordnung zu. – Kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2005/06 (Staatshaushaltsgesetz 2005/06 – StHG 2005/06)

Wir kommen zunächst zum **Buchstaben a**:

Einzelplan 11: Rechnungshof

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4011

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Dazu begrüße ich auch den Präsidenten des Rechnungshofs, Herrn Frank.

Das Präsidium hat für die Beratung dieses Einzelplans eine Gesamtrededzeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Die Berichterstatterin ist gleichzeitig die erste Rednerin in der Allgemeinen Aussprache. Ich erteile das Wort Frau Abg. Lazarus.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Organisation der Finanzkontrolle wurde in den zurückliegenden Jahren einer modernen Prüfung angepasst.

Dies habe ich aus dem Vorwort des Haushaltsplanentwurfs von Einzelplan 11 zitiert. Ebenso ist dort Folgendes zu lesen – ich zitiere noch einmal –:

Aufgrund von Änderungen in der Organisationsstruktur im Rechnungshof hat sich die Anzahl der Prüfungsabteilungen von bisher sechs seit Januar 2004 auf fünf verringert.

Ich füge hinzu, dass damit auch drei Referate abgebaut wurden.

Dies ist das Ergebnis eines Prozesses, der schon vor zehn Jahren mit der Gründung einer einheitlichen Finanzkontrolle begonnen hat und im Jahr 2000 dadurch fortgesetzt wurde, dass im Landesrechnungshof die Budgetierung auch im Personalbereich eingeführt wurde, womit der Landesrechnungshof sich selbst sozusagen zum Modellprojekt für Personalbudgetierung gemacht hat.

Wenn man die Entwicklung der Personalstellen über den gesamten Zeitraum, also über die zehn Jahre hinweg betrachtet, erkennt man ein imponierendes Ergebnis, nämlich eine Verringerung von damals, Mitte der Neunzigerjahre, 420 Stellen auf 252,5 Stellen Ende 2006. Dabei kann man wirklich nicht sagen, dass sich durch diese Personalverringering die Qualität der Arbeit verschlechtert hätte.

Im Gegenteil: Die Beiträge des Landesrechnungshofs in den jährlichen Denkschriften, mit denen sich Landesregierung und Landtag oft über Jahre hinweg befassen, bevor dann auch Erfolge messbar werden, werden immer mehr durch Beratende Äußerungen zu zentralen Themen ergänzt. Themen jüngsten Datums sind Notariatsreform, Organisation und Aufgabenerledigung der Kriminaltechnik, kostenorientierte Optimierung der Wirtschaftsförderung, Bauunterhaltung und Sanierungsbedarf der Universitätsgebäude, Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Statistikwesens, Förderung der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und anderes. Ich habe diese jüngst behandelten Themen genannt, um deren Spannweite und deren Bedeutung aufzuzeigen.

Das große Aufgabenspektrum des Rechnungshofs – neben den Beratenden Äußerungen gibt es ungefähr 1 000 Prüf-

(Ursula Lazarus)

objekte, die eigentlich regelmäßig geprüft werden sollten und auch werden – wird mit einem Haushaltsansatz von unter 20 Millionen €, nämlich exakt 18,3 Millionen € im Jahr 2005 und 18,4 Millionen € im Jahr 2006, bewältigt. Davon sind allein 96 % Personalkosten. Eingerechnet in dieses Gesamtvolumen sind die Zahlungen für 124 Pensionäre in Höhe von 5,2 Millionen €. Beide Jahresansätze liegen unter dem Ansatz des Jahres 2004 – natürlich aufgrund der weitergehenden Verringerung der Zahl der Personalstellen.

Der Anteil des Einzelplans 11 am gesamten Landeshaushalt beträgt 0,06 %, also weniger als ein Promille. Da kann man nur sagen – nach dem Sprichwort, etwas abgewandelt –: Kleine Ursache – sprich in diesem Fall: kleines Haushaltsvolumen –, große Wirkung. Dazu kommt voraussichtlich, dass sechsstellige Haushaltsreste aus dem Jahr 2004 wieder an den allgemeinen Haushalt zurückgehen. Auch im Vergleich zu anderen Bundesländern, zumindest verglichen mit den Flächenländern, ist der Landesrechnungshof von Baden-Württemberg um etwa ein Viertel günstiger.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe dies ausdrücklich nochmals hervorgehoben, weil – wie auch im Bericht zu lesen ist – im Finanzausschuss angesprochen wurde, ob sich der Landesrechnungshof solidarisch mit den Ministerien am breiteren Stellenabbauprogramm beteiligen sollte. Gesetzlich ist er dazu nicht verpflichtet, genauso wenig wie der Landtag. Eine Beteiligung des Rechnungshofs am Stellenabbauprogramm würde den Abbau von zwei Stellen pro Jahr für eine Dauer von voraussichtlich vier Jahren ausmachen.

Der Landesrechnungshof selbst – das weiß ich als Berichterstatterin – sähe nach dem von mir beschriebenen überdimensionalen Stellenabbau über zehn Jahre hinweg durch erneute Einsparungen seine Funktionalität gefährdet. Als Berichterstatterin teile ich diese Meinung. Die CDU-Fraktion ist mit mir der Auffassung, dass der Landtag und der Landesrechnungshof als kleinste Einheiten vom Haushaltsvolumen her keine weiteren freiwilligen Sparleistungen im Personalbereich zu erbringen haben.

Meine Damen, meine Herren, Rechnungshöfe haben die Rolle des unabhängigen Wächters über die Staatsfinanzen. Die Wachsamkeit der Finanzkontrolle ist eine unverzichtbare Begleitung der Parlamentsarbeit. Deshalb müssen wir auch die Basis für diese Aufgabenerfüllung schaffen.

Die CDU-Fraktion spricht Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident Frank, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Anerkennung und Dank aus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Ich erlaube mir jetzt noch eine kleine Bemerkung – man kann ja leider nicht sagen: außerhalb des Protokolls –, und zwar eine, die nicht in meinem Manuskript steht: Wir, die Sprecher zum Etat des Landesrechnungshofs, sind es sonst gewohnt, spät am Abend dazu das Rederecht zu erhalten. Dieses Mal ist es früh am Morgen

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist auch nicht
besser! – Heiterkeit)

mit bemerkenswert guter Beteiligung. Ich denke, der Landesrechnungshof ob seiner Bedeutung und wir, die Sprecher, freuen uns darüber.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Junginger.

Abg. Junginger SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident Frank! Frau Lazarus hat etwas angesprochen, was auch in meinem Konzept steht, nämlich dass es uns erstmals erlaubt ist, morgens hier in der Öffentlichkeit eine Diskussion über den Rechnungshof zu führen.

Diese Diskussion haben wir immer für außerordentlich wichtig gehalten, weil der Landesrechnungshof Aufgaben wahrnimmt, die unmittelbar zur Demokratie gehören, denn die Stärke der Demokratie zeigt sich auch darin, dass der Landesrechnungshof das Finanzcontrolling entschieden und mit Selbstbewusstsein ausübt. Dies führt selbstverständlich dazu, dass sich immer dann Konflikte ergeben, wenn, von der Sachbezogenheit abgehend, Dinge, die vorher sachlich kritisiert worden sind, auf einmal mit politischen Entscheidungen gerechtfertigt werden. Das ist ein Grund, warum auch unsere Fraktion diesem Minihaushalt – in Relation zu anderen Haushalten ist das ja eine beinahe zu vernachlässigende Größenordnung – und der Empfehlung des Finanzausschusses ausdrücklich zustimmt.

Zweitens will ich für unsere Fraktion allen Bediensteten sowohl in den Rechnungsprüfungsämtern wie auch beim Landesrechnungshof für die geleistete Arbeit und für das Engagement, das wir gerade bei den regelmäßigen Behandlungen der Themen des Rechnungshofs im Finanzausschuss immer wieder, gerade auch in der Führungstruppe, feststellen, Dank sagen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Heike Dederer
CDU und Theurer FDP/DVP)

Ich danke auch Frau Lazarus. Es ist außerordentlich positiv zu bewerten, dass sie weiteren Stelleneinsparungen, die im Programm über Jahre mit jeweils zwar nur zwei Positionen angelegt sind, die sich aber in der Aufgabenstellung gar nicht unmittelbar darstellen lassen, ein Nein entgegengesetzt hat. Denn der Rechnungshof würde dann einfach weniger prüfen, und die Frage ist, ob es irgendeinen nachvollziehbaren Grund gibt, dass von der Aufgabenstellung her in den nächsten Jahren weniger Arbeit anfiele. Das ist nach Meinung derjenigen, die bisher mit der Arbeit des Rechnungshofs näher beschäftigt waren, mit Sicherheit nicht der Fall. Vielmehr kommen neue Herausforderungen auf den Rechnungshof zu, sowohl wegen der europäischen Vorgaben, zu denen ja mittlerweile über die Zusammenarbeit in einem Verband der notwendige Informationsaustausch gegeben ist, da es kaum Verwaltungshandeln gibt, das nicht auch einen europarechtlichen Bezug hat, als auch in der Frage der Abgleichung der Erfahrungen der verschiedenen Landesrechnungshöfe. Da möchte ich außerordentlich positiv die betreffende Arbeitsgemeinschaft bewerten, die den

(Junginger)

Austausch der Ergebnisse zum Anlass nimmt, auch in den Ländern, die sich mit den Themen noch nicht konkret befasst haben, die wichtigen Informationen aufzunehmen.

Ein Phänomen ist der Landesrechnungshof auch insoweit, als er mit seiner Budgetierung Ergebnisse vorzuweisen hat, mit denen er sich einerseits die Möglichkeit, selbst zu gestalten, geschaffen hat und andererseits wieder Beträge in den allgemeinen Haushalt zurückführt. Diese Leistungen in den letzten Jahren sind beachtlich. Sie schlagen sich in Hunderttausenden von Euro nieder.

Ein weiteres wichtiges Thema ist, dass wir in den Denkschriften jeweils auch schonungslose Worte zur Frage der Schuldenentwicklung in den Landesfinanzen lesen. Dort ist – etwas, was hier sonst in der politischen Kontroverse leicht zur Seite geschoben oder wobei auf andere Ursachen aufmerksam gemacht wird – in aller Deutlichkeit nachzulesen, wie sich in den letzten Jahren die Verschuldung entwickelt hat und dass es eine gemeinsame Herausforderung ist, diese Entwicklung zu stoppen und umzukehren, und zwar im Rahmen der Landesverantwortung. Auch dafür unser besonderer Dank, dass wir dort deutliche Worte lesen, unabhängig von der Parteizugehörigkeit führender Mitarbeiter, die wirklich das Land so beschreiben, wie es aus der finanzwirtschaftlichen, aus der betriebswirtschaftlichen Perspektive gesehen werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Der Rechnungshof hat zunehmend auch Beratungsaufgaben übernommen. Was wir dort lesen, ist eine wesentliche Politikhilfe. Der beste Gehilfe der Opposition ist auch die erfolgreiche Arbeit des Rechnungshofs. Wenn, wie wir in den Denkschriftbeiträgen und bei der Nacharbeit sehen, manche Dinge nur aus politischen Erwägungen heraus aufrechterhalten werden, die aus betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten keinerlei Rechtfertigung mehr haben, dann ist es sehr schön, dass der Rechnungshof mit Selbstbewusstsein die Dinge neutral und objektiv bewertet.

Wir sagen für die weitere Arbeit alle Unterstützung zu und sind auch bereit, aus den Denkschriften heraus in den Politikfeldern etwas zu lernen. Manchmal werden Zusammenhänge aufgezeigt, die von der Politik vorher nicht aus sich heraus so wahrgenommen wurden. Auch dafür danken wir. Wenn es den Rechnungshof nicht schon gäbe, müsste man ihn erfinden, um auch in diesem Land betriebswirtschaftliche Verantwortlichkeit, neue Verwaltungsstrukturen und neue Reformideen in die Diskussion einzuführen.

Unser Dank gilt Ihnen, Herr Präsident Frank, Ihren Mitarbeitern und allen Beschäftigten im Bereich der Rechnungsprüfung. Wir wünschen uns, dass Ihre Zuständigkeiten erweitert werden – das alte Thema Landesstiftung. Es gibt jetzt neue Strukturen, bei denen wir uns auch wünschen, dass der Rechnungshof in die Lage versetzt würde, dieselbe Elle anzulegen, die für die allgemeine staatliche Verwaltung gilt. Vielleicht, Frau Kollegin Lazarus, kommen wir irgendwann doch dazu, die Befugnisse des Rechnungshofs zu erweitern, denn es täte der Finanzsituation dieses Landes gut.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Von der Berichterstatterin Lazarus haben wir die Rahmendaten zum Haushalt des Rechnungshofs gehört; aus den Äußerungen des Kollegen von der SPD haben wir entnehmen können, dass CDU und SPD bei dieser Frage eigentlich eng beieinander sind. Ich denke, es gilt für alle Fraktionen dieses hohen Hauses, dass die Bedeutung des Rechnungshofs von niemandem in Frage gestellt wird.

(Abg. Junginger SPD: Da bin ich aber beruhigt!)

Im Gegenteil: In Zeiten knapper Kassen ist der Rechnungshof so wertvoll wie nie zuvor. Deshalb, Frau Kollegin Lazarus, ist auch der Vorhalt, der zum Teil aus dem Parlament, aber auch aus der Regierung geäußert wurde, dass der Rechnungshof, der Einsparungen anmahnt, auch bei sich selbst einsparen muss, ernst zu nehmen, und der Haushalt zeigt, dass der Rechnungshof große Bemühungen angestellt hat, um bei sich selbst im eigenen Haushalt zu sparen.

Aber das hat natürlich Grenzen; das habe ich im Finanzausschuss auch nachgefragt. Es ist ja genau umgekehrt: Sollte es den Ministerien nicht gelingen, verstärkt Vorschläge zu bringen, wie sie ihre Etats ausgleichen können, müsste man den Rechnungshof personell sogar noch verstärken, weil der Rechnungshof für uns als Finanzpolitiker dieses hohen Hauses das entscheidende Instrument ist, um Informationen über die Frage zu erlangen, ob das Regierungshandeln wirtschaftlich ist oder nicht.

Deshalb stellt sich die Frage, ob man beim Rechnungshof unbegrenzt weiter Personal abbauen kann. Ich darf das für die FDP/DVP-Fraktion klar verneinen. Wir sind dankbar, dass der Rechnungshof Einsparungen vorgenommen hat, und finden das auch gut und richtig, aber wir sind der Meinung, dass man das nicht unbegrenzt weiterführen kann, weil wir den Rechnungshof als wichtiges Instrument zur Beratung des Parlaments brauchen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Junginger SPD)

Insofern möchte ich den Rechnungshof ermutigen, in Zukunft weiterhin das Regierungshandeln und das Verwaltungshandeln zu durchleuchten und Zahlen zu generieren, die wir als verantwortliche Politiker im Landtag dann bewerten können.

Richtig ist, dass wir viele wichtige Hinweise bekommen haben – auch darin sind wir uns über die Fraktionen hinweg einig –, wo gespart werden kann. Dass Vorschläge im Einzelfall vielleicht nicht Wort für Wort umgesetzt werden, dass die Fragen mit den Ministerien diskutiert werden und noch eine politische Wertung vorgenommen wird, ob es so, wie es der Rechnungshof vorgeschlagen hat, auch wirklich umgesetzt wird, ist für mich das Normalste der Welt. Damit muss der Rechnungshof natürlich auch leben, denn die politische Entscheidung kann und soll uns niemand abnehmen. Wir als FDP/DVP-Fraktion wollen auch nicht, dass uns das

(Theurer)

jemand abnimmt, sondern diese Dinge müssen hier politisch entschieden werden.

Aber ich darf noch einmal unterstreichen, dass ich es gut und richtig finde, dass der Rechnungshof hier tätig ist, und zwar nicht nur im Nachhinein prüfend, sondern auch im Voraus beratend, und dass er zunehmend zu dieser beratenden Tätigkeit übergeht. Deshalb auch vonseiten der FDP/DVP-Landtagsfraktion ein uneingeschränktes Lob für die Arbeit des Rechnungshofs, verbunden mit einem Dank an Sie, Herr Frank, und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Lassen Sie uns gemeinsam noch mehr Grips verwenden auf die Frage: Wie kann man diesen Landeshaushalt sanieren?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Da sind wir aber gespannt!)

Wenn die Einnahmesituation weiterhin so schlecht bleibt wie jetzt, müssen wir zu neuen Instrumenten greifen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Neuen Grips!)

Ich bin der Meinung, dass wir mit dem Rechnungshof in eine Diskussion eintreten müssen, wie man von den neuen Steuerungsinstrumenten zu einer neuen Steuerung kommt.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr!)

Sie haben sich zu dem einen oder anderen Teil dieses Projekts kritisch geäußert, aber ich bin fest davon überzeugt, dass nur in der dezentralen Ressourcenverantwortung, in der Delegation von Verantwortung von oben nach unten Wirtschaftlichkeitsreserven dieser Landesverwaltung erschlossen werden können. Mir ist es wichtig, dass wir von der Einführung von neuen Steuerungsinstrumenten tatsächlich zu einer neuen betriebswirtschaftlichen Steuerung der Landesverwaltung kommen. Das war der FDP immer ein wichtiges Anliegen, und ich bin gespannt –

(Abg. Capezzuto SPD: Nur der FDP?)

– Ich spreche nur für die FDP/DVP-Fraktion. Aber ich hoffe, dass die anderen Fraktionen unserem Vorschlag folgen werden. Ich hoffe, dass der Rechnungshof 2005 in diesem Bereich Initiativen ergreift, damit es uns gelingen möge, weitere Wirtschaftlichkeitsreserven in unserem Regierungshandeln und in unserer Verwaltung zu heben, um damit einen nachhaltigen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts zu leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Fast hätten wir geklatscht!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Arbeit des Rechnungshofs war schon immer sehr wertvoll, aber noch nie war sie so wertvoll

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wie heute!)

wie heute.

(Abg. Capezzuto SPD: Klosterfrau Melisengeist!)

Es geht um tief greifende Veränderungen im staatlichen Handeln. Denn wenn wir die strukturelle Überschuldung des Landeshaushalts Schritt für Schritt reduzieren wollen und eine Kurskorrektur zu einer nachhaltigen Finanzpolitik einleiten wollen, dann reicht dazu Kosmetik nicht aus.

Der Rechnungshof hat schon in den vergangenen Jahren oft und eindringlich gemahnt, dass die Landesschulden aus dem Ruder laufen. Er hat auf die bedrohliche Entwicklung der Pensionsverpflichtungen hingewiesen, und er hat darauf gedrängt, aus den Schattenhaushalten wie der berühmtesten Gesellschaft zur Finanzierung öffentlicher Vorhaben auszusteigen – um nur einige Beispiele zu nennen. Ich finde es sehr wohltuend, dass der Rechnungshof dabei vom Nachrechnen und Nachprüfen immer mehr zum Vorausrechnen und Vorausdenken übergegangen ist.

Die Denkschriften lesen sich denn auch zunehmend wie ein Beratungshandbuch für eine bessere Verwaltungspraxis, und ich meine, die Landesregierung, die Ressorts könnten noch mehr davon profitieren, wenn die Recherchen und Ratschläge des Rechnungshofs aktiver und mit dem Willen zur Veränderung statt zur Beharrung aufgegriffen würden.

Allerdings wissen wir, dass Appelle wenig bewirken, und der erhobene Zeigefinger kann bei der Verwaltung und den Mitarbeitern keine wirkliche Motivation zur Veränderung auslösen. Viel effektiver wäre es meines Erachtens, wenn vorbildliches Verwaltungshandeln, pfiffige Ideen, wirtschaftliches und strategisches Denken hervorgehoben, publiziert und ausgezeichnet würden. Ich möchte deswegen an dieser Stelle anregen, dass wir als Landtag, alle Fraktionen, gemeinsam mit dem Rechnungshof eine Auszeichnung für innovatives Verwaltungshandeln ausschreiben und verleihen. Warum soll es einen solchen Innovationspreis nur in der Wirtschaft und nicht auch in der Landesverwaltung geben?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Theurer FDP/DVP: Gibt es doch schon!)

Ich glaube, dass man mit einer solchen Auszeichnung positiv einiges in Bewegung bringen könnte, nicht nur was die Motivation der Verwaltung betrifft, sondern auch in der öffentlichen Diskussion und der öffentlichen Wahrnehmung staatlicher Aufgabenerfüllung.

Ich sage dies aus der Überzeugung heraus, dass wir beim Staat nicht nur sparen müssen, sondern auch aktivieren müssen. Wir müssen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Bündnispartner für die Verwaltung der Zukunft gewinnen. Die Mitarbeiter sind die wichtigste Ressource für eine gesetzestreue Verwaltung. Wenn das Parlament und die Gesetze das Rückgrat der Demokratie darstellen, dann ist die Verwaltung so etwas wie die Hand der Demokratie.

Ich meine, der Rechnungshof gibt für ein solch innovatives Verwaltungshandeln schon bisher zahlreiche Anregungen und Impulse. Ich möchte deswegen mit einem Dank an Prä-

(Kretschmann)

sident Frank sowie an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechnungshofs schließen. Ihre Arbeit ist wichtig, und sie wird für unser Land und für die Zukunft der staatlichen Aufgabenerfüllung immer wichtiger. Wir wünschen Ihnen weiterhin viel Kraft und Ideen, um die Kontrolle durch uns zu begleiten.

(Zuruf des Abg. Dr. Schüle CDU)

Wir haben Sie weiterhin gern als wichtigsten Bündnispartner bei der Kontrolle der Regierung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 11 – Rechnungshof. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/4011. Dazu liegen keine Änderungsanträge vor.

Ich rufe auf

Kapitel 1101

Rechnungshof

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Kapitel 1101 ist einstimmig zugestimmt.

Kapitel 1102

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Einstimmig zugestimmt.

Kapitel 1103

Staatliche Rechnungsprüfungsämter

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Auch dem Kapitel 1103 ist einstimmig zugestimmt.

Damit ist die Zweite Beratung des Einzelplans 11 abgeschlossen.

Wir kommen zu **Buchstabe b des Punktes 1** der Tagesordnung:

Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4014

Berichterstatter für den Hochschul- und Forschungsbereich: Abg. Theurer

Berichterstatter für den Kunstbereich: Abg. Reichardt

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – eine Gesamtrededzeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünschen die Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Dann erteile ich Herrn Abg. Pfisterer das Wort.

Abg. Pfisterer CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wissenschaft und Forschung haben in unserem Land Baden-Württemberg eine ganz herausragende Bedeutung; sie sind ein zentraler Standortfaktor. Baden-Württemberg ist das Hochschulland Nummer 1. Wir haben herausragende Hochschulen, Berufsakademien und Forschungseinrichtungen. Heute konnten wir der Presse entnehmen: Vier baden-württembergische Universitäten – Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg und Tübingen – befinden sich in der Spitzengruppe unter den insgesamt besten elf deutschen Universitäten nach dem Forschungsranking des Centrums für Hochschulentwicklung. Das ist eine ganz klare Bestätigung unserer Arbeit. Wer auch immer bisher ein Ranking durchgeführt hat – ob in Deutschland oder im Ausland –, unsere Hochschulen haben dabei stets ausgezeichnet abgeschnitten. Ein Beispiel dafür habe ich gerade vorgetragen.

Einer Diskussion über Eliteuniversitäten müssen wir nicht ausweichen. Unsere Universitäten zählen eindeutig zur Elite. Dies spricht für sich, dies spricht für unsere erfolgreiche und in die Zukunft gerichtete Politik in Baden-Württemberg im Bereich Wissenschaft, Forschung und Kunst.

(Dem Redner wird ein Glas Wasser bereitgestellt.)

– Ich bedanke mich. Heute Morgen ist meine Stimme durch eine Grippe etwas angeschlagen. Aber das ist gegenwärtig überall normal.

Meine Damen und Herren, der Bericht des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zeigt klar und deutlich, dass auf diesem Gebiet eine überzeugende Arbeit geleistet worden ist. Ich möchte aus diesem Grund auch unserem Minister Peter Frankenberg meinen herzlichen Dank aussprechen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Seit dem Jahr 2001 ist Professor Frankenberg als Minister für den Bereich Wissenschaft, Forschung und Kunst zuständig, und er hat hier eine glänzende Arbeit für unser Land geleistet.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

In diesen Dank schließe ich Herrn Staatssekretär Michael Sieber, Herrn Ministerialdirigenten Wolfgang Fröhlich und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses ein, die diese Arbeit leisten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zur amerikanischen Politik hat Benjamin Franklin einmal gesagt: „Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen.“ Dies ist ebenfalls das Motto unserer Forschungs- und Wissenschaftspolitik. Die Förderung von Wissenschaft und Forschung ist eine zentrale Aufgabe, die für die baden-württembergische Regierung höchste Priorität hat. Dies ist auch im Haushalt für

(Pfisterer)

die Jahre 2005/2006 der Fall, in dem wir einen stabil hohen Anteil des Einzelplans 14 ausweisen. Dieser Anteil steigt von 10,6 % im Jahre 2004 auf 10,8 % im Jahre 2005 und auf 10,7 % im Jahre 2006; wir haben also eine Steigerung.

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Toll!)

Unser erklärtes Ziel ist es, die hohe Qualität unserer Hochschulen und der Berufsakademien nicht nur zu erhalten, sondern sogar auszubauen. Dies wollen wir nicht nur tun, sondern dies müssen wir tun, um im weltweiten Wettbewerb um die besten Studenten, Professoren und Forscher konkurrenzfähig zu bleiben.

Richtigerweise weist Minister Dr. Frankenberg in seinem Bericht darauf hin, dass dieses Ziel allerdings im Konflikt mit enormen Sparzwängen steht. Wir wissen alle, wie diese den Landeshaushalt belasten. Der ehemalige Oberbürgermeister von Stuttgart, Manfred Rommel, hat einmal gesagt: „Wenn man Geld nicht ausgibt, das man nicht hat, nennt man das Realismus.“

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Schwabe?)

– Ja, er ist ein Schwabe.

Realismus und Fakt ist: Der Regierungsentwurf hatte die Aufgabe, bei einem Haushaltsvolumen von 30,95 Milliarden € im Jahre 2005 und 31,74 Milliarden € im Jahre 2006 Finanzierungslücken von 3,5 bzw. 3,7 Milliarden € zu schließen. Diese Lücke war bereits in den Vorjahren vorhanden, weil die Steuereinnahmen weiterhin stagnieren.

Ich kann und will es der rot-grünen Opposition in diesem Hause nicht ersparen, hier noch einmal Ross und Reiter zu nennen, die für diesen Niedergang verantwortlich sind.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ross und Reiter!)

Wir leiden unter anderem darunter, dass die rot-grüne Regierung im Bund nicht in der Lage ist, eine zukunftsweisende Politik zu machen. Sie bewegt im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik im Moment nichts, sie hat über 5 Millionen Arbeitslose zu verantworten, irrt planlos umher und ist auf der Suche nach dem Stein des Weisen.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD – Abg. Schmiedel SPD: Mehr Leidenschaft in Ihrer Rede! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Etwas mehr Ruhe und Gelassenheit! Meine Damen und Herren, Sie hören halt den Vorwurf, den Sie abstreiten. Fakt ist nun einmal, dass Rot-Grün mit dem Vorwurf leben muss, dass sie arm und arbeitslos machen. Vor Jahren haben sie gesagt, wohin sie wollen.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Heute stehen sie weit von den damals genannten Zahlen entfernt.

Was man von ihnen im Moment klar und deutlich bekommen kann, ist ein Visum; dies gibt es unbürokratisch.

Meine Damen und Herren, zurück nach Baden-Württemberg.

(Abg. Inge Utzt SPD: Oh ja, sehr gut!)

– Sie müssen dies erliden, weil dies Fakten sind, die auf uns Auswirkungen haben.

Seit Jahren verzeichnen wir deutlich zurückgehende Steuereinnahmen. Die Differenz zum Jahre 1999 beträgt sogar 500 Millionen €, und diese Lücken müssen geschlossen werden.

Zur Deckung der Finanzierungslücke sieht der Entwurf in den nächsten beiden Jahren eine Nettokreditaufnahme von 1,99 Milliarden € pro Jahr vor. Hinzu kommen enorme Sparauflagen bzw. der Verkauf von Grundstücken.

Meine Damen und Herren, das Haushaltsvolumen des Einzelplans 14 beläuft sich im Jahre 2005 auf 2,964 Milliarden €, im Jahre 2006 auf 2,994 Milliarden €. Eine Steigerung ist hier eindeutig vorhanden. Aber trotzdem muss gespart werden. Aus diesem Grunde habe ich die wesentlichen Daten angesprochen.

Auch der Bereich Wissenschaft und Forschung hat seinen Beitrag dazu geleistet. Zum Bereich Kunst wird mein Kollege Erwin Vetter zu einem späteren Zeitpunkt Stellung nehmen. In vielen Bereichen mussten Einsparungen vorgenommen werden. Das Ministerium hat sich bemüht, die Belastungen so gerecht und verträglich wie möglich zu verteilen. Vorbelastungen aus dem Jahre 2004 in Höhe von 80 Millionen € mussten in den Bereichen Universitäten, Fach- und Pädagogische Hochschulen, Forschung und Kunst geleistet werden. An diesem Sparen führte kein Weg vorbei.

Sparen allein reicht aber nicht aus, sondern es geht auch darum, die vorhandenen Mittel so effektiv wie möglich einzusetzen. Das Land Baden-Württemberg hat sich daher immer dafür eingesetzt, dass der Bereich Wissenschaft und Kunst ein effizientes und vor allem ein eigenverantwortliches Finanzmanagement erhält.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen Meilenstein hinweisen, den wir im letzten Jahr erarbeitet und in diesem Jahr beschlossen haben: Ich meine das Landeshochschulgesetz 2005. Wir haben es geschafft, ein Gesetz zu verabschieden, bei dem wir aus 554 Paragrafen nur 97 neue und aus vier Einzelgesetzen unter Integration des Berufsakademiegesetzes ein einziges Gesetz gemacht haben. Ein neues Landeshochschulgesetz wurde geschaffen, das zweifellos zu den modernsten Gesetzen in Baden-Württemberg und in Europa zählt.

Wir haben damit die Weichen für eine zukunftsgerichtete Hochschulfinanzierung gestellt. Diese Finanzierung besteht aus drei Säulen: Grundfinanzierung, ergänzende leistungsorientierte Hochschulfinanzierung und Finanzierung für innovative Entwicklungen. Kurzum: Es geht um mehr Eigenverantwortung und mehr Wettbewerb an den Hochschulen. Dies ist uns gelungen.

Meine Damen und Herren, in den Jahren von 1994 bis 2003 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 1,583 Milliarden € aus Privatisierungserlösen eingesetzt. Hierfür gilt es, Ministerpräsident Erwin Teufel zu danken, weil hiermit im Bereich Wissenschaft und Forschung, dem wichtigsten Bereich insgesamt, erhebliche Investitionen getätigt worden sind, die uns allen wiederum enorm nützen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

(Pfisterer)

Eines dürfte klar sein: Die technologische und wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit hängt von dem Umfang und der Geschwindigkeit ab, mit denen Investitionen in wirtschaftlichen Erfolg umgesetzt werden. Hier ist Baden-Württemberg auch wieder Spitze, denn wir belegen beim Gründungsgeschehen im Hochtechnologiebereich mit durchschnittlich 8,8 „Netto“-Existenzgründungen pro 100 000 Einwohner bundesweit einen Spitzenplatz. Es gilt darum, diese Dynamik und Wirtschaftskraft zu erhalten und weiter auszubauen.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wirtschaft und Wissenschaft müssen daher Hand in Hand arbeiten. „Miteinander die Zukunft gestalten“ heißt die Parole. So bleibt unser Land fit und wettbewerbsfähig.

Ein besonderer Anteil der staatlichen Ausgaben für die Hochschulen entfällt auf den Hochschulbau. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Zuständigkeit für den Hochschulbau vollständig auf die Länder übertragen und die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau abgeschafft wird.

Dieser unserer föderalen Struktur entsprechenden Aufgabenverteilung darf aber keine schleichende Reduzierung der für den Hochschulbau vorgesehenen Mittel durch den Bund vorangehen. Die Hochschulbaumittel für die kommenden Jahre wurden aber durch die rot-grüne Bundesregierung in Berlin gekürzt. Dies wird erhebliche negative Auswirkungen auf Sanierungen und Neubaumaßnahmen im Hochschulbereich nach sich ziehen.

Angesichts der vorgebrachten und wenig neue Ideen bringenden Oppositionsanträge stelle ich zudem fest, dass es zu dem vorgelegten Haushaltsentwurf der Regierung keine realistische Alternative gibt.

(Abg. Drexler SPD: Was heißt denn das?)

– Schauen Sie bei sich genau nach.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich noch zu einem besonders wichtigen, heiß diskutierten Thema Stellung nehmen, nämlich zur Einführung von Studiengebühren.

(Abg. Drexler SPD: Oh, jetzt wird es interessant!)

– Ja, es wird interessant. Hören Sie jetzt gut zu, Herr Drexler.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Zunächst begrüßen wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Zulassung von Studiengebühren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, sehr richtig!)

Das Bundesverfassungsgericht hat für Klarheit gesorgt. Das Verbot von Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz ist verfassungswidrig.

(Abg. Inge Utzt SPD: Das ist doch falsch!)

Der Bund hat in dieser Sache keine Gesetzgebungskompetenz. Das Urteil kam für uns nicht überraschend. Die baden-

württembergische Regierung und die CDU-Fraktion haben dies von Beginn an so gesehen. Ich danke hier speziell unserem Minister Frankenberg für sein bundesweites Engagement in diesem Bereich. Ich begrüße, dass unsere Länderkompetenz gestärkt worden ist.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Bildung und Hochschulpolitik sind und bleiben Ländersache. Deshalb ist auch das Eliteprogramm von Frau Ministerin Bulmahn abzulehnen. Rot-Grün hat keine vernünftigen Konzepte für die Verbesserung der Bildung. Man versucht lediglich, symbolische Politik mit der Geldbörse zu machen.

(Abg. Drexler SPD: Was? Was? Symbolische Politik mit der Geldbörse? Ich verstehe Sie überhaupt nicht! – Abg. Fischer SPD: Herr Pfisterer, wissen Sie überhaupt, was Sie hier vorlesen? – Abg. Drexler SPD: Reden Sie doch einmal frei!)

– Aber sicher. – Daher unterstütze ich das von Minister Frankenberg gemeinsam mit Bayern entwickelte Alternativkonzept. Nehmen wir daher lieber das Geld und entwickeln die Alternativkonzepte.

(Abg. Drexler SPD: Reden Sie doch einmal frei! Wenn man über Wissenschaft redet, kann man doch auch frei reden und muss nicht alles ablesen! Wie wäre das denn? – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Keine Aufregung! – Abg. Drexler SPD: Es wäre gut, ein bisschen freier zu reden! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Es war so gemütlich, bis du zu schreien anfingst! – Unruhe)

– Ich komme gleich darauf zurück, indem ich Sie zitiere.

Nehmen Sie lieber das Geld und geben Sie es der Deutschen Forschungsgemeinschaft, und erlauben Sie ihr damit eine Vollkostenfinanzierung.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Das müssen wir doch mit 50 % kofinanzieren!)

Meine Damen und Herren, Sie haben eines noch nicht begriffen:

(Abg. Drexler SPD: Was? Man versteht es nicht! Sprachlich!)

Elite kann man nicht von oben herunter verordnen.

(Abg. Drexler SPD: Bei Ihnen stimmt der Spruch „Wir können alles außer Hochdeutsch“! Da stimmt dieser Spruch!)

– Mein lieber Herr Drexler, Sie können nur laut sein, aber nicht inhaltlich gut.

(Abg. Drexler SPD: Oh Jesses Gott!)

Elite kann man nicht per Dekret von Berlin aus verordnen.

(Abg. Drexler SPD: Reden Sie mal weiter! Lesen Sie mal weiter Ihre Rede vor!)

(Pfisterer)

Elite muss man durch Wettbewerb entwickeln; das habe ich ja vorhin gerade gesagt, weil Sie nämlich genau hier in Baden-Württemberg sehen, warum wir gut sind.

(Abg. Drexler SPD: Aber nicht im Reden!)

– Jetzt hören Sie genau zu. Man muss Solidarität auch einfordern,

(Abg. Drexler SPD: Was? Was muss man einfordern?)

nicht nur von Stärkeren, sondern auch von denen, die unterstützt wurden und denen es dann wieder besser geht. Dies gilt allgemein. Warum sollte es zum Beispiel nicht möglich sein, von Leuten, die nach einem Studium im Beruf erfolgreich sind, rückwirkend eine Leistung für ihren gebührenfreien Besuch der Universität einzufordern?

(Abg. Wichmann SPD: Sie machen Bürokratieaufbau!)

Für mich ist eine solche Überlegung kein Schreckgespenst mehr.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Dafür gibt es Steuern!)

Damit könnte man der Gesellschaft etwas von dem zurückgeben, was man von ihr erhalten hat.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Alle Sorgen umsonst!)

Und jetzt hören Sie genau zu!

(Abg. Wichmann SPD: Da musst du noch 200 Jahre leben!)

Dies habe ich soeben zitiert, das sind nicht meine eigenen Worte.

(Abg. Inge Utzt SPD: Das merkt man!)

Das waren die Worte der SPD-Landesvorsitzenden Ute Vogt,

(Abg. Drexler SPD: Na und?)

die dies gesagt hat, und zwar gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“. Und, Herr Kollege Drexler, Sie haben einige Tage später, nämlich am 21. Oktober 2003 – hören Sie auch da zu – gesagt: „Ich halte nachlaufende Gebühren für sinnvoll, wenn das Geld tatsächlich den Hochschulen zur Verfügung steht.“

(Abg. Rust SPD: Ja, und das wird nicht passieren!)

Genau dies machen wir auch.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Ich zitiere weiter: „Ich hatte schon früher eine etwas andere Meinung als die Mehrheit meiner Kollegen. Allmählich denken meine Kollegen um.“

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist jetzt der Bereich Kunst, gell?)

Auch Frau Bauer hat zu den Studiengebühren unter anderem gesagt, es gehe nicht mehr um das Ob, sondern nur um das Wie.

(Abg. Drexler SPD: Haben Sie gestern meine Rede gehört? – Gegenruf der Abg. Carla Bregenzer SPD: Gehört vielleicht, aber nicht verstanden!)

Meine Damen und Herren, es geht nur darum, das Ganze umzusetzen – nicht nach dem Motto: „Es muss schnell gemacht werden“,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Drexler ist nicht beratungsresistent!)

sondern nach dem Motto: „Es muss gut gemacht werden.“ Es gilt daher, Qualität anstatt Zeitdruck zu erzeugen, und es geht unter anderem auch darum, uns mit anderen Ländern abzustimmen.

Ich halte die Einführung von Studiengebühren aus diesem Grunde für sinnvoll und unabdingbar, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, die da heißen: Es darf niemand von der Aufnahme eines Studiums abgehalten werden,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Drexler SPD: Machen Sie einen Vorschlag!)

die Studiengebühren müssen sozialverträglich sein, und sie müssen in Gänze den Hochschulen und den Lehrenden und Studierenden zugute kommen.

Die Vorschläge, Herr Drexler, haben wir hier oft genug schon vorgetragen.

(Abg. Drexler SPD: Wir haben doch gestern darüber debattiert!)

– Sie haben wahrscheinlich nicht zugehört, wie immer.

(Abg. Drexler SPD: Das stimmt nicht, ich habe es sehr wohl gelesen!)

Wir haben deutlich gesagt – und das haben wir immer gesagt –, nachlaufende Studiengebühren –

(Abg. Drexler SPD: Sind nicht automatisch sozial gerecht!)

500 € pro Semester, im Höchstfall also 6 000 € – sollen gezahlt werden, wenn die Betroffenen ein entsprechendes Einkommen haben. Das ist damit ganz klar und deutlich sozialverträglich.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Schwätzen Sie doch keinen Mist daher! – Weitere Zurufe und Unruhe)

– Ihre Aufregung kann ich verstehen, weil Sie keine Konzepte haben, weil Sie viele Meinungen haben, die aber nicht klar gebündelt sind.

Wir sind hier ganz klar mit einem Konzept angetreten.

(Abg. Drexler SPD: Was haben Sie denn für ein Konzept?)

(Pfisterer)

Wir werden vor der Wahl dieses Konzept noch einmal deutlich benennen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Sie haben mir nicht zugehört, das habe ich gerade eben gemerkt. Herr Drexler, bleiben Sie gelassen.

(Abg. Drexler SPD: Ich bin gelassen! Sie stellen die Haare hoch, nicht ich!)

Ich rufe Sie auf, tragen Sie weiterhin dazu bei,

(Unruhe bei der SPD – Zurufe von der SPD)

dass wir hier in Baden-Württemberg eine gute Politik machen können.

(Abg. Drexler SPD: Mein Gott! Hören Sie auf!)

Stimmen Sie unserem Haushalt zu, dann werden wir weiterhin, wie bisher, Spitze bleiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Drexler SPD: Gute Vorlesung! Nicht einmal richtig abgelesen!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bregenzer.

(Unruhe – Abg. Drexler SPD: Wer hat denn diese Rede geschrieben? Das Ministerium? Da kann man gleich den Dank vortragen! – Gegenruf des Abg. Pfisterer CDU: Ich selber, lieber Herr Kollege! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten – Abg. Drexler SPD: Sehr gut! Wir wissen doch, wie das läuft! – Abg. Fischer SPD: Das war kämpferisch!)

Abg. Carla Bregenzer SPD: Ich habe Zeit. Ich kann warten, bis der Disput beendet ist. Bitte, der Tag fängt ja gerade erst an.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist wahr!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir führen die Debatte über den Wissenschaftshaushalt für dieses und für das kommende Jahr vor dem Hintergrund des Wissens um die hohe Qualität unserer Hochschulen. Kein Ruhmesblatt dagegen ist, was der Wissenschaftsminister mit diesem Doppelhaushalt vorlegt. Unsere Hochschulen leisten in Lehre und Forschung Hervorragendes, und die nationale und internationale Anerkennung, die sie dafür erhalten, macht uns stolz. Wir danken denen, die aus den Rahmen- und den finanziellen Bedingungen jeweils das Beste machen: den Lehrenden, den Forschenden, den Verwaltungsfachleuten, dem Mittelbau, den so genannten sonstigen Beschäftigten und den Studierenden.

Statt mit Exzellenz kocht der zuständige Minister seinen Haushalt jedoch auf Sparflamme. Die baden-württembergischen Hochschulen sind im Ländervergleich zwar gut ausgestattet, sie liegen bei den öffentlichen Ausgaben für die Hochschulen aber nur auf Platz 3.

Ein so reiches Land wie Baden-Württemberg, das so exportabhängig ist, müsste bei den Investitionen in Wissenschaft und Forschung Spitze sein.

(Abg. Hauk CDU: Jawohl!)

Stattdessen muss kein anderer Einzelplan so viel bluten wie der Wissenschaftshaushalt. Das ist ein Skandal.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Während, seit Rot-Grün in Berlin regiert, trotz jährlichen Sparhaushalts das Volumen des Wissenschaftsetats um über 37 % anstieg – weit mehr, als Schwarz-Gelb jemals für die Wissenschaft übrig hatte –, stieg das Volumen des Wissenschaftsetats in Baden-Württemberg im gleichen Zeitraum um magere 12 %. Diese hat sich die Landesregierung zur Hälfte durch Erhöhung der Bundeszuweisungen wie beim BAföG und beim Hochschulbau bezahlen lassen und teilweise von den Studierenden durch Langzeitstudien- und Verwaltungsgebühren.

Besonders eklatant wirkt die Sparpolitik bei den Forschungsmitteln. Die drastisch zusammengekürzten Gelder reichen – nach Angaben des Wissenschaftsministers übrigens – fast nur zum Abwickeln bereits begonnener Vorhaben. Während Rheinland-Pfalz zusätzlich 125 Millionen € für die Forschungsförderung in den Haushalt einstellt, kürzt Baden-Württembergs Fachminister in zweistelliger Millionenhöhe, und das jedes Jahr.

Seit Herbst letzten Jahres kündigt der Noch-Ministerpräsident ein demnächst aufzulegendes gesondertes Forschungsprogramm an, finanziert aus Erlösen aus dem Verkauf der Landesanteile an der EnBW, besonders schwierig zu konstruieren, ausgeschlossen von parlamentarischer Mitsprache.

(Zuruf des Abg. Wichmann SPD)

Eine ureigene Haushaltsaufgabe wird so lange gedeichselt und gedrechselt, bis sie den Stiftungsvoraussetzungen entspricht. Keine Hochschule kann und will sich dem entziehen. Angesichts hoher Einsparauflagen hoffen alle auf den warmen Ersatzregen aus der Landesstiftung. Und ob es sich um ein Danaergeschenk handelt und die Hochschulen in drei oder fünf Jahren Folgekosten ohne zusätzliche Mittel übernehmen müssen, darüber liegt der Mantel des Schweigens.

(Abg. Pfisterer CDU: Schauen wir mal!)

Inzwischen scheint aus Erwin IV ein Oetti I zu werden.

(Abg. Wichmann SPD: Ötzi! – Abg. Pfisterer CDU: Das Geld nützt der Sache aber insgesamt! Es kommt der Forschung zugute!)

Denn in der letzten Woche vertrösteten der Fach- und der Finanzminister die nach den konkreten Forschungsprojekten fragenden Abgeordneten auf den Herbst dieses Jahres. Was sich der Noch-Ministerpräsident gern als Abschiedsgeschenk gedacht hätte, wird ihm aus der Hand genommen

(Abg. Pfisterer CDU: Das wird gemeinsam umgestaltet!)

(Carla Bregenzler)

und nun wohl zum Wahlkampfpulver des neuen Ministerpräsidenten. Das ist keine solide Wissenschaftspolitik.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Sehr gut! – Abg. Schmiedel SPD: Das ist ein Geschacher!)

Mit diesem Haushalt wird auch deutlich, wie sicher Verträge und Vereinbarungen sind. Trotz Solidarpakt haben die Universitäten in den letzten Jahren über das vereinbarte Maß hinaus Einsparungen in zweistelliger Millionenhöhe hinnehmen müssen – durch Kürzungen bei den Zentralkapiteln sowie durch eine Verlängerung der Wochen- und der Lebensarbeitszeit. Im jetzt vorliegenden Haushalt sind die Universitäten wieder mit einer globalen Minderausgabe dabei. Sie ertragen es, weil der Wissenschaftsminister wie immer allerlei Übel prognostizierte und ihnen wohl klar gemacht hat, dass es sie nach dem Auslaufen des Solidarpakts noch schlimmer treffen könnte.

Die Fachhochschulen, solidarpaktähnlich geschützt, die bereits im letzten Jahr an den Rand ihrer Handlungsmöglichkeiten gespart wurden, sind zwar vergleichsweise gnädig davongekommen, müssen aber trotzdem Kürzungen hinnehmen.

Zustimmen mussten die Pädagogischen Hochschulen weiterer Mehrarbeit, die der Wissenschaftsminister ihnen mit der öffentlichen Androhung einer Trimesterregelung abgerungen bzw. aufgezwungen hat. Sie hätte die völlige hochschulpolitische Isolation bedeutet. Deshalb haben sie jetzt zugestimmt, 20 % Effizienzrendite zu erwirtschaften, 100 Stellen, indem sie Seminare und Vorlesungen in die vorlesungsfreie Zeit legen – ohne Rücksicht darauf, dass damit die dringend notwendige Verjüngung der Kollegien sowie die Praktika-, Prüfungsvorbereitungs- und Hausarbeitsmöglichkeiten für Studierende eingeschränkt werden.

Im letzten Haushalt wurde das Finanzprogramm – damals gab es noch Geld – „Qualitätsoffensive PH“ abgebrochen und durch die Verlängerung der Wochen- und der Lebensarbeitszeit ersetzt. Die neue Regelung nennt der Minister „Qualitätsoffensive PH plus“ und wird damit zum Meister der Schönfärberei und der Realitätsverfälschung.

(Abg. Pfisterer CDU: Bei dieser Rede lohnt noch nicht mal ein Zwischenruf! Das ignorieren wir ganz einfach! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Das war aber einer!)

– Herr Pfisterer, Ihr Zwischenruf macht das auch nicht besser.

In Zeiten schlechter PISA-Ergebnisse und wachsender Anforderungen an die Schulen müssten wir eigentlich einen Schwerpunkt auf die Qualität der Ausbildung unserer Lehrerinnen und Lehrer legen und dürften sie nicht noch mehr strangulieren.

Wer diesen Doppelhaushalt studiert, versteht – abgesehen vom parteitaktisch-ideologischen Kalkül – auch, warum der Wissenschaftsminister das Exzellenzprogramm des Bundes platzen ließ, obwohl unsere Hochschulen die ersten waren, die dies begrüßten, obwohl unser Land davon am meisten profitiert hätte, obwohl Sie, Herr Minister, sich noch im

November dafür rühmten, ein schlüssiges Konzept erarbeitet und dafür alle Fachminister der Länder und Frau Bulmahn gewonnen zu haben.

Wenn Sie in den Doppelhaushalt hineinschauen, sehen Sie: Sie haben beim eigenen Finanzminister keinen einzigen müden Euro dafür locker machen können – das ist traurig –, und das, obwohl Hunderte von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für ihre Rektoren Exzellenzkonzepte erarbeitet haben, die jetzt – auf gut Schwäbisch – für die Katz sind.

Dieser Umgang mit den Hochschulen hat Folgen. Das Verhältnis zwischen den Universitätsrektoren und dem Wissenschaftsminister ist inzwischen auf einem historischen Tief angelangt. Ursachen sind unter anderem seine Beratungsresistenz beim neuen Hochschulgesetz, die erzwungene Zustimmung zum Bruch des Solidarpakts, das plötzliche Votum gegen das Eliteprogramm der Bundesregierung, die Einrichtung eines Beraterkreises, die Totalumstellung – erzwungenermaßen – auf BA- und MA-Studiengänge und manches mehr. Ich würde sagen: minus 10 auf der nach unten offenen Frankenskala.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Da ist selbst der Beifall der SPD müde!)

Noch ein paar Takte zum bei Ihnen so beliebten und von Ihnen als Lösung aller Probleme gefeierten Thema Studiengebühren: Seit Jahren beklagt der Minister, wie es auch schon sein Vorgänger getan hat, die schwere Finanznot der Hochschulen und singt das Hohelied der Studiengebühren. Auf seine alten Tage hat nun auch der Ministerpräsident – der Noch-Ministerpräsident – Abstand genommen von seiner bisherigen Ablehnung von Studiengebühren, die er damit begründet hatte, dass sie weniger zahlungskräftige Familien und solche mit mehreren Kindern benachteiligten.

Seit dem 26. Januar könnten Sie nun Studiengebühren einführen, und Sie hatten eigentlich auch vor, das sofort zu tun, aber seltsamerweise rudern Sie auf einmal zurück.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Was? – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Wo ist denn der Gesetzentwurf? – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Keine Schnellschüsse! – Vereinzelt Heiterkeit)

In der Pressekonferenz nach dem Bundesverfassungsurteil blieben Sie inhaltlich weiter hinter dem zurück, was Sie im Jahr zuvor als Eckpunkte vorgelegt haben. Ein Blick in den Kalender erklärt das plötzliche Zögern: 2006 sind Landtags- und Bundestagswahlen, und da will man es sich mit dem Mittelstand wohl nicht verderben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hört, hört!)

Denn genau dieser ist es, der unter Ihren Studiengebühren am meisten zu leiden haben wird, nicht die Studierenden aus Elternhäusern mit kleineren Einkommen. Denn BAföG-Empfänger werden wohl von den Studiengebühren befreit. Durch die Verbesserung des BAföG durch Rot-Grün wird der Anteil der Studierenden aus diesen Bereichen glücklicherweise weiter zunehmen. Sie haben das BAföG in den Ruin getrieben, die rot-grüne Bundesregierung hat es wieder aufleben lassen mit dem Effekt, dass wir inzwischen

(Carla Bregenzer)

deutlich mehr Studierende aus Familien mit kleinerem Einkommen haben, was wir sehr begrüßen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Rust SPD: Sehr gut!)

Das soll auch so bleiben.

Die andere Seite: Wer Eltern mit einem gut gefüllten Geldbeutel hat – also Politikerkinder, Arztsöhne, Rechtsanwalts-töchter –, wird auch weiterhin unbelastet studieren; denn die Eltern werden die Studiengebühren während des Studiums locker aus ihrem Geldbeutel bezahlen.

(Abg. Rust SPD: Ohne Zinsen!)

Für die wird das kein Problem sein. Aber die Facharbeiter-töchter, die Söhne aus Handwerksbetrieben, Kinder, deren Eltern ein kleineres Unternehmen haben, oder Kinder von Eltern mit mittlerem Einkommen und/oder mehreren Kindern werden die Studiengebühren zusätzlich zu den Kosten, die ein Hochschulstudium sowieso verursacht, nicht mehr aufbringen können. Diese Eltern werden ihren Kindern entweder vom Studium abraten oder sie mit einem Sack voll Schulden in genau die Phase ihres Lebens schicken, in denen das Geld eh knapp ist, weil Haushalt, Familie und Existenzgründung anstehen.

(Abg. Pfisterer CDU: 6 000 € sind das!)

– Sie haben noch nie etwas von Zinsrechnung gehört, Herr Pfisterer?

(Abg. Pfisterer CDU: Ich kann rechnen, Gott sei Dank! – Abg. Rust SPD: Das ist nur der Anfang!)

Bei nachlaufenden Studiengebühren geht es nicht darum, dass jemand, der vom Staat viel erhält, nämlich ein gebührenfreies Studium, dem Staat etwas zurückgibt. Dazu gibt es Steuern, und dass diese gerecht sind, dem haben Sie sich seit Jahren vehement widersetzt.

(Beifall bei der SPD)

Da hätten Sie auf Bundesebene gemeinsam mit der rot-grünen Bundesregierung etwas tun können. Stattdessen haben Sie alle Gesetzesinitiativen, die zu mehr Gerechtigkeit geführt hätten, blockiert.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Bei nachlaufenden Studiengebühren geht es darum, dass die soziale Ungerechtigkeit, die bei uns durch das Kindergarten- und das Schulsystem verfestigt wird, über die Schulzeit und das Studium hinaus in das Berufsleben hinein verlängert wird.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU – Abg. Seimetz CDU: Das ist doch Wirklichkeitsverlust!)

Da Sie niemanden zwingen können, einen Kredit aufzunehmen, und da niemand einen Kredit aufnehmen kann, ohne Zinsen und Zinseszinsen leisten zu müssen, werden diejenigen bevorzugt,

(Abg. Pfisterer CDU: 5 000 € insgesamt, 6 000 höchstens!)

deren Eltern es sich leisten können, die Studiengebühren gleich zu bezahlen. Aber diejenigen, deren Eltern es sich nicht leisten können, müssen schließlich mit einem Sack voll Schulden in ihre berufliche Existenz einsteigen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Also, Frau Bregenzer! – Abg. Pfisterer CDU: Absoluter Realitätsverlust! – Abg. Hauk CDU: Nachlaufend heißt doch etwas ganz anderes!)

– Nachlaufend heißt, wenn sie ihr Studium beendet haben

(Abg. Hauk CDU: Und Geld verdienen!)

und Geld verdienen.

(Abg. Hauk CDU: Und ein bestimmtes Einkommen selber erwirtschaften!)

– So lange, bis sie dieses bestimmte Einkommen haben, laufen Zinsen auf. Aber diejenigen, die die Studiengebühren schon während des Studiums zahlen können, weil ihre Eltern das Geld haben, haben weder die Zinsen

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

noch die Studiengebühren zu bezahlen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Begreifen Sie das nicht?

(Abg. Pfisterer CDU: Dann schröpft mal weniger die Arbeitnehmer! Ökosteuer! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Hauk CDU schüttelt den Kopf.)

– Ja, da schütteln Sie den Kopf. Da zucken Sie mit den Schultern. Das tut Ihnen jetzt Leid, natürlich.

(Abg. Hauk CDU: Wenn jemand ein Einkommen erwirtschaftet, dann kann er es auch zahlen! – Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

– Wenn er ein gutes Einkommen erwirtschaftet, dann soll er Steuern zahlen.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Weil Sie ein Steuersystem installiert haben, bei dem die Leute, die viel Geld verdienen, bevorzugt werden, und nicht bereit sind, das zu verändern – –

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Was sagen Sie denn dem Handwerksmeister?)

– Der Handwerksmeister schickt seine Kinder mit Schulden in das zukünftige Berufsleben.

(Abg. Pfisterer CDU: 5 000 €! 5 000 €! In zwei Jahren abgezahlt!)

Aber Ihre Kinder müssen diese Schulden nicht haben, weil Sie ihnen die Studiengebühren bezahlen werden.

(Abg. Fleischer CDU: Sie sollten das öfter mal sagen, damit die Arbeitnehmerschaft das hört! Sehr gut! – Abg. Röhm CDU: Sozialismus blank!)

(Carla Bregenzer)

Wissen Sie, das Schönste an dem Projekt ist, dass sich jetzt die Banken darum streiten, wer denn jetzt diese Kredite finanzieren wird. Die Banken wollen gerne dieses neue Geschäftsfeld eröffnen, sie freuen sich auf dieses neue Geschäftsfeld.

(Abg. Pfisterer CDU: Ihr könnt alles, bloß nicht regieren in Berlin!)

Denn das ist eines der wenigen Geschäftsfelder, bei denen ihnen der Staat auch noch die Risiken abnehmen soll. Was daran gerecht sein soll, möchte ich wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU)

Nun noch zu dem Thema, das ja wie eine Märchenstunde immer wieder kommt, das Geld würde voll den Hochschulen zugute kommen, wie bei den Langzeitstudiengebühren. Der Noch-Ministerpräsident und Herr Frankenberg

(Abg. Fleischer CDU: „Minister“ heißt das!)

haben bei der Pressekonferenz kein Konzept vorgelegt.

(Abg. Pfisterer CDU: Das Urteil kam doch gerade vor ein paar Tagen! Unglaublich!)

Aber der Minister hatte immerhin die konzeptionelle Kraft, den Hochschulen zu sagen: „Die Auswahlfonds müsst ihr finanzieren, für die Verwaltungskosten müsst ihr aufkommen, und für die Stipendien müsst ihr auch noch sorgen. Und was dann an Studiengebühren übrig bleibt, das kriegt ihr.“

(Abg. Pfisterer CDU: Das ist doch realistisch!)

Schauen Sie sich einmal die Landeshaushalte seit der Einführung der Langzeitstudiengebühren an: In diesen Jahren haben wir etwa 60 Millionen € an Langzeitstudiengebühren eingenommen. Im gleichen Zeitraum hat der Wissenschaftshaushalt siebenmal so viel an Einsparungen und globalen Minderausgaben erbringen müssen – immer vor dem Hintergrund: „Ihr habt ja die Langzeitstudiengebühren. Das könnt ihr direkt in der Lehre einsetzen.“ Was ist denn das für eine Milchmädchenrechnung?

(Beifall bei der SPD)

Solange der Wissenschaftsminister und der Finanzminister den Hochschulen nicht mit Brief und Siegel und Unterschrift garantieren,

(Abg. Rust SPD: Das können sie gar nicht!)

dass die Haushaltsansätze bleiben und nicht zurückgehen, so lange ist das nur ein Trick, um die Hochschulleitungen zur Zustimmung zu bringen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Rust SPD: Das können die gar nicht!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bin sicher, wir werden noch oft Gelegenheit haben, darüber zu diskutieren, welchen bildungs- und gesellschaftspolitischen Wechsel zu lasten der Familien CDU und FDP/DVP sich vorgenommen haben.

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Gott, oh Gott! – Abg. Hofer FDP/DVP: Die deutsche Krankheit!)

Für uns gibt es eine klare Devise: Bildungspolitik ist eine zentrale landespolitische Aufgabe. Sie beginnt bei uns im Kindergarten und hört bei den Hochschulen nicht auf. Sie ist die entscheidende Zukunftsaufgabe, deren Finanzierung durch Steuern und nicht durch Gebühren zu erfolgen hat.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Deshalb ist sie über den Landeshaushalt zu finanzieren, nicht über die Landesstiftung, nicht über die Studierenden und nicht über die Elternhäuser, die sich bei mehreren studierenden Kindern ohnehin schon jetzt ein Armutsrisiko einhandeln.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Diese Auffassung von Bildungspolitik ist aller Anstrengung wert. Davon zeugt dieser Haushalt nicht.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Zum Thema Kultur wird sich meine Kollegin Utz in der nächsten Runde äußern.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfisterer CDU: Das war aber ein schwacher Beifall!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Fauser.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich ebenfalls, wie die Kollegin Bregenzer und der Kollege Pfisterer, ganz herzlich für die wirklich hervorragende Arbeit bedanken, die unsere Universitäten, Fachhochschulen, Akademien sowie unsere Professoren, die Forschenden und Studentinnen und Studenten leisten. Ich freue mich, dass Frau Bregenzer jedes Jahr anerkennt, wie hervorragend unsere Universitäten sind. Dies liegt natürlich, sagt sie, nicht an der Politik, sondern ausschließlich an den motivierten und aktiven Professoren und Studenten und Studentinnen. Man muss jetzt natürlich fragen, warum die jungen Leute bei uns so motiviert sind und warum die Professoren so gut sind. Sicherlich kann die Politik nicht alles, aber als ich die Ausführungen der Kollegin gehört habe, hätte ich glauben können, dass die Politik hier im Lande so miserabel ist, dass die Rankings eigentlich diametral andere Ergebnisse für unsere Hochschulen aufweisen müssten.

Meine Damen und Herren, die Hochschulpolitik dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen setzt die Hochschulen konsequent in die Lage, in ihren eigenen Angelegenheiten selbst entscheiden zu können. Meine Damen und Herren, wir brauchen Hochschulen, die nicht nur ministerielle Administration von oben erfahren, sondern wir brauchen Wettbewerb, eine Steigerung der Leistungsfähigkeit und der Qualität. Dies können wir nicht über den Verordnungsweg erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der Weg zu mehr Qualität und größerer Leistungsfähigkeit sowie verbesserter Effizienz der Hochschulen heißt Wettbewerb der Hochschulen untereinander in Forschung und Leh-

(Beate Fauser)

re. Die Voraussetzung für diesen Wettbewerb heißt Autonomie und Eigenverantwortung. Dies ist eine ganz zentrale liberale Forderung. Die Stationen, die Baden-Württemberg auf diesem Weg durchlaufen hat, muss ich hier nicht noch einmal nachzeichnen. Die FDP/DVP hat diesen Weg konsequent begleitet, und wir haben dies mit einem einheitlichen Landeshochschulgesetz, das wirklich für Entbürokratisierung steht, Ende letzten Jahres zum Abschluss gebracht.

Ich möchte zwei Punkte ansprechen, die mir wichtig sind. Die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen ist für uns von ganz besonderer Bedeutung, gleichermaßen die Wahl der Hochschulen durch die Studenten. Im letzten Jahr wurde von der Opposition noch mit etwas spöttischem Nebenton gesagt, dass die Abschaffung der ZVS nicht voran komme. Inzwischen können wir hier auf einen großen Erfolg zurückblicken.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das im November vergangenen Jahres vom Landtag verabschiedete neue Hochschulzulassungsgesetz bedeutet, dass die zentrale Studienplatzvergabe in Baden-Württemberg so gut wie keine Rolle mehr spielt. Eine Vergabe durch die ZVS erfolgt lediglich noch bei einem Rest von etwa 3 % der Studienanfängerplätze.

Die FDP/DVP hat seit langem betont, dass sie es für richtig hält, Studierende in geeigneter Weise einen direkten Beitrag zu den Kosten ihres Studiums leisten zu lassen. Die Ausführungen von Frau Bregenzer eben erstaunen mich wirklich. Sie sagte, dies werde nicht sozialverträglich sein. Diejenigen, die BAföG erhalten, müssten keine Studiengebühren bezahlen, aber der Meister, der seine Kinder studieren lässt, sei der Arme. Ich darf sagen: Unsere Mittelschicht und gerade unsere Handwerker bezahlen schon heute wesentliche Beträge für ihre Ausbildung; sie bezahlen nämlich ihre Meisterprüfung selbst.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie machen am Wochenende ihre Schulungen. Das sind im Grunde genommen die uns tragenden Stützen der Gesellschaft, und sie gehören nicht diesem Jammerklub an. Sie wissen ganz genau: Von nichts kommt nichts, und das, was man erhält, muss man auch bezahlen. Sie wissen alle, dass ein Studium auch individuellen Nutzen bringt. Die jungen Leute profitieren davon, und die Kolleginnen und Kollegen wissen das selbst auch ganz genau. Wer vom Staat profitiert, kann hier durchaus auch einmal etwas zurückzahlen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Steuern!)

Deshalb brauchen wir eine geeignete Studiengebühr, die sozialverträglich sein muss. Wir sprechen von einer Studiengebühr, wie es sie in Australien gibt. Sie konnten ja unlängst das Ranking in der „Zeit“ nachlesen, dass nämlich die Studiengebühren in anderen Ländern keineswegs dazu geführt haben, dass dort weniger studiert wird. Im Übrigen sind die Studiengebühren, die im Augenblick ins Auge gefasst werden, nicht höher als der Betrag, den ein gebrauchter Kleinwagen kostet. Es müsste hier also mit etwas Augenmaß diskutiert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es sollte nicht versucht werden, die Mitbürger und Mitbürgerinnen sowie die jungen Leute aufzuhetzen.

Meine Damen und Herren, wir sind für ein Modell, das ein zinsloses oder fast zinsloses Darlehen vorsieht.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wer trägt die Zinsen?)

Wir sind für nachlaufende Studiengebühren. Wir müssen dafür sorgen, dass Universitäten auch in Zukunft Gestaltungsfreiheit haben. Darüber hinaus müssen die Einnahmen – das ist ganz logisch – den Hochschulen selbst als zusätzliche Mittel zufließen.

(Beifall der Abg. Kleinmann und Dr. Noll FDP/DVP)

Solche werden ganz einfach deshalb gebraucht, weil die Studierendenzahlen weiter steigen werden und, auch im Hinblick auf das G 8, überhaupt noch nicht abzusehen ist, wie wir diese anwachsenden Zahlen verkraften können.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das ist doch nur einmal! – Abg. Dr. Caroli SPD: Da geht es um ein einziges Jahr!)

Der Staat allein kann eine angemessene Finanzierung unserer Hochschulen nicht mehr bewerkstelligen. Die Haushaltsdaten lassen hieran keinen Zweifel. Die Hochschulen müssen sich neue Finanzierungsmöglichkeiten erschließen. Mit dem in Kraft getretenen Landeshochschulgesetz haben wir den Spielraum für die Erweiterung der Schaffung und Akquirierung eigener Mittel ausgeschöpft. Wir brauchen jedoch weitere Gelder, um die Hochschulen im internationalen Wettbewerb weiter voranzubringen.

Deshalb sind wir froh, dass wir heute ein Gerichtsurteil haben, das eine klare Absage an das vom Bundesgesetzgeber erlassene Verbot von Studiengebühren enthält. Die Hochschulen selbst warten auf die Ermöglichung dieser zusätzlichen Einnahmen – sicherlich nicht unbedingt gerne, aber sie verstehen es, die Daten des Landeshaushalts zu lesen und ihre weitere Entwicklung realistisch einzuschätzen.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund – und wir wissen selbst: das ist schmerzhaft; jeder würde lieber mehr Geld ausgeben als sparen – haben die Hochschulen die Kürzungen, die eigentlich nicht vorgesehen waren – der Solidarpakt hatte höhere Mittel vorgesehen –, akzeptiert. Für diese Bereitschaft zollen wir den Hochschulen den höchsten Respekt.

Zugleich sehen wir das Instrument des Solidarpakts als grundsätzlich richtig und wirkungsvoll bestätigt an. Wir wollen, dass diese grundsätzliche Planungssicherheit für die Hochschulen bestehen bleibt. Auch hierfür haben wir mit dem Landeshochschulgesetz gesorgt, indem neben den variablen Elementen der leistungsorientierten Mittelvergabe und der Finanzierung innovativer Entwicklungen im Rahmen von Zielvereinbarungen auch die Grundfinanzierung der Hochschulen durch mehrjährige Verträge gesichert wird.

Die Rahmendaten des Landeshaushalts sprechen eine klare Sprache, meine Damen und Herren. Ich muss es noch ein-

(Beate Fauser)

mal betonen: Wir müssen und wollen die junge Generation fördern, aber wir wollen der jungen Generation selbstverständlich auch nicht einen völlig überschuldeten Haushalt überlassen, bei dem sie dann überhaupt keine Spielräume zum Handeln mehr hat.

Der Einzelplan 14 hat diesen Balanceakt einigermaßen hinkommen.

(Lachen der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Es sind tatsächlich weitere Probleme vorhanden, und es ähnelt immer wieder der Quadratur des Kreises, einen einigermaßen verträglichen Ausgleich zu schaffen.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr froh, dass mit der Zukunftsoffensive IV die Hochschulen wieder in den Genuss von Mitteln kommen, die sehr innovativ und zielorientiert eingesetzt werden. Ich hoffe, dass die Forschungsleistungen und Ausgaben zugunsten von Nanotechnologie, Materialwirtschaft und anderen Forschungsgebieten unseren Forschungsstandort, unsere Forschungslandschaft Baden-Württemberg weiter vorantreiben werden.

Bei allen Problemen und Defiziten können wir feststellen, dass die Gesamtausgaben des Landes für Wissenschaft und Forschung im Einzelplan 14 bei 10,8 % des Haushaltsvolumens liegen; im Jahr 2000 lagen diese Ausgaben noch bei 10 %. Wir haben also einen leichten Anstieg zu verzeichnen – und dies jeweils ohne die von der Landesstiftung getragenen Ausgaben.

Meine Damen und Herren, wir werden uns weiterhin für unsere Universitäten, für die Hochschulen einsetzen. Ich halte es für einen großen Erfolg der Menschen hier im Land und freue mich, dass wir so engagierte Mitarbeiter und Professoren und eine solch erfolgreiche Politik in Baden-Württemberg verzeichnen können. Denn eines ist ganz sicher: Unter dem Strich haben wir hier eine gute Politik gemacht – dies beweist das Ergebnis. Ich wünsche mir, dass wir in Zukunft mit diesem Vorsprung weiterarbeiten können und nicht nur national, sondern auch international diese Erfolge fortschreiben können.

Meine Kollegin Heide Berroth wird nachher noch zur Kultur Stellung nehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

(Abg. Wieser CDU: Der Heidelberger Block!)

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Baden-Württemberg hat Spitzenhochschulen, und unsere Hochschulen stehen vor großen Herausforderungen.

(Abg. Wieser CDU: Fängt gut an, Ihre Rede!)

Die Studienanfänger- und -anfängerinnenzahlen sind auf einem historischen Höchststand. Nie haben mehr junge Menschen ein Studium aufgenommen, und diese Zahlen sollen und werden weiter wachsen. Die Hochschulen stehen im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe sowohl aufseiten der Professorinnen und Professoren als auch der Stu-

dierenden, und unsere Hochschulen haben eine lange Periode ununterbrochener Sparpolitik hinter sich. Der Gipfel dieser Sparpolitik war im vergangenen Jahr erreicht. Im letzten Jahr mussten unsere Hochschulen Einsparungen in einer Höhe von über 140 Millionen € verkraften. Das waren in einem Jahr mehr Einsparungen, als Sie selber erwarten, durch zusätzliche Studiengebühren einzunehmen. Das muss verkraftet werden.

(Abg. Pfisterer CDU: Leider richtig!)

Vor diesem Hintergrund stellt sich heute bei der Haushaltsdebatte nicht die Frage, wer sich am ehesten im Glanz unserer guten Hochschulen sonnen darf, sondern es stellt sich die Frage: Was tut eigentlich die Landesregierung in Zahlen und in Fakten, um ihre Hochschulen zu stärken?

(Abg. Pfisterer CDU: Nur Gutes!)

Ich glaube, die Hochschulpolitik aus dem Hause Frankenberger ist so etwas wie ein stetiges Schwarzer-Peter-Spiel.

(Abg. Pfisterer CDU: Nein! – Abg. Röhm CDU: Grundsolide! – Abg. Alfred Haas CDU: Der schwarze Peter stimmt!)

Der schwarze Peter ist die Verantwortung für die fehlenden Ressourcen, und die Leidenschaft unseres Wissenschaftsministers ist es, zu versuchen, den schwarzen Peter immer anderen zuzuschieben. Aber am Ende – das werde ich Ihnen heute zeigen – landet der schwarze Peter dann doch wieder bei ihm.

(Abg. Pfisterer CDU: Lieber einen schwarzen Peter als eine rote Bulmahn!)

Das erste Beispiel ist unser eigener Einzelplan 14. Wie im vergangenen Jahr wird auch in diesem Jahr versucht, den Anschein zu erwecken, dass die Investitionen in Hochschule und Wissenschaft relativ wachsen. Aber es bleibt ein schwaches Täuschungsmanöver, bei einer Erhöhung von 10,6 auf 10,7 % von einem steigenden Anteil zu sprechen. Das ist in Wirklichkeit nicht so, wenn man sieht, wie allein die Pensionslasten steigen, die ja in die Einzelhaushalte integriert sind. Am Ende ist es ein Nullsummenspiel, und die Hochschulen werden, obwohl sie wachsen, nicht von den Kürzungen verschont, sondern werden in vollem Umfang zur Ader gelassen. Von Prioritätensetzung bei den Hochschulen ist auch in diesem Haushalt nicht viel zu sehen. Der schwarze Peter, Herr Frankenberg, liegt bei Ihnen.

(Abg. Wacker CDU: Er ist doch der schwarze Peter! – Abg. Hauk CDU: Es gibt nur einen, Frau Bauer!)

Der zweite Punkt ist die leistungsorientierte Professorenbesoldung. In Kraft getreten ist sie am 1. Januar dieses Jahres. Unser Wissenschaftsminister war ein mutiger Vorkämpfer

(Abg. Dr. Schüle CDU: Ist er immer noch!)

für die leistungsorientierte Besoldung im ganzen Bund. Er hat sich auf Bundesebene dafür verkämpft, dass zusätzliche Mittel genutzt werden können,

(Abg. Pfisterer CDU: Das hat er gut gemacht!)

(Theresia Bauer)

damit Leistungszulagen bezahlt werden können. Er hat sich verkämpft für eine Erhöhung des Vergaberahmens um 2 %, offensichtlich in der Hoffnung darauf, dass er damit nicht durchkommt.

(Abg. Pfisterer CDU: Wir wollten das Geld!)

Er kam aber damit durch. Er durfte zusätzliches Geld für die Professorenbesoldung einstellen. Damit landete der schwarze Peter nicht bei Frau Bulmahn, sondern bei ihm. Denn er hat es im eigenen Land nicht durchgesetzt, zusätzliche Mittel einzustellen, obwohl dies möglich gewesen wäre. Bei der Umsetzung sieht man jetzt, dass die leistungsorientierte Besoldung ein Torso bleibt, weil kein Geld für Leistungsanreize da ist.

Das dritte Beispiel ist die Exzellenzförderung. Der Bund verspricht seit über einem Jahr, 1,5 Milliarden € für Exzellenzförderung und für Nachwuchsförderung zur Verfügung zu stellen. Die Hochschulen – das wissen Sie alle – brauchen diese Mittel dringend zur Stärkung von Forschung und Nachwuchsförderung. Gestern trat die CDU im Bundestag auf und forderte den Bund auf, mehr für Forschungsförderung zu tun, Stichwort Vollkostenfinanzierung.

(Abg. Pfisterer CDU: Sehr gut!)

Wer steht aber auf der Bremse, wer verhindert, dass der Bund die Mittel für Forschungsförderung einsetzt? Das sind die Südländer, weil sie die Mittel für die Eigenheimzulage nicht freigeben wollen und der nötigen Umschichtung dieser Megasubvention in die Bildung nicht zustimmen wollen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Wacker CDU: Das ist, glaube ich, eine Scheindebatte!)

Ich gebe Ihnen einen Rat: Beeilen Sie sich, und kommen Sie in Bewegung,

(Abg. Pfisterer CDU: Wir sind immer in Bewegung!)

denn an diesem Punkt bröckelt die CDU-Front schon längst. Es ist angekündigt, dass die CDU-Länder in Ostdeutschland und auch das Saarland die Seite wechseln werden. Auch die Rektorenkonferenz hat gemerkt, wer in puncto Forschungsförderung den schwarzen Peter hat.

(Abg. Teßmer SPD: Lasst sie doch schlafen!)

Sie sagen inzwischen auch öffentlich: Die Südländer kommen ihrer Verantwortung nicht nach und sollten endlich die Blockade aufgeben.

Viertes Beispiel sind die Studiengebühren. Man kann ja denken: Na gut, jetzt hat Frau Bulmahn einmal wirklich den schwarzen Peter, weil sie den Prozess verloren hat – übrigens erwartungsgemäß.

(Abg. Wacker CDU: Also!)

Die Länder haben die Kompetenz, Studiengebühren einzuführen.

(Abg. Pfisterer CDU: Warum dann die Bremsfunktion die ganze Zeit?)

Es sieht aber so aus, als wäre auch das nur ein Sieg auf den ersten Blick. Die Länder haben zwar die Kompetenz, Studiengebühren einzuführen, sie scheinen aber nicht kompetent zu sein, ein sozialverträgliches Modell vorzulegen. Bislang ist mir auch aus diesem Land und aus dem Haus von Wissenschaftsminister Frankenberg kein Modell bekannt, das sozialverträglich oder auch nur Hochschulverträglich wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Zu Recht werfen Ihnen deshalb BDA-Chef Hundt oder der Direktor des CHE, Müller-Böling, vor – und selbst die „taz“; also von rechts bis links hört man es aus der ganzen Republik –, die Politik habe da ihre Hausaufgaben schlicht nicht gemacht.

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Sie haben nicht die Voraussetzungen dafür geschaffen, jetzt loslegen zu können.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Sie haben keine praktikable Lösung auf den Tisch gelegt.

(Abg. Pfisterer CDU: Die nächsten paar Monate abwarten!)

Da nutzen auch die bislang vorliegenden Eckpunkte nichts. Denn sobald Sie das konkretisieren sollen,

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

wird es sehr nebulös und variantenreich.

Ich prognostiziere Ihnen: Es wird Ihnen nicht gelingen, mit einem baden-württembergischen Alleingang eine sozialverträgliche Lösung zu schaffen, weil Sie – um an dieser Stelle nur ein Beispiel zu nennen – allein bei den Verhandlungen mit der L-Bank scheitern werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Kassandrarufer brauchen wir keine!)

Sie werden kein zinsgünstiges Kreditmodell allein in Baden-Württemberg auf den Weg bringen.

(Abg. Pfisterer CDU: Wir können nachher wetten! – Abg. Alfred Haas CDU: Wenn das der Dieter Salomon hört! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Liebe Frau Fauser, da kommt es am Ende nämlich durchaus darauf an, ob die Studierenden 5 %, 10 % oder 3 % Zinsen zahlen müssen. Das sind keine Kinkerlitzchen, auch wenn das bei Ihnen anscheinend nicht angekommen ist.

(Zurufe der Abg. Hofer und Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Pfisterer CDU: Zwei Jahre rückzahlbar! – Abg. Wacker CDU: Frau Kollegin, da müssen wir bei Ihnen noch Überzeugungsarbeit leisten!)

Ich will vier Punkte nennen, auf die es jetzt ankommt, Kollege Wacker.

Erstens: Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, die Hochschulfinanzreform in einem umfassenden Sinn anzugehen. Wir

(Theresia Bauer)

wollen die Studierenden als Nachfrager ins Zentrum rücken. Die Lehre – sie muss verbessert werden; darum geht es Ihnen ja auch – wird nur dann einen größeren Stellenwert bekommen, wenn das studentische Nutzerverhalten eine größere Rolle spielt, wenn also staatliches Geld in Abhängigkeit vom Nutzerverhalten der Studierenden verteilt wird. Das ist die große Finanzreform, die auf den Weg gebracht werden muss. Ohne sie werden sich Studieren und Studienbedingungen nicht relevant verbessern.

(Beifall bei den Grünen)

Deswegen fordere ich Sie auf: Schauen Sie sich unser Studien-Credit-Modell noch einmal genau an. Es ist das Herzstück unseres Credit-Modells, die staatlichen Finanzen auf Nutzerfinanzierung umzustellen.

Zweitens: Eigenbeteiligung von Studierenden. Wir von grüner Seite haben uns festgelegt. Wir wollen eine gebührenfreie erste Phase, weil wir mehr junge Menschen an die Hochschulen bringen wollen.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wir wollen mehr Menschen ohne zusätzliche Hürde befähigen, zu studieren.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Bachelor!)

Wir wollen aber auch – das sagen wir in aller Deutlichkeit – für eine zweite Phase ab dem Master eine Eigenbeteiligung. Wir halten dies, wenn es in einer moderaten Form geschieht, für sinnvoll und gerechtfertigt. Wir wollen, dass sie nachlaufend finanzierbar ist und für alle gleich ist.

Ich fordere Sie auf, Herr Frankenberg, legen Sie die Karten auf den Tisch und sagen Sie, für welche Sorte Gebühren Sie eigentlich sind. Sie umschreiben das ja immer so wolkig mit dem Hinweis auf einen Richtwert von 500 €. Dahinter verstecken sich ganz unterschiedliche Ideen. Differenzierte Gebühren für die Studierenden zum Beispiel haben – sozialpolitisch und hochschulpolitisch – ganz andere Auswirkungen. Ich meine, Sie sollten da nicht länger Nebelkerzen werfen, sondern sagen, was Sie wirklich wollen.

(Abg. Pfisterer CDU: Sie dürfen die nächsten paar Wochen mitarbeiten!)

Dritter Punkt: Reform der Studienfinanzierung. In einer bemerkenswerten Einigkeit fordert ja unser Wissenschaftsminister zusammen mit Frau Bulmahn, dass man am BAföG festhalten sollte. Nichts dagegen! Das BAföG ist zum Glück, wie Frau Bregenzer ausgeführt hat, unter Rot-Grün ausgeweitet worden,

(Abg. Teßmer SPD: Sehr gut!)

sodass mehr Kinder aus sozial schwachen Schichten studieren können. Aber das ist keine Antwort auf das komplette Problem, weil der größte Teil der Studierenden nun einmal nicht in den Genuss des BAföG kommt. Machen Sie sich die Relationen doch noch einmal klar. Ganze 1 % aller Studierenden erhalten den BAföG-Höchstsatz. Mehr sind es nicht. Es sind insgesamt nur 24 % der Studierenden – mehr sind es nicht –, die überhaupt Leistungen nach dem BAföG erhalten.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist auch gut so!)

Der ganze Rest ist abhängig von den Eltern oder abhängig davon, selbst zu jobben.

(Zurufe von der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wenn man sozialverträgliche Studiengebühren einführen will, muss man für das Gros der Studierenden eine elternunabhängige Studienfinanzierung auf den Weg bringen. Da sind Sie gefragt. Da ist auch der Bund gefragt, weil wir diese Reform nur gemeinsam schaffen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Vierter Punkt: Wir brauchen einen Solidarpakt II. Der jetzige Solidarpakt wird in einem Jahr auslaufen. Ich fand es gestern spannend, dass Herr Oettinger einen Solidarpakt II angekündigt hat. Es hat mich sehr gefreut, das zu hören. Wir haben das schon vor einem Jahr in einem Antrag gefordert. Damals hat sich die Landesregierung noch sehr reserviert gezeigt und gesagt, sie habe eine bessere Idee, sie wolle stattdessen Hochschulverträge abschließen, die zwischen dem Ministerium und der jeweiligen Hochschule einzeln ausgehandelt würden. Ich halte das für keine gute Idee, sondern eher für ein Beschäftigungsprogramm für ein Ministerium, das sich Arbeit sucht.

Ein Solidarpakt gibt gleiche Grundfinanzierungen und Rahmenbedingungen für alle Hochschulen vor, ebenso eine Verlässlichkeit über mehrere Jahre hinweg. Das brauchen wir.

Herr Dr. Frankenberg, ich bitte Sie, schließen Sie sich der Auffassung von Herrn Oettinger an. Und: Sorgen Sie dafür, dass der Solidarpakt II nicht wieder zu einem Sparpakt wird, sonst haben Sie den schwarzen Peter wieder in der Hand.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Wacker CDU: Er ist der schwarze Peter!)

Herr Dr. Frankenberg, zum Schluss möchte ich Sie auffordern, das Schwarzer-Peter-Spiel zu lassen – Sie sind es ja – und stattdessen Spitzenpolitik für Spitzenhochschulen zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Pfisterer CDU: Der bleibt der schwarze Peter mit Spitzenpolitik! – Abg. Wacker CDU: Er ist der schwarze Peter!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Herrn Professor Dr. Frankenberg.

(Zuruf von der SPD: Nicht lügen! – Abg. Alfred Haas CDU: Jetzt kommt der schwarze Peter!)

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Begeben wir uns jetzt bitte auf den Boden der Tatsachen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Politik, so heißt es völlig richtig, beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit.

(Minister Dr. Frankenberger)

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der FDP/DVP:
Sehr gut!)

In der Einbringungsrede zum Haushaltsentwurf 2005/2006 hat unser Finanzminister ausgeführt, dass wir vor einem der schwierigsten Haushalte in der Geschichte des Landes stünden. Ein solch schwieriger Haushalt, eine solch schwierige Finanzlage stellt eine große Herausforderung an die einzelnen Ressorts, auch an das Wissenschaftsressort, dar.

Übrigens, ich darf an gestern erinnern: Wir müssen nicht nur sparen, sondern einsparen, um auch in Zukunft noch Ressourcen für Wissenschaft und Forschung zu haben; denn wir können es uns nicht leisten, den Schuldenstand zu erreichen, den die SPD-regierten Länder in der Bundesrepublik erreicht haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg.
Wacker CDU: Sehr gut! – Abg. Pfisterer CDU: Wo
ist jetzt Herr Drexler, um zuzuhören?)

Wir wissen, dass wir eine Spitzenstellung unserer Hochschulen in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik zu verteidigen haben und dass wir diesen Vorsprung ausbauen müssen. Wir liegen bei den Pro-Kopf-Ausgaben für unsere Hochschulen vorne und auch bei den Ausgaben pro Studierendem deutlich über dem Durchschnitt.

(Abg. Kaufmann SPD: Nicht wahr!)

Der dritte Platz liegt deutlich über dem Durchschnitt. \bar{x} beginnt bei 16 Bundesländern irgendwo bei acht. Die Länder, die vor uns liegen, liegen nicht vor uns, weil sie mehr Geld ausgeben, sondern weil sie weniger Studierende haben. Dies sind östliche Länder mit einem relativ geringen Anteil an Studierenden; Relativzahlen haben es an sich, dass es eine Zahl über und eine Zahl unter dem Bruchstrich gibt.

Frau Bregenzer, wenn Sie sagen, wir seien ein reiches Land und müssten uns für unsere Hochschulen doch mehr leisten, darf man daran erinnern, dass wir in Wirklichkeit vor dem Länderfinanzausgleich reich sind, aber nach dem Länderfinanzausgleich dort stehen, wo auch die anderen Länder sind.

(Abg. Rückert CDU: So ist es! – Zuruf der Abg.
Inge Utzt SPD)

In Relation dazu geben wir viel Geld für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung aus.

Wenn Sie unseren Anteil am Landeshaushalt mit 10,8 oder 10,7 % im Jahr 2005 bzw. 2006 sehen, muss man mit Blick auf die Einsparzwänge – auch Sie alle fordern, dass weniger Schulden gemacht werden – auch sehen, dass unsere proportionale Beteiligung an den Kürzungen gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung zeigt, dass die Landesregierung eine Priorität für Wissenschaft und Forschung, für die Hochschulen und auch die Kunst setzt. Unsere Prozentzahlen hinsichtlich der Kürzungen sind unterproportional, wenn man sie in Relation zu unserem Haushaltsanteil sieht.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Kein Einzelplan hat
so hohe Einsparauflagen!)

Es geht hier auch um das Relative, genauso wie ich auch mit meinem eigenen Einkommen relativ arm oder reich bin. Wir haben relativ geringere Einsparauflagen, die wir allerdings voll erfüllen. Das ist auch richtig.

Die Relativität ist für Einstein ja ein wichtiger Begriff gewesen. Unser Ziel muss es eigentlich sein, wieder Einsteins aus unseren Hochschulen hervorzubringen, wieder mehr Nobelpreise zu erhalten und noch mehr Spitzenleistungen in der Forschung zu erzielen.

In der Tat sind die Einsparungen schmerzlich. Da kann man das ein Schwarzer-Peter-Spiel nennen oder nicht. Es gibt eine Solidarität innerhalb einer Regierung. Es gibt eine Verantwortung einer Regierung vor diesem Land, und es gibt eine Verantwortung der Regierung vor den zukünftigen Generationen, nämlich die Verantwortung, ihnen keinen zu hohen Schuldenberg zu hinterlassen. So haben wir 57 Millionen € bzw. 50,6 Millionen € an Vorbelastungen zu tragen und müssen insgesamt 84,8 Millionen € Belastung im Jahr 2005 und 83 Millionen € in 2006 bewältigen.

Wer aber für nachhaltige Bildungsinvestitionen ist, muss auch zukünftig Spielräume im Haushalt belassen. Zusätzliche Kreditaufnahmen schmälern die Basis für zukünftige Bildungsausgaben. Man kann auch keine nachhaltige Bildungsfinanzierung durch Schulden erreichen.

Unser Land hat übrigens mit einem Anteil von 3,9 % am Bruttosozialprodukt die höchsten FuE-Ausgaben aller Bundesländer. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 2,5 %. Wir wissen also, was Manfred Rommel meinte, als er gesagt hat: „Wir werden wieder lernen müssen, dass, wer ernten will, auch säen muss.“ Er sagte: „Wir dürfen nicht dazu neigen, das Saatgut zu verbrauchen.“ Das Saatgut ist die Wissenschaft.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Dann tun Sie es
auch nicht!)

Insofern, Frau Bauer, verstehe ich als „schwarzer Peter“ auch etwas vom Saatgut. Vielleicht ist es doch manchmal besser, wenn ein schwarzer Peter die Hochschulpolitik macht, als ein grüner Bauer, der beim Saatgut vielleicht zu selektiv wäre.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/
DVP)

Die Einsparungen, die wir vornehmen müssen, betreffen richtigerweise auch die Forschung. Aber für die Forschung kommt es darauf an, was unter dem Strich herauskommt.

(Abg. Wichmann SPD: 455 000 €!)

– Ich habe gesagt: unter dem Strich. – Unter dem Strich gilt, was wir aus Haushaltsmitteln und was wir für die innovativen Projekte in der Forschung über die Landesstiftung und die Zukunftsoffensiven zur Verfügung haben. Das ist weit mehr, als es andere Bundesländer vermögen.

Es geht uns aber auch darum, dass wir eine Spitzenstellung unserer Hochschulen nicht nur in Deutschland haben, sondern dass wir auch eine Spitzenstellung in Europa und weltweit haben. Aber man muss immer auch sehen: Das bezieht sich auf den Vergleich mit staatlichen Hochschulsystemen.

(Minister Dr. Frankenberg)

Der Vergleich mit Harvard oder anderen geht fehl, weil wir solche Bedingungen nie schaffen können. Insofern sollten wir das richtige Benchmarking wählen.

Wenn wir sehen, dass unsere Hochschulen in den letzten Jahren eine Spitzenstellung in Deutschland erreicht und gehalten haben, so hat dies sicherlich auch am Solidarpakt gelegen. Kein anderes Land hat eine solche Sicherung der Hochschulstats erreicht wie wir. Dieser Solidarpakt hält. Es gibt dort keinen Zwang des Wissenschaftsministers gegenüber den Rektoren. Wenn Sie Rektoren wirklich kennen würden, wüssten Sie, dass ein solcher Zwang relativ sinnlos wäre.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Oje!)

Die Fachhochschulen haben wir in der Tat bei den Einsparungen um 7 Millionen € entlastet. Das war notwendig, um die Fachhochschulen, die einen wesentlichen Anteil an der qualitativ hochwertigen Ausbildung, Forschung und Entwicklung leisten, besser zu stellen.

Bei den Pädagogischen Hochschulen geht es auch darum, was unter dem Strich herauskommt. Es kommt für die Studierenden bei gleicher Personalzahl mehr Lehre heraus. Das Studium wird verbessert. Die Pädagogischen Hochschulen – das zeigen die Rankings, und das zeigt das Ranking und die Evaluation der Erziehungswissenschaft – bilden gute Lehrer aus. Denn wir wären bei PISA sicher nicht weit besser als der Bundesdurchschnitt, wenn unsere Pädagogischen Hochschulen nicht in der Lehrerbildung besser wären als die Universitäten anderer Bundesländer.

Wir haben aber bei dem Ziel, eine europäische Spitzenstellung in mehr Bereichen zu erzielen, noch einen weiteren Weg zurückzulegen. Dieser weitere Weg, den wir zurücklegen müssen, betrifft die Strukturen und auch die Finanzierung. Aber auf diesem weiteren Weg wissen wir auch, dass wir Personaleinsparungen vornehmen müssen – dies haben wir bereits getan –, weil der Personalhaushalt insgesamt den Landeshaushalt zu stark belastet. Wir werden auch im Ministerium von 280 Stellen, die wir dort noch im Jahr 1999 hatten, auf 228 Stellen im Jahr 2011 reduzieren. Wir verlangen also nicht nur Opfer von anderen, sondern wir bauen selber ab – was wir auch können, weil wir sinnvollerweise viele Aufgaben, die bisher bei uns waren, an die Hochschulen übertragen.

Wir wissen alle, dass Hochschulen und Forschung, dass die Köpfe und die Forschungsergebnisse für die Zukunft eines Technologielandes wie Baden-Württemberg entscheidend sind. Wir wissen auch, dass wir bis 2020 Studierendenzahlen haben werden, die um 20 % über dem heutigen Niveau liegen. Diese Herausforderung müssen wir meistern, und zwar nicht nur, indem wir die Qualität der Hochschullehre erhalten, sondern auch, indem wir etwa bessere Betreuungsrelationen und eine Verbesserung der Absolventenzahlen erreichen.

Wir haben nicht – und das ist der Irrtum der OECD-Studie und auch der Irrtum von Frau Bulmahn – zu wenige Studienanfänger; wir haben in Deutschland allenfalls zu wenige, die Examen machen. Wir müssen die Bedingungen der Lehre verbessern, sodass nicht 50 oder 60 % der Studienanfänger Examen machen, sondern 95 % oder mehr. Kein Un-

ternehmen käme, wenn 50 % der Produkte nachher auf dem Markt nicht ankommen, auf die Idee, zu sagen: Wir lösen das Problem durch Steigerung der Produktionszahlen. Man würde es vielmehr durch eine Verbesserung des Qualitätsmanagements lösen. Genau das wollen wir.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Dafür sind ja aber die Länder zuständig! Das ist Aufgabe der Länder! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Studierende sind aber keine Produkte, Herr Minister!)

– Aber in einem Sinne sind sie Produkte, und zwar in dem Sinne, dass Produkte erfolgreich sein müssen und dass Produkte so herangebildet werden müssen, dass sie zum Erfolg geführt werden können.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist eine Frage der Schule und nicht der Hochschule!)

Die Hochschulreform war ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung. Denn Eigenverantwortlichkeit der Hochschulen heißt, dass sie sowohl für die Studierenden als auch für ihre gesamte Institution mehr Eigenverantwortung übertragen bekommen und wahrnehmen, und zwar in vielerlei Hinsicht, von den Berufungen bis zu den Gehältern, bis hin zu der Verantwortung für die Qualität der Studiengänge. Deshalb war das neue Hochschulgesetz ein Gesetz, das den Hochschulen die Autonomie gibt, die die Mitbewerber im europäischen oder weltweiten Rahmen haben. Denn man kann immer nur so gut sein wie die anderen, wenn man auch die gleichen strukturellen Voraussetzungen hat. Diese haben wir mit der Hochschulgesetzgebung geschaffen.

Dass dies natürlich auch eine Mentalitätsveränderung nach sich ziehen muss und dass diese länger dauert als eine Gesetzgebung, auch das ist klar. Wir haben für die weitere Entwicklung einen Beraterkreis eingerichtet, der uns Rat geben soll, um in diesem internationalen Benchmarking mithalten zu können.

Wir haben die Haushalte der Hochschulen weitgehend auf Globalhaushalte umgestellt. Wer, wie ich aus meiner Zeit als Rektor, die Verhältnisse und die Entwicklung von einem regulierten Haushalt zu einem Globalhaushalt kennt, der weiß, dass man nur so verantwortlich mit den Ressourcen umgehen kann und innerhalb einer Institution selbst eigentlich am besten weiß, wo die Mittel am ehesten gebraucht werden und wo sie zur Leistungsverbesserung für Studierende oder für Forschung und Entwicklung am besten einzusetzen sind.

Wenn wir von der Art und Weise, wie wir Hochschulen finanzieren, sprechen, Frau Bauer, dann sind die Hochschulverträge eine wichtige Grundlage, weil die bisherige Hochschulfinanzierung – auch die Basisfinanzierung – im Grunde genommen ein historisches Erbe ist. Wir müssen auch die Grundfinanzierung der Hochschulen objektivieren und vertraglich sichern. Darauf bauen die leistungsbezogene Mittelzuweisung und dann die Zielvereinbarungen auf. Dass die Summe aus a, b und c über alle Hochschulen dann eine Gesamtsumme ergibt, die auch einer Garantie bedarf, ist eigentlich in sich logisch; denn wenn ich für 25 Einzelteile garantiere, muss ich auch für die Summe garantieren.

(Minister Dr. Frankenberg)

Das ist für mich eine Bauernregel, die auch der schwarze Peter kennt.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU – Abg. Pfisterer
CDU: Sehr gut! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir werden allerdings hier auch weitergehen müssen. Wir haben nach § 26 der Landeshaushaltsordnung für die Universität Heidelberg die Einführung der kaufmännischen Buchführung ermöglicht. Die Universität Stuttgart wird folgen. Es wird auf Dauer so sein, dass, um mit diesen Globalhaushalten wirklich in kaufmännischer und in unternehmerischer Art umgehen zu können, alle Hochschulen im Sinne von Landesbetrieben auf eine solche Buchführung umgestellt werden müssen.

Die Verantwortung der Hochschulen ist gewachsen. Sie sind zuständig für die Studien- und Prüfungsordnungen, für die Berufung der Professoren und für die Professorenbesoldung.

Ich habe, Frau Bauer, mit Interesse zur Kenntnis genommen, ich sei einmal ein Freund der Professorenbesoldungsreform von Frau Bulmahn gewesen. Das stimmt nicht.

(Abg. Döpfer CDU: Gott sei Dank!)

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat geschrieben, ich hätte dreimal gegen Frau Bulmahn gewonnen. Ich hätte gerne viermal gewonnen, nämlich auch bei der Verhinderung dieser Professorenbesoldungsreform, und zwar deshalb, weil von Anfang an abzusehen war, dass ein Gesetz mit einer Deckelung der Ausgaben, das der Bund einbringt, für eine leistungsbezogene Besoldung nicht vernünftig ist.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Die Ausgabendeckelung haben die Länderfinanzminister durchgesetzt! Eigenartig, oder? – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

– Die Möglichkeit, den Vergaberahmen zu erhöhen, ist gegeben. Aber man muss natürlich den Vergaberahmen dann in Relation zum Landeshaushalt und zu den Steuereinnahmen sehen. Wenn ich ein Gesetz habe, nach dem eine Erhöhung des Vergaberahmens möglich ist, und die Steuereinnahmen sinken, dann nützt mir der Vergaberahmen nichts. Logisch wäre gewesen, dass ich, wenn ich ein Gesetz mache, das eine leistungsbezogene Professorenbesoldung ermöglicht, den Hochschulen zugleich die Möglichkeit gebe, aufgrund ihrer Leistungen zusätzliche Mittel einzunehmen. Ein solches Gesetz und gleichzeitig ein Studiengebührenverbot, das ist geradezu in sich völlig widersprüchlich. Man hat im Grunde genommen den Hochschulen gesagt: „Ihr dürft mehr Geld ausgeben, aber ihr dürft nicht mehr Geld einnehmen.“ Das ist ziemlich unsinnig. Kein Unternehmen käme auf die Idee, eine leistungsbezogene Bezahlung bei Limitierung der eigenen Gewinne einzuführen. Aber genau das ist hier geschehen. Die Idee ist gut, die sinnvolle Umsetzung in diesen Zeiten eigentlich nicht möglich.

Hier komme ich zu der Frage: Wie können wir die notwendige bessere Finanzierung der Hochschulen erreichen? Ich glaube, es ist allen klar: Wir können das nicht aus staatli-

chen Mitteln. Niemand kann höheren Steuern das Wort reden, und niemand kann einer höheren Verschuldung das Wort reden. Dennoch brauchen die Hochschulen mehr Mittel, um die Lehre zu verbessern, die Abbrecherzahlen zu senken, die Betreuungsrelationen zu verbessern. Wenn wir uns in der Welt umschauen, dann finden wir keine Spitzenhochschule, in der nicht ein wesentlich höherer privater Finanzierungsanteil als bei den deutschen Hochschulen vorhanden wäre. Zur Verbesserung der Hochschulen brauchen wir den Weg – er ist unumgänglich –, dass die, die letztlich von dieser Hochschulausbildung profitieren, auch einen Eigenanteil zur Finanzierung der Hochschulen beitragen. Er liegt, wenn dafür 500 € erhoben werden, bei 10 % der unmittelbaren Kosten, die ein Studium verursacht.

Wir geben in Deutschland etwa 1 % unseres Bruttonettoprodukts für die tertiäre Bildung aus. Andere Länder geben das Doppelte aus, aber nicht durch höhere staatliche Mittel, sondern durch einen höheren Anteil an privaten Mitteln. Wenn wir nicht in diese Richtung gehen, mehr private Mittel zu akquirieren, werden wir keine angemessene Finanzierung der Hochschulen im internationalen Benchmarking erreichen.

Es ist übrigens in den USA und auch woanders so, dass die Studierenden dort, wo Studiengebühren gezahlt werden, nach ihrem Studium auch noch hohe Spenden an ihre Hochschulen zahlen, bei denen sie Gebühren entrichtet haben. Dort gilt also das Prinzip „Ich habe vorher gezahlt, und ich spende nachher“, und bei uns gilt das Prinzip „Ich zahle vorher nichts und spende nachher nichts.“ Das ist eine Tatsache, mit der man sich bei der Betrachtung der Wirklichkeit abfinden muss.

Das heißt, wir brauchen die Studiengebühren. Die Voraussetzung ist: Die Studiengebühren müssen als zusätzliches Finanzierungsinstrument an die Hochschulen kommen. Wir haben einen Kabinettsbeschluss, gemäß dem es dann keine Haushaltsabsenkungen gibt, sondern diese Mittel wirklich zusätzlich den Hochschulen zur Verfügung stehen. Wir sagen auch, dass diese Mittel den Hochschulen zur Verbesserung der Lehre zur Verfügung stehen sollen. Es gibt übrigens parteiübergreifend die Meinung, dass dies unumgänglich ist, aber es gibt in keiner anderen Partei als bei CDU, CSU und FDP die dezidierte Meinung, dass man das auch tun soll.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Aber gerne.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister, bedeutet der von Ihnen soeben zitierte Kabinettsbeschluss auch, dass die Einnahmen aus den schon bisher erhobenen Verwaltungsgebühren, die unmittelbar an den Landeshaushalt fließen, in Zukunft dort nicht mehr ankommen, wenn die Verwaltungsgebühren durch Studiengebühren ersetzt werden?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Frankenberg: Über die Verwaltungsgebühren, Herr Palmer, haben wir noch nicht befunden. Die Verwaltungsgebühren haben mit den Studiengebühren zunächst einmal nichts zu tun. Wir haben auch nicht von einem Ersatz gesprochen. Sie müssen abwarten, bis wir unsere endgültigen Beschlüsse gefasst haben. Ich sage auch nichts, von dem ich jetzt nicht dezidiert sagen kann, ob wir es so oder so machen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Also könnte da doch etwas abgezweigt werden! – Zurufe der Abg. Carla Bregenzer SPD und Heiderose Berroth FDP/DVP)

– Wir werden von den Studiengebühren nichts abzweigen außer den Verwaltungskosten für die Studiengebühren selber. Das ist klar.

(Abg. Birzele SPD: Sie kürzen vorher, und dann ist das der gleiche Effekt!)

– Wir werden auch nicht vorher kürzen, wie die Österreicher es zum Teil getan haben,

(Abg. Birzele SPD: Sie haben es ja schon!)

sondern wir werden unseren Haushalt einhalten, und die Studiengebühren werden dazukommen. Sie werden auch von den Hochschulen eingenommen werden müssen – auch das ist wichtig –, damit sie direkt an der richtigen Stelle landen.

Wir haben Bedingungen an die Studiengebühren geknüpft, und zwar unter anderem die, dass die Erhebung niemanden psychologisch vom Studium abhalten soll. Deshalb muss es ein zinsgünstiges Kreditsystem für Studiengebühren geben. Die Kredite müssen einkommensabhängig von denen zurückgezahlt werden, die den Vorteil von dem Studium gehabt haben. Dass es, Frau Bregenzer, Einkommensunterschiede der Eltern gibt, das war schon immer der Fall, und es hat kein System in der Welt gegeben, das dies in vernünftiger Weise hätte ausgleichen können. Die Systeme, die das versucht haben – denen Sie offenbar noch ein bisschen nachhängen –, sind in der Weltgeschichte kläglich gescheitert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Heiterkeit des Abg. Döpper CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rust?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Ja, bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Rust.

Abg. Rust SPD: Herr Minister, ist Ihnen bewusst, dass Sie mit dem, was Sie bisher als Eckpunkte zu nachlaufenden Studiengebühren vorgelegt haben, junge Menschen genau in der Lebensphase belasten, in der sie eigentlich mehr Geld brauchen, weil sie eine Familie gründen und vielleicht an Kinder denken? Wir wünschen uns ja eigentlich in allen Debatten, dass junge Familien und darunter auch junge

Akademikerinnen und Akademiker mehr Kinder bekommen. Doch genau in dieser Lebensphase belasten Sie mit Ihrem bisherigen Modell junge Familien.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Wir sind ja nicht die Erfinder eines solchen Modells, sondern das Modell ist in Australien erprobt

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja, und wie! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber das funktioniert dort nicht!)

und funktioniert.

(Abg. Teßmer SPD: Aber nicht familienfreundlich! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Lesen Sie die entsprechenden Studien! – Weitere Zurufe)

– Schauen Sie sich doch die Verhältnisse in Australien vor und nach Einführung der Studiengebühren sowie die Auswirkungen an!

(Abg. Herrmann CDU: Und wie ist das mit den Handwerkern, die den Meister machen wollen? – Abg. Rust SPD: Ist Ihnen das mit der Familienfeindlichkeit bewusst? – Weitere Zurufe von der SPD)

Erstens hat Australien pro Frau mehr Kinder als die Bundesrepublik Deutschland. Das hat sich auch durch die Einführung der Studiengebühren nicht verändert.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD – Unruhe)

– Wenn Sie fragen, sollten Sie auch die Antwort entgegennehmen wollen. –

Zweitens ist in Australien die Zahl der Studierenden nach Einführung der Studiengebühren angestiegen,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Bei gleichzeitigem Ausbau der Hochschullandschaft!)

weil man zusätzliche Mittel hatte, um die Studienbedingungen zu verbessern.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Der Staat hat zusätzlich Geld gegeben!)

Drittens hat Australien einen wesentlich höheren Anteil an Studierenden aus einkommensschwachen Schichten als die Bundesrepublik Deutschland.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das liegt am Schulsystem! Das wissen Sie auch!)

Viertens müssen Sie daran denken, dass die Rückzahlung der Gebühren einkommensabhängig ist, das heißt, dass sie erst ab einem bestimmten Einkommen einsetzt.

(Abg. Fleischer CDU zur SPD: Das ist die Antwort!)

Fünftens müssen Sie an die Relation von Studiengebühren zu Lebenshaltungskosten denken. Studiengebühren von 1 000 € im Jahr, also 500 € pro Semester, machen einen Anteil von etwa 10 % an den Lebenshaltungskosten aus, die

(Minister Dr. Frankenberg)

ein Studierender zu tragen hat. Das heißt, die eigentliche Belastung liegt nicht bei den Studiengebühren, sondern bei den Lebenshaltungskosten, die getragen werden müssen. Auch hier muss man die Relationen sehen. Ich denke, auch in Ihrer Partei ist das sehr gründlich diskutiert worden; sonst gäbe es nicht – wie das manchmal so ist – unterschiedliche Meinungen dazu.

Bei dem Modell nachlaufender Studiengebühren muss allerdings sicherlich auch etwa über den Einbau weiterer familienbezogener Erleichterungen nachgedacht werden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Bregenzer?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Bitte, Frau Bregenzer.

(Abg. Fleischer CDU: Die sieht die erste Frage noch nicht beantwortet!)

Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Minister, können Sie nach den jetzigen Erklärungen erläutern, warum die Zahl der Studierenden aus einkommensschwächeren Familien dramatisch zurückgegangen war, als Schwarz-Gelb das BAföG in der Bundesrepublik Deutschland zusammengestrichen hatte, und warum die Zahl der Studierenden aus einkommensschwachen Familien überdeutlich angestiegen ist, seit Rot-Grün das BAföG deutlich verbessert hat?

(Abg. Gaßmann SPD: Das liegt am Wetter!)

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Frau Bregenzer, die Zahl der Studierenden aus einkommensschwachen oder, wie man sagt, bildungsfernen Schichten ist in Deutschland trotz der Anhebung des BAföG zwar leicht angestiegen,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Nein, deutlich!)

liegt aber immer noch weit unter dem Durchschnitt aller anderen europäischen Länder.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie haben die Zahl halbiert! – Abg. Teßmer SPD: Sie sind informativ! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Und wie! Lebensfern!)

Die Länder mit Studiengebühren haben in der Regel einen höheren Anteil von Studierenden aus bildungsfernen Schichten als die Bundesrepublik Deutschland.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: In welchem Land ist das so? – Abg. Carla Bregenzer SPD: Die haben auch nicht die soziale Auslese in der Schule wie bei uns!)

An dieser Stelle möchte ich, Frau Bauer, auf das Modell des BDA eingehen: Der Arbeitgeberpräsident und ich haben unsere Modelle auf derselben Pressekonferenz in Berlin vorgestellt. Wir haben also auf dieser Pressekonferenz wechselseitig schon zur Kenntnis genommen, dass jede Seite ihr Modell hat.

In vielen Teilen stimmen wir überein, nämlich darin, dass die Studiengebühren sozialverträglich sein müssen und dass es möglich sein muss, die Studiengebühren nachlaufend zu erheben.

Wir stimmen nicht überein in der Grundhaltung, die ich und die wir als Landesregierung vertreten: Für Kinder aus einkommensschwachen Familien muss es einen „verlorenen Zuschuss“ zu den Lebenshaltungskosten geben. Wir können die Mittel für den Lebensunterhalt auch der einkommensschwachen Schichten nicht vollständig auf Kredit umstellen. Denn dann wäre die Kreditsumme aus Studiengebühren und Lebensunterhaltskosten zu hoch, und das könnte prohibitiv für die Aufnahme eines Studiums sein. Das ist der Aspekt, in dem sich unser Modell von dem BDA-Modell unterscheidet und den ich betone: dass wir bei Zuschüssen des Staates für den Lebensunterhalt von Studierenden aus einkommensschwachen Schichten, aus bildungsfernen Schichten bleiben müssen. Sie mögen die Proportionen als unzureichend ansehen, aber das System an sich ist vernünftig. In dem genannten Aspekt unterscheidet sich unser Vorschlag von dem Vorschlag des Arbeitgeberverbands.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Bauer?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Bitte sehr, Frau Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Minister, was halten Sie von der vom Studentenwerk im vergangenen Jahr bei der Vorstellung seines Berichts über die Lage der Studierenden vorgebrachten These, das Problem bei der Aufnahme eines Studiums seien weniger die bildungsfernen Schichten, sondern sozusagen die untere Mittelschicht? Das Studentenwerk warnte vor einem „Absacken der Mitte“, weil genau diese Gruppe nur wenig BAföG erhält oder gerade oberhalb der Anspruchsgrenze liegt. Diese Menschen können sich unter Umständen ein Studium nicht mehr leisten, weil sie die Lebenshaltungskosten komplett finanzieren müssen. Für diese gefährdete Gruppe bieten Sie meines Wissens nichts an Abfederung an.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Frau Bauer, man muss immer wieder betonen: Die Abfederung der Studiengebührenleistungen liegt im nachlaufenden System.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Das heißt, sie besteht darin, dass es nicht auf das Elterneinkommen ankommt, sondern auf das spätere Einkommen desjenigen, der studiert hat. Die andere Frage ist die des BAföG-Systems, weil es sicherlich eine Grenze beim BAföG gibt, was aber in die Bundeszuständigkeit fällt, wobei man, wenn man knapp darüber liegt, im Grunde genommen am schlechtesten bei der Finanzierung der Lebenshaltungskosten dran ist. Das wäre aber eine Frage der Reform des BAföG-Systems.

Außerdem muss man daran denken, wozu denn die Studiengebühren in den Hochschulen verwendet werden, nämlich für die Verbesserung der Lehre. Ein großer Teil der Studi-

(Minister Dr. Frankenberg)

engebühren wird in Stellen für Tutoren und Mentoren fließen. Das heißt, es wird sehr viele Studierende geben, die aus den Studiengebühren Verdienstmöglichkeiten an den Hochschulen erhalten. Das ist das, was die Amerikaner auch als Stipendien bezeichnen, sodass sich für viele die Bedingungen an den Hochschulen, und zwar leistungsbezogen – es sollen ja die besseren Studierenden sein –, verbessern.

Noch ein Wort zu der Verlässlichkeit des Landes im Hinblick darauf, dass diese Gebühren wirklich zusätzlich den Hochschulen zugute kommen. Was Sie, Frau Bregenzer, über die Langzeitstudiengebühren gesagt haben, stimmt für Nordrhein-Westfalen, aber nicht für Baden-Württemberg.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Es stimmt für Baden-Württemberg! Haushaltszahlen Baden-Württemberg!)

Die Langzeitstudiengebühren sind in Baden-Württemberg vollständig den Hochschulen zugute gekommen, die Langzeitstudiengebühren in Nordrhein-Westfalen größtenteils dem Landeshaushalt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die Verwaltungsgebühren vollständig dem Landeshaushalt! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Ich habe Ihnen die Zahlen genannt, die aus Ihrem Haushalt stammen! Nordrhein-Westfalen hat doch gar nicht so viele Studiengebühren eingenommen! Die haben erst angefangen!)

– Das ist ein Dimensionsunterschied, Herr Palmer.

Die Verlässlichkeit dieser Landesregierung, dass diese Mittel dorthin fließen, wo sie gebraucht werden, ist gegeben. Der Finanzminister hat auch selber immer wieder betont, dass diese Gebühren den Hochschulen zusätzlich zugute kommen. Insofern werden die Studiengebühren etwas sein, was wir benötigen und was wir solide und sozialverträglich einführen werden. Ich glaube nicht, dass diejenigen, die sich wirklich zu der Verantwortung für das Hochschulsystem bekennen, umhinkönnen, sich zu fragen, wie wir die finanzielle Ausstattung der Hochschulen verbessern können. Sie können doch in der Debatte über den Haushalt nicht gleichzeitig fordern, einerseits die Schulden zu verringern und andererseits die Ausgaben des Staates, etwa für die Hochschulen, zu erhöhen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber Sie haben so viele Ausgaben, auf die man verzichten kann!)

Da muss man schon wissen, was man eigentlich will. Da muss man sich auch zu einem dritten Weg bekennen, der heißt: stärkerer Anteil derer, die letztlich die Begünstigung aus einem Studium haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ein Wort zu der Frage der berühmten Eliteuniversitäten. Unsere Hochschulen brauchen mehr Mittel für die Forschung. Das kann man gut sagen. Das ist an sich vernünftig. Wir brachten auch eine stärkere Differenzierung der Hochschulen in Richtung mehr Elite oder weniger Elite. Wir haben schon eine relativ starke Differenzierung. Den-

ken Sie daran, dass unter den zwölf besten deutschen Hochschulen sieben baden-württembergische sind. Sie haben Recht: Natürlich hätten wir von einem Eliteprogramm den größten Nutzen, aber man kann nicht immer sagen: Ich mache das, wovon ich den größten Nutzen habe, auch wenn ich es für falsch halte.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das nennt man Opportunismus!)

– Der schwarze Peter ist eben nicht ein Opportunist. Ich möchte also nicht wieder auf die Landwirtschaft eingehen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein, ich sage es bloß!)

Was ist an diesem Elitekonzept problematisch? Da sollte man schon über die konkreten Dinge reden. Erstens einmal ist problematisch, dass der Bund seine 1,9 Milliarden € nicht hat.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Weil Sie die Mittel nicht freigeben!)

– Sehen Sie einmal, was durch die Abschaffung der Eigenheimzulage in den ersten Jahren hereinkäme. Da sind wir weit von den Mitteln weg, die Frau Bulmahn für den Elitewettbewerb ausgeschrieben hat. Sie hat gleichzeitig die Mittel für den Hochschulbau noch einmal um 63 Millionen € gekürzt. Da fragt man sich doch, ob der Elitewettbewerb nicht zulasten aller anderen Hochschulen gehen würde.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das wäre ein großer Nachteil.

Ich habe diese Frage auch jetzt am Montag bei einer nächtlichen Diskussion in Bonn an Staatssekretär Catenhusen gestellt und auf die Frage, wo die 1,9 Milliarden € sind, keine Antwort erhalten. Man sollte erstens nur über Geld reden, das man hat.

Zum Zweiten – das haben wir sehr stark in den Vordergrund gerückt –: Wir haben derzeit eine Forschungsfinanzierung via DFG, die die wirklichen Kosten der Forschung nicht abdeckt. Die Forschungskosten sind zu etwa 50 bis 60 % abgedeckt, was dazu führt, dass die Hochschulen aus ihren Grundhaushalten – auch aus Mitteln für die Lehre – im Grunde genommen Forschungsprojekte quersubventionieren.

Das heißt aber, je mehr Forschungsmittel man einwirbt, umso stärker beansprucht man den Grundhaushalt und auch den Haushalt für die Lehre. Erhöht man jetzt – wie bei den Eliteuniversitäten – die Forschungsmittel noch mehr, dann werden die großen Sieger ihre Grundhaushalte noch stärker beanspruchen.

Das ist ungefähr so – ich komme wieder zur Automobilindustrie –, als wenn ich Autos nicht gut genug ausstatten würde und diese auf dem Markt – das betrifft jetzt die Forschung, Herr Palmer – nicht besonders wettbewerbsfähig wären. Ich löse das Problem aber nicht dadurch, dass ich die Qualität dieser Autos verbessere und sie voll ausstatte oder einfach mehr Autos baue. Wenn bei einem Auto, das ich produziere, nur 70 % der Kosten hereinkommen, kann

(Minister Dr. Frankenberger)

ich das Problem nicht lösen, indem ich die Produktion erhöhe. Vielmehr muss ich versuchen, 100 % der Kosten zu decken.

Genau das müssen wir bei der Forschung versuchen. Deshalb sagen wir, Priorität muss die Vollfinanzierung der Forschung haben. Deshalb müssen die DFG-Mittel dazu erhöht werden; erst dann kann man daran denken, zusätzliche Programme aufzulegen, da sich die Universitäten, die erfolgreich sind, sonst im Grunde genommen, wie ein Engländer einmal gesagt hat, „zu Tode erfolgreichen“.

Insofern hat dieses Konzept von Frau Bulmahn Mängel. Wir gehen dagegen ja nicht aufgrund irgendwelcher Föderalismusgedanken vor, sondern weil es strukturelle Mängel aufweist, die wir nicht verantworten können. Auch in den Kommentaren der Hochschulen finden Sie die Aussage, dass die Vollkostenfinanzierung ein richtiger Gedanke sei – das sagt auch die DFG – und dass das kommen müsse.

Man kann aber nur in einen weiteren Wettbewerb treten, wenn man die Mittel wirklich hat. Dann muss man sagen, woher sie kommen, und muss auch klar machen, dass sie nicht von der Grundfinanzierung der Hochschulen weggenommen werden. Wir können von staatlicher Seite doch nicht wenige hervorheben zulasten der vielen. Wir brauchen eine Spitze, aber wir brauchen auch eine solide Breite in der Hochschulausbildung und in der Qualität unserer Hochschulen.

Deshalb sind wir keine „Verhinderer“, sondern ich appelliere an den gesunden Menschenverstand unserer Bundesministerin. Aber sie hat sich seit dem Urteil über Studiengebühren zu der Frage des Elitewettbewerbs auch gar nicht mehr geäußert.

Dies gilt für unsere Politik insgesamt. Denken Sie daran, dass Studiengebühren in dem einen Land erhoben werden und in dem anderen Land vielleicht nicht. Dieses Prinzip wird von manchen als Kleinstaaterei bemängelt, aber es ist auch ein Wettbewerbselement. Wir müssen daran denken, dass nicht Gleichheit Wettbewerb erzeugt – auch nicht Gleichheit im Dienstrecht, wogegen ich bin –, sondern dass Unterschiede in Qualität, im Dienstrecht und auch bei Studiengebühren Mobilität und Wettbewerb erzeugen und nicht verhindern.

Gerade gestern sagte mir ein Mediziner aus Mecklenburg-Vorpommern, für dieses Land wäre die Einführung von Studiengebühren ein ideales Wettbewerbsinstrument,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

weil es damit erstmals Mittel für die Studierenden, die es ausbilde, direkt einnehmen könnte. Er verstehe überhaupt nicht, dass ein Land wie Mecklenburg-Vorpommern dagegen sei; eher müsste sich ein Land wie Baden-Württemberg zurückhalten. Aber wir sagen eben: Wir wollen noch besser werden als wir sind, und wir sind noch nicht mit dem zufrieden, was wir erreicht haben.

Wir sind nicht nur, was die Hochschulen betrifft, mit dem erreichten Stand noch nicht zufrieden, sondern auch bezüglich der Kunst. Darauf wird Staatssekretär Sieber noch weiter eingehen. Wissenschaft, Forschung und Kunst sind nicht

nur weiche Standortfaktoren, sondern sind insgesamt Faktoren, die die Kreativität eines Landes und letztlich auch den Erfolg eines Landes ausmachen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Zwischen Kunst und Wissenschaft ist nicht immer eine scharfe Trennung herbeizuführen. Das zeigen die Musikhochschulen, die zum Teil eine wissenschaftliche Ausbildung leisten, das zeigen die Kunstakademien. Es gibt hier eine enge Verbindung, gerade auch zwischen den Geisteswissenschaften und der Kunst – oder denken Sie nur an Design und Technik. Die Dinge hängen eng zusammen.

Wir wissen auch, dass wir bei der Kunstförderung neue Überlegungen anstellen müssen, dass wir bei der Kunstförderung Wege gehen müssen, die sich von traditionellen Verteilungsmustern entfernen, damit wir mit den vorhandenen Mitteln die Kunst so fördern können, dass dabei das Optimum für das Land herauskommt.

Wir haben eine ausgezeichnete Kunstlandschaft. Genauso wie wir eine Hochschullandschaft in der Breite des Landes haben, wollen und brauchen wir auch eine Kunstlandschaft in der Breite des Landes. Denn dieses Land hat einen großen strukturellen Vorteil – das zeigen unsere Kunst- und Hochschuleinrichtungen. Wir sind nicht nur mit unserer Hauptstadt so gut wie München, wir sind in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, in der Technologie in der Breite des Landes gut, und deshalb müssen wir Kunst- und Hochschuleinrichtungen in der Breite des Landes haben und uns dies leisten. Es gibt kein anderes Bundesland, das in der Breite insgesamt so gut entwickelt ist wie Baden-Württemberg. Deshalb haben wir auch sieben Spitzenuniversitäten unter den zwölf besten Universitäten in Deutschland und nicht nur zwei wie Bayern. Diese Breite gilt es auch in der Kunst zu erhalten.

Insgesamt müssen wir wissen und sind uns dessen als Landesregierung bewusst, dass Investitionen in diesem ganzen Bereich die Zukunftsinvestitionen im Land sind. Dies hat Melanchthon schon im 16. Jahrhundert erkannt, als er ausführte: „Wer Schulen gründet und die Wissenschaften pflegt, der macht sich um sein Volk und die ganze Nachwelt besser verdient, als wenn er neue Gold- und Silberadern fände.“

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Melanchthon ist gut!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Vetter.

Abg. Dr. Vetter CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Noch so viele Worte können nichts daran ändern, dass wir in Baden-Württemberg in der Tat die besten Hochschulen haben. Heute steht in der Zeitung, dass von den elf Forschungsuniversitäten in Deutschland vier in Baden-Württemberg ausgezeichnet worden sind. Sie können praktisch jede Woche eine solche Auszeichnung feststellen. Meine Damen und Herren, das muss doch etwas mit der Politik einer Landesregierung zu tun haben, die seit Jah-

(Dr. Vetter)

ren von der CDU geführt wird und die hervorragende Arbeit geleistet hat.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Ich werde schon über Kunst sprechen, aber es verleitet mich doch, in die Diskussion um die Studiengebühren auch einmal meine eigene Lebenserfahrung ganz kurz einzubringen. Ich gehöre ja einer älteren Generation an,

(Abg. Döpfer CDU: Aber das sieht man nicht! – Abg. Birzele SPD: Immer noch frisch und jugendlich!)

die noch mit Schulgeld gelebt hat. Meine Generation hat noch die Erinnerung daran, dass unsere Eltern – und ich stamme aus einem von Ihnen so genannten minderbemittelten Hause –

(Abg. Inge Utz SPD: Das sagen wir nicht! Das ist Ihr Ausdruck! – Abg. Zeller SPD: Wer sagt so etwas? – Abg. Birzele SPD: „Minderbemittelt“ haben wir nie gesagt!)

Ich stamme aus einem minderbemittelten Haus,

(Abg. Birzele SPD: Gut, aber nicht unsere Wortwahl!)

und ich kann Ihnen nur sagen, meine Eltern waren stolz darauf, dass sie die Gebühren aufbringen konnten. In meiner Studienzeit gab es vorlaufende Studiengebühren, und diese Studiengebühren konnten wir uns leisten, weil es das Honnefer Modell gab, eingeführt von Konrad Adenauer,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

und weil wir dann nach Berufsaufnahme diese Gebühren bis zum letzten Pfennig in kleinen Raten und ohne jede Belastung für uns junge Familien zurückgezahlt haben.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD – Abg. Inge Utz SPD: Uns ist es verdammt schwer gefallen, das zurückzuzahlen!)

Das muss einmal gesagt werden. Deswegen, meine Damen und Herren, sehe ich diese Diskussion mit großer Gelassenheit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Die Studiengebühren waren damals viel geringer als die, über die wir heute diskutieren!)

Meine Damen und Herren, auch im Kunstbereich können viele Worte nicht verhüllen, dass wir in Baden-Württemberg eine hervorragende Dichte kultureller Einrichtungen haben, wie es sie in kaum einem anderen Land gibt. Trotzdem müssen wir auch bei diesem Haushalt klar sagen – heute Morgen bei der Andacht vor Beginn der Sitzung wurde von der Fastenzeit geredet –: Auch hier gilt es, Fastenzeit anzusagen. Fastenzeit bedeutet – das ist ganz einfach die Realität –, dass wir auch im Kunsthaushalt fasten müssen

und die drastischen Kürzungen insbesondere im letzten Jahr, 12,6 Millionen €, immer noch mitschleifen und immer noch erdulden müssen.

Meine Damen und Herren, diese drastischen Kürzungen haben dazu geführt, dass insbesondere die kleinen Kunsteinrichtungen in große Not gekommen sind. Gerade bei den Kleinen – die Großen vertragen es eher noch –, bei denen es um geringe Zuschussbeträge geht, mit denen Personal finanziert werden muss, war diese Kürzung drastisch und ging bis an die Existenzgrenze. Daraus ergab sich für uns das erste politische Ziel für diesen Haushalt, das ich so formuliert habe: Wir müssen die Kleinen schonen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Die kleinen Kunsteinrichtungen, meine Damen und Herren, tragen nämlich genauso viel bei wie die so genannten großen Leuchttürme der Kunstpolitik. In den Städten, Gemeinden und Kreisen wird hier wertvollste Arbeit geleistet.

Die kleinen Theater, die soziokulturellen Zentren, die vielen kleinen Kulturinitiativen werden mit diesem Haushalt geschont. Dies ist als erstes politisches Ziel erreicht worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das Zweite, meine Damen und Herren, hängt mit Folgendem zusammen – ich komme wieder auf den Begriff „fasten“ zurück –: „Fasten“ bedeutet ja nicht nur Nahrungsentzug, sondern in der Urbedeutung des Wortes heißt „fasten“ „festmachen“, „stärken“. „Fasten your seatbelts“, heißt es in den Flugzeugen.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU: Sehr gut! – Abg. Birzele SPD: Ich habe die Anschnallpflicht noch nie mit der Fastenzeit in Zusammenhang gebracht! Aber ich stimme Ihnen zu!)

– Danke schön, Herr Birzele.

(Unruhe)

Das zweite Ziel meiner Fraktion war es deswegen, meine Damen und Herren, den Kunsthaushalt nach der Kette von Einsparmaßnahmen der vergangenen Jahre mit einer Art Moratorium so weit wie möglich zu stabilisieren, festzumachen.

(Beifall des Abg. Dr. Christoph Palmer CDU)

Dies ist nicht ganz, aber zu einem ganz großen Teil erreicht worden. Das bedeutet in dieser schwierigen Zeit wirklich viel. Es ist eine Stabilisierung gelungen.

Der Kunsthaushalt muss zwar wie jeder andere Haushaltsbereich Kürzungen ertragen und globale Minderausgaben erbringen. Aber in den gefährdeten Bereichen haben wir durch konkrete Beschlüsse die Kürzungen gemäßigt und bis auf 600 000 € eine Stabilisierung erreicht. Das war das zweite große und wichtige Ziel.

(Dr. Vetter)

Das dritte Ziel: In den letzten Jahren ist nach der Rasenmähermethode gekürzt worden; ich habe das ja in meiner letzten Haushaltsrede gesagt. Diese Methode funktioniert nicht mehr. Sie gerät an ihre Grenzen. Deswegen war das dritte politische Ziel, die Rasenmähermethode nach Möglichkeit zu vermeiden. Daher wird jetzt nach den Beschlüssen meiner Fraktion die Rasenmähermethode nicht mehr angewandt, sondern die Kürzungen werden gezielt angebracht. Die erwähnten 600 000 € müssen erbracht werden. Zum Beispiel wird das Wehrgeschichtliche Museum in Rastatt, aus dessen Finanzierung sich der Bund zurückgezogen hat, einen großen Teil dieser Kürzungen schon von sich aus erbringen. Deswegen wird es uns gelingen, bei diesem Kunsthaushalt ohne Rasenmähermethode auszukommen. Das ist das dritte Ziel.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der Abg. Dr. Monika Stolz CDU)

Das vierte Ziel, meine Damen und Herren, ergibt sich daraus, dass die Kunstförderung auf den Säulen Land und Kommunen ruht. Dieses Miteinander darf nicht gefährdet werden, sonst bricht die Kunstpolitik zusammen. Daher war es unser Anliegen, die Kommunen, die ja einen großen Teil der Kunstförderung erbringen – 57 % kommen von den Kommunen –, nach Möglichkeit zu schonen. Um die Kommunaltheater, die nach den Kürzungen im letzten Haushalt schwer unter Druck geraten waren, nicht zu gefährden, hat meine Fraktion zusammen mit der FDP/DVP-Fraktion die bereits vorgesehenen Kürzungen von 4 % bei den Kommunaltheatern konkret zurückgenommen.

(Beifall der Abg. Heinz CDU und Dr. Noll FDP/DVP)

Diese vier erreichten politischen Ziele im Kunsthaushalt – Stabilisierung, keine Rasenmähermethode, Schonung der kleinen Einrichtungen besonders im ländlichen Raum und Hilfe für die Kommunen – waren das, was bei der gegenwärtigen Notlage des Haushalts möglich war. Dies ändert nichts daran, dass auch der Kunsthaushalt Einbußen erlitten hat und weiter erleiden muss.

Der Rückgang der Wetttmittel ist das eine Zeichen, die Stagnation bei den Steuereinnahmen ist das andere Zeichen. Aber es ist den Regierungsfractionen mit ihren Beschlüssen gelungen, das Schlimmste abzuwenden und eine Stabilisierung zu erreichen.

Ich möchte Sie alle auch einmal darauf hinweisen, dass die Zuständigkeit für Wissenschaft und Kunst bei uns in einem Haus vereint ist und dass die Kunst dabei gut leben kann. Der Wissenschaftsminister und sein Staatssekretär, Herr Professor Frankenberg und Herr Sieber, haben die Kürzungen, die dem Wissenschaftsministerium auferlegt worden sind, nur unterproportional auf die Kunst abgewälzt. Statt 2 Millionen € proportionaler Kürzungen hat das Kunstministerium von vornherein gleich gesagt, der Kunstetat werde nur mit 1 Million € belastet. Daher, meine Damen und Herren, verdient das Kunstministerium – Herr Professor Frankenberg und Herr Sieber – einen großen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, bei den Beratungen in der Strukturkommission ist eine zweite große Hilfe erfolgt, indem dort auf Antrag unseres Fraktionsvorsitzenden der Kunsthaushalt um 850 000 € entlastet wurde.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Günther Oettinger, herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Das ist wahrscheinlich der neue Medici!)

Aber, meine Damen und Herren, wie in einer Echternacher Springprozession gab es dann eine zusätzliche globale Minderausgabe, und diese globale Minderausgabe wurde durch Beschlüsse meiner Fraktion im Umfang von jeweils 1,25 Millionen € pro Jahr wieder ausgeglichen, und die Kürzungen wurden zurückgefahren. Dafür möchte ich den Mitgliedern unserer Fraktion und den Mitgliedern der FDP/DVP ein herzliches Danke schön aussprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wie lange können wir uns das alles erlauben? Wie lange können wir die Dichte der Kulturinstitutionen in Baden-Württemberg stabilisieren? Es ist keine Frage, dass dann, wenn sich die Haushaltslage der öffentlichen Hände nicht durch eine bessere Politik zum Guten wendet, strukturelle Überlegungen unausweichlich werden – aber dann, meine Damen und Herren, bitte nicht nur bei der Kunst und der Kultur allein, sondern bei allen Einrichtungen. Kunst und Kultur dürfen nicht allein mit Strukturkürzungen belastet werden, sondern müssen im Geleitzug mit allen anderen Ressorts behandelt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es hier nicht um etwas Überflüssiges geht, sondern Kunst ist ein Beschäftigungsfaktor. In diesem Bereich sind mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig als in der Autoindustrie. Kunst ist auch ein Wertschöpfungsfaktor mit einem Anteil von 5 % am Gesamtumsatz der Republik, und in die Theater gehen mehr Menschen als in die Fußballstadien.

(Abg. Dr. Christopher Palmer CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, ich würde heute gerne über Zukunftskonzepte reden. Der Herr Minister hat vorhin angedeutet, was gemacht werden muss. Das müssen wir für eine gesonderte Diskussion aufsparen. Deswegen möchte ich sagen: Den Sparzwang, dem wir jetzt unterliegen, sollten wir zugunsten von Kunst und Kultur in Innovation ummünzen. Und dabei lassen wir uns von dem Eindruck motivieren, den wir draußen in der Praxis bekommen.

Wissen Sie, was mich motiviert? Mich motiviert, wenn ich bei Ausstellungen und Konzerten jungen Künstlerinnen und Künstlern begegne, sie singen, musizieren und spielen höre, wenn ich die Bilder sehe, die sie gestalten. Wenn ich die Motivation und das Engagement junger Menschen sehe, denke ich, dass das ein wunderbares Zeichen ist, das die Depression, die in unserer Republik überall herrscht, wieder auflösen kann.

(Dr. Vetter)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Wunderbar!)

Zum Schluss: Es möge uns in Baden-Württemberg gelingen, auch die Kulturhauptstadt Karlsruhe für Europa zu erreichen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Prima!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Vordergründig scheint in diesem Haushalt die Kultur verhältnismäßig gut abzuschneiden. Nachdem in den letzten Jahren die Kultur häufig als Sparstrumpf des Haushalts betrachtet worden ist, hätten weitere Kürzungen für eine Reihe von Einrichtungen das Aus bedeutet. Man lässt sie eben weiter am Rand des Existenzminimums – nach dem Motto „Einem nackten Mann kann man nicht in die Taschen fassen“ – leben.

Beim Lesen des Haushaltsplans drängt sich der Gedanke auf, dass beim Aufstellen gedacht wurde, Kultur sei eine Freiwilligkeitsaufgabe des Landes. Das widerspricht jedoch eklatant Artikel 3 c der Landesverfassung. Dort ist in Absatz 1 eindeutig formuliert: „Der Staat und die Gemeinden fördern das kulturelle Leben und den Sport unter Wahrung der Autonomie der Träger.“ Uns ist die Aufgabe der Kulturförderung übertragen worden, und wir, die SPD-Landtagsfraktion, nehmen den Auftrag der Landesverfassung ernst.

(Beifall bei der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Nochmals: Vordergründig scheint die Kultur in diesem Haushalt verhältnismäßig gut abzuschneiden. Vordergründig, wenn man nicht in die Details einsteigt.

Da sollten die Kommunaltheater kräftig zur Kasse gebeten werden. Besonders pikant ist in diesem Zusammenhang, dass ausgerechnet im Schillerjahr die Zuschüsse für das Nationaltheater Mannheim gekürzt werden sollten. Sind sich die Verantwortlichen möglicherweise nicht darüber im Klaren, dass wir ein Schillerjahr haben und was Schiller für Mannheim bedeutet?

Kürzungen im Kulturbereich, besonders bei Theatern und Orchestern, haben die fatale Folge, dass es für diese keine Planungssicherheit gibt. Es bedarf keiner allzu großen Fantasie, was so etwas längerfristig zur Folge hat: Das wird zu einem irreversiblen Schaden für unsere bislang noch sehr reiche Kulturlandschaft führen, die auch und gerade durch die städtischen Bühnen garantiert wird. Eine weitere Kürzung nach den Kürzungen des Haushalts 2004 würde eine substanzielle Gefährdung dieser Einrichtungen bedeuten. Für die Häuser ist es wichtig, dass das Land zu ihnen steht und ihre Kulturarbeit anerkennt. Wir haben die Rücknahme dieser Kürzungen beantragt, und im Finanzausschuss konnte ja bereits einiges korrigiert werden.

Nicht korrigiert wurde bislang jedoch die mangelhafte Bezuschussung der soziokulturellen Zentren des Landes. Zwar steht im Haushaltsplan:

Kulturinitiativen und Soziokulturellen Zentren in der Trägerschaft privater und gemeinnütziger Einrichtungen werden Zuschüsse zur Förderung der laufenden Programmarbeit, zu einzelnen Projekten sowie Investitionszuschüsse für Baumaßnahmen gewährt.

Tatsache ist jedoch, dass die laufende Förderung zu gering ist und es kaum noch eine Projektförderung gibt. Außerdem werden seit Jahren die notwendigen Zuschüsse für Baumaßnahmen nicht mehr gegeben. Wegen der zu geringen Mittel werden alle anstehenden Maßnahmen auf die lange Bank geschoben. Notwendig sind unter anderem die Dachsanierung des „Roxy“ in Ulm, die Sanierung des alten Gebäudes beim Kulturzentrum „Dieselstrasse“ in Esslingen, der Um- und Ausbau des Kulturzentrums Reutlingen sowie der Um- und Ausbau beim „Arbeitskreis Alternative Kunst“ im E-Werk in Freiburg. Dies sind nur ein paar Beispiele.

Wir haben deshalb beantragt, den Haushaltsansatz in Kapitel 1478 um 700 000 € zu erhöhen. Die soziokulturellen Zentren sind, wie ich bereits ausgeführt habe, aus Geldmangel seit Jahrzehnten gezwungen, ihre Domizile und ihre Infrastruktur zu vernachlässigen. Die beantragte Erhöhung sollte dazu dienen, erste Sanierungsmaßnahmen einzuleiten sowie Schließungen und teure Substanzschäden zu vermeiden.

Nicht korrigiert wurden die Kürzungen bei den Kammerorchestern. Wurde der Zuschuss für das Südwestdeutsche Kammerorchester Pforzheim im letzten Haushalt bereits um knapp 10 % gekürzt, so soll er in dem vor uns liegenden Doppelhaushalt nochmals um jeweils 2 400 € gekürzt werden. Man kann zwar sagen, dass dies eine verhältnismäßig geringe Summe ist. Aber das Orchester hat bereits alle Einsparmaßnahmen ausgeschöpft und ist bemüht, den Kulturbetrieb nicht nur nach künstlerischen, sondern auch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen und noch mehr private Mittel zu akquirieren. Diese Bemühungen mit einer weiteren Zuschusskürzung zu belohnen ist kontraproduktiv.

In besonderer Weise soll das Stuttgarter Kammerorchester von Zuschusskürzungen betroffen werden. War es bereits im letzten Haushaltsjahr mit ca. 13 % dabei, so soll es nun nochmals 26 000 € im Jahr weniger bekommen. Das Orchester hat, soweit möglich, weitere Sparmaßnahmen eingeleitet. So hat es sich unter anderem von seinem Orchesterdirektor getrennt und diesen Posten nicht wieder besetzt. Trotz aller Sparmaßnahmen einerseits und eingeworbener Spenden andererseits dürfte es aber kaum möglich sein, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Das Stuttgarter Kammerorchester ist das älteste Ensemble seiner Art und nimmt seit fast 60 Jahren einen herausragenden Platz in der internationalen Orchesterlandschaft ein. Unter seinem jetzigen Chefdirigenten Dennis Russell Davies nimmt es auch eine Aufgabe als musikalischer Botschafter für unser Land wahr. Sie können sich selbst bei einem der nächsten Konzerte oder beim vierten „Haydn-Spaß“ in dieser Spielzeit von der Qualität dieses Orchesters überzeugen.

(Inge Utzt)

Dieser Kulturhaushalt ist ein Sparhaushalt. Die Einsparmöglichkeiten im Bereich Kultur sind ausgeschöpft. Daher sind die verhältnismäßig geringen Kürzungen kein Beweis für eine Großzügigkeit, sondern lediglich eine Notwendigkeit, um Artikel 3 c der Landesverfassung – Staatsziel Kultur – wenigstens in etwa gerecht zu werden.

(Beifall bei der SPD)

In etwas abgewandelter Form möchte ich Friedrich Nietzsche zitieren: „Wir gehören einer Zeit an, deren Kultur in Gefahr ist, an den ihr nicht gewährten Mitteln zugrunde zu gehen.“

Nochmals: Bei den Orchestern sind es verhältnismäßig geringe Summen, nämlich für das Pforzheimer Kammerorchester 2 400 € und für das Stuttgarter Kammerorchester 26 300 € im Jahr, die wir beantragen. Diese Summen sind keine Erhöhungen, wie sie eigentlich notwendig wären, sondern lediglich das Bewahren des Status quo.

Bei den soziokulturellen Zentren geht es darum, voraussehbare größere Schäden abzuwenden.

Ich bitte Sie daher, liebe Kolleginnen und Kollegen: Springen Sie über Ihren Schatten, und stimmen Sie unseren entsprechenden Haushaltsanträgen zu.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Situation ist ernst, und das spüren gerade die im Kultur- und speziell im Kunstbereich Aktiven, weil sie von allen Seiten in die finanzielle Schere geraten. Der Kollege Vetter hat die Kommunen schon angesprochen, die, genauso wie das Land, sparen müssen. Auch die Besucher haben weniger Einnahmen und weniger verfügbare Mittel und müssen deswegen genau überlegen, wofür sie sie einsetzen.

Die FDP/DVP-Fraktion geht deshalb völlig damit einig, dass im Doppelhaushalt des Landes diesmal nur sehr moderate Kürzungen zu verzeichnen sind und diese sich mehr auf Personalstellen in der Verwaltung als auf Zuschüsse beziehen. Der Grund ist – auch das wurde bereits vom Kollegen Vetter ausgeführt –, dass die Einsparungen schon in den letzten Jahren an der Grenze des Machbaren angelangt sind. Ich bin froh, dass es den Koalitionsfraktionen gelungen ist, die vorgesehenen Kürzungen bei den Kommunaltheatern zurückzunehmen. Diese hätten nämlich nicht nur zu Quantitäts-, sondern vor allem auch zu massiven Qualitätseinbußen geführt, wie sie auch in vielen anderen Fällen eingetreten wären.

Trotzdem werden wir daran festhalten müssen, auch hier nach weiteren Möglichkeiten dafür zu suchen, wie wir das Vorhandene und Nötige mit weniger Geld erhalten können, damit wir auch künftig wieder Freiraum für Neues bekommen.

Viel besser ist es jedoch, wenn sich die Einrichtungen selbst mit diesem Thema befassen. Die Kooperation der Ballettkompanien von Freiburg und Heidelberg ist ein solch gutes Ergebnis. Auch im Landesmuseum für Technik und

Arbeit in Mannheim wird zurzeit ein Konzept erstellt, das den Bestand des Hauses absichern soll.

Kurz zu den Anträgen, Frau Kollegin Utzt: Bei den Orchestern muss ich mich auf das verlassen, was ich vom Ministerium gehört habe, nämlich dass es sich bei den Kürzungen einfach um den Vollzug von Beschlüssen der schon vor Jahren gebildeten Kulturstrukturkommission handelt.

(Widerspruch der Abg. Inge Utzt SPD)

Ich muss Ihnen sagen: Die beiden Ensembles sind auch nicht auf uns zugekommen, sodass ich mir gar keine Meinung dazu bilden konnte. Wie Sie allerdings mit 2 400 € all das tun wollen, was Sie für das Pforzheimer Kammerorchester gerade aufgeführt haben, ist mir einigermaßen schleierhaft.

Zu dem Thema „soziokulturelle Zentren“: Es ist uns allen klar, dass es natürlich sehr sinnvoll wäre, wenn man das Geld hierfür ausgeben könnte. Das ist gar keine Frage. Aber Sie wissen auch, dass das Land nur sehr, sehr wenig Möglichkeiten hat, die Einnahmeseite zu beeinflussen. Deshalb müssen wir auf der Ausgabenseite reagieren, wenn die Einnahmen weniger und die Verpflichtungen, die uns gesetzlich, auch aus Berlin, übertragen werden, immer höher werden.

Wir haben große Wertschätzung für die soziokulturellen Zentren, die sich unter anderem darin zeigt, dass wir in den letzten Jahren im Gegensatz zu allen anderen Entwicklungen die Mittel für sie erhöht haben. 2002 betrug dieser Etatposten noch 1,21 Millionen €, und heute sind es 1,54 Millionen €. Ich denke, das spricht für sich. Wir zeigen damit auch, dass die Arbeit der soziokulturellen Zentren, bei denen auch sehr viel ehrenamtliche Arbeit geleistet wird, von uns geschätzt und honoriert wird.

Bei dieser Gelegenheit will ich auch einmal den Dank an die vielen Menschen aussprechen, die sich ehrenamtlich für das vielfältige kulturelle Leben im Lande an sehr vielen Stellen erfolgreich engagieren. Sie halten die vom Kollegen Vetter und auch von Minister Dr. Frankenberg so deutlich dargestellte kulturelle Breite, die wir in unserem Land haben, aufrecht.

(Beifall der Abg. Dr. Noll FDP/DVP und Dr. Vetter CDU)

Der Bund der Steuerzahler hat kritisiert, es würden zu viele öffentliche Mittel für Kunst ausgegeben. Dazu kann ich nur eines sagen, meine Damen und Herren: In Zeiten, in denen alle über die PISA-Ergebnisse jammern, dürfen wir nicht vertrocknen lassen, was Generationen vor uns aufgebaut haben. Für mich ist Kulturförderung genauso eine Infrastrukturaufgabe wie Straßenbau oder die Finanzierung von Schulen und Hochschulen.

Kunst hat außerdem – das wurde auch schon gesagt – wirtschaftliche Aspekte. Unsere Hotels und Restaurants profitieren nicht nur von Musicalbesuchern, sondern auch von Gästen, die nach Baden-Württemberg kommen, weil es hier hervorragendes Theater, eine hervorragende Oper, ein hervorragendes Ballett etc. gibt und weil man auch aus dem Schwarzwald sehr schnell hochwertige kulturelle Veranstal-

(Heiderose Berroth)

tungen erreichen kann. Konzert- und Museumsbesucher zahlen nicht nur Konzertkarten, sondern geben auch Geld für Essen und alles Mögliche aus.

Deshalb ist es wichtig, der alten Erkenntnis zu folgen: „Was du ererbt“ – ich übertrage es – „von deinen Eltern, erwirb es, um es zu besitzen.“

Meine Damen und Herren, Albert Einstein wurde einmal gefragt, was denn wichtiger sei, Wissen oder Fantasie. Er hat sich sehr schnell und klar für die Fantasie entschieden mit der Begründung, diese sei schließlich viel seltener. Deshalb ist Kunst als wichtigster Nährboden für Fantasie ein dringend notwendiges Unterstützungsprojekt, bei dem der Staat sich engagieren muss. Wir müssen Kunst und Kultur fördern. Deshalb hat auch die Bewerbung von Karlsruhe als Kulturhauptstadt Europas 2010 mit Recht die Unterstützung der FDP/DVP.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Vetter CDU – Abg. Wintruff SPD: Meinen Sie, das nützt etwas?)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kulturförderung ist Zukunftsinvestition und nicht Subvention. Ich sage das ausdrücklich hier an dieser Stelle, weil der Bund der Steuerzahler in den letzten Tagen wieder gefordert hat, die Kulturförderung auf die Liste der Subventionen zu setzen. Diese Ansicht teilen wir Grünen nicht. Kulturförderung ist vielmehr eine öffentliche Aufgabe und eine Kernaufgabe des Landes, auch und besonders in Verbindung mit dem kulturellen Bildungsauftrag.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Inge Utzt SPD)

Aber Kulturpolitik ist auch aktive Gesellschaftspolitik, und die Verteidigung des Status quo, sich einfach auf dem Erreichten auszuruhen, greift entschieden zu kurz, denn die konzeptionellen Grundlagen sind brüchig geworden. Die Strukturen sind problematisch. Jetzt, da auch die Finanzen wegbrechen, zeigt sich das besonders deutlich.

Deshalb kommt es darauf an, die Kunstkonzeption des Landes weiterzuentwickeln, zum einen, damit wir die künstlerischen Leuchttürme, die wir im Land haben, erhalten können, zum andern aber auch, damit alltägliche kulturelle Stätten – so nenne ich sie einmal – wie Bibliotheken, Volkshochschulen, soziokulturelle Zentren sowie Kulturarbeit in Projekten und Vereinen und vieles mehr erhalten bleiben können. Diese Einrichtungen sind, wie der Kollege Vetter auch schon gesagt hat, in ihrer Existenz gefährdet. Deswegen kann es kein „Weiter so!“ geben.

Andere Bundesländer haben da schon einiges gemacht und Initiativen ergriffen: Sachsen mit dem sächsischen Kulturraumgesetz, Brandenburg mit einer Kulturentwicklungskonzeption, Schleswig-Holstein mit einer Evaluation und Neuausrichtung seiner Kulturförderung. In Baden-Württemberg hingegen haben wir bisher immer noch Stillstand.

(Abg. Inge Utzt SPD: Leider!)

Die Kultureinrichtungen im Land haben überhaupt keine Planungssicherheit mehr. Jeden Herbst müssen sie mit dem Zittern anfangen, weil sie nicht wissen, wie viel Zuschüsse sie im nächsten Jahr erhalten werden und wie stark die Kürzungen sein werden. Sie sind schon jetzt nur mit der Verwaltung des Mangels beschäftigt. Diese Politik lehnen wir entschieden ab, und wir fordern eine Weiterentwicklung der Kunstkonzeption und einen Solidarpakt für die Kultur hier im Land.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Fischer SPD)

Herr Vetter hat die Ziele genannt, die die Regierungsfraktionen hier beim Haushaltsplan hatten. Ihre Ziele in Ehren, aber es ist nicht erkennbar, dass Sie sie tatsächlich umgesetzt haben. Wir haben immer noch die Fortsetzung der pauschalen Einsparauflagen, auch wenn mittlerweile klar ist – Sie, Herr Vetter, haben es gesagt, und auch der Herr Minister hat es gesagt –, dass die Kürzung mit dem Rasenmäher an ihre Grenzen gestoßen ist und dass strukturelle Änderungen erfolgen müssen. Aber alles, was wir bisher dazu gehört haben, ist doch recht vage. Es gibt überhaupt keine Aussagen, wie das gehen soll und wer das machen soll. Irgendwann war in der Presse einmal etwas von einer „AG Foresight“ zu lesen. Das war das einzige Mal, dass ich etwas von dieser ministeriellen Arbeitsgruppe gehört habe.

(Heiterkeit des Abg. Braun SPD)

Vielleicht können Sie uns einmal Auskunft geben, was diese Arbeitsgruppe denn tatsächlich macht. Denn wenn sie Strukturveränderungen vorbereitet, sollten die auch in der Öffentlichkeit und mit der Kultur im Land und nicht nur im Ministerium diskutiert werden.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Wir brauchen also eine Weiterentwicklung der Kunstkonzeption hin zu einer nachhaltigen, innovativen und verlässlichen Kulturpolitik. Nachhaltigkeit heißt, dass wir in Zukunft Projekte nur noch unter der Voraussetzung beschließen können, dass auch den nachfolgenden, den künftigen Generationen im Bereich Kultur Handlungsspielraum bleibt. Wir müssen uns diesen Handlungsspielraum erst einmal wieder schaffen, und wir dürfen ihn nicht weiter einschränken, auch im Interesse derjenigen, die nach uns kommen.

Ein paar Kriterien, die für eine Weiterentwicklung der Kunstkonzeption wichtig sind:

Ein wichtiger Punkt und eine Begründung für öffentliche Kulturförderung ist die Förderung von Kunst, die es schwer hat, die sich nicht auf dem Markt behaupten kann, Kunst von jungen Künstlerinnen und Künstlern, die ohne eine öffentliche Förderung keine Chance hätten.

Es ist wichtig, darauf zu achten, dass in Zukunft die Besucherinnen, Besucher und Nachfrager stärker in den Blickpunkt kommen, dass man neue Gruppen an Interessierten, an Besucherinnen und Besuchern anspricht und dass man auch Angebote erarbeitet, die sowohl für Eltern als auch für ihre Kinder gleichermaßen attraktiv sind.

Wir brauchen eine stärkere Honorierung bürgerschaftlichen Engagements. Frau Kollegin Berroth, wir haben zusammen

(Edith Sitzmann)

diesbezüglich an einer Podiumsdiskussion teilgenommen. In der öffentlichen Debatte wird viel zu wenig die Bedeutung ebendieses bürgerschaftlichen Engagements in Kulturvereinen herausgearbeitet. Auch im Kulturbereich ist es wichtig, das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement zu stärken.

Wir brauchen chancengleichen Zugang zu den Angeboten.

Und nicht zu vergessen, was auch schon angesprochen worden ist: Wir brauchen eben nicht nur den Blick auf die Zentren, sondern auch den Blick auf die Regionen im Land. Es ist wichtig, kulturelle Aktivitäten und Einrichtungen vor Ort auch in Zukunft zu erhalten.

Wir brauchen mehr Spielräume, um neue und innovative Impulse zu setzen, und wir haben einen Antrag vorgelegt, um genau dies zu tun, nämlich ein Förderprogramm für kommunale Handlungskonzepte zum Thema Interkultur aufzulegen.

In diesen Haushaltsberatungen haben wir auch schon über das Thema „Integration und Zuwanderung“ gesprochen. Das Zusammenleben verschiedener Kulturen in Baden-Württemberg stellt eine große Herausforderung dar. Diese Integrationsaufgabe, die wir haben, ist ein Teil der Kulturarbeit und muss auch in der Kulturpolitik des Landes berücksichtigt werden.

(Beifall bei den Grünen)

Leider spielt die Interkultur auf Landesebene bislang kaum eine Rolle, obwohl sie die Debatten über Kulturpolitik auf Bundesebene bestimmt. Mit dem beantragten Förderprogramm wollen wir ausgewählte Kommunen anregen, ein Handlungskonzept zum Thema Interkultur zu erarbeiten, sodass zugewanderte Bevölkerungsgruppen verstärkt Zugang zu den Kultureinrichtungen erhalten, dass sich aber auch die Szenen der Zugewanderten in die Gesellschaft öffnen und hier eine neue Ebene der Verständigung entsteht.

Innenminister Rech hat gestern gesagt, es dürfe keine Parallelgesellschaften geben. Interkulturalarbeit kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Wir bitten deshalb um ihre Unterstützung für unseren Antrag.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Herrn Michael Sieber.

Staatssekretär Sieber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen wir vielleicht einmal ein paar Fakten sprechen: Wir in Baden-Württemberg nehmen den Verfassungsauftrag zusammen mit unseren Kommunen ernst, weil wir davon überzeugt sind, dass die Kulturförderung im Kanon der Landesaufgaben kein schmückendes Beiwerk, also kein Ornament, sondern ein Fundament des Staates ist und somit zu den Kernbereichen des Staates gehört.

Wir stehen – ich sage jetzt nicht in dürftiger Zeit, aber unter härteren Bedingungen – zu unserer Verantwortung, den kul-

turellen Einrichtungen und den Kulturschaffenden im Land die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir alle profitieren davon.

Nun gehört es, meine Damen und Herren – wir alle wissen es –, zu den Ritualen von Haushaltsberatungen, dass die Opposition das Erreichte für zu wenig hält. Das ist ihr gutes Recht. Aber es ist auch das Recht der Regierung, darauf hinzuweisen, dass wir, anders als die Opposition, gezwungen sind, zwischen dem, was machbar ist, und dem, was wünschenswert ist, zu unterscheiden.

Wenn Sie, liebe Frau Utzt, Planungssicherheit einfordern – ich rede jetzt von den Kommunaltheatern –, kann ich nur sagen: In allen anderen Bundesländern wäre man froh, wenn man eine Planungssicherheit von zwei Jahren – diese beschließen wir mit diesem Haushalt – hätte.

(Abg. Inge Utzt SPD: Herr Sieber, wir leben in Baden-Württemberg!)

Aber ich sage Ihnen auch: Ich kann nicht mehr Planungssicherheit gewähren, als ich selber habe.

Was die Orchester betrifft, verehrte Frau Kollegin, ist mir der Hinweis wichtig, dass wir mit dem Haushaltsjahr 2004 beginnend exakt die Beschlüsse der Kulturstrukturkommission umsetzen, die im Jahre 2000 getroffen wurden, für die Jahre 2002 und 2003 ausgesetzt wurden und im Jahr 2004 wieder aufgerufen sind. Alle Orchester konnten sich auf diese Beschlusslage einstellen.

Wenn ich jetzt Frau Sitzmann hier sitzen sehe, möchte ich sagen: Wenn Sie brandenburgische Verhältnisse hier nach Baden-Württemberg übertragen möchten, kann ich nur sagen: Viel Vergnügen!

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das habe ich nicht gesagt!)

Was das Stichwort „AG Foresight“ betrifft, Frau Kollegin, möchte ich darauf hinweisen: In der Tat ist derzeit diese Arbeitsgruppe im Ministerium tätig. Wir werden selbstverständlich alle Arbeitsergebnisse dieser Gruppe dem Landtag, den betreffenden Ausschüssen vorlegen. Wir wollten aber diese Diskussion nicht in eine aktuelle Haushaltsdebatte einführen.

Insgesamt lässt sich feststellen: Wir haben für die Kultur in Baden-Württemberg einen guten Haushalt vorgelegt. Ich gebe zu, große Sprünge sehen wir nicht vor, aber wir haben doch ermöglicht, Spielräume für Neues zu schaffen und einige wichtige Akzente zu setzen, und wir haben vor allem – Kollege Erwin Vetter hat darauf hingewiesen – bei den kleinen Einrichtungen und bei den Einrichtungen, bei denen sich die Kommunen zu einer Art Gemeinschaftsaufgabenverpflichtung bekennen, dafür gesorgt, dass diese Einrichtungen nicht weiter sparen müssen.

In der gebotenen Kürze: Wir werden die großen Landes- und Sonderausstellungen in den kommenden Jahren fortsetzen. Wir werden eine große Ausstellung anlässlich der Fußballweltmeisterschaft im Kunstgebäude in Stuttgart, an der alle staatlichen Häuser in Baden-Württemberg beteiligt sind, zeigen.

(Staatssekretär Sieber)

Stichwort Kunstgebäude: Mit Mitteln aus der Zukunftsoffensive III rüsten wir das Kunstgebäude zu einem Forum für neue Ausstellungsprojekte der staatlichen Museen um und gewinnen damit dringend notwendige Ausstellungsflächen.

(Beifall des Abg. Dr. Christoph Palmer CDU)

In diesem und im kommenden Jahr werden wir weitere Mittel einsetzen, um die sanierten und erweiterten Ausstellungsräume des Württembergischen Landesmuseums auszustatten. Das ist übrigens eine gute Nachricht für die neue Direktorin, Frau Dr. Cornelia Ewigleben, die am 1. Mai hier ihren Dienst antreten wird.

Bleiben wir kurz bei der Personalpolitik. Nicht nur im Württembergischen Landesmuseum, sondern auch in vielen anderen Häusern unseres Landes gibt es in diesem und im kommenden Jahr einen Stabwechsel. Übrigens hat sich bei allen Personalentscheidungen gezeigt, dass die Einrichtungen in Baden-Württemberg nach wie vor in der Bundesrepublik Deutschland einen außerordentlich hohen Ruf genießen. An den Württembergischen Staatstheatern wird in der kommenden Spielzeit Hasko Weber als Intendant die Leitung der Sparte Schauspiel in der Nachfolge von Friedel Schirmer übernehmen. Ein Jahr später übergibt Klaus Zehelein an den neuen Intendanten Albrecht Puhlmann. Beide werden nicht nur wichtige künstlerische Impulse setzen können, sondern beide werden zusammen mit Reid Anderson und Hans Tränkle das Stuttgarter Modell erfolgreich fortführen.

Das Theater lebt, nicht nur in der Hauptstadt, sondern auch in den Regionen. Nachdem wir im letzten Jahr mit Manuel Soubeyrand einen neuen Intendanten für Esslingen gewinnen konnten, wird noch in diesem Jahr mit Simone Sterr eine junge aufstrebende Theatermacherin

(Abg. Inge Utzt SPD: Gute Frau!)

die Nachfolge von Peter Spuhler am Landestheater in Tübingen antreten, und auch in Ludwigsburg wird es mit dem neuen Generalintendanten Konold eine neue künstlerische Leitung geben. Diese und die weiter anstehenden Wechsel an den Bühnen in Mannheim, Heidelberg, Freiburg und Aalen versprechen durchaus spannende Theaterjahre.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Wenn ich sagte, dass wir mit Blick auf neue Maßnahmen keine großen Sprünge machen können, so ist doch der Hinweis wichtig, dass wir den Haushalt 2004 in den wesentlichen Eckpunkten auch für die Jahre 2005 und 2006 übernehmen können. Das bedeutet, dass wir in den meisten Sparten das Zuschussniveau des Vorjahres halten können. Das gilt – Herr Kollege Vetter hat darauf hingewiesen – dankenswerterweise auch für die Kommunaltheater.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich mich als zuständiger Staatssekretär ausdrücklich bei den beiden Regierungsfractionen und den Fraktionen, die im Finanzausschuss zugestimmt haben, dafür bedanken, dass wir durch ein gemeinsames Zusammenwirken eine große Entlastung für die Kommunaltheater erreichen konnten und damit die Planungssicherheit zumindest für die nächsten zwei Jahre gewähren können.

Meine Damen und Herren, der Kunsthaushalt umfasst ein Ausgabenvolumen von 336 Millionen €. Das ist über 1 % des Gesamtetats des Landes Baden-Württemberg. Damit geben wir dem Kunst- und Kulturleben einen guten finanziellen Rahmen. Das mag für den einen oder anderen wenig spektakulär erscheinen. Ich nenne es solide; und Solidität ist in diesen Zeiten auch etwas wert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/4014. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung bringen.

Ich rufe auf

Kapitel 1401

Ministerium

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1402

Allgemeine Bewilligungen

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1405

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen angenommen.

Wir haben abgesprochen, dass wir über die Kapitel 1406 bis 1421 gemeinsam abstimmen können. Wenn jemand dagegen sein sollte, bitte ich um Wortmeldung. – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe auf

Kapitel 1406 bis 1421

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1423

Allgemeine Aufwendungen für die Universitäten

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

(Präsident Straub)

Ich lasse jetzt abstimmen über

Kapitel 1424 bis 1433

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1435

Allgemeine Aufwendungen für die Pädagogischen Hochschulen

Wer stimmt zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich lasse jetzt über die Kapitel 1440 bis 1469 abstimmen.

(Abg. Fischer SPD: Bis 1464, bitte! – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

– Bitte? Bis 1469, ist mir mitgeteilt worden.

(Abg. Schmid SPD: Okay!)

Ich rufe auf

Kapitel 1440 bis 1469

Wer stimmt zu? – Einstimmig angenommen.

Dann lasse ich abstimmen über

Kapitel 1470

Staatliche Hochschule für Musik Freiburg

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltungen zugestimmt.

Ich lasse abstimmen über

Kapitel 1471

Staatliche Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Mannheim

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltungen zugestimmt.

Ich lasse abstimmen über

Kapitel 1472

Staatliche Hochschule für Musik Karlsruhe

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Enthaltungen? – Bei Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse abstimmen über

Kapitel 1473

Staatliche Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Stuttgart

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse abstimmen über

Kapitel 1474

Staatliche Hochschule für Musik Trossingen

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Kleinmann FDP/DVP zu den Grünen: Bei Trossingen müsst ihr mitstimmen! – Heiterkeit)

Enthaltungen? – Bei Enthaltungen zugestimmt.

(Unruhe – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sogar Gegenstimmen! – Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Theresia Bauer: Gegenstimmen!)

– Entschuldigung. Wer enthält sich? – Wer stimmt dagegen? – Bei einigen Gegenstimmen zugestimmt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich lasse jetzt abstimmen über

Kapitel 1475 bis 1477

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltungen zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1478

Allgemeine Aufwendungen für Kunst, Literatur sowie die Kunsthochschulen

und dazu zunächst den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4054-4.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4054-1, und weise darauf hin, dass in der Zeile „Zu setzen“ ein Zahlendreher aufgetreten ist. Statt „2.284,4“ muss es heißen „2.248,4“, und das zweimal, also für 2005 und 2006. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt aber! – Abg. Alfred Haas CDU: Zahlendrehern stimmen wir nicht zu!)

Ich lasse jetzt abstimmen über das Kapitel 1478 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Danke. Gegenstimmen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse jetzt abstimmen über

Kapitel 1479

Badisches Staatstheater Karlsruhe

und

Kapitel 1480

Württembergische Staatstheater Stuttgart

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Einstimmig zugestimmt.

(Präsident Straub)

Ich rufe jetzt auf

Kapitel 1481

Aufwendungen für nichtstaatliche Bühnen, Festspiele und Orchester

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4054-2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1481 abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich lasse jetzt abstimmen über

Kapitel 1482 bis 1497

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe jetzt auf

Kapitel 1499

Sonstige wissenschaftliche Forschungsinstitute und allgemeine Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4054-3. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1499 abstimmen. Wer stimmt zu? – Danke. Gegenstimmen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, die Zweite Beratung des Einzelplans 14 ist damit abgeschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:27 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Buchstabe c** des Tagesordnungspunkts 1 auf:

Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4004

Berichterstatterin: Abg. Margot Queitsch

(Abg. Wieser CDU: Herr Präsident, begrüßen Sie bitte alle persönlich! Wenn Sie jeden persönlich begrüßen würden, würde das die Harmonie fördern!)

– Herr Wieser, wenn Sie in das Protokoll des Landtags eingetragen werden wollen, damit Sie zu Hause nachweisen können, dass Sie pünktlich zu Beginn der Nachmittagsitzung anwesend waren, dann erfolgt dies hiermit.

(Heiterkeit – Abg. Wieser CDU: Ich danke Ihnen, Herr Präsident! – Abg. Pauli CDU: Immer diese Sondermätzchen!)

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 04 eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wacker.

(Abg. Wieser CDU: Sehr guter Mann!)

Abg. Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch in diesem Doppelhaushalt wird die Bildungspolitik ein besonderer Schwerpunkt sein. Diese Aussage möchte ich zu Beginn mit zwei Fakten untermauern.

Erstens: Das Haushaltsvolumen des Einzelplans 04 weist für das Jahr 2005 eine Steigerung um 127 Millionen € gegenüber dem Vorjahr und im Haushaltsjahr 2006 eine weitere Steigerung um 142 Millionen € aus. Dagegen sind die Einsparungen, die im Einzelplan 04 erbracht werden müssen, verhältnismäßig gering. Von den 440 Millionen €, die 2005 alle Ressorts zusammen an Einsparungen erbringen müssen, entfallen auf den Einzelplan 04 42 Millionen € und von den 510 Millionen € im Jahr 2006 57 Millionen €. Das sind, gemessen am Gesamtvolumen der Einsparauflagen, verhältnismäßig geringe Beträge. Dennoch muss das Kultusressort seinen Solidarbeitrag erbringen.

Die größte Position sind natürlich die Personalaufwendungen. Es ist eine Tatsache, meine Damen und Herren, dass wir uns auf der Zielgeraden befinden, das Wahlversprechen von 2001 einzuhalten, nämlich von 2001 bis 2006 5 500 neue Lehrerstellen zu schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Diese Tatsache findet mittlerweile auch bei Eltern, Verbänden und Organisationen Anerkennung. Selbst Verbände, die immer ein besonders kritisches Auge auf die Landesregierung werfen, anerkennen dies mittlerweile.

Konkret bedeutet das für den Doppelhaushalt, dass 1 832 neue Lehrerstellen geschaffen werden. Davon entfallen 746 Stellen auf das berufliche Schulwesen.

(Abg. Hauk CDU: Sehr gut!)

Bezug nehmend auf aktuelle Pressemitteilungen der Opposition sage ich ganz klar, dass 41 % der im vorliegenden Doppelhaushalt ausgebrachten Neustellen ausschließlich auf das berufliche Schulwesen entfallen. Das ist durchaus ein besonderes Zeichen. Dadurch kann das Unterrichtsdefizit an den beruflichen Schulen kontinuierlich abgebaut werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Es ist schade, dass der Kollege Wintruff nicht da ist! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Er ist da! – Abg. Wieser CDU: Wo ist er denn? – Abg. Fischer SPD: Bloß nicht hier!)

(Wacker)

– Aber, Kollege Fischer, Sie werden dem Kollegen Wintruff diese Informationen persönlich weiterleiten.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Darüber hinaus leisten wir uns gerade im beruflichen Bereich ein besonderes Qualitätsmerkmal. Dass wir an beruflichen Teilzeitschulen die 13. Unterrichtsstunde aufrechterhalten, bedeutet, dass wir in diesen Bereich 300 Deputate investieren. Diesen Bereich leisten sich andere Bundesländer nicht mehr. Würden wir den Unterricht auf zwölf Stunden reduzieren, das heißt, die 13. Stunde streichen – was wir natürlich nicht tun wollen, weil wir einen hohen Qualitätsanspruch haben –, dann könnten wir an beruflichen Schulen das Unterrichtsdefizit auf 3,4 % senken. Wir haben hier überhaupt keinen Mangel vorzuweisen. Dieser Doppelhaushalt belegt, dass wir größte Anstrengungen unternehmen, um an unseren beruflichen Schulen eine gute und ordentliche Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Meine Damen und Herren, darüber hinaus gäbe es auch an unseren beruflichen Schulen einen Jubelschrei bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, wenn auf Bundesebene durchgreifende Reformen dazu führten, dass der Arbeitsmarkt entlastet würde; denn wenn wir immer mehr Arbeitslosigkeit haben, dann haben wir auch immer mehr Vollzeitklassen. Dann benötigen wir immer mehr zusätzliche Deputate. Eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt würde bedeuten, wir hätten weniger Vollzeitklassen. Wir hätten dann mehr Unterrichtsdeputate zur Verfügung, beispielsweise auch für den Ausbau bedarfsgerechter Ganztagschulen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Na ja!)

Fazit, meine Damen und Herren, ist: Die Landesregierung hat vom Jahr 2001 bis zum Jahr 2006 mit Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion im Schulwesen insgesamt 19 000 Einstellungen vorgenommen.

(Abg. Hauk CDU: Das sind ja unglaubliche Zahlen!)

Darin enthalten sind die 5 500 Neustellen. Das bedeutet zum einen eine hervorragende Perspektive für die jungen Menschen, die sich an unseren Schulen um Einstellung als Lehrkräfte bewerben. Das unterstreicht einen außerordentlichen Kraftakt, der auf Bundesebene seinesgleichen sucht. Das muss in diesem Zusammenhang deutlich zum Ausdruck gebracht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Mit dem Thema Ganztagschulen beschäftigt sich natürlich auch die Opposition, und zwar durch Anträge.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was heißt da „auch“?)

Um es klar zu sagen: Wir sind – das ist unstrittig – für einen bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagschulen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Bei dieser Debatte ist aber auch Fairness angemessen. Weil ich weiß, dass Kollegin Rastätter und Kollege Zeller dieses Thema mit Sicherheit zum Schwerpunkt ihrer Rede machen werden, mahne ich schon jetzt im Vorfeld Fairness an.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben bereits anhand der Kriterien, die durch die Kultusministerkonferenz vorgegeben werden, in Baden-Württemberg 504 Ganztagschulen eingerichtet; das ist ein Anteil von 10 % im ganzen Bundesgebiet. Wer da behauptet, wir seien Nachzügler, obwohl wir im Ländervergleich die beste Quote haben, der verhält sich nicht fair. Wir sind in diesem Bereich nicht Nachzügler, sondern Vorreiter, meine Damen und Herren. Das muss man in diesem Zusammenhang deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Ein Schwerpunkt der letzten Jahre war die Privatschulfinanzierung.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Mit der Novellierung des Privatschulgesetzes und mit der Vorlage dieses Haushalts, Herr Kollege Kleinmann, schließen wir gemeinsam mit der FDP/DVP-Fraktion eine Gerechtigkeitslücke. Wir heben die Förderzuschüsse, vor allem bei den beruflichen Schulen, von 45 % deutlich auf 70 % an. Diese Schulen erfahren eine deutliche Erhöhung der Zuschüsse, Frau Kollegin Rastätter, und dadurch sichern wir die Existenz von vielen beruflichen Schulen. Das ist ein wichtiges Signal, das wir mit diesem Doppelhaushalt zum Ausdruck bringen. Damit haben alle Privatschulen eine Mindestförderung von 70 % erreicht. Damit schließen wir die Gerechtigkeitslücke und halten die Zusage ein, dass wir im Doppelhaushalt 2005/2006 keine weiteren Kürzungen vornehmen. Das bedeutet nominal – auch das muss man als Kraftakt auffassen –, dass wir für die Privatschulen im Haushaltsjahr 2005 20 Millionen € mehr und im Haushaltsjahr 2006 noch einmal 22 Millionen € zusätzlich ausgeben.

Wir halten auch daran fest – auch das sage ich in diesem Zusammenhang –, dass wir den Umstieg auf das Bruttokostenmodell für die nächste Legislaturperiode durchaus im Auge behalten. Das wäre perspektivisch natürlich der nächste Schritt.

(Abg. Wieser CDU: Das Geld müssen sie haben!)

In diesem Zusammenhang bietet es sich natürlich auch an, über die Abendschulen zu sprechen. Wir haben bei den Abendschulen eine vertretbare Kürzung vollzogen und damit aufgrund intensiver Gespräche mit den Trägern – sowohl mit kirchlichen als auch mit anderen Trägern, etwa Volkshochschulen usw. – die ursprünglich geplante Kürzung halbiert. Deshalb sind wir zuversichtlich, dass es zu keinen Schließungen kommen wird. Wir halten diese Halbierung auch deswegen für angemessen, weil viele Abendschulen lediglich sehr geringe Gebühren verlangen – es gibt auch Abendschulen, die hohe Gebühren verlangen –, sodass durchaus auch eine Ausbalancierung der Gebührenstruktur geboten ist. Da wir erst ab dem 1. August mit der Anhebung beginnen, ist damit ein Bremsweg und auch eine Umstel-

(Wacker)

lungsphase gegeben. Ich glaube, das ist eine faire Chance für die Abendschulen, sich auf die neue Situation einzustellen.

Darüber hinaus haben wir gerade im Bereich der privaten Berufskollegs eine weitere Reduzierung der Kürzung vorgenommen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das war notwendig!)

Das ist, meine Damen und Herren, ein außerordentlich wichtiges Signal, das wir als Regierungsfractionen letztlich in der Schlussphase der Haushaltsberatungen auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Darüber hinaus war die Sportförderung ein weiterer Schwerpunkt. Darauf wird Frau Kollegin Brunner in der zweiten Runde eingehen.

Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Für Bildungspolitiker außergewöhnlich kurz! – Abg. Capezzuto SPD: Das Interesse in der CDU ist aber mager!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unsere Kinder in Baden-Württemberg sind nicht dümmer als finnische oder kanadische Kinder.

(Abg. Wieser CDU: Das ist wahr! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist wohl richtig!)

Trotzdem, Herr Wieser, schneiden sie bei der PISA-Studie nachweislich deutlich schlechter ab als finnische und kanadische Kinder.

(Zurufe der Abg. Capezzuto SPD und Wacker CDU)

Das heißt – Herr Wieser, da werden Sie mir hoffentlich zustimmen –, nicht die Kinder sind schuld an einem solchen Leistungsabfall, sondern in Baden-Württemberg sind die Lernbedingungen schlichtweg unzureichend.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Es geht also darum, bessere Lernbedingungen zu schaffen. Dazu brauchen wir eine umfassende Bildungsreform.

(Abg. Wieser CDU: Beschimpfen Sie bitte nicht die Eltern!)

Handlungsbedarf gibt es vor allem bei den Ganztagschulen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, richtig!)

Das Investitionsprogramm des Bundes ist auf eine überwältigende Resonanz gestoßen – Herr Kleinmann, dem werden Sie wohl nicht widersprechen können –, sodass wohl in diesem Jahr die kompletten 528 Millionen € weg sein werden, die die Bundesregierung für den Ausbau dieser Ganztagschulen zur Verfügung gestellt hat.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Dazu werde ich gleich etwas sagen!)

Dieses Ganztagschulprogramm der Bundesregierung ist nichts anderes als ein Nachhilfeprogramm für eine uneinsichtige Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: So ist es!)

Ursprünglich wollten Sie, Frau Schavan, ja das IZBB blockieren.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ich nicht!)

Heute erweist sich dieses Programm als eine einzige Erfolgsgeschichte, weil die Schulen und die Schulträger diese einzigartige Chance für eine zukunftsreiche Schulentwicklung erkannt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Allein in den Jahren 2003 und 2004 haben 406 Schulprojekte mit einem Fördervolumen von 370 Millionen € vom Bundesprogramm profitiert. Der einzige Bremsklotz für den Ausbau und Aufbau eines wirklich flächendeckenden Netzes an Ganztagschulen in allen Schularten ist die CDU-Landesregierung und sind Sie, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition.

(Abg. Seimetz CDU: Dass der nicht selbst lachen muss!)

Sie weigern sich nach wie vor notorisch – so möchte ich schon fast sagen –, diese Schulen mit dem pädagogischen Personal auszustatten, das einfach dringend nötig ist.

(Abg. Capezzuto SPD: Ja, und das ist nicht richtig!)

Sie wollen ja pädagogisches Personal nur für die Brennpunktschulen zur Verfügung stellen, das heißt für Schulen, wie Sie sagen, mit den schwierigsten Schülern. Sie sind nicht bereit, die anderen Schulen auch entsprechend mit diesem pädagogischen Personal auszustatten. Dies ist, wenn man das einmal spitz formuliert, nichts anderes als eine Stigmatisierung der Ganztagschulthematik.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU – Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Die Bildungspolitiker vonseiten der CDU und der FDP/DVP, die heute hier teilweise anwesend sind

(Abg. Hauk CDU: Was heißt hier „teilweise“?)

– weil nicht alle anwesend sind –,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ich bin anwesend!)

hätten ja eigentlich kopieren müssen, welche Chance und Effizienz Ganztagschulen beinhalten. In Finnland und Ka-

(Zeller)

nada konnten Sie sich von der positiven Wirkung auf das Lernen selbst überzeugen. Aber noch heute behandeln Sie Ganztagschulen wie ungeliebte Stiefkinder.

(Abg. Wacker CDU: Das ist doch gar nicht wahr!)

Bis heute muss jede einzelne Schule, Herr Wacker, die eine Ganztagschule werden will,

(Abg. Wacker CDU: Sie müssen die Gesamtentwicklung sehen!)

im Sinne des Schulversuchs eine Genehmigung beim Ministerium beantragen. Sie sind nicht bereit, Ganztagschulen als eine ganz normale Schulart im Schulgesetz zu verankern. Sie blockieren genau diese Entwicklung, die es längst in anderen Bundesländern gibt. Gehen Sie einmal nach Rheinland-Pfalz; dann werden Sie sehen, wie es dort hervorragend funktioniert.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Es entsteht ein Anspruch auf zusätzliches Personal. Sie behaupten, es gebe in Baden-Württemberg schon den bedarfsgerechten Ausbau. Das ist mitnichten der Fall. Es trifft überhaupt nicht zu, wenn Sie behaupten, wir hätten den schon. Sie haben gerade eben auch Zahlen genannt und gesagt, mit einem Anteil von 10 % würden Sie hervorragend dastehen. Ziehen Sie einmal die Sonderschulen ab, die hier einfach nicht mitzuzählen sind, und rechnen Sie auch einmal die Doppelnennungen aus Ihrer Statistik heraus. Dann kommen Sie nicht einmal auf 260 Schulen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ach was! – Abg. Capezzuto SPD: Das ist aber wenig! – Abg. Wacker CDU: Seien Sie doch fair! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wir wollen zusätzliches Personal für alle Ganztagschulen.

Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas, Herr Wacker: Wie wenig Sie am Ausbau der Ganztagschulen interessiert sind, zeigt sich auch an Ihrer Verweigerungshaltung, an dem Begleitprogramm des Bundes und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung für Ganztagschulen „Ideen für mehr! Ganztätig lernen“ mitzumachen. Dieses Projekt, an dem alle Bundesländer außer dem Saarland und Baden-Württemberg teilnehmen,

(Abg. Capezzuto SPD: Oh!)

gibt ja den einzelnen Schulen Unterstützung, Hilfestellung und Beratung

(Abg. Capezzuto SPD: Das darf ja wohl nicht wahr sein! Unverschämt!)

und stellt ihnen auch finanzielle Mittel zur Verfügung. Hier weigern Sie sich, und damit wird Ihre eigentliche geistige Haltung zum Ausdruck gebracht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Das soll jemand verstehen! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ich verstehe auch nicht, wie man zu solchen Schlüssen kommen kann!)

Wir wollen den Schulen ermöglichen, die pädagogischen Kräfte einzustellen, die sie brauchen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Das können Schulsozialarbeiter sein, das können Erzieherinnen sein, das können Theaterpädagogen sein, das können Lehrkräfte sein.

(Abg. Seimetz CDU: Koste es, was es wolle!)

Um dies möglichst unkompliziert zu machen, sagen wir, wir wollen den Schulen dafür ein Budget zur Verfügung stellen, und zwar in einer Größenordnung von 20 Millionen €.

(Abg. Seimetz CDU: Wo kommen die denn her?)

Jetzt wollen wir einmal wissen, ob Sie tatsächlich, wie Sie bisher immer behaupten, für den Ausbau von Ganztagschulen sind. Wenn Sie dies ernst meinen, müssten Sie unserem Antrag zustimmen.

(Abg. Capezzuto SPD: So ist es!)

Es reicht eben nicht aus, nur am Aschermittwoch festzustellen: „Wir tun nicht genügend für unsere Kinder. Sorge bereitet, dass eine wachsende Minderheit der Schüler nicht angemessen auf die Berufswelt vorbereitet ist“, wie Herr Oettinger gesagt hat. Ich kann nur sagen: Dann tun Sie doch endlich etwas für diese Kinder! Machen Sie Ernst, und reden Sie nicht nur darüber.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Sehr richtig!)

Interessant ist ja, sich noch einmal zu vergewissern, welche Ergebnisse die Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung, die IGLU-Studie, hervorgebracht hat.

(Abg. Wacker CDU: Da sind wir sehr gut in Baden-Württemberg!)

– Ja, ja. Hören Sie genau zu. – Nach dieser Studie können wir international durchaus noch mithalten.

(Abg. Wacker CDU: Nicht nur da!)

Werden aber die Kinder nach der vierten Klasse getrennt, werden sie also sortiert, fallen diese schulischen Leistungen relativ rasch ab. Das müsste Ihnen doch eigentlich zu denken geben. Das sind doch internationale Studien, die Ihnen dies belegen. Das Prinzip der frühen Selektion,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sortierung!)

die Trennung der Kinder nach der vierten Klasse, um homogene Leistungsgruppen zu erreichen, führt nachweislich eben nicht zu besseren Lernleistungen. Das belegen, wie gesagt, wissenschaftliche Studien, und ich gehe davon aus, dass Ihnen diese Studien bekannt sind.

Was notwendig ist, meine Damen und Herren, sind Formen des gemeinsamen längeren Lernens – individuelle Förderung in heterogenen Lerngruppen, wie es uns die erfolgreichen PISA-Länder vormachen. Deshalb brauchen wir nicht nur ein flächendeckendes Netz von Ganztagschulen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig!)

(Zeller)

sondern auch die sechsjährige Grundschule, Herr Kleinmann,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Die wollen wir nicht!)

mit einem deutlichen Ausbau des beruflichen Schulwesens und vor allem der beruflichen Gymnasien. Bei Schul-schwierigkeiten kann nicht mehr länger den Schülerinnen und Schülern die Schuld zugeschoben werden, sondern die Frage der optimalen Förderung muss in den Vordergrund gestellt werden. Nebenbei gibt es noch einen positiven Effekt: Das Sitzenbleiben erübrigt sich faktisch.

Unser Reformvorschlag für ein besseres Schulwesen legt die Basis für bessere Lernleistungen. Unser neues Konzept hat nicht, wie Sie fälschlicherweise zu suggerieren versuchen, etwas mit Schulschließungen zu tun. Das Gegenteil ist der Fall:

(Abg. Wacker CDU: Da bin ich aber gespannt!)

Unser Konzept hat etwas damit zu tun, dass Schulstandorte gestärkt werden. Dies gilt sowohl für die Grundschulen als gleichermaßen auch für die Regionalschulen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wacker CDU: Da sprechen wir uns noch!)

– Wenn Sie es nicht glauben, Herr Wacker – –

(Zuruf des Abg. Wacker CDU)

– Sie sagen einfach, es stimme nicht, und behaupten etwas, ohne dies zu belegen.

(Zuruf des Abg. Pauli CDU)

– Herr Pauli, verstehen Sie auch etwas von Bildung?

Herr Wacker, ich kann Ihnen nur empfehlen: Gehen Sie nach Rheinland-Pfalz, und schauen Sie sich an, wie erfolgreich dort die Regionalschulen geführt werden, und zwar parteiübergreifend. Auch vonseiten Ihrer eigenen Kolleginnen und Kollegen der CDU in Rheinland-Pfalz wird diese Schulart hervorragend angenommen.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Also: Zuerst informieren, nachdenken und dann reden. Das ist die richtige Reihenfolge.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Wacker CDU – Abg. Wieser CDU: Das neue Finnland heißt Rheinland-Pfalz!)

Meine Damen und Herren, es ist doch beschämend, wenn jeder zehnte Schüler ohne Schulabschluss die Schule verlässt und damit auf einem immer härter werdenden Arbeitsmarkt chancenlos ist. Deshalb brauchen wir neben einer umfassenden Schulreform auch genügend Lehrkräfte, die einen qualifizierten Unterricht erteilen können. Schauen Sie sich die Situation an den beruflichen Schulen einmal genau an. Ihren eigenen Angaben zufolge – das sind nicht unsere Zahlen – fallen 5 % des Unterrichts im beruflichen Schulalltag vom ersten Schultag an aus. Da sind noch nicht einmal Ausfälle durch Krankheit, Abordnungen und Sonstiges mit dazugerechnet. Im Landkreis Calw fällt zum Beispiel an

den gewerblichen Schulen jede fünfte Unterrichtsstunde aus. Dies halte ich in einem Land wie Baden-Württemberg für einen Skandal.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Bei den allgemein bildenden Schulen weigern Sie sich, statistische Zahlen über den Unterrichtsausfall herauszurücken, was auch vom Landeselternbeirat kritisiert wird. Da entdecken Sie plötzlich eine – falsch verstandene – Eigenständigkeit der Schulen. Schulen sollen mit dem Unterrichtsausfall selber fertig werden, ist Ihre Devise. Richtig verstandene Eigenständigkeit würde aber bedeuten, es den Schulen zu überlassen, wie sie Bildungsziele erreichen, und ihnen genügend Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Richtig verstandene Eigenständigkeit bedeutet auch, dass Schulen ihr Personal selber auswählen können und die Schulleitung Zeit bekommt, um ihre Leitungsaufgaben auch tatsächlich wahrzunehmen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wacker CDU: Wer blockt denn da?)

Aber auch hier gilt: Seit Jahren reden Sie nur darüber, und gehandelt wird nicht.

Jetzt muss ich schon sagen: Der Gipfel Ihres bildungspolitischen Fehlverhaltens ist die Kürzung der Mittel für den zweiten Bildungsweg. Hier zeigt sich, dass Sie zur Lebenswirklichkeit der betroffenen Menschen in den Abendschulen und Kollegs überhaupt keinen Bezug haben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wir schon!)

Es ist eben ein Unterschied, ob jemand mit 42 Jahren eine Ministerpension erhält

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist ja billig! Ihr habt das nicht geändert!)

oder von seinem 420-€-Job noch 35 € für das Schulgeld abzweigen muss. Das ist ein gewaltiger Unterschied!

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Herr Zeller, Ihren Ausführungen fehlt jede Bildung!)

Ich sage Ihnen: Wir können es uns nicht länger leisten, Ressourcen brachliegen zu lassen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Die sollten Sie mal nutzen, Herr Zeller! Das wäre Klasse!)

Deswegen ist es wichtig, dass wir diese Menschen fördern. Wenn jetzt einige bei diesen Abendschulen abspringen, dann wird es für die anderen noch teurer, und die Gefahr ist, dass Abendschulen schließen müssen. Ich frage Sie: Wollen Sie das wirklich, Herr Fleischer?

(Abg. Fleischer CDU: Auf niveaulose Suggestivfragen gehen wir nicht ein!)

Im Übrigen haben Sie auch im Privatschulbereich entgegen Ihren Darstellungen, Herr Wacker, Versprechungen nicht eingehalten. Um den Mangel an den privaten beruflichen Schulen etwas zu lindern, kürzen Sie bei den allgemein bildenden Privatschulen. Damit erschweren Sie für Geringver-

(Zeller)

dienende den Zugang zu den Privatschulen. Lesen Sie heute einmal die „Stuttgarter Nachrichten“: Bis zu 1 500 € monatlich werden inzwischen an den Privatschulen verlangt. Das ist doch eine soziale Auslese, die uns nicht gleichgültig sein kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir appellieren deshalb an Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP/DVP: Stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu: Ja zu mehr pädagogischem Personal an Ganztagschulen, Nein zu jeglichen Kürzungen beim zweiten Bildungsweg.

Meine Damen und Herren, zum Sport wird die Kollegin Christine Rudolf noch etwas sagen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst zu den Pensionen, wenn Sie diese hier schon erwähnen, Herr Kollege, noch etwas sagen.

Werter Herr Kollege Zeller, Sie waren von 1992 bis 1996 an der Regierung. Was haben Sie damals, was die Pensionen betrifft, geändert? Gar nichts.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Der Rechtsgrundsatz damals war: Wer acht Jahre Minister war, konnte anschließend eine volle Pension beziehen. Was haben Sie geändert? Wir haben es 1998 geändert und 2003 noch einmal.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Man muss heute 60 sein. Ich habe darum gekämpft, dass es nicht 58 sind; ich wollte eine sechs davor. Wenn man im Glashaus sitzt, sollte man nicht hier hinstehen und andere beschuldigen!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Dass die Sache an sich reformbedürftig war, schließt hier gar niemand aus; sonst hätten wir es ja nicht gemacht.

(Abg. Zeller SPD: Sie haben aber unseren Reformvorschlägen nicht zugestimmt! Das wissen Sie ganz genau, Herr Kleinmann!)

– Ihre Reformvorschläge kamen erst dann, als Sie in der Opposition waren. Vorher kam gar nichts. Vorher hätten Sie handeln können, aber das wollten Sie nicht, und jetzt, seit Sie in der Opposition sind, kommen Sie mit neuen Vorschlägen.

(Abg. Zeller SPD: Eine solche Regelung hat vorher gar nicht gegriffen! Das wissen Sie! – Weitere Zurufe)

– Ja, ja; das ist mir schon klar: Sie wollten sie nicht. Das ist schon klar. Man kassierte, solange man dran war,

(Abg. Zeller SPD: Quatsch!)

und nachher hat man gesagt: „Jetzt sind wir nicht mehr dran“ und kassiert nicht mehr.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Zeller SPD: Das ist doch eine leere Behauptung!)

So einfach ist das. Ganz einfach!

(Abg. Zeller SPD: Das ist nicht nur eine leere Behauptung, sondern eine Ablenkung! – Weitere Zurufe)

– Mit „Lügen“ fangen wir nicht an. Das bringt nichts.

(Unruhe – Abg. Capezzuto SPD: Kollege Zeller ist katholisch! Der kommt leicht weg, im Gegensatz zu Ihnen!)

Punkt 2: Beim Thema Ganztagschulen stimme ich Herrn Zeller ja voll und ganz zu. Auch ich bin der Meinung, Kollege Zeller, dass wir flächendeckend Ganztagschulen brauchen. Das heißt nicht, dass jede Schule zur Ganztagschule werden müsste, aber das heißt, dass jede Schülerin und jeder Schüler, Kollegin Rastätter, die Möglichkeit haben sollte, eine Ganztagschule zu besuchen, und zwar schulartübergreifend, also nicht nur – wie Sie es gesagt haben – bei brennpunktorientierten Hauptschulen, sondern bei Hauptschulen, Realschulen und – wegen G 8 sogar besonders wichtig; das kommt auch immer mehr – Gymnasien sowie bei Grundschulen.

(Abg. Zeller SPD: Stimmen Sie uns doch zu! Stimmen Sie unseren Anträgen zu!)

– Wir brauchen da aber kein Nachhilfeprogramm, verehrter Herr Kollege Zeller, weil nämlich in den Jahren 1992 bis 1996, als die SPD mitregierte, nicht eine einzige zusätzliche Ganztagschule kam. 1992 waren es 70, und als sie wieder ging, 1996, waren es immer noch 70. Es ist nicht einmal eine 71. dazugekommen.

(Abg. Capezzuto SPD: Weil die CDU sie verhindert hat!)

Im Zeitraum von 1996, als wir drankamen, bis zum Start des Programms der Bundesregierung, das ich begrüßt habe – ich habe immer gesagt: wir nehmen das Geld auch gern an –

(Abg. Drexler SPD: Sie haben es doch abgelehnt!)

stieg die Zahl der Ganztagschulen auf 143. Zu Beginn des Programms waren wir schon beim Doppelten von dem, was es gab, als Sie abgetreten sind.

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch nicht wahr!)

– Nein, nicht „das ist doch nicht wahr“! Das ist die Tatsache!

(Abg. Zeller SPD: Quatsch!)

(Kleinmann)

Sie reden in der Opposition anders, als Sie in der Regierung gehandelt haben. Da halte ich Ihnen den Spiegel vor.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Wo haben Sie denn das Programm der Bundesregierung begrüßt? Wo?)

– Hier im Parlament

(Unruhe bei der SPD)

habe ich gesagt: Wir nehmen dieses Geld an.

(Abg. Drexler SPD: Sie? Lächerlich!)

– Herr Drexler, wenn Sie nicht lesen können, dann sind Sie PISA-geschädigt. Entschuldigung! Tut mir Leid!

(Abg. Drexler SPD: Jetzt lügen Sie doch nicht! Sagen Sie doch nicht die Unwahrheit!)

– Lesen Sie das Protokoll meiner Rede von damals nach! Sie wollen die Wahrheit nicht wahrhaben. Das ist der Punkt!

(Abg. Drexler SPD: Beißen Sie nicht ins Mikrofon!)

Meine Damen und Herren, mit dem Doppelhaushalt 2005/2006 erreichen wir unser Ziel; Kollege Wacker hat darauf hingewiesen.

(Abg. Drexler SPD: Der Befürworter des Programms!)

– Ja, ja. Ist schon klar. Sie sind ein gebranntes Kind. Sie haben Ihre Fehler erkannt. Gott sei Dank! Wenigstens insofern sind Sie nicht PISA-geschädigt.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben ja schon die gelbe Krawatte im Kopf! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, nichts gegen lebhaftes Zwischenrufe, aber der Redner sollte doch verstehbar sein.

(Abg. Drexler SPD: Aber der Redner muss bei der Wahrheit bleiben! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Herr Kleinmann, fahren Sie bitte fort.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Mit dem Doppelhaushalt 2005/2006 erreichen wir unser Ziel, in dieser Legislaturperiode 5 500 – Sie wollten ja nur 5 000 – zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen. Die neu ausgebrachten 1 832 Stellen gehen bedarfsentsprechend an die Grundschulen für die Durchsetzung der Fremdsprache, vor allem auch in die Umsetzung von G 8 und damit an die Gymnasien sowie an die beruflichen Schulen.

(Abg. Drexler SPD: Der Befürworter des Ganztagschulprogramms des Bundes redet hier!)

Die beruflichen Schulen bleiben allerdings – Herr Zeller, da haben Sie Recht – bedingt durch die Lehrstellensituation ein gewisses Sorgenkind.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD – Abg. Zeller SPD: Und was machen Sie?)

– Langsam! – Die Unterrichtsausfälle sind weiter zurückgeführt worden. Dass sie mit 7 % noch immer nicht dort sind, wo wir alle sie gern hätten, liegt interessanterweise nicht am Mangel an Stellen und auch nicht am Mangel an Geld, sondern am Mangel an Bewerbern. Auch das ist Ihnen wie uns allen bekannt.

(Abg. Zeller SPD: Teilweise! Das trifft nur teilweise zu!)

Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie verweisen gerne auf eine bessere Unterrichtsversorgung in anderen – vornehmlich SPD-regierten – Bundesländern. Auch Sie wissen aber, dass dort mit 12 und nicht mit 13 Unterrichtsstunden gearbeitet wird. Das ist ein Punkt, den wir statistisch auch noch klären müssen.

(Abg. Zeller SPD: Sie bereinigen alles über die Statistik!)

Die 13. Stunde wird zum Beispiel bei mir in Rottweil nirgendwo erteilt, weil es aufgrund des ÖPNV sonst nicht möglich ist, die Schülerinnen und Schüler in die entsprechenden Orte zu bringen.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Es fällt leider – ich sage: leider – meistens sogar der Religionsunterricht aus. Dafür bin ich ganz gewiss nicht zu haben.

Mit dem generell achtjährigen allgemein bildenden Gymnasium haben wir einen großen Schritt zur Verkürzung der Erstausbildungszeiten geschafft.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Im europäischen Rahmen und darüber hinaus ist dies ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Schul- und Hochschulabsolventen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Wir sagen: Verkürzung der ersten Ausbildungsphase und ständige Weiterbildung und Fortbildung sind wichtig. Das Leben ist ein ständiges Lernen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Capezzuto SPD: Oi!)

Die Flexibilisierung des Eintritts in die Grundschule, Frau Schavan, ermöglicht künftig die Einschulung bereits mit fünfeinviertel Jahren, wirkt also in derselben Richtung.

(Abg. Drexler SPD: Sie müssen einmal freie Rede lernen, nicht alles ablesen! – Gegenruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Drexler! – Abg. Drexler SPD: Ja!)

Vor allem jedoch bedeutet sie, dass frühe und besonders fruchtbare Bildungszeiten besser genutzt werden. Es gilt, dies in Zukunft zu forcieren; da sind wir uns völlig einig. Allerdings nicht durch ein Pflichtkindergartenjahr.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Richtig!)

(Kleinmann)

Dem erfolgreich eingeleiteten und richtigen Weg, individuell frühere Einschulung zu fördern, würde dies schlichtweg zuwiderlaufen.

(Abg. Zeller SPD: Ja!)

Deshalb bleiben wir bei dem eingeschlagenen Weg und führen ihn fort. Erforderlich sind aber auch Ausbau und zeitliche Vorverlegung –

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

ich meine, schon ab dem vierten Lebensjahr – der Sprachstandsdiagnose; heute Morgen haben wir darüber diskutiert. Wenn sich Defizite zeigen, muss sich – auch bei deutschen Kindern – eine gezielte Förderung anschließen, sonst bringt die Diagnose nichts. Schule und vorschulischer Bereich müssen hierbei ineinander greifen. Ihre Ansiedlung in zwei Ressorts ist demnach nicht förderlich. Sie muss aus meiner Sicht überwunden werden. Im Klartext: Die Zuständigkeit für die Kindergärten gehört in das Kultusministerium.

Dem „Schulanfang auf neuen Wegen“ muss ein „Schulübergang auf neuen Wegen“ folgen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

– Herr Capezzuto, können Sie mir folgen?

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

– Ach so.

(Abg. Capezzuto SPD: Sie hätten das Gesicht der Ministerin sehen sollen!)

Ich meine damit ausdrücklich nicht die eben angesprochene sechsjährige Grundschule. Für einen solchen Umbau unseres Systems sehe ich in der Tat kein wirkliches Erfordernis und übrigens – machen wir uns nichts vor – auch nicht die realen Möglichkeiten.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Genau!)

Im Klartext, Herr Zeller: Ich bin der Meinung – das haben uns die Besuche in Kanada und Finnland gezeigt, wo wir beide gemeinsam waren –

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

es gibt zwei Stichworte zu PISA und zu unseren Besuchen in Kanada und Finnland: Das eine Stichwort heißt „fördern“, und das andere Stichwort heißt „fordern“.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Das wird in Finnland auch tatsächlich gemacht: Dort wird gefördert.

(Abg. Schmid SPD: Das ist aber sehr flach! – Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Nehmen Sie zum Beispiel die Grund- und Hauptschule Amtzell mit Werkrealschule: Dort hat man gesagt: „Wir wollen erreichen, dass sehr viele Schüler von der Grundschule in die Hauptschule gehen.“ 62 % sind es.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

– Jetzt seien Sie einmal ruhig, Herr Schmid! Hören Sie zu! Sie verstehen als Jurist etwas von Finanzen, aber von der Bildung verstehen Sie partout nichts.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Lebhaftes Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Das sagt ausgerechnet ein Pfarrer! Ungeheuerlich! – Abg. Pauli CDU zur SPD: Seid doch einmal ruhig da drüben! – Abg. Alfred Haas CDU: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

– Der Mann muss zuhören. Wenn er zugehört hat, kann er sagen, was richtig oder was falsch ist.

(Unruhe bei der SPD – Zurufe von der SPD – Abg. Theurer FDP/DVP: Richtig!)

Diese 62 % gehen deshalb rüber, weil ihnen angeboten wird, in der Hauptschule/Werkrealschule einen qualifizierten Abschluss zu machen, um dann auf ein beruflich oder allgemein bildendes Gymnasium zu gehen.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Dort werden die Guten gefördert.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Richtig!)

Sie bekommen zum Beispiel als zweite Fremdsprache Französisch gelehrt.

(Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Zeller)

– Langsam. Es wäre ja widersinnig, die Guten zu fördern und die Schlechten nicht zu fördern. Also fördert man auch die Schlechten.

(Zurufe von der SPD)

Das ist genau der Punkt: Man muss sie fördern, und man muss sie fordern.

(Abg. Zeller SPD: Sie geben gerade die Begründung für eine längere gemeinsame Lernzeit!)

An Strukturen hängt das nicht. Es hängt vielmehr daran, wie gefördert und wie gefordert wird.

(Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kleinmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drexler?

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Drexler, bitte.

(Abg. Alfred Haas CDU: Der kann nur was lernen! – Abg. Seimetz CDU: Der versteht aber von Bildung gar nichts!)

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Drexler.

Abg. Drexler SPD: Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Kollege, dass die FDP/DVP in dieser Legislaturperiode einem Pflichtjahr im Kindergartenbereich nicht zustimmen wird und es damit in Baden-Württemberg dann auch nicht eingeführt wird?

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sie haben mich richtig verstanden, ja.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Dem „Schulanfang auf neuen Wegen“ muss also ein „Schulübergang auf neuen Wegen“ folgen. Ich meine damit ausdrücklich nicht die sechsjährige Grundschule. Für einen solchen Umbau unseres Systems sehe ich kein wirkliches Erfordernis; ich habe das bereits ausgeführt. Vielmehr meine ich Offenheit und ausdrückliche Förderung von sich vor Ort entwickelnden Lösungen, die für Haupt- und Realschüler, für Realschüler und Gymnasiasten oder auch für Grund- und weiterführende Schulen ein gemeinsames Angebot machen.

Beispiele im Land gibt es genug. Es sind bislang Insellösungen. Wenn wir daraus einen „Flächenbrand“ machen, Herr Zeller, kommen wir weiter. Die Voraussetzungen dafür sind geschaffen, da wir uns doch endlich, wie von den Liberalen seit jeher gefordert, auf den Weg gemacht haben, die Eigenständigkeit und die Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Schulen zu stärken.

Thema Privatschulen: Wir haben es geschafft, die bislang besonders niedrige Förderung vor allem freier beruflicher Schulen – Kollege Wacker hat darauf hingewiesen – von zum Teil deutlich unter 60 % auf einheitlich mindestens 70 % anzuheben.

Wir haben es geschafft, die Darstellung der Förderhöhe nach dem Bruttokostenmodell zum Bestand eines periodischen Berichts der Landesregierung über die Privatschulförderung zu machen.

(Abg. Zeller SPD: Dass Sie jetzt nicht rot werden, wundert mich gerade!)

– Sie haben während Ihrer Regierungsbeteiligung doch gar nichts geschafft. Sie wollten doch von 1992 bis 1996 gar nichts für die Privatschulen tun.

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch nicht wahr!)

Wir haben es geschafft, die frühestmögliche gesetzliche Verankerung des Bruttokostenmodells in einem Entschließungsantrag zu verabreden. Für uns steht dies noch in dieser Legislaturperiode auf der Agenda, meine Damen und Herren.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Am Entwurf des Haushaltsplans haben die Koalitionsfraktionen einige Änderungen vorgenommen. Besonders wichtig war es uns, die für Abendrealschulen – Herr Zeller, Sie haben es angesprochen –, Abendgymnasien und Kollegs vorgesehenen Kürzungen so – nämlich um die Hälfte – zu reduzieren, dass damit der zweite Bildungsweg weiterhin gesichert bleibt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

– Nein, danke, im Moment nicht.

Stellv. Präsident Birzele: Keine Zwischenfrage, Herr Kleinmann?

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nein.

(Oh-Rufe von der SPD)

Es ist kein Thema für die FDP/DVP, etwas daran zu ändern, dass unser Schulsystem durchlässig bleibt. Im Gegenteil, wir sind immer dafür: Der zweite Bildungsweg muss offen bleiben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Deswegen kürzen Sie die Mittel!)

Nicht minder haben wir als CDU und FDP/DVP uns dafür eingesetzt, die bei der Sportförderung vorgesehene Kürzung so zurückzunehmen, dass die Gewährung der Übungsleiterpauschale ein weiteres Mal gesichert werden konnte.

(Abg. Zeller SPD: Damit greifen Sie in die Sportautonomie ein!)

Schließlich haben wir bei den Ersätzen – jetzt kommt etwas ganz Wichtiges, hören Sie einmal zu – an die Kirchen für die Erteilung des Religionsunterrichts eine kleine Verbesserung vornehmen können. Allerdings passt mir persönlich die Reduzierung der Staatsleistungen um 5 Millionen € natürlich nicht. Vor allem passt mir auch nicht, dass man dies einseitig vorgenommen hat, ohne hierüber mit den Kirchen in ein entsprechendes Gespräch zu kommen.

(Abg. Capezzuto SPD: Können Sie das begründen?
– Abg. Kretschmann GRÜNE: Warum wurde es nicht geführt? Sie sind doch Mitglied in dem Land!)

– Ich habe das Gespräch natürlich geführt, Herr Kretschmann, das ist kein Thema.

(Abg. Zeller SPD: Aber Sie haben sich nicht durchgesetzt!)

– Ich habe mich nicht durchgesetzt, richtig.

(Abg. Zeller SPD: Auch hier nicht durchgesetzt!)

Wir haben 2004 diese Kürzung schon einmal gehabt, und da wir einen so genannten überrollenden Haushalt haben, wurde das, was damals das Finanzministerium für 2004 angesetzt hat, einfach für 2005 und 2006 fortgeschrieben. So sind die Kürzungen um 5 Millionen € weiterhin geblieben. Rechtlich ist die Sache nicht ganz unbedenklich, aber sie ist auch nicht ganz einwandfrei.

(Heiterkeit – Abg. Drexler SPD: Sehr gute Formulierung!)

– Ja, die Schwierigkeit hinsichtlich der Staatsleistungen liegt einfach darin: Dass sie zu zahlen sind, ist klar. Seit 1973 haben wir eine Regelung dahin gehend, dass sich die Staatsleistungen automatisch erhöhen, wenn die Beamtengelder erhöht werden. Das ist die so genannte Eckmannregelung: A 14, Anfangs- und Schlussgehalt geteilt durch zwei. Dann werden die Leistungen entsprechend angehoben, wenn die Kirchen nachweisen, dass sie ihren Beamten diese Erhöhung auch gewähren.

(Abg. Zeller SPD: Sie machen rechtlich problematische Dinge!)

(Kleinmann)

Das steht aber in keinem Gesetz, sondern steht nur in jedem Staatshaushaltsplan als Randnotiz unten drin. Es gibt dazu lediglich einen Briefwechsel, und ein Briefwechsel ist natürlich rechtlich gesehen nicht einem Gesetz gleichzusetzen.

(Abg. Zeller SPD: Wer ist für dieses Unrecht jetzt verantwortlich?)

Deshalb steht die Sache, was die Staatsleistungen betrifft, gesetzlich auf keiner festen Basis, aber nicht was die Ersätze betrifft; dazu komme ich gleich.

Schließlich haben wir bei den Ersätzen an die Kirchen – das ist der nächste Punkt – für die Erteilung des Religionsunterrichts die bereits erwähnte Verbesserung vorgenommen. Dies ist gesetzlich vorgeschrieben. Wenn die Kirchen hier klagen würden, weil sie das nicht kriegen – sie bekommen 40 % und nicht 100 % –, würden sie vor dem Staatsgerichtshof problemlos Recht bekommen. Aber das machen sie nicht.

(Abg. Zeller SPD: Sind Sie seit neuestem unter die Juristen gegangen, oder wie?)

– Nein, aber ich war Assistent am Lehrstuhl für Kirchenordnung und habe über dieses Thema publiziert. Ich kann Ihnen das gern einmal zukommen lassen:

(Zurufe von der SPD: Bitte!)

„Staatsleistungen und Religionsunterricht in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg“. Das können Sie haben.

(Abg. Zeller SPD: Weiß das auch Frau Schavan? Haben Sie das auch Frau Schavan schon erzählt?)

Meine Damen und Herren, die finanzielle Situation des Landes ist extrem schwierig. Das wissen wir alle. Wer meint, dass sich dies in absehbarer Zeit wieder ändern würde, hat den Ernst der Lage noch nicht begriffen. Auch der Kultusetat musste dem leider Rechnung tragen, aber er setzt die richtigen Prioritäten und schafft abermals die Voraussetzung dafür, dass die Bildungspolitik in unserem Land nach vorne gerichtet ist und auf neue Herausforderungen die richtigen Antworten gibt; denn das Haushaltsvolumen hat zugenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

– Frau Kollegin, das Volumen hat zugenommen. Das müssen Sie sich einmal überlegen.

Realisierung der Grundschulfremdsprache und Einführung der Bildungsstandards sind weitere Beispiele hierfür.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Mit der eingeleiteten Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Schulen und korrespondierend hierzu den Maßnahmen zur Überprüfung und Selbstvergewisserung ihrer Qualität sind wir auf einem guten Weg, um die in den jüngsten Vergleichsuntersuchungen bestätigte hohe Leistungsfähigkeit der Schulen unseres Landes weiter zu verbessern.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Amen!)

– Amen, ja. So ist es. „Amen“ ist ein hebräisches Wort und heißt auf Deutsch „So ist es.“ Wenn die SPD das bestätigt, bin ich dankbar.

(Abg. Capezzuto SPD: Es heißt „So sei es“ und nicht „So ist es“! Als Pfarrer müssten Sie das wissen! Ei, ei, ei! – Heiterkeit)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Grünen haben mit unserem Haushaltsentwurf gezeigt, dass es möglich ist, durch erhebliche Einsparungen in allen Bereichen, die nicht zu den Kernaufgaben des Landes gehören, radikal zu kürzen und gleichzeitig durch Strukturreformen zusätzliche Mittel für die Bildung umzuschichten, ohne dass wir gezwungen sind, die Nettoneuverschuldung noch weiter zu erhöhen.

Radikal zu sparen, um Mittel für die Bildung freizuschaffen, dazu fehlen Ihnen, der Landesregierung und den Regierungsfractionen, der Mut und der politische Wille.

(Beifall bei den Grünen)

Finanzpolitisch und bildungspolitisch wird der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf des Doppelhaushalts den großen Herausforderungen, vor denen wir im Bildungswesen stehen, nicht gerecht. Dazu vier Beispiele.

Erstens: Sie weigern sich noch immer, das pädagogische Personal für den flächendeckenden Ausbau der Ganztagschulen zu finanzieren.

(Abg. Röhm CDU: Schon wieder! – Abg. Wacker CDU: Wem sollen wir es denn wegnehmen?)

Aber, meine Damen und Herren, ob Sie das wollen oder nicht: Spätestens seit dem Beginn des 4-Milliarden-€-Investitionsprogramms des Bundes ist die Halbtagsschule in Baden-Württemberg ein Auslaufmodell. Das ist allein schon daran zu erkennen, dass die 528 Millionen €, die für Baden-Württemberg zur Verfügung stehen, mittlerweile komplett beantragt und bewilligt sind. Es wird also keine Umkehrung dieser Entwicklung mehr möglich sein.

Im Gegensatz zu Kultusministerin Schavan, die noch immer die Begrenzung auf Brennpunkthauptschulen und Sonderschulen propagiert, was Ganztagschulen anbelangt, hat Herr Oettinger inzwischen zumindest einen Bedarf an einem flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen eingeräumt und anerkannt. Aber auch er ist nicht bereit, in diesen Haushalt auch nur einen einzigen Euro für den Ausbau der Ganztagschulen einzustellen. Eltern und Kinder in diesem Land brauchen aber keine wolkigen Zukunftserklärungen eines zukünftigen Ministerpräsidenten, sondern sie brauchen eine verlässliche Landespolitik, die auch die finanzielle Verantwortung für den Ausbau der Ganztagschulen übernimmt.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Zeller SPD)

(Renate Rastätter)

Wir bitten Sie deshalb um Zustimmung zu unseren Anträgen, mit denen wir für das Jahr 2005 15 Millionen € zusätzlich beantragen, für das Jahr 2006 zusätzlich 28 Millionen €, zusammen also 43 Millionen € für Ganztagschulen. Wir haben vorgesehen, dass zwei Drittel davon Mittel für Lehrbeauftragte sein sollen, damit endlich die erwünschten und sinnvollen Kooperationen mit den Trägern der außerschulischen Jugendbildung zustande kommen können.

Zweitens: Sie sparen in Bereichen, in denen es um soziale Zugangsgerechtigkeit im Bildungswesen geht. Bereits im Oktober letzten Jahres habe ich durch Zufall herausgefunden, dass die Landesregierung ausgerechnet bei den Schulen des zweiten Bildungswegs, also bei den Abendrealschulen, den Abendgymnasien und den Erwachsenenkollegs, drastische Einsparungen vornehmen wird. Ich habe sofort die Betroffenen und die Öffentlichkeit informiert. Kultusministerin Frau Schavan hat offensichtlich die Tragweite dieser Kürzungen überhaupt nicht erkannt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: So ist es!)

Diese Kürzungen um 20 % sind faktisch ein Anschlag auf die gesamte Existenz des zweiten Bildungswegs in Baden-Württemberg.

Auch Ihre Begründung im Haushaltsstrukturgesetz war völlig falsch. Es handelt sich nicht um „Ersatzschulen“, weil es in Baden-Württemberg überhaupt keine staatlichen Schulen des zweiten Bildungswegs gibt – also auch keinen Ersatz dafür –,

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

mit Ausnahme eines kleinen Kollegs in Mannheim.

Betroffen von diesen Kürzungen sind hauptsächlich junge Erwachsene mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Schichten, vor allem aber auch junge, allein erziehende Mütter, die ihre Lebensperspektiven und ihre beruflichen Perspektiven verbessern möchten.

Ich sage Ihnen: Wer als Erwachsener durch die Mühlen des zweiten Bildungswegs geht, der hat wirklich etwas geleistet, der gehört zu den besten Köpfen, wie Sie es immer nennen. Das sind die Leute, die wir in Baden-Württemberg brauchen. Deshalb dürfen diesen jungen Erwachsenen keine Steine in den Weg gelegt werden. Wir sollten vielmehr stolz darauf sein, dass es so viele motivierte und leistungsfähige Erwachsene gibt, die diesen Weg gehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie als Regierungsfractionen haben zumindest erkannt, dass die 20-prozentige Kürzung ein Fehler war, und haben die Kürzung im Finanzausschuss halbiert. Aber die Folge war, dass der Träger des größten Abendgymnasiums in Baden-Württemberg, nämlich die Volkshochschule Stuttgart, inzwischen der Landesregierung die Trägerschaft für das Abendgymnasium zurückgegeben hat.

(Abg. Wacker CDU: Da muss man sich mal die Zahlen genau anschauen!)

Meine Damen und Herren, das ist die Konsequenz auch einer Halbierung der Streichungen. Das heißt, wenn Sie wollen, dass der zweite Bildungsweg das Land nicht noch teurer kommt – – Denn wenn Sie die Trägerschaft übernehmen müssen, dann wird der Besuch aller Schulen des zweiten Bildungswegs kostenlos sein. Das hat Staatssekretär Rau, dem ich diese Frage im Finanzausschuss gestellt habe, ausdrücklich bestätigt.

(Abg. Zeller SPD: Aha!)

Insofern ist es auch finanzpolitisch eine Dummheit, muss ich sagen, den zweiten Bildungsweg so zu gefährden. Denn die Kosten für das Land sind dann höher als derzeit.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Deshalb bitte ich Sie, nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben. Wenn Sie den Fehler erkannt haben, dann seien Sie bitte konsequent, nehmen heute die Streichungen ganz zurück und stimmen unserem Antrag zu.

Drittens: Sie haben Ihre Zusagen gegenüber den Schulen in freier Trägerschaft nicht eingehalten. Das muss ich einfach einmal so sagen, Herr Kollege Wacker.

(Abg. Zeller SPD: So ist es, genau!)

Weder haben Sie die neue Berechnungsgrundlage bei der letzten Novellierung des Privatschulgesetzes ins Gesetz aufgenommen, obwohl Sie das vorher jahrelang versprochen hatten, noch gibt es Anzeichen dafür, dass Sie endlich in den jahrelang versprochenen Stufenplan zur Anhebung der Zuschüsse einsteigen. Sie haben lediglich den Mangel besser verwaltet, haben den allgemein bildenden freien Schulen Mittel weggenommen und diese den beruflichen Schulen gegeben. Aber da kann man ja von keiner Anhebung reden,

(Abg. Wacker CDU: Doch, 20 Millionen!)

sondern lediglich von einer anderen Verteilung der Mittel.

(Abg. Zeller SPD: Real war es eine Kürzung!)

– Im Haushalt.

(Abg. Wacker CDU: Ja, und im Vollzug!)

Das betrifft aber die Zunahme der Schülerzahl

(Abg. Wacker CDU: Nein!)

und nicht die Zuschüsse zum Beispiel für die Waldorfschulen und die freien Gymnasien.

(Abg. Wacker CDU: Nicht nur! – Abg. Zeller SPD: Unter dem Strich gab es eine Kürzung!)

– Unter dem Strich war es sogar eine Kürzung. Ich habe es damals nachgerechnet.

(Abg. Zeller SPD: So ist es, natürlich!)

Wer heute einen Blick in die „Stuttgarter Nachrichten“ geworfen hat, der hat festgestellt, dass die Schulen in freier Trägerschaft einen großen Zulauf haben. Das hat natürlich

(Renate Rastätter)

auch seine Gründe. Ich sage Ihnen: Wer ein solch plurales, vielfältiges Bildungsangebot und eine solche plurale Bildungslandschaft in Baden-Württemberg will, muss auch bereit sein, die finanzielle Verantwortung für eine gerechte Bezuschussung zu übernehmen. Den freien Schulen steht das Wasser bis zum Hals.

(Abg. Scheuermann CDU: Uns auch! – Heiterkeit)

– Wir haben gezeigt, wie man umschichten kann.

Die Schulen und die Eltern brauchen Planungssicherheit. Die Schüler und die Eltern haben einen Anspruch darauf, dass endlich der Einstieg in den Stufenplan kommt. Der Antrag liegt Ihnen vor: 5 Millionen € für 2005 und 10 Millionen € für 2006. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Abg. Rückert CDU: Finanzierung? – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Hat sie doch gesagt!)

Der vierte Punkt: Sie gefährden mit Ihrer Sparpolitik die Existenz der Musikschulen. Wir sind doch alle zu Recht stolz auf unser Musikland Baden-Württemberg. Da haben wir doch einen großen Konsens, Herr Kollege Wacker.

(Abg. Rückert CDU: Ja!)

Das hohe Niveau der musikalischen Bildung unserer Jugend ist schließlich auf das flächendeckende Netz der Musikschulen in Baden-Württemberg zurückzuführen. Aber die Sparpolitik von Land und Kommunen hat dazu geführt, dass die Musikschulen immer mehr in Bedrängnis geraten und jetzt allmählich existenziell bedroht sind. Es geht an die Substanz. Erste Schließungen haben nur mit Mühe verhindert werden können.

(Abg. Rückert CDU: Deswegen singen wir selber!)

Mit unserem Antrag, zur Förderung der Musikschulen jährlich 1 Million € zusätzlich einzustellen, und auch mit dem Antrag auf Lehrbeauftragtenmittel für die Ganztagschulen kann die Lage der Musikschulen in Baden-Württemberg stabilisiert werden, und es können sogar diejenigen Schülerinnen und Schüler, die heute aufgrund ihrer sozialen Herkunft von diesem guten Angebot ausgeschlossen sind, in den Ganztagschulen davon profitieren. Wenn wir also dazu stehen, dass alle jungen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft eine gute musikalische Bildung in unserem Land bekommen sollen, dann müssen wir jetzt auch die Mittel für die Musikschulen erhöhen.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, auch die Reformpolitik der Landesregierung hat eine finanzpolitische Dimension. Die Bildungsplanreform der Kultusministerin stimmt zwar von der Zielrichtung her, beinhaltet aber dennoch einen entscheidenden Kardinalfehler: Sie steht unter dem Dogma, dass das früh gegliederte, angeblich begabungsgerechte Schulsystem um jeden Preis erhalten werden muss. Die in den letzten Jahrzehnten betriebene Strategie zur Optimierung des selektiven Schulsystems ist aber längst an ihre Grenzen gestoßen und wird jetzt scheitern, weil sich die Probleme des zersplitterten Systems aufgrund der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren noch verschärfen werden.

Ich will drei Punkte ansprechen, die belegen, dass wir eine Öffnung des Schulsystems brauchen.

Erstens: Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft, Bildungsbeteiligung und Schulabschluss kann bei einer derart frühen Sortierung der Schüler nicht gelöst werden. Da hilft auch Ihr ständiger Verweis auf die beruflichen Schulen nicht, Herr Staatssekretär Rau. Denn die Migrantenkinder aus den Hauptschulen sind später eben im BVJ und nicht an den beruflichen Gymnasien.

(Zuruf des Abg. Rau CDU)

Zweitens: Die selektionsbedingten Instrumente – Klassenwiederholungen, ständige Notenerhebungen, Abschieben in andere Schularten – dominieren unser Schulsystem, und zwar im Gegensatz zu dem, was wir bräuchten, nämlich eine bessere individuelle Förderung jedes Kindes.

In unserem System müssen die weiterführenden Schulen nicht die Verantwortung für alle übernehmen,

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

weil sie die „falschen“ Schüler einfach aussortieren können.

(Abg. Zeller SPD: Die angeblich falschen Schüler!)

– Klar, die angeblich falschen.

Drittens: Das gegliederte Schulsystem ist durch seine Zersplitterung schon heute extrem teuer. Es wird aufgrund der demografischen Entwicklung noch teurer. Schon heute haben wir Hunderte von Kleinstschulen im ländlichen Raum, Hauptschulen mit ungefähr 60 Schülern. Im Zuge des jetzt einsetzenden Rückgangs der Schülerzahl wird es ein Massensterben kleiner Schulen geben. Das ist etwas, was wir alle nicht wollen.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Deshalb müssen wir das System der frühen Auslese in einem Zeitraum von etwa zehn Jahren ändern. Wir brauchen in Baden-Württemberg den Übergang zu einer neunjährigen gemeinsamen Schule für alle Kinder. Wir brauchen eine differenzierende Leistungsschule. Hier sollen alle jungen Menschen integriert werden – bei gleichzeitig individueller Förderung von den Schwächsten bis hin zu den Hochbegabtesten.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Herr Kollege Wacker und Herr Kollege Kleinmann, Sie haben auf Finnland und Kanada verwiesen, wo wir mit dem Schulausschuss waren. Sie waren begeistert von den modernen Bildungssystemen dort.

(Abg. Zeller SPD: Aber nur, solange sie im Ausland waren!)

Ich fordere Sie auf: Öffnen Sie endlich einmal Ihre „Scheuklappen“, und seien Sie zu einer konstruktiven Auseinandersetzung bereit!

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

(Renate Rastätter)

Diese Länder haben es geschafft, ihre Bildungssysteme zu modernisieren, die Schüler in einer Schule individuell zu fördern. Das muss doch auch bei uns möglich sein, wenn der politische Wille da ist. Jedenfalls kann ich dazusagen: Die Menschen in unserem Bundesland diskutieren längst offen darüber. Die Bereitschaft ist vorhanden, neue Wege zu gehen. Auch die Schulen sind bereit, neue Wege zu gehen. Ich fordere Sie auf, im Interesse einer besseren Förderung aller Schüler und Schülerinnen in diesem Land mit uns konstruktiv darüber zu diskutieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Abschließend noch ein Wort zum Sport. Ihnen liegt heute ein Entschließungsantrag meiner Fraktion vor. Wir lehnen die Kürzungen der Landesregierung – auch die reduzierten Kürzungen –, die in planloser Weise vorgenommen wurden,

(Zuruf von der CDU: Was?)

ab.

(Zuruf des Abg. Wacker CDU)

Die gegenwärtig vorgesehenen Kürzungen gefährden das Ehrenamt im Sport.

(Zuruf des Abg. Wacker CDU)

Allerdings muss der Sport bereit sein, seine Strukturen zu überprüfen. Der Sport muss Vorschläge für eine schlankere und kostengünstigere Organisation machen. Denn der Sport kann künftig nicht von Einsparungen ausgenommen werden.

(Abg. Rückert CDU: Ach, jetzt! Jetzt auf einmal!)

Gleichzeitig braucht der Sport natürlich eine Planungssicherheit für die nächsten Jahre. Deshalb fordern wir einen Solidarpakt, damit der Sport verlässlich weiß, worauf er sich in den nächsten Jahren einstellen kann.

(Beifall der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Meine Damen und Herren, weil im Finanzausschuss fraktionsübergreifend ein großer Konsens darüber vorhanden war, dass auch der Sport endlich veranlasst werden muss, seine Strukturen zu überprüfen und zu verschlanken, möchte ich heute über unseren Entschließungsantrag getrennt abstimmen lassen. Denn Mitglieder der anderen Fraktionen sehen dies natürlich genauso. Auch der Finanzausschuss hat dies im Grunde so beurteilt. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Bar jeder Kenntnis!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Brunner.

(Abg. Seimetz CDU: Jetzt, Elke!)

Abg. Elke Brunner CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unsere gewaltigen Haushaltsprobleme machen sich leider auch beim Sport bemerkbar. Wir können

das noch so sehr bedauern, es hilft überhaupt nicht, darüber zu jammern. Der Sport konnte bei Kürzungen nicht außen vor bleiben.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist nicht wahr!)

Dass darüber niemand in Begeisterung ausbricht, ist selbstverständlich. Dass der Sport entsprechend reagiert und seine Interessen vertritt, ist auch klar.

(Abg. Zeller SPD: Seit Jahren muss der Sport Kürzungen hinnehmen!)

Allerdings war die Art und Weise, wie die Proteste formuliert und vorgetragen wurden, nicht immer sachlich richtig und frei von Polemik.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Da gab es nicht nur sportlich faire Attacken, nein, es gab auch Fouls seitens der Sportfunktionäre, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig! – Widerspruch bei der SPD)

Zu einem partnerschaftlichen und fairen Umgang miteinander, wie wir ihn in Baden-Württemberg zwischen dem Sport und der Politik seit vielen Jahren so erfolgreich pflegen, gehören solche Fouls nicht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Ich danke all denjenigen Vertretern des Sports, die auf der Grundlage seriöser Daten und fachlich vorgetragener Argumente mit uns diskutiert haben. Das war eine für den Sport zielgerichtete Lobbyarbeit,

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

die letztendlich zu den nun vorliegenden Lösungen geführt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Zugegeben – das sage ich ganz deutlich –: Die ursprünglich vorgesehene Sparaufgabe von 5,2 Millionen € pro Jahr wäre vom Sport nur sehr schwer verkraftbar gewesen. Für die CDU-Fraktion war es daher von größter Wichtigkeit, diesen Sparbetrag im Sinne einer weiteren aktiven Arbeit für den Sport abzumildern. Konkret wurde Folgendes festgelegt: für das Jahr 2005 Halbierung der vorgesehenen Einsparaufgabe von 5,2 Millionen € auf 2,6 Millionen €, für das Jahr 2006 eine weitere Reduzierung um 1 Million € auf dann nur noch 1,6 Millionen €.

Ganz wichtig ist es, dabei nicht nur über die Reduzierung zu reden, sondern auch die absoluten Zahlen im Auge zu behalten. Das heißt konkret: Die Sportförderung des Landes wird sich damit im Jahr 2005 auf 66,8 Millionen € und im Jahr 2006 auf 67,8 Millionen € belaufen. Somit haben wir für zwei Jahre einen Solidarpakt; wir haben dies so in der mittelfristigen Finanzplanung. Alles Weitere wird ein neuer Landtag beraten.

(Elke Brunnemer)

Meine Damen und Herren, das zeigt, welch großen Stellenwert wir in Baden-Württemberg dem Sport zukommen lassen. Damit brauchen wir keinen Ländervergleich zu scheuen.

Mit der Abmilderung der ursprünglich geplanten Kürzungen haben wir ein deutliches Zeichen für das Ehrenamt gesetzt. Wir verbinden damit die Erwartung, dass trotz weitgehender Selbstverwaltung der Landesmittel durch die Sportverbände die Übungsleiterpauschale nicht angegriffen wird.

(Abg. Wacker CDU: Jawohl! – Abg. Fleischer CDU: Richtig! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Genau!)

Wir alle wissen, dass gerade die Übungsleiterzuschüsse das finanzielle Rückgrat

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Der Vereine sind!)

der Vereine darstellen. Sie haben daher allerhöchste Priorität und müssen erhalten bleiben.

(Abg. Zeller SPD: Das ist aber ein Eingriff in die Autonomie des Sports!)

Eine weitere wichtige Verbesserung haben wir im Bereich des kommunalen Sportstättenbaus erreicht. Da wurde die geplante Kürzung der KIF-Mittel um 2 Millionen € für die pauschale Sportstättenbauförderung nicht vorgenommen. Diese Mittel bleiben ungekürzt in Höhe von 12 Millionen € pro Jahr erhalten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie mal was zum Antragstau in diesem Bereich!)

Darüber hinaus wurde auf Antrag der CDU-Fraktion und der FDP/DVP-Fraktion beschlossen, im Haushaltsstrukturgesetz die Landesregierung zu ermächtigen, ab dem Jahr 2006 die zur Verfügung stehenden 12 Millionen € an KIF-Mitteln als einzelfallbezogene Zuwendung zum Bau von kommunalen Sportstätten zu gewähren.

(Abg. Fleischer CDU: Ganz wichtig!)

Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, um dem Wunsch des Sports nach Wiedereinführung der Projektförderung im kommunalen Sportstättenbau Rechnung zu tragen. Wir sind davon überzeugt, dass es damit gelingen wird, den beachtlichen Antragstau abzubauen. Das sollten auch die Städte und Gemeinden für notwendig erachten, zumal sie die größten Förderer der Vereine sind.

Meine Damen und Herren, mir ist noch Folgendes wichtig: Wenn es um die zentralen Fragen des Sports geht – wie hier um Einsparungen beim Haushalt –, dann wird auch immer von einer Strukturdebatte geredet. Es geht um die Fragen: Ist bei uns die gegenwärtige Struktur der Sportorganisation mit dem LSV und den drei Sportbünden noch zeitgemäß und kostengünstig?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Fragen Sie doch mal Herrn Fleischer! Der sagt es Ihnen!)

Wäre eine Fusion günstiger? Könnten wir damit die basisnahe Dezentralität aufrechterhalten?

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Was sagt Ihr Kollege Fleischer dazu? – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Genau das Gleiche!)

Der Finanzausschuss hat den Rechnungshof beauftragt, diesen Fragen nachzugehen. Danach lassen sich sicher konkretere Aussagen machen. Dennoch möchte ich eines bemerken: Im Vergleich zu anderen Ländern haben wir pro Mitglied die günstigsten Verwaltungskosten.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Besonders kostengünstig arbeiten dabei die beiden badischen Sportbünde, insbesondere der Badische Sportbund Freiburg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen und Unruhe bei der SPD und den Grünen – Abg. Zeller SPD: Wer hat denn die Rede geschrieben?)

Wir Politiker sollten uns hüten, dem mit Abstand größten Bereich des Ehrenamts im Land Lösungen überzustülpen, einem Bereich, der auf Gedeih und Verderb von der Bereitschaft vieler Menschen zur freiwilligen Mitarbeit abhängig ist, einem Bereich, der davon abhängig ist, dass Menschen auch weiterhin ihre Freizeit opfern und anderen etwas Sinnvolles beibringen.

Deshalb sollte für uns weiterhin gelten: Veränderungen in der Struktur des Sports sind und bleiben Aufgaben der Gremien des Sports. Wir in der CDU-Fraktion – ich bin sicher, das gilt auch für viele Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Landtagsfraktionen – haben Achtung und Respekt vor der Selbstverwaltung des Sports.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wacker CDU: Sehr gut! – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Zeller: Deshalb wollen Sie Eingriffe vornehmen!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend Folgendes feststellen: Im Vergleich zu anderen Ländern haben wir in Baden-Württemberg noch immer eine gute Ausgangslage.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr wahr!)

Baden-Württemberg ist als Sport- und Schulsportland mit der Schulsportoffensive vornedran. Wir haben ein vorbildliches Netzwerk mit vielen Partnern geknüpft. Mit dem Ausbau der sport- und bewegungsfreundlichen Schule werden Bewegung, Sport und Spiel über den Sportunterricht hinaus an den Schulen gefördert, und viele Schulen machen begeistert mit.

Wir haben auch die große Chance, im Bereich der Ganztagsbetreuung und bei der Ausbildung besonderer Schulprofile zusammen mit den Sportvereinen Sportangebote einzurichten und auszubauen. Wir verstärken die Maßnahmen zur Bewegungserziehung im Kindergarten, da ausreichend Bewegung unabdingbare Voraussetzung für eine positive Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist.

Bei der Förderung des Leistungssports und des Nachwuchses waren wir im Vergleich zu den anderen Ländern schon

(Elke Brunnemer)

immer führend. Das soll auch so bleiben. Denn wir wollen, dass baden-württembergische Sportlerinnen und Sportler auch weiterhin

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Spitze bleiben!)

in vielen Sportarten auf Bundesebene und international Spitze bleiben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die CDU-Fraktion wird dem Sport in all seiner Vielfalt weiterhin den notwendigen Stellenwert einräumen und die notwendigen Entscheidungen treffen,

(Zurufe von der SPD)

zugunsten der Menschen im Land, die Sport treiben und die sich damit gesund und fit halten.

Im Namen der CDU-Fraktion danke ich allen ehrenamtlich tätigen Trainern und Helfern im Sport

(Oh-Rufe von der SPD)

für ihr großes Engagement.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Sie haben weiterhin unsere Anerkennung und unsere Unterstützung verdient.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Rudolf.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So, jetzt sage mal, was wirklich Sache ist! – Abg. Schmiedel SPD: Jetzt reden wir mal über die Wirklichkeit! – Gegenruf von der SPD: Oje!)

Abg. Christine Rudolf SPD: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich war eigentlich versucht, meine Rede mit einem Zitat aus „Dinner for One“ zu beginnen: „The same procedure as every year.“

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Aber, Frau Brunnemer, Sie haben mich dazu verleitet, das Ganze noch einmal anders aufzurollen. Sie haben nämlich gerade so getan, als ob es all die vergangenen Jahre der Haushaltsberatungen und der Diskussionen über die Sportförderung hier in diesem Hause überhaupt nicht gegeben hätte. Wir sind hier schon im letzten Jahr gesessen und haben über die Förderung des Sports diskutiert. Der Sport hat eine Kürzung von 10 Millionen € hinnehmen müssen und hat zugesagt, dass er das trägt und dass das für ein Jahr möglich ist. Die im Sport engagierten Menschen haben sich darauf verlassen, dass das ein einmaliger Vorgang sein würde. Dann haben die Haushaltsberatungen für die kommenden zwei Jahre begonnen, und es waren zunächst wiederum 5,2 Millionen € pro Jahr an Kürzungen im Haushalt vorgesehen.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Zusätzlich! – Abg. Zeller SPD: Versprechen gebrochen! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU)

Und nun kommt wirklich immer wieder das gleiche Spiel an dieser Stelle: Sie gehen in die Fraktionsklausuren, der Sportkreis Ludwigsburg – dem auch Herr Oettinger und ich angehören – ebenso wie andere Sportkreise tagen kurz danach und veranstalten eine Podiumsdiskussion. Herr Oettinger kann dann kommen und sagen: „Ganz so schlimm wird es dieses Jahr doch nicht werden. Ich habe es geschafft, meine Kollegen und Kolleginnen davon zu überzeugen, dass die Kürzungen ein bisschen verringert werden sollen.“ Angeblich sollen dann alle dankbar sein. – So geht es einfach nicht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Schmierentheater!)

Denn es gibt noch einen zweiten Satz in „Dinner for One“, und der heißt: „Noblesse oblige.“ Das heißt, wenn Sie die Sportvereine als Verhandlungspartner haben wollen, müssen Sie auch endlich damit anfangen, sie fair zu behandeln, und dürfen nicht jedes Jahr das gleiche Spiel treiben, zuerst große Kürzungen anzukündigen und diese dann ein bisschen zurückzunehmen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr richtig! – Abg. Fleischer CDU: Was wissen Sie, wie schwer das ist!)

Kommen wir zur Realität: Die Mittel, die jetzt im Haushalt für den Sport eingestellt sind, haben zur Folge, dass in ganz Baden-Württemberg keine Übungsgeräte bezuschusst werden und dass wir beim Sportstättenbau einen Antragstau von über 30 Millionen € haben. Es gibt keine Ausweitung der Zahl der lizenzierten Übungsleiter,

(Abg. Fleischer CDU: Das mit den Geräten war schon letztes Jahr!)

obwohl die Zahl derer, die Sport in Sportvereinen treiben, jährlich um etwa 100 000 wächst. Wir haben Jugendliche, die Übungsleiter werden wollen und dafür nicht nur drei Wochen Urlaub mitbringen, sondern die inzwischen zum Teil auch Geld dafür bezahlen müssen, dass sie zu den Ausbildungsstätten kommen können, und die auch an die Ausbildungsstätten selbst etwas bezahlen. Und Sie können sich bei den ehrenamtlich Tätigen bedanken und von „Mühsal“ und allem Möglichen reden,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sonntagsreden!)

Sie werden dem, was in Baden-Württemberg im Sport ehrenamtlich geleistet wird, mit dem, was Sie in Ihren Verhandlungen vorgesehen haben, und mit dem, was im Haushalt steht, einfach nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Um zum Schluss einfach noch einmal die Größenordnung deutlich zu machen: In den letzten 15 Jahren hat sich die Förderung pro Sporttreibenden in einem Sportverein in Baden-Württemberg halbiert. Es waren einmal 31 € pro Mitglied in einem Sportverein, und jetzt sind es noch 16 €.

(Christine Rudolf)

(Abg. Zeller SPD: Und Sie, Herr Fleischer, stimmen dem zu! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Macht ihr mal eine bessere Finanzpolitik in Berlin! Dann haben wir mehr zu verteilen! So einfach ist das!)

Das ergibt, wenn man richtig rechnet, eine Reduzierung auf die Hälfte innerhalb von 15 Jahren.

Dann reiten Sie noch die ganze Zeit auf den Strukturen im Sport herum, obwohl Sie, Frau Brunner, ja selber ausgeführt haben, dass die Verwaltungsstrukturen in Baden-Württemberg im Vergleich zu denen in anderen Bundesländern, soweit man das vergleichen kann, überaus kostengünstig seien. Wir haben einfach die Situation, meine Kollegen und Kolleginnen von der CDU-Fraktion, dass es bei Ihnen zwei Arten von Funktionären im Sport gibt, nämlich diejenigen, die Ihrer Fraktion angehören und die jegliche Veränderung in der Sportstruktur blockieren, und die anderen, die einmal einen Protest äußern, über den Sie sich dann hier an dieser Stelle beklagen.

(Abg. Fleischer CDU: Wer hat denn die Strukturkommission beim LSV geführt?)

So kann man nicht mit Ehrenamtlichen hier in Baden-Württemberg umgehen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Elke Brunner CDU – Abg. Fleischer CDU: Das sage ich mal den Vereinen! Das ist eine Frechheit!)

Ich rate Ihnen eines: Hören Sie auf, miteinander zu dinieren. Tragen Sie politische Verantwortung, unterstützen Sie das Ehrenamt in Baden-Württemberg, und stimmen Sie unseren Anträgen zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Dieser Doppelhaushalt ist für unsere Schulen ein Dokument der Verlässlichkeit. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben im Jahre 2001 versprochen und beschlossen, in dieser Legislaturperiode 5 500 neue Lehrerstellen zu schaffen. Mit den 1 832 in diesem Doppelhaushalt verankerten neuen Lehrerstellen ist das Versprechen eingelöst.

Damit tragen wir erstens der Tatsache Rechnung, dass Baden-Württemberg den höchsten Schülerzuwachs in Deutschland hat und das auch in den Rahmenbedingungen deutlich werden muss. Zweitens tragen wir der Tatsache Rechnung, dass die Jahre dieser Legislaturperiode Reformjahre in unseren Schulen sind, und wir sind bereit – keine andere Landesregierung in Deutschland ist in den letzten Jahren in diesem hohem Maße dazu bereit und in der Lage gewesen –, eine der tiefgreifendsten Reformgeschichten des Bildungssystems zu unterstützen und tatkräftig zu begleiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist, auf einen kurzen Nenner gebracht, der Unterschied in Deutschland.

Es gibt auf der einen Seite seit Jahren eine ungewöhnliche Larmoyanz in Bildungsdebatten in Deutschland.

(Abg. Seimetz CDU: Die hat einen Namen: Zeller!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Wer glaubt, die ständige Wiederholung der immer gleichen Sätze bringe unsere Schulen voran, der irrt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist Selbstkritik!)

Diese immer gleichen Sätze lauten: Wir haben schwierige Kinder,

(Abg. Schmiedel SPD: Wer sagt denn das?)

Schulabsolventen, die nicht lesen, schreiben und rechnen können, faule Lehrer, überforderte Eltern.

(Abg. Zeller SPD: „Faule Lehrer“ kommt von jemand anders! – Minister Pfister: Das kommt vom Bundeskanzler! – Abg. Seimetz CDU: Schröder! – Abg. Dr. Birk CDU: Er hat sogar „faule Säcke“ gesagt! Unglaublich!)

Das wurde gestern Vormittag alles wiederholt. Deshalb sage ich Ihnen: Wir – die CDU-Fraktion, die FDP/DVP-Fraktion und diese Landesregierung – schließen uns dieser Larmoyanz in bundesdeutschen Bildungsdebatten nicht an. Wir sorgen dafür, dass unsere Schulen die Bedingungen bekommen, die sie brauchen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Das war jetzt null Aussage!)

Ich greife Ihr Beispiel von vorhin auf, Herr Zeller. Sie sollten sich das für jede öffentliche Veranstaltung überlegen. Da reden Sie von IGLU und sagen, nach dem Ergebnis dieser Untersuchung kämen wir gerade noch mit. „Gerade noch mit“ heißt also für Sie: Bei 35 beteiligten Ländern kommt Baden-Württemberg punktgleich mit Japan auf den zweiten Platz. Und dann sagen Sie: Wir kommen gerade noch mit im internationalen Vergleich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Das ist Quatsch! Wir stehen gut da! Ich zeige es Ihnen nachher! – Abg. Schmiedel SPD: Die Wiederholung dieses Satzes bringt uns auch nicht weiter!)

– Nein, nein. Ich habe es mir aufgeschrieben: „international noch mithalten“. Wer die Arbeit unserer Schulen so herunterredet,

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch Quatsch, was Sie sagen!)

der wird keinen Aufbruch in die Bildungsgesellschaft erleben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Bitte schön.

Abg. Zeller SPD: Frau Schavan, würden Sie zur Kenntnis nehmen,

(Abg. Fleischer CDU: Das ist eine reine „Herumzelleri“!)

dass ich darauf abgehoben habe, dass wir bei der IGLU-Studie im internationalen Maßstab gut abgeschnitten haben und dies mit ein Beleg dafür ist, dass Kinder dann, wenn sie gemeinsam lernen, sehr erfolgreich sind und dass dann, wenn die Kinder nach der vierten Klasse getrennt werden, die Lernschwierigkeiten eintreten? Dies habe ich sogar als Beleg dafür genannt, wie erfolgreich in der Grundschule gearbeitet wird.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Zeller, ich habe Ihnen ziemlich genau zugehört. Darauf komme ich auch gleich noch. Ihre Formulierung war eindeutig

(Abg. Zeller SPD: Können wir ja nachher im Protokoll nachgucken!)

und ist ein Beispiel für das, was unsere Schulen in Wirklichkeit kaputtmacht: überhaupt nicht wahrzunehmen, wo sich etwas verbessert, wo etwas sehr gut ist, und nicht das, was sehr gut ist, „sehr gut“ zu nennen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Das sage ich doch! Sie sollten bei der Wahrheit bleiben! Bleiben Sie, wenn wir diskutieren, bei der Wahrheit, und verdrehen Sie nicht die Worte im Mund!)

– Ja, ich bleibe bei der Wahrheit. Deshalb komme ich auch gleich zu Ihrem großen Anliegen der sechsjährigen Grundschule. Ganz wahrheitsgetreu; es kommt gleich.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg hält nicht einfach mit, Baden-Württemberg ist in dieser umfassendsten Reformgeschichte unseres Bildungssystems in Deutschland

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Spitze!)

Pionier in einer Reihe von zentralen Reformen. Dazu gehört das Thema Qualitätsentwicklung. Was haben wir uns hier in den Neunzigerjahren noch über die Frage gestritten, ob zentrale Abschlussprüfungen sinnvoll sind oder nicht! Und was ist passiert? Die Ergebnisse der PISA-Studie kommen heraus, und alle Länder – SPD-regiert – führen nacheinander zentrale Abschlussprüfungen ein.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Hört, hört!)

Diesen Schritt der Qualitätsentwicklung haben wir immer praktiziert, und deshalb sind wir auch das Land gewesen, das in der Kultusministerkonferenz Bildungsstandards hat durchsetzen können.

(Abg. Zeller SPD: Sie verwechseln Bildungsstandards mit Prüfungen! Das sind zwei Paar Stiefel!)

Deshalb sind wir das erste Land, das einen Bildungsplan mit dem Kompetenzansatz hat, deshalb sind wir das erste Bundesland überhaupt, das die Fremdsprache ab Klasse 1 hat und damit diese Reformgeschichte in Deutschland befördert hat.

(Abg. Zeller SPD: Das wurde doch von uns überhaupt nicht bestritten!)

Warum sage ich das?

(Abg. Zeller SPD: Das wurde doch von uns mitgetragen!)

– Ja, ich darf es doch sagen, und zwar nicht, um die Regierung zu loben.

Ich sage: Wer will, dass eine so tiefgreifende und anstrengende Reformgeschichte erfolgreich wird, der muss unsere Schulen ermutigen, der muss ihnen Anerkennung zollen, der muss sagen, dass da gerade etwas geschieht, was mit besonderen Anstrengungen verbunden ist, was nicht unentwegt benörgelt wird. Deshalb danke ich unseren Schulen sehr dafür.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Man muss auch sagen, wo sie sich weiterentwickeln müssen! Das ist der entscheidende Punkt! Wo ist Schulentwicklung notwendig? – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Der ewig nörgelnde Zeller!)

Deshalb danke ich allen Lehrerinnen und Lehrern – auch denen, die in der Schule und im Parlament sind – für ihre gute Arbeit in unseren Schulen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt sind Sie platt!

(Abg. Röhm CDU: Auch dem Kollegen Zeller! – Abg. Zeller SPD: Sie danken mir übrigens! – Abg. Schmiedel SPD: Wieso fordern dann die Schulen den Rücktritt der Kultusministerin?)

Meine Damen und Herren, ich will aus der Bandbreite all dessen, was in diesem Haushalt enthalten ist, wenige Punkte herausgreifen.

Ich beginne mit der beruflichen Bildung. Auch hier höre ich, solange wir hier miteinander verhandeln, die immer gleichen Sätze über eine katastrophale Situation in der beruflichen Bildung,

(Abg. Seimetz CDU: Das ist jetzt Wintruff!)

über unglaubliche Entwicklungen. Nehmen Sie zur Kenntnis: Die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ hat im November 2004 im Vergleich der 16 Länder festgestellt: Baden-Württemberg ist das Spitzenland in der beruflichen Bildung, und zwar mit 68,2 Punkten. Nordrhein-Westfalen kam auf 42 Punkte, Rheinland-Pfalz auf 47 Punkte. Ich sage Ihnen: Wir haben in der beruflichen Bildung eine Entwicklung und eine Versorgung –

(Abg. Zeller SPD: Und trotzdem fällt Unterricht in erheblichem Umfang aus!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

– Ach, hören Sie auf! 5 %! Ich sage Ihnen: Jedes andere Bundesland wäre glücklich, wenn es nur 5 % Unterrichtsausfall hätte. Das wissen Sie ganz genau.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Sie wissen ganz genau, dass diese 5 % an den 13 Wochenstunden im Bereich der beruflichen Teilzeitschulen gemessen sind,

(Abg. Wacker CDU: Genau! – Abg. Wintruff SPD: Die 5 % sind nicht nur gemessen an den 13 Stunden!)

dass diese 5 % an einem kontinuierlichen Rückgang der Zahl der Lehrstellen in den letzten 15 Jahren und einem kontinuierlichen Zuwachs im Bereich der beruflichen Vollzeitschulen gemessen sind

(Zurufe der Abg. Wintruff und Zeller SPD)

und dass wir es erreicht haben, diese schwierige Entwicklung zwischen dem Jahr 1990 und dem Jahr 2004 zu schultern –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wintruff SPD: Die 5 % sind ein Durchschnittswert!)

mit neuen Lehrerstellen, mit der Bereitschaft zu Mehrarbeit. – Lieber Herr Wintruff, es kann doch immer nur einer reden.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Wintruff: Die 5 % sind ein Durchschnittswert, nicht nur auf die 13 Stunden bezogen!)

– Herr Wintruff, Sie wissen doch genau: Noch im Jahr 1990

(Abg. Wintruff SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– ja, ich führe den Satz noch zu Ende aus, dann sind Sie dran – gab es in Baden-Württemberg 81 000 Lehrstellen.

(Abg. Seimetz CDU zu Abg. Wieser CDU: Franz, ruf den Wintruff mal zur Ordnung! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Er ist doch gar nicht mehr in der Schule!)

Damals kamen auf 132 Lehrstellen 100 Bewerber. Im Jahr 2004 hatten wir noch 73 000 Lehrstellen und ein Verhältnis von 98 Lehrstellen zu 100 Bewerbern.

Das sind Fakten. Natürlich gibt es große Bemühungen der Wirtschaft. Wir haben ungewöhnlich gute Partner in der dualen Bildung. Aber Tatsache ist doch, dass die berufliche Bildung in diesen 15 Jahren in ungewöhnlicher Weise verändert worden ist, was zusätzlicher Ressourcen bedurft hat. Wir haben in dieser Zeit eine Qualitätsentwicklung, Reformen und viele neue Bildungsangebote erreicht – ein Drittel der Abiturienten machen über die berufliche Bildung ihr Abitur. Das heißt, wir haben das leistungsfähigste berufliche Bildungssystem in Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Und, meine Damen und Herren, wenn ich den zentralen Erfolgsfaktor nehme: Wir haben auch in diesem Jahr die europaweit niedrigste Jugendarbeitslosigkeit. Das sind die harten Fakten.

Dieser Bereich steht in einer ganz konsequenten Weiterentwicklung. Es werden auch in Zukunft neue Bildungsgänge entwickelt werden. Das ist auch in den nächsten Jahren unser Ziel. Zu den wichtigsten Zielen einer Landesregierung gehört die Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation. Kein Bereich unseres Bildungswesens ist so stark geprägt von dem Slogan „Aufstieg durch Bildung“, und nirgends wird dies in Deutschland so eingelöst wie in Baden-Württemberg.

Damit zu Ihrer Frage, Herr Wintruff.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das war aber ein langer Satz! – Abg. Wieser CDU: Er hat doch vor 15 Jahren schon die gleiche Frage gestellt!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Wintruff, bitte.

Abg. Wintruff SPD: Frau Ministerin, räumen Sie mir ein, dass die Statistik dann richtig wird,

(Abg. Seimetz CDU: Wenn sie so ist, wie es der Wintruff haben will!)

wenn wir sagen, dass 5,4 % Unterrichtsausfall ein Durchschnittswert für Teilzeitschule und berufliche Vollzeitschule sind? Wenn Sie allerdings nur den Ausfall in der Teilzeitschule messen wollen, müssen Sie zugeben – und darum bitte ich Sie –,

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Geben Sie es zu, Frau Ministerin?)

dass das strukturelle Defizit dann nicht 5,4 %, sondern das Doppelte beträgt, und das ist noch relativ gut gerechnet, Frau Ministerin.

(Abg. Zeller SPD: Genau! Das ist der Punkt!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: So schnell gebe ich nichts zu, Herr Wintruff.

(Abg. Teßmer SPD: Das wissen wir! – Zuruf des Abg. Wintruff SPD – Abg. Wieser CDU: Der Wintruff war bei der Kopftuchdebatte ganz gut! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Da hat er alles Pulver verschossen! – Abg. Zeller SPD zu Abg. Wieser CDU: Er ist immer gut, Franz!)

Nein, im Ernst: Sie wissen, dass wir auch im Bereich der Teilzeitschulen ein breites Spektrum an Studentafeln haben. Wir haben auch Studentafeln mit 15 und 16 Wochenstunden. Wir haben auch Studentafeln mit acht oder neun Stunden.

(Abg. Wintruff SPD: 38!)

– Wir haben auch welche mit 38. – Sie wissen, woher die Unterschiede kommen. Wir können darüber im Schulausschuss gern sprechen.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Aber ich sage Ihnen noch einmal: Nicht nur die Qualität der beruflichen Bildung, auch die Versorgung im Bereich der beruflichen Bildung ist beispielhaft. Das sollten wir zugeben. Denn es ist auch ein wichtiges Signal an junge Leute, dass dieser Bereich nach wie vor – das zeigen die Abiturientenzahlen – die Aufstiegschance schlechthin ist.

Im Blick auf die Frage: „Wie entwickelt sich denn die Risikogruppe, von der viele in der Öffentlichkeit sprechen?“, füge ich hinzu: Wir haben in Baden-Württemberg keinen Zuwachs des Anteils an Absolventen ohne Schulabschluss, sondern wir haben einen Rückgang,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

allein wieder um 2,3 % zwischen 2002 und 2003. Wir haben mit weitem Abstand den niedrigsten Anteil an jungen Leuten ohne Schulabschluss. Er liegt jetzt um die 6 %. Er liegt in allen anderen Ländern in Deutschland zwischen 12 und 13 %, ja in Berlin beträgt er bis zu 36,9 %.

(Abg. Wieser CDU: Da sind nur Rote dran! – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Du weißt, dass du Berlin hier nicht mit anderen vergleichen kannst!)

Deshalb sage ich auch hier: Wenn in Berlin jemand sagt, dass es katastrophale Verhältnisse gebe, dann ist es wahr. Ein Anteil von 36,9 % ohne Schulabschluss ist katastrophal, aber übertragt das bitte nicht auf Baden-Württemberg!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Sie wissen aber, dass das etwas anderes ist!)

6 % sind nicht nur nicht katastrophal, 6 % zeigen gegenüber den Zahlen von vor 20 und vor 30 Jahren, dass unser Bildungssystem in Baden-Württemberg leistungsfähiger und dieser Anteil immer geringer geworden ist. Es ist völlig klar, auch die 6 % müssen weg.

Wenn Sie fragen, wo die 6 % bleiben, ist die Antwort: Sie finden diese im Bereich der beruflichen Bildung wieder, weil wir dort zielgenaue Angebote für die haben, die im ersten Anlauf nicht zum Ziel kommen. Sie bekommen eine zweite und eine dritte Chance. Deshalb bleibe ich bei der Aussage: Der Bereich der beruflichen Bildung ist das Flaggschiff des Bildungssystems in Baden-Württemberg. Er gehört zum Erfolgsfaktor des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir werden bald auch im Schulausschuss über die Frage sprechen können, wie es zu den Diskrepanzen zwischen den zentralen Abschlüssen in den Hauptschulen und den Klagen mancher kommt, wenn es um die Bewerbung um eine Lehrstelle geht. Das ist ein uraltes Thema. Seit 40 Jahren gibt es den Refrain, dass bei der Bewerbung alle nichts könnten. Auch da sage ich: Zurück zu den Fakten. Ich habe die ersten Aussagen aus einer gemeinsamen Untersuchung, die wir mit den Arbeitgeberverbänden in Baden-Württemberg machen, vorliegen. Es ist schon hochinteressant, sich einmal Einstellungstests in unseren Unternehmen anzusehen. Da werden Sie erstaunt sein, was in manchem Unternehmen noch an Einstellungstests durchgeführt wird. Auch hier bin

ich ganz sicher: Wir werden auch in dieser Frage der Diskrepanz zwischen Schulabschluss und Bewerbung zu guten, gemeinsamen Perspektiven mit der Wirtschaft kommen.

Meine Damen und Herren, letzter Punkt zur beruflichen Bildung. Den halte ich für sehr wichtig.

(Abg. Zeller SPD: Die Kritik von Herrn Hundt haben Sie jetzt übergangen!)

– Zur Kritik von Herrn Hundt sage ich ihm etwas von Angesicht zu Angesicht.

(Abg. Teßmer SPD: Wohin wollen Sie es denn sonst sagen? – Heiterkeit)

Das ist ein ganz wichtiger und interessanter Gesprächspartner. Aber wenn Herr Hundt mir sagt, dass 25 % der Schüler irgendwie keinen Abschluss hätten oder nicht geeignet seien, dann widerspreche ich ihm. Ich glaube, das ist überhaupt nicht schlimm. Man muss nicht jedem nachreden, auch wenn er ansonsten noch so wichtig ist und noch so viel Bedeutung hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Da haben Sie allerdings Recht!)

Letzter Punkt zur beruflichen Bildung. Das sage ich, weil wir hier parteiübergreifend etwas erreicht haben. Baden-Württemberg war federführend bei der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes. Wir haben gemeinsam mit dem Bundesbildungsministerium eine gute Novellierungsvariante hinbekommen. Ich glaube, dass damit außergewöhnlich positive Signale für die Schulseite verbunden sind. Wir werden künftig also auch mit den Kammern darüber sprechen können, dass denjenigen, die eine berufliche Vollzeitbildung erhalten haben, etwa durch ein kaufmännisches Berufskolleg, diese auch anerkannt wird, wenn sie danach eine Lehrstelle bekommen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

Wir haben die schulische Seite gestärkt, und die Tatsache, dass die Wirtschaftsminister der Länder und das Bundeswirtschaftsministerium nahezu alle Vorschläge aus der Kultusministerkonferenz, wesentlich von Baden-Württemberg gefördert, übernommen haben, ist ein Beweis der Leistungsfähigkeit auch der schulischen Seite. Deshalb glaube ich, dass wir mit den Reformen der beruflichen Bildung auf einem guten Weg sind.

Das zweite Kapitel betrifft alles, was vor der Schule liegt. Das wurde gestern ja zum Teil schon im Zusammenhang mit dem Etat des Sozialministeriums debattiert. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir werden im Juni den Orientierungsplan für Bildung und Erziehung vorlegen. Mit der Sprachförderung im Kindergarten werden wir im nächsten Kindergartenjahr, also noch im Jahr 2005, beginnen. Wenn wir dann noch erreichen, dass das letzte Kindergartenjahr ohne Gebühren bleibt – ich kann nur sagen, das ist eine Finanzfrage –,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau!)

dann ist das völlig in Ordnung; das ist überhaupt kein Dogma. Wer das Geld hat, der ist gut dran. Aber niemand soll uns dauernd Rheinland-Pfalz und das Saarland vorhalten.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Beide Länder – und ich nenne sie jetzt beide, weil ich dann auch eines treffe, in dem wir regieren – sind gute Beispiele für die wirklich grobe Ungerechtigkeit des Länderfinanzausgleichs.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Rheinland-Pfalz konnte gestern wunderbar beschließen, im dritten Kindergartenjahr keine Gebühren zu nehmen. Rheinland-Pfalz bekommt aus dem Länderfinanzausgleich 189 Millionen € – so einfach ist das. Baden-Württemberg zahlt mit, wenn es dort keine Gebühren gibt. An solchen Beispielen wird deutlich, dass es hier nicht um die Frage geht, ob wir wollen oder nicht.

(Abg. Drexler SPD: Sagen Sie doch mal etwas zum Saarland!)

– Das gilt für das Saarland genauso.

(Abg. Drexler SPD: Das könnten Sie auch als Beispiel nehmen!)

– Das habe ich doch gesagt! Ich habe gesagt: Rheinland-Pfalz und das Saarland.

(Abg. Seimetz CDU: Herr Drexler sitzt zu weit hinten, da hört er es nicht! – Abg. Fleischer CDU: Hinterbänkler, zuhören!)

Ich habe die Zahl für Rheinland-Pfalz genannt; das Saarland kriegt noch mehr Geld. Das ist genauso ungerecht.

(Abg. Zeller SPD: Wie viel kriegt Sachsen?)

Um diese Frage können Sie sich auf Bundesebene gern kümmern. Die Frage ist, ob endlich Korrekturen möglich werden, die es auch uns erlauben, finanzpolitische Prioritäten zu setzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Sie müssen andere Prioritäten setzen, dann funktioniert es!)

Wir brauchen uns mit unseren Kindertagesstätten überhaupt nicht zu verstecken. Wer immer noch glaubt, in baden-württembergischen Kindergärten werde nur gespielt und nicht gelernt, war lange nicht mehr in einem Kindergarten.

(Abg. Schmiedel SPD: Hört, hört!)

Wer Kindergärten besucht, weiß, dass wir mittlerweile hoch innovative Kindergärten haben, die ihren Bildungsauftrag ernst nehmen. Das werden die Kindertagesstätten sein, die uns bei der Umsetzung des Orientierungsplans wesentlich helfen werden.

Mein Ziel ist, dass wir in der nächsten Legislaturperiode in allen Teilen des Landes Modellstandorte einrichten, an denen wir mit einer ganz engen Verzahnung von Kindergärten und Grundschulen beginnen: Institute für Bildung für Drei- bis Zehnjährige – das muss die Zukunftsperspektive sein. Das ist die Vision im Bereich der vorschulischen Bildung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Mit welcher Zuständigkeit? – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, für mich war es interessant, dass beide Oppositionsfraktionen jeden Sparvorschlag und jede Sparposition infrage stellen.

(Abg. Zeller SPD: Wir haben eine ganz andere Finanzkonzeption!)

Ich sage Ihnen: Was die Abendschulen angeht, werden wir einen runden Tisch installieren und gemeinsam überlegen –

(Abg. Zeller SPD: Da sind Sie aber sehr spät dran!)

– Nein, wir sind überhaupt nicht spät dran. Überhaupt nicht!

(Abg. Zeller SPD: Aber natürlich! Sie kürzen doch schon!)

Wir haben im Bereich der Abendschulen das getan, was für alle Schulen in freier Trägerschaft gilt: 80 %. Wir haben übrigens auch im Bereich der Privatschulen einen Schwerpunkt bei der beruflichen Bildung gesetzt. Wir haben im Bereich der Privatschulen berufliche Schulen, die 25% mehr bekommen. Das ist ein enormer Fortschritt gegenüber der bisherigen Bezuschussung.

(Abg. Zeller SPD: Aber unter dem Strich kriegen sie weniger! Das ist doch das Entscheidende!)

Was die Abendschulen angeht, so werden wir –

(Abg. Zeller SPD: Aber das ist faktisch eine Kürzung!)

– Natürlich ist es eine Kürzung.

(Abg. Zeller SPD: So ist es! Deswegen sind Sie noch nicht bei 80 %!)

Es ist auch nicht die einzige Kürzung im Haushalt. Wir kürzen, weil wir im Unterschied zu anderen Ländern einen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen. So einfach ist das.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Nein, weil Sie andere Schwerpunkte haben!)

Ich sage das hier einmal für die nächsten Jahre: Wir werden mit den Abendschulen und übrigens auch mit den Kommunen sprechen. Sie haben eben den größten Träger der Abendschulen genannt: die Volkshochschule Stuttgart. Die Volkshochschule Stuttgart zahlt allein für die Abendschulen 100 000 € Miete an die Stadt Stuttgart.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Im Jahr!)

– Im Jahr. Ich finde, da kann man sich schon einmal an einen Tisch setzen und überlegen, was der Beitrag anderer ist, um diesen wichtigen zweiten Bildungsweg zu erhalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Genau! – Zuruf von der CDU: Richtig! – Zuruf von der FDP/DVP: Sehr gut!)

Der einzige Vorschlag, der von Ihnen immer kommt – das andere Konzept –, bezieht sich auf die Schulverwaltung.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Abg. Zeller SPD: Wen meinen Sie jetzt konkret?)

– Jetzt meine ich ganz konkret die Grünen.

(Abg. Zeller SPD: Weil Sie mich angeschaut haben!)

– Ich meine zwar oft Sie, aber nicht immer, Herr Zeller.

Ich bin ja wirklich kein Mensch, der sein Leben in einer Verwaltung verbracht hat. Ich bin da ganz unverdächtig, kann man sagen.

(Abg. Fleischer CDU: Obwohl das der Verwaltung gut getan hätte!)

– Vielen Dank, Herr Kollege.

Jetzt sage ich Ihnen: Gemessen am Personal in unseren Schulen, beträgt der Anteil der Schulverwaltung 1 %; das heißt bei 100 000 Lehrern und nach den verschiedenen Sparorgien der letzten Jahre 1 000 Menschen in der Schulverwaltung. Nennen Sie mir doch bitte einmal einen Bereich, in dem man mit einem Prozent Verwaltungspersonal auskommt.

(Abg. Zeller SPD: Sprechen Sie mit Ihren eigenen Leuten! – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Die abgeordneten Lehrer dürfen Sie nicht rechnen!)

Dieses eine Prozent ist beschäftigt mit rund 58 000 Personalvorgängen pro Jahr. Wer sich wirklich für das Thema interessiert, dem überlasse ich eine Liste mit den Schulamtsvorgängen in einem einzigen Schulamt – ich habe die Liste aus Ludwigsburg.

Deshalb sage ich Ihnen: Wer so gute Ergebnisse erzielt wie wir in Baden-Württemberg, der muss auch einmal zur Kenntnis nehmen, dass das auch zum Teil auf die Stärke unserer Verwaltung zurückgeht. Deshalb werde ich nicht zulassen, dass auch noch die Verwaltung kaputtgeredet wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Kretschmann hat dieser Tage gesagt – ich glaube, sogar hier im Plenarsaal –

(Glocke des Präsidenten)

– Sofort, Herr Kollege.

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, es liegen zwei Zwischenfrageanfragen vor, eine von Herrn Zeller und eine von Herrn Wieser.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ich will nur noch das Beispiel bringen, dann sofort.

Herr Kretschmann hat als großes Finanzierungskonzept vorgeschlagen: 80 % der Schulverwaltung in die Schule, das heißt von 1 000 Personen 800 in die Schule, 200 Personen in der Schulverwaltung für 100 000 Lehrer an 4 000 Schulen. Findet jemand wirklich im Ernst, dass selbststän-

dige Schule so funktioniert? Deshalb meine herzliche Bitte: Wer starke Schulen will, muss Autonomie zulassen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

übrigens auch beim Rauchen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP und des Abg. Wichmann SPD – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das ist Äpfel mit Birnen verglichen!)

Das ist ganz einfach: Wer A sagt, muss auch B sagen. Ich will auch, dass keiner raucht. Aber in der Schulkonferenz sitzen Lehrer, da sitzen Eltern, lauter Menschen

(Zurufe von der SPD)

– jetzt sind Sie wieder ganz wach, das habe ich mir gedacht –,

(Heiterkeit)

die mir sagen, Rauchen sei schädlich. Wenn alle finden, dass das schädlich ist, dann sollen sie die Raucherecke schließen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Glaubt denn jemand im Ernst, dass nicht mehr geraucht wird, wenn ich sie schließe? Ich sage Ihnen das als Beispiel. Denn erst sagen Sie: „Die Schulen haben nicht genügend Autonomie.“ Dann schaffen wir Autonomie, und plötzlich ist irgendetwas so, wie Sie es nicht wollen, dann soll ich das wieder verbieten. Jeder weiß doch: Wer die selbstständige Schule will, muss Unterstützungssysteme schaffen, er muss bereit sein, die Schulen gut begleiten zu lassen.

(Abg. Schmiedel SPD: Wo ist der Kollege Hoffmann?)

Deshalb werden wir in diesem Bereich keine Gegenfinanzierung zu manchem leisten können, was wir gerne hätten.

Meine Damen und Herren, damit komme ich zum Sport.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Halt!)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, gestatten Sie jetzt die zwei Zwischenfragen?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ja, natürlich.

(Abg. Wieser CDU: Der Zeller hat aber schon einmal gefragt!)

Stellv. Präsident Birzele: Es geht immer nach der Reihenfolge, Herr Wieser.

(Abg. Fleischer CDU: Nicht nach der Qualität!)

Abg. Zeller SPD: Frau Ministerin, nachdem von unserer Seite heute überhaupt nichts zur Schulverwaltung gesagt wurde, will ich Sie aber doch fragen: Können Sie dem hohen Haus sagen, wie viele Abordnungen in den Bereich der Schulverwaltung oder entsprechender Institute gehen, die dann dem eigentlichen Unterricht an den Schulen fehlen?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Das kann ich Ihnen nicht auswendig sagen.

(Abg. Zeller SPD: Das ist eine ganz erhebliche Zahl!)

Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Zahl kontinuierlich zurückgefahren wird, dass ich es aber immer wieder tue, wenn es um ein Projekt geht, das so wichtig ist, dass wir vorübergehend ein paar Leute dafür brauchen.

(Abg. Zeller SPD: Es geht nicht nur um Projekte, sondern um die Schulverwaltung selber!)

– Ja.

(Abg. Zeller SPD: Sie nehmen Abordnungen vor! Sie holen die Leute aus den Schulen raus und stecken sie in die Schulverwaltung! Das ist der eigentliche Punkt!)

– Das ist wahr. Ich bestreite es nicht. Das ist so, und das ist möglich, weil wir vernünftige – –

(Abg. Zeller SPD: Aber die fehlen dann dem Unterricht! Darum geht es doch! Die fehlen den Schulen für den Unterricht!)

– Herr Zeller, wir können es uns bei der Versorgung, die wir haben, leisten, immer wieder einmal Abordnungen vorzunehmen in Bereiche, die in der Reformgeschichte zentral bedeutsam sind.

Noch eine Zwischenfrage.

Stelly. Präsident Birzele: Herr Abg. Wieser.

Abg. Wieser CDU: Ganz offensichtlich gibt es in Bezug auf die Schulverwaltung sehr viel Unkenntnis. Deswegen frage ich Sie, Frau Ministerin: Wäre es möglich, dass Sie in der Schulverwaltung Praktika für Abgeordnete einrichten, damit wir bei den nächsten Schuldebatten kundiger diskutieren können?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Lieber Herr Kollege, ich mache alles möglich,

(Abg. Fleischer CDU: Was der Sache dient!)

was der Sache dient und diesem hohen Haus gefällt.

(Abg. Wieser CDU: Man darf auf Einladungen warten!)

Ich komme, bevor ich auf den Sport eingehe, zum vorletzten Punkt, nämlich zu der Strukturdebatte „sechsjährige Grundschule und neunjährige gemeinsame Schule“.

Ich will Sie damit nicht lange aufhalten, sondern Ihnen nur sagen: Ich freue mich schon darauf, wenn Sie diesen Punkt als zentrales Thema der nächsten Monate immer ein bisschen weiter hochziehen. Ich rate Ihnen: Lesen Sie die „Zeit“ von dieser Woche, das Streitgespräch zwischen Herrn Schleicher und Herrn Prenzel. Lesen Sie den Aufsatz von Professor Heller über Mythen in der Bildungspolitik.

(Abg. Zeller SPD: Ich gebe Ihnen einmal andere Texte zu lesen!)

Darin findet sich unter anderem der Satz:

Die immer wieder aufgewärmte Behauptung, dass „bei vielen Kindern aus entwicklungspsychologischen Gründen eine Eignung . . . erst im fünften/sechsten Schuljahr feststellbar ist“, entbehrt jeder empirischen Grundlage.

Da heißt es weiter:

Eine Verschiebung der Schullaufbahnentscheidung in die Sekundarstufe würde für die meisten Schüler keine Vorteile, wohl aber erhebliche Nachteile bringen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Abg. Seimetz CDU: Nachvollziehbar!)

Lesen Sie, was die frühere sozialdemokratische Kultusministerin von Nordrhein-Westfalen, Gabriele Behler,

(Abg. Wacker CDU: Das ist interessant!)

gesagt hat: mehr Redlichkeit. Sie hat gerade ihr Mandat zurückgegeben, weil sie nicht mit der Opposition stimmen will, aber auch dem Schulgesetz der Landesregierung nicht zustimmen kann.

(Abg. Wieser CDU: Oi!)

Lesen Sie alle Äußerungen der Professoren Baumert, Prenzel und wie sie alle heißen. Alle sagen: Man kann es so, und man kann es anders.

(Heiterkeit – Zurufe, u. a. Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Superaussage! – Unruhe)

– Sie wissen genau, was ich meine.

Es gibt in der Welt integrative Systeme, die erfolgreich sind, und es gibt gegliederte Systeme, die erfolgreich sind. Es gibt integrative Systeme, die gar nichts sind, und es gibt gegliederte Systeme, die auch gar nichts sind. Sie können die Ländergruppen hinzunehmen.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Deshalb sage ich Ihnen: Fangen Sie ruhig den Zirkus mit diesem Thema an. Ich freue mich darauf.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich auch!)

Aber glauben Sie nicht, dass wir da auch nur einen Millimeter wackeln.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Da sprechen wir uns noch!)

Ich möchte, dass wir wirklich eine Bildungspolitik betreiben, die nicht auf der Grundlage von Mythen, Spekulationen und Ideologien beruht,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

sondern auf der Grundlage empirischer Fakten.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Renate Rastätter GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Denn wir haben jetzt mehr Bildungsforschung und mehr Zugang zur Bildungsforschung. Deshalb müssen wir sie nutzen –

(Abg. Wintruff SPD: Eben!)

für künftige Schüलगenerationen. Wir dürfen nicht in die von Ihnen so geliebten Siebzigerjahre des letzten Jahrhunderts zurückfallen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Nein, das wird zu lang; das können wir später noch machen. Lassen Sie mich zum Schluss kommen, und dann können wir über den nächsten Etat abstimmen.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Das Thema Ganztagschulen tue ich mir jetzt nicht mehr an. Denn dazu haben wir alles schon 25-mal besprochen.

(Abg. Wacker CDU: Mindestens!)

Sie dürfen sich daran erfreuen, dass der Bund etwas zahlt. Sie können auch immer wiederholen, dass ich eigentlich dagegen war und dass ich das Geld jetzt nehme.

(Abg. Zeller SPD: Sie sind nach wie vor dagegen!
Das ist doch das Problem!)

Das ist mir gerade egal. Ich sage Ihnen: Sie werden in den nächsten Jahren erleben, wie sich auch in diesem Punkt unser Bildungssystem verändert.

(Abg. Zeller SPD: Trotz Ihrer Blockade!)

Aber auch hier gilt: Wir werden nicht mehr ermöglichen, als es uns die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel erlauben.

(Zuruf des Abg. Wacker CDU)

Das ist verantwortungsbewusste Politik auch im Sinne der nächsten Generation. So ist es.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Damit komme ich zum Sport. Das kann ich in einem einzigen Zitat sagen. Das Zitat stammt nicht aus einer CDU-Pressestelle, sondern vom Hauptgeschäftsführer des Landesportverbands Baden-Württemberg, Herrn Hipp. Er ist, glaube ich, kein CDU-Mitglied.

(Abg. Fleischer CDU: SPD-Mann!)

– Noch besser. –

Der einfache Satz, gesprochen am 27. Oktober 2004, heißt:

Es gibt gute und schlechte Länder in der Sportförderung; Baden-Württemberg gehört zu den guten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Besser hätte ich das gar nicht sagen können.

(Zuruf des Abg. Wacker CDU)

Herr Fleischer hat mir gerade gesagt, dass wir auch in diesem Jahr – wie wir das immer tun – die zur Verfügung stehenden Ressourcen gemeinsam mit den Sportverbänden so verteilt haben, dass erstens die Vereine nicht unmittelbar betroffen sind

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

und dass zweitens das, was uns an Entwicklung der Sportlandschaft in unserem Land wichtig ist, wirklich weitergeht. Ich kann nur sagen: Es gibt keine Gruppe, vor die ich mich stellen und von der ich sagen kann, bei ihr werde überhaupt nichts gespart. Das sind nicht immer angenehme Gespräche. Aber bislang haben wir in den letzten Jahren – auch in diesem Doppelhaushalt – eine verantwortungsbewusste Sparpolitik, die weiterhin Entwicklung ermöglicht und bei der Prioritäten klar werden. Deshalb wird das letztlich auch von unseren Partnern akzeptiert. Das wissen Sie auch aus Gesprächen vor Ort.

Im Übrigen zeigt dieser Doppelhaushalt in meinem Ressort eine gute Entwicklung im Bereich des Ehrenamts und der Jugendarbeit. Wir akzeptieren, dass Bildung junger Leute nicht nur in den Schulen, sondern auch in vielen außerschulischen Bildungswelten stattfindet.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Außerschulische, richtig! Kirchen!)

Wir geben auch in diesem Doppelhaushalt für die Musikschulen in unserem Land so viel aus wie alle anderen westdeutschen Flächenländer zusammen.

Auch das ist wichtig: Zur Reformgeschichte gehört, dass wir nicht nur die Schule, sondern auch außerschulische Bildungs- und Jugendwelten sehen. Dazu gehört, dass wir Jugendliche ernst nehmen. Deshalb haben wir mittlerweile 12 000 Jugendliche, die als Mentorinnen und Mentoren ausgebildet sind. Deshalb legen wir im Bereich dieser Mentorenausbildung Wert darauf, dass an unseren Schulen die Demokratieerziehung ernst genommen wird.

Dieser Doppelhaushalt zeigt, dass diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen Kinder und Jugendliche ernst nehmen. Auch dieser Doppelhaushalt wird in unserem Land wichtige Entwicklungen ermöglichen. Deshalb sage ich nochmals herzlichen Dank auch den Fraktionen für die Unterstützung, die damit verbunden ist.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Zeller.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Hauk: Redezeit!)

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Schavan, Sie haben gerade versucht, Ihre Bildungs- und Schulpolitik zu verteidigen.

(Abg. Christa Vosschulte CDU: Wer sich nicht selbst verteidigt, wird von Gott verteidigt!)

Ich will Ihnen eines vorhalten: Sie diskutieren nicht ergebnisoffen, obwohl Sie hier immer versuchen, den Eindruck zu erwecken, wir könnten über alles sprechen. Ich will Ihnen das an einem Beispiel zeigen:

(Zuruf von der CDU)

Fakt und richtig ist – das sind keine Mythen –, dass wir bei der IGLU-Studie gut abgeschnitten haben. Ich sage das noch einmal. Da liegen wir überhaupt nicht auseinander.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Richtig ist aber, dass wir dann bei der Studie, bei der es darum geht, welche Leistungen 15-Jährige erbringen, eben nicht mehr gut abgeschnitten haben,

(Abg. Wacker CDU: Sehr gut sogar!)

sondern gerade noch Mittelmaß sind. Das kann uns doch nicht zufrieden stellen. Das ist die eigentliche Kritik.

Wenn Sie jetzt nicht die Augen vor dem verschließen, womit das zusammenhängt, dann müssen Sie feststellen: Dort, wo Kinder gemeinsam lernen, wo Kinder in der Grundschule individuell gefördert werden, dort wird erfolgreich gelernt. Dort, wo die Kinder getrennt werden, reißt der Lernerfolg plötzlich ab. Das müsste Ihnen doch eigentlich zu denken geben. Ich kann Ihnen genügend Wissenschaftler zitieren, die den Erfolg von heterogenem Lernen belegt haben. Das kann ich Ihnen gern zukommen lassen, wenn Sie es bisher noch nicht wissen sollten.

Dann sage ich Ihnen zweitens: Interessant war ja auch, wie kurz Sie auf die Vorhaltungen und die Kritik zu Ihrer Ganztagschulpolitik eingegangen sind. Bis heute ist Ihnen noch nicht die Äußerung über die Lippen gekommen: „Bund, vielen Dank für das, was du im Rahmen des IZBB für Baden-Württemberg gemacht hast.“

(Zurufe von der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Dafür braucht man ja Größe! – Abg. Fleischer CDU: Das wäre ja noch schöner! – Abg. Wacker CDU: Wir bedanken uns für die Folgekosten, die die Kommunen zu tragen haben! – Unruhe)

Das ist von Ihnen bisher nicht erfolgt. Erst dieses Programm hat dazu geführt, dass wir hier in Baden-Württemberg einen Schub bekommen haben.

Deswegen nochmals zum Abschluss, meine Damen und Herren: Wenn Sie eine Ganztagschulpolitik unterstützen wollen, dann müssen Sie endlich auch bereit sein, die entsprechenden Ressourcen für das Personal zur Verfügung zu stellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Seimetz CDU: Das war ein ganz schlechter Beitrag!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung und damit zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/4004 Abschnitt I.

Ich rufe auf

Kapitel 0401

Ministerium

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0402

Allgemeine Bewilligungen

und dazu den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4044-4. Wenn Sie damit einverstanden sind, lasse ich über beide Ziffern zusammen abstimmen. –

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Das ist der Fall. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0402 abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0403 bis 0406

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Bitte getrennte Abstimmung!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0407

Staatliche Sonderschulen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0408

Staatliche Heimsonderschulen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe auf

Kapitel 0410
Realschulen

Drucksache 13/4044-5, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Oh-Rufe von der SPD)

und

Kapitel 0415
Gymnasien

Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Die folgenden beiden Änderungsanträge betreffen den gleichen Titel. Ich gehe daher nach der Höhe des begehrten Ansatzes innerhalb dieses Titels vor und lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4044-6 Ziffer 1, abstimmen. Danach werde ich über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4044-1 Ziffer 1, abstimmen lassen.

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0416
Staatliche Aufbaugymnasien mit Heim

Wer dem Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4044-6 Ziffer 1, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0417

Staatliches Kolleg Mannheim (Institut zur Erlangung der Hochschulreife)

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4044-1 Ziffer 1, abstimmen.

(Abg. Zeller SPD meldet sich zu Wort. – Zuruf von der SPD: Herr Abg. Zeller wünscht das Wort!)

– Herr Zeller, bitte.

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0420

Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen)

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, ich beantrage namentliche Abstimmung.

(Oh-Rufe von der CDU – Zuruf von der SPD: Sehr gut! – Unruhe)

Stellv. Präsident Birzele: Sie haben gehört, es ist namentliche Abstimmung beantragt. Die erforderliche Unterstützung ist gegeben.

(Unruhe)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Kapitel 0428

Staatliche Feintechnikschule Villingen-Schwenningen

Sie kennen die Regeln; ich muss sie nicht erneut erläutern.

Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben B. Ich bitte Herrn Schriftführer Sakellariou, den Namensaufruf vorzunehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Kapitel 0429

Staatliche Berufsfachschule mit Berufsaufbauschule Furtwangen

Bitte seien Sie so gut: Antworten Sie laut und deutlich und halten Sie ansonsten absolute Ruhe, sonst gibt es Missverständnisse beim Notieren der Stimmabgabe.

Herr Sakellariou, bitte.

(Namensaufruf)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Ich rufe auf

Kapitel 0435

Förderung von Schulen in freier Trägerschaft

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

und dazu die Änderungsanträge Drucksachen 13/4044-5, 13/4044-6 und 13/4044-1.

Insgesamt haben 122 Abgeordnete abgestimmt.

*54 Abgeordnete haben mit Ja gestimmt,
67 Abgeordnete haben mit Nein gestimmt;
es gab eine Stimmenthaltung.*

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Stufenplan für Schule in freier Trägerschaft –,

(Stellv. Präsident Birzele)

Damit ist der Änderungsantrag Drucksache 13/4044-1 Ziffer 1 abgelehnt.

*

Mit **J a** haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Birzele, Braun, Carla Brengener, Capezzuto, Dr. Caroli, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Maurer, Moser, Oelmayer, Boris Palmer, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Christine Rudolf, Rust, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Edith Sitzmann, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckenmann, Weiß, Wichmann, Alfred Winkler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit **N e i n** haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpfer, Beate Fauser, Fleischer, Renate Götting, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hitzler, Hofer, Hoffmann, Jägel, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Stratthaus, Straub, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Clemens Winckler, Zimmermann.

Der Stimme **e n t h a l t e n** hat sich:

Heike Dederer.

*

Ich lasse nunmehr über die Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4044-1, abstimmen. Wer dieser Ziffer 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4044-6 Ziffer 2, zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über das Kapitel 0435 – Förderung von Schulen in freier Trägerschaft. Wer diesem Kapitel in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0436

Allgemeine Schulangelegenheiten

und dazu den Änderungsantrag Drucksache 13/4044-2.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Ausbau von Ganztagschulen und -betreuung –, Drucksache 13/4044-2, abstimmen.

Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, wir beantragen namentliche Abstimmung.

(Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich kann mir die Einleitungen ersparen.

Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben C. Ich bitte Herrn Schriftführer Hitzler, den Namensaufruf vorzunehmen.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung wird hiermit geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich insgesamt 122 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 54 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 68 Abgeordnete gestimmt.*

Damit ist der Änderungsantrag Drucksache 13/4044-2 abgelehnt.

*

Mit **J a** haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Birzele, Braun, Carla Brengener, Capezzuto, Dr. Caroli, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Maurer, Moser, Oelmayer, Boris Palmer, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Christine Rudolf, Rust, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Edith Sitzmann, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckenmann, Weiß, Wichmann, Alfred Winkler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit **N e i n** haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Elke Brunnemer, Heike Dederer, Döpfer, Beate Fauser, Fleischer, Renate Götting, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hitzler, Hofer, Hoffmann, Jägel, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika

(Stellv. Präsident Birzele)

Stolz, Stratthaus, Straub, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Voss-schulte, Wacker, Wieser, Clemens Winckler, Zimmermann.

*

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0436 – Allgemeine Schulangelegenheiten – in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Kapitel 0440

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer möchte zustimmen?

(Nur ein Teil der Mitglieder der Regierungsfaktionen hebt die Hand.)

– Sie müssen sich an der Abstimmung schon beteiligen. Die reine Anwesenheit bei den Regierungsfaktionen reicht für die Abstimmung nicht aus.

(Abg. Blenke CDU: Ach so! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Kapitel 0441

Überregionale und internationale Kulturpflege und Bildungshilfe für Entwicklungsländer

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0442

Landesinstitut für Schulentwicklung

Wer möchte zustimmen? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 0443

Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nun die folgenden Kapitel auf. Wenn Sie diese nicht zusammengefasst haben wollen, dann sagen Sie es bitte.

Ich rufe auf

Kapitel 0445 bis 0453

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Kapitel 0455

Pauschalleistungen an die Kirchen und Aufwendungen für andere Religionsgemeinschaften und sonstige kirchliche Zwecke

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

(Zuruf: Eine Enthaltung!)

– Bei einer Enthaltung so beschlossen.

Kapitel 0456

Evangelische Seminare und Katholische Konvikte in Württemberg

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung so beschlossen.

Kapitel 0460

Sportförderung

Dazu rufe ich die Änderungsanträge Drucksachen 13/4044-3 und 13/4044-8 auf.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD – Rücknahme von Kürzungen bei der Sportförderung –, Drucksache 13/4044-3, abstimmen. Er betrifft die globale Minderausgabe.

Gleichzeitig lasse ich über die Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4044-8, der das Gleiche begehrt, abstimmen.

Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, wir beantragen dazu eine namentliche Abstimmung.

(Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, Sie kennen alle Spielregeln.

Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben D.

(Abg. Fischer SPD: Wie Dederer!)

Ich bitte Herrn Schriftführer Sakellariou, den Namensaufruf vorzunehmen.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist hiermit geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich 122 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 54 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 68 Abgeordnete gestimmt.*

(Stellv. Präsident Birzele)

Damit sind der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4044-3, und Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4044-8, abgelehnt.

(Zurufe von der CDU: Bravo! – Gott sei Dank!)

*

Mit **J a** haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Birzele, Braun, Carla Brengener, Capezzuto, Dr. Caroli, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Maurer, Moser, Oelmayer, Boris Palmer, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Christine Rudolf, Rust, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Edith Sitzmann, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckenmann, Weiß, Wichmann, Alfred Winkler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit **N e i n** haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Elke Brunnemer, Heike Dederer, Döpfer, Beate Fauser, Fleischer, Renate Götting, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hitzler, Hofer, Hoffmann, Jägel, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Stratthaus, Straub, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Voss-schulte, Wacker, Wieser, Clemens Winckler, Zimmermann.

*

Ich rufe nunmehr Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4044-8, auf. Dazu wird gewünscht, dass über die Buchstaben a und b getrennt abgestimmt wird.

(Abg. Alfred Haas CDU: Und zwar getrennt in namentlicher Abstimmung! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Wollen Sie, Herr Birk oder Herr Haas, namentliche Abstimmung beantragen?

(Abg. Fischer SPD: Herr Haas will eine namentliche Abstimmung! – Abg. Straub CDU: Die haben Gefallen daran gefunden!)

Wer für die Annahme von Ziffer 2 Buchst. a des Antrags Drucksache 13/4044-8 ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wie stimmt denn der Präsident ab?)

– Herr Abg. Kleinmann, ich stimme so ab, wie ich es für richtig halte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Alfred Haas CDU und Capezzuto SPD)

Ich lasse nunmehr abstimmen über Ziffer 2 Buchst. b des Antrags. Wer Ziffer 2 Buchst. b zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei zahlreichen Enthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Damit lasse ich abstimmen über das Kapitel 0460 – Sportförderung – in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0465

Jugend und kulturelle Angelegenheiten

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Musikschulen stärken –, Drucksache 13/4044-7.

Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0465 abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nunmehr über Abschnitt II der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4004 abstimmen. Wer Abschnitt II zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nunmehr über Abschnitt III – Kenntnis zu nehmen – und Abschnitt IV – die eingegangenen Eingaben für erledigt zu erklären – abstimmen. Wer diesen Abschnitten zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen so beschlossen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Gut! Sehr schön!)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 04 und damit des Tagesordnungspunktes 1 c.

Ich rufe **Buchstabe d** des Tagesordnungspunktes 1 auf:

Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4007

Berichterstatlerin: Abg. Veronika Netzhammer

Berichterstatler für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen: Abg. Schmiedel

Wünschen die Berichterstatter, Frau Abg. Netzhammer und Herr Abg. Schmiedel, das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 07 eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Birk.

Abg. Dr. Birk CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Volumen des Etats des Wirtschaftsministeriums in diesem Haushalt ist zwar um 52 % gesunken. Dies ist aber nicht mit Einsparungen, sondern damit zu erklären, dass die Bauabteilung mittlerweile im Innenministerium ressortiert. Deshalb lege ich zu Beginn meiner Rede Wert darauf, festzuhalten, dass die Aufgaben des Wirtschaftsministeriums zwar in Teilen in das Innenministerium übergegangen sind, aber nach wie vor natürlich eine hohe Legitimation haben

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

und in vielen Bereichen in der Zukunft eher noch an Bedeutung zunehmen werden. Ich sage dies auch deshalb, weil vonseiten der SPD ja immer wieder die Frage gestellt wird, ob man den Staatssekretär in diesem Ressort abschaffen könnte.

(Abg. Schmiedel SPD: Oh ja!)

Wir sind der Meinung, in einer konjunkturell schwierigen Situation, in einer Situation, in der wir in einem Strukturwandel der baden-württembergischen Wirtschaft stehen, benötigen wir ein starkes Wirtschaftsministerium. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab, den Staatssekretär im Wirtschaftsministerium abzuschaffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Aber wir sind auch der Meinung, dass wir uns gerade im Wirtschaftsministerium auf ganz klare Aufgabenschwerpunkte konzentrieren sollten. Lassen Sie mich deshalb als Erstes den Ausbau der Infrastruktur – für die Wirtschaft wichtig –, die Förderung der Landesmesse und der Regionalmessen ansprechen.

Ich denke, es ist ein gutes Zeichen in diesem Haushalt, dass die Schuldendiensthilfe um 6 Millionen € auf 31 Millionen € erhöht wird, damit wir in Baden-Württemberg die Landesmesse finanzieren können. Mit dem Bau ist begonnen worden. Dies ist das wichtigste Infrastrukturprojekt für die Wirtschaft in Baden-Württemberg. Wir sind mit den Bauarbeiten im Zeitplan. Wir denken, dass die Messe auch zeitgerecht eingeweiht werden kann. Wir werden dieses Projekt weiterhin unterstützen und stehen dahinter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber wir halten nicht nur bei der Landesmesse Wort, sondern auch bei den Regionalmessen. Die Dezentralität ist die Stärke Baden-Württembergs. Wir wollen die regionale Wirtschaft in ihren Regionen stärken. Dazu braucht sie auch eine entsprechende Präsentationsplattform. Mit unserem Regionalmesseförderkonzept halten wir Wort. Wir haben die Regionalmesseförderung um 2,25 Millionen € auf 3,5 Millionen € erhöht. Ich glaube, die Messestandorte Freiburg, Mannheim, Offenburg, Ulm und Villingen-Schwenningen haben es verdient, in diesen Jahren ausgebaut zu werden, damit wir dort leistungsfähige Regionalmessestandorte haben.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Lassen Sie mich zum nächsten Punkt übergehen, zum Thema Wirtschaftsförderung/Mittelstandsförderung. Der Mittelstand und die dezentralen Wirtschaftsstrukturen in Baden-Württemberg sind weiterhin das Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft, im Übrigen auch des Landes Baden-Württemberg und auch dieses Landeshaushalts. Man muss sich nur einmal vor Augen führen, was dort an Steuerkraft gebunden ist, die auch diesem Landeshaushalt zugute kommt.

Wir sind froh, dass wir mit der L-Bank, mit der mittelständischen Bürgschaftsbank und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft über Institute verfügen, die gerade im Bereich der Finanzierungsbedürfnisse des Mittelstands hervorragend aufgestellt sind. Deshalb hat es mich gestern in der Debatte auch überrascht, als der SPD-Fraktionsvorsitzende gesagt hat, dass die Darlehen für die mittelständische Industrie seitens der L-Bank auf fast ein Zehntel reduziert worden seien. Diese Aussage kann so nicht stimmen. Möglicherweise hat er sich hier auch versprochen. Ich möchte aber, um diesen Irrtum auszuräumen, einige Zahlen nennen.

Die Darlehensvergaben der L-Bank in den Jahren von 2002 bis 2004 sind um über 600 Millionen € gestiegen. Wenn man sich die Bilanz der L-Bank anschaut, dann sieht man, dass diese wirklich sehr beachtlich und beeindruckend ist. Wir haben für die Wirtschaft in Baden-Württemberg, insbesondere für den Mittelstand, durch die L-Bank im vergangenen Jahr ein Fördervolumen von über 3 Milliarden € erreicht. Bei den Liquiditätshilfen wurde durch risikoabhängige Margen eine Steigerung um 148 % auf 253 Millionen € erreicht. Insgesamt konnten 3 500 Existenzgründer gefördert werden. 35 Millionen € waren allein für 844 Unternehmen mit einem Kreditsegment bis 100 000 € bestimmt.

Damit liegt Baden-Württemberg bundesweit an der Spitze der Existenzgründungsförderungen, der Förderungen des Mittelstands. Wie die erwähnte Aussage von Herrn Drexler zustande kommt, ist uns nicht erklärlich, sollte hier dann aber auch seitens der SPD zurechtgerückt werden.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Des Weiteren muss in diesem Zusammenhang auch die Bürgschaftsbank, wenn auch ohne Landesbeteiligung, erwähnt werden. Dort ist die Zahl der übernommenen Bürgschaften und Garantien um 36 % auf 2 139 Projekte gesteigert worden. Deshalb unterstützen wir Sie, Herr Wirtschaftsminister Pfister, in Ihren Bemühungen, zu verhindern, dass die Förderung für die Bürgschaftsbanken seitens des Bundes, die ja voraussichtlich stark reduziert oder ganz eingestellt wird, eingeschränkt wird. Wir denken, dass auch Rot-Grün hier ein Zeichen für den Stellenwert dieser für Baden-Württemberg wichtigen Einrichtung setzen sollte, und bitten Sie von der SPD und den Grünen deshalb ganz herzlich, die Pläne auf der Bundesebene mit zu verhindern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Auch die Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung auf Landesebene wird von uns positiv gesehen. Meine Damen und Herren, worum geht es bei der Wirtschaftsförderung in den nächsten Jahren? Es geht insbesondere darum, dass die

(Dr. Birk)

Zusammenarbeit gerade auch kleiner Betriebe mit Einrichtungen von Forschung und Wissenschaft, dass Kooperationen in Kompetenz- und Innovationsbündnissen verbessert werden. Ich sage ausdrücklich, dass es auch für uns schmerzlich ist, dass das C1-Programm eingestellt werden musste. Ich füge aber hinzu: Dem Antrag der SPD auf Wiedereinsetzung dieses Programms können wir heute nicht zustimmen, weil er schlichtweg nicht seriös finanziert ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Na!)

Sie versuchen, jeden Antrag auf Erhöhung von Mitteln, den Sie hier einbringen, durch die Streichung der Imagekampagne gegenzufinanzieren.

(Abg. Gaßmann SPD: Ja natürlich! Das ist doch solide!)

Die Mittel für die Imagekampagne – das wurde bereits gestern von Herrn Oettinger erwähnt – wurden von Ihnen schon drei- oder vierfach zur Gegenfinanzierung eingesetzt. Deshalb sagen wir: Dies ist keine seriöse Haushaltspolitik.

Im Übrigen müssen wir in einer Zeit, in der ein Wirtschaftsstandort mit vielen anderen Standorten national, auf europäischer Ebene und international konkurriert, etwas dafür tun, dass die Marke Baden-Württemberg in der Zukunft gut positioniert wird,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Aber durch Technik und Produkte! Das war bislang doch das, was wir geliefert haben!)

dass wir im Standortwettbewerb hervorragend dastehen, dass wir interessant werden für Investoren von außen, die nach Baden-Württemberg kommen sollen.

(Zuruf von der CDU: Bravo!)

Herr Wirtschaftsminister, auch in diesem Punkt wünschen wir, dass die Imagekampagne einen starken Bezug im Hinblick auf Investitionen, Wertschöpfung und Arbeitsplätze von außen in den Standort Baden-Württemberg bekommt.

(Abg. Dr. Christoph Palmer und Abg. Fleischer CDU (synchron): Sehr richtig! – Gegenruf der Abg. Carla Bregenzer SPD: Wie lange haben Sie denn dafür geübt? – Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wir begrüßen die Einrichtung des W-Punkts, der sozusagen eine zentrale Anlaufstelle für alle Belange der Wirtschaftsförderung darstellen soll. Wir wollen das Prinzip der „One-Stop-Agency“ erreichen, indem wir noch mehr Angebote, Dienstleistungen und Beratung, gebündelt in einer Hand, zur Verfügung stellen. Das heißt aber natürlich auch, dass wir in der Zukunft, wenn weniger Finanzmittel zur Verfügung stehen, unsere Instrumente und auch die Institutionen der Wirtschaftsförderung überprüfen müssen. Ich glaube, auch im Bereich der Außenwirtschaftsförderung ist dies mit der BWI – Baden-Württemberg International – gelungen. Hochschulmarketing und Standortmarketing kompetent unter ein Dach zu bringen ist, glaube ich, der richtige Ansatz gewesen, und wir wollen dies in den nächsten Jahren noch verstärken.

Lassen Sie mich noch einen anderen Bereich herausgreifen, nämlich das Thema „Landessanierungsprogramm Städtebauförderung“, das ja auch beim Wirtschaftsministerium ressortiert.

(Abg. Schmiedel SPD: Das wird immer weniger!)

Gegenüber dem Ansatz des letzten Jahres ist das Programmvolumen um ca. 6 Millionen € zurückgegangen. Wir bewegen uns mit diesen Kürzungen in einem Bereich, der gerade noch vertretbar ist. Immerhin stehen in diesem Bereich im nächsten Jahr noch 124 Millionen € und im Jahr 2006 nochmals über 124 Millionen € zur Verfügung. Im Haushaltsjahr 2003 waren es 130 Millionen €; gleichzeitig waren 10 % der Mittel gesperrt. 6,5 Millionen €, also 5 %, wurden nachträglich entspert.

Ich denke, gerade der Bereich der Städtebauförderung ist in der jetzigen Situation, wo es der Baukonjunktur nicht gut geht, wo wir attraktivere Innenstädte wollen, wo wir Kaufkraft in den Innenstädten binden wollen, wo wir unsere Innenstädte wieder zu Magneten machen wollen, auch im Vergleich zum Einzelhandel auf der grünen Wiese, ein wichtiges Instrument, an dem wir festhalten wollen. Deshalb haben auch die Regierungsfractionen insbesondere bei der Städtebauförderung darauf gedrungen, dass hier nicht noch weiter gekürzt wird. Jeder Euro, der aus diesem Städtebauprogramm in die Fläche fließt, kommt über die öffentliche und über die private Hand achtfach zurück. Dies ist ein hervorragendes Baukonjunkturprogramm für Baden-Württemberg und muss beibehalten werden.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Gaßmann SPD)

Lassen Sie mich einen weiteren Schwerpunkt ansprechen, der unserer Fraktion wichtig ist: das Thema Tourismus. Wir haben in Baden-Württemberg 30 000 Betriebe mit über 140 000 Beschäftigten und nahezu 7 Milliarden € Umsatz pro Jahr. Wenn wir schauen, wie wir Baden-Württemberg im Vergleich zu Bayern, zur Schweiz, zu Österreich, aber auch zu neuen Tourismusregionen Osteuropas positionieren müssen, dann dürfen wir nicht nachlassen, im Bereich Tourismusinfrastruktur notwendige Maßnahmen durchzuführen.

Deshalb war es für uns auch wichtig, die Projektförderung beizubehalten und weiterhin im Bereich der Projektförderung Mittel aufzustocken. Dies ist gelungen. Wir haben dieses Jahr 5 Millionen € zur Verfügung. Es gab natürlich Absenkungen in den letzten Jahren. Aber diese 5 Millionen € sind für uns der notwendige Sockel, damit die Tourismusinfrastruktur in Baden-Württemberg weiter gefördert werden kann. Wir müssen hier auch ein Zeichen setzen gegenüber denen, die aus der Projektförderung ganz aussteigen möchten, zum Beispiel die kommunalen Landesverbände. Dies halten wir für falsch. Wir möchten mit diesen 5 Millionen € insbesondere unsere Kur- und Bäderstandorte wettbewerbsfähig machen, fit machen für den zunehmenden Wettbewerb auch im Gesundheitsbereich, damit wir möglichst viele Kurgäste und auch Urlaubsgäste in Baden-Württemberg binden können.

(Beifall des Abg. Hillebrand CDU)

(Dr. Birk)

Genauso wichtig ist uns aber auch, dass die Tourismuspalette erhalten bleibt. Sie ist insbesondere für viele kleine Kur- und Urlaubsorte sehr wichtig. Ursprünglich war von der Regierung vorgesehen, hier eine Kürzung von 8 Millionen auf 4 Millionen € vorzunehmen. Wir stellen seitens der CDU-Fraktion den Antrag, diese 4 Millionen um 2 Millionen € zu erhöhen, sodass wir bei 6 Millionen € landen. Ich glaube, dies ist eine Kompromisslinie, mit der auch die kleinen Kur- und Urlaubsorte leben können und ihren laufenden Tourismusbetrieb und die kleineren Infrastrukturprojekte fortführen oder in Gang setzen können.

Wichtig für die CDU-Fraktion ist auch, dass es zu keinen Kürzungen bei den Lehrgangszuschüssen im Bereich der überbetrieblichen Ausbildung kommt. Wir wollen weiterhin die überbetriebliche Ausbildung fördern und wollen damit auch die große Ausbildungsleistung des Handwerks anerkennen.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Wir dachten, Sie wollten sie ausbauen!)

– Frau Kollegin, wir haben ja über die Zukunftsoffensive hierfür Mittel zur Verfügung gestellt, die abgerufen werden können. Es geht in den nächsten Jahren darum, eine entsprechende Gemeinnützigkeitskonstruktion mit dem Handwerk zu finden, damit diese Mittel auch so abgerufen werden können, dass sie in die überbetrieblichen Ausbildungsstätten fließen.

Wir sprechen aber hier von den entsprechenden Kursen. Diese Kurse wollen wir weiterhin aufrechterhalten, weil wir bei der Versorgung junger Menschen mit Ausbildungsstellen das Handwerk in der Pflicht und in der Verantwortung sehen, aber auch sehr wohl anerkennen, was gerade im letzten Jahr auf diesem Gebiet vom Handwerk, von den Industrie- und Handelskammern, von den Ausbildungsbetrieben, insbesondere auch von den kleineren, geleistet worden ist.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Ich glaube, dies ist wirklich Dank und Respekt wert. Deshalb können wir uns seitens des Landes in der jetzigen Situation nicht davon verabschieden.

(Beifall bei der CDU)

Für uns ist auch erfreulich, dass die Lehrstellenwerber im nächsten Jahr ihre Arbeit erfolgreich fortsetzen können. Sie haben ganz maßgeblich dazu beigetragen, dass immerhin 2 500 neue Lehrstellen und damit 3,5 % mehr Lehrstellen angeboten werden konnten. Auch dies ist hervorragend.

Deshalb bitte ich herzlich darum, aufgrund dieser Schwerpunkte und unter Annahme der von uns gestellten Änderungsanträge dem Haushalt des Wirtschaftsministeriums, dem Einzelplan 07, zuzustimmen.

Ich möchte mich namens der CDU-Fraktion, Herr Minister, ganz herzlich für die bisher gute und konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Ich glaube, der Übergang von Ihrem Vorgänger zu Ihnen ist wirklich in Kontinuität und ohne Brüche erfolgt. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Einstimmung auf die Debatte zwei Meldungen aus der Presse des heutigen Tages.

Einmal „Stuttgarter Nachrichten“:

Konjunktur zieht an, Steuern sprudeln

(Abg. Fleischer CDU: Das hören wir seit fünf Jahren alle 14 Tage!)

Die Umsatzsteuereinnahmen sind im Januar im Vergleich zum Vorjahresmonat um 8,1 % gestiegen. „Wir sehen das als ein positives Signal für ein Anziehen der Binnenkonjunktur“, sagte ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums.

Und aus der „Stuttgarter Zeitung“ – Überschrift: „Maschinenbau steuert Rekord an“ –:

Impulse auch aus dem Inland

Die deutschen Maschinenbauer haben im vergangenen Jahr so viel produziert wie nie zuvor. Im laufenden Jahr will die Branche einen neuen Rekord aufstellen. Der Export floriert, aber auch die Inlandsnachfrage hat zugenommen.

Deshalb, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten Sie aufhören, wenn Sie hier hinaustreten, schlechte Laune zu verbreiten,

(Heiterkeit bei der CDU)

die Sache mieszureden – –

(Abg. Fleischer CDU: Seit fünf Jahren gehen die Steuereinnahmen zurück! – Weitere lebhaftes Zurufe von der CDU)

Mit Miesepetrigkeit nützen Sie niemandem,

(Abg. Fleischer CDU: Ein Scherzkeks!)

sondern ein begründeter Optimismus und Zuversicht in die Zukunft sind angesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Fleischer CDU: Der beste Schmiedel seit langem! – Abg. Dr. Caroli SPD zur CDU: Sie Miesmacher! – Abg. Döpper CDU: Ein Eigentor!)

– Jetzt sind alle aufgewacht; jetzt geht es weiter. – Es gibt einen ernsten ökonomischen Hintergrund, vor dem diese Debatte um den Wirtschaftsetat stattfindet. Das sind die Angst und die Sorge vieler Menschen, wie lange ihr Arbeitsplatz hier sicher ist, und die Frage, ob der Betrieb oder Abteilungen des Betriebs auf Dauer hier erhalten bleiben oder verlagert werden, also die Verlagerungsdiskussion.

Jetzt sage ich einmal, Kollege Birk: Mir ist noch niemand begegnet – weder Arbeitnehmer noch Unternehmer –, der sich bei der Frage, ob er seinen Betrieb oder Teile der Produktion hier lässt oder verlagern soll, von Ihrer Imagekampagne hat beeinflussen lassen. Aber nun wirklich nicht!

(Schmiedel)

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Aber von unserer Politik, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

– Ja, ja, ich sage gleich etwas zur Politik. – Vielmehr stellt man sich die Frage, wo man am profitabelsten produzieren kann. Da passiert häufig ein großer Fehler, auf den der Präsident von Gesamtmetall, Herr Kannegiesser, kürzlich hingewiesen hat, dass sich nämlich viele Geschäftsführer oder Unternehmer nur von der bloßen Betrachtung der Kosten für Löhne und Gehälter leiten lassen. Er hat darauf hingewiesen, dass neben diesen Lohnkosten natürlich eine ganze Menge von anderen Faktoren für eine erfolgreiche Produktion ausschlaggebend sind und dass in Deutschland im Vergleich zu vielen Billiglohnländern ein ausgezeichnetes Netzwerk für die Produktion besteht.

(Abg. Fleischer CDU: Zum Beispiel die Bildung!)

– Zum Beispiel Bildung, zum Beispiel Forschung, zum Beispiel hoch leistungsfähige Zulieferer.

Wenn man einen Blick in den Haushalt des Wirtschaftsministeriums wirft und darin sucht, ob es denn Schwerpunkte, Ansätze oder Programme gibt, um sozusagen diese Netzwerkbildung in den Bereichen, für die das Land zuständig ist, zu stärken, zum Beispiel im Bereich der wirtschaftsnahen Forschung, dann stellt man fest: Sendepause. Es tut mir Leid, Herr Minister: Es ist kaum noch etwas übrig.

Wenn wir bei der wirtschaftsnahen Forschung bei der Titelgruppe 74 einmal einen Vergleich zwischen den Mitteln des Jahres 1996 und den Ansätzen in dem Haushaltsplanentwurf, den Sie jetzt vorlegen, ziehen, stellen wir eine Reduktion um 82 % fest – nicht auf 82 %, sondern um 82 %. Das C1-Programm ist komplett eingestellt. Die Wirtschaft reagiert; Sie kennen das Schreiben der IHK vom November letzten Jahres, in dem sie auf die Bedeutung der wirtschaftsnahen Forschung hinweist. Die Überschrift des Schreibens lautet: „Einrichtungen der wirtschaftsnahen Forschung als Innovationsmotor in Baden-Württemberg“. Sie haben die Förderung der wirtschaftsnahen Forschung von 35 Millionen € auf 5 Millionen € reduziert.

Gestern hat der Ministerpräsident ausgeführt – und jetzt gibt es wieder ein neues Programm –: „Wir stärken die Grundlagenforschung.“ Diese Maßnahme ist völlig richtig. Der Ministerpräsident zeichnete das Bild eines Bauern, der im Frühjahr die Saat in den Boden bringt, um im Herbst zu ernten.

(Abg. Heinz CDU: Klingt gut!)

Wenn man bei dem Bild bleibt, muss man aber feststellen, dass in der Zeit zwischen der Ausbringung und der Ernte etwas fehlt. Denn der Bauer legt ja seine Hände nicht vom Frühjahr bis zum Herbst in den Schoß, sondern er hegt und pflegt und sieht zu, dass etwas aus seinen Saaten wächst. Und wenn wir zwischen Grundlagenforschung und Produktion nichts machen, dann passiert uns doch, was in vielen Fällen passiert ist: dass wir zwar viel in die Grundlagenforschung investieren, dass aber am Ende die Produktion und die Wertschöpfung in Japan oder in den USA landen.

Deshalb brauchen wir natürlich durch Technologietransfer eine Brücke von der guten Grundlagenforschung, die wir

hier in unserem Land haben, diesen exzellenten Ausgangsbedingungen, hin zu Wertschöpfung und Produktion.

(Abg. Heinz CDU: Erst müssen die Saaten in die Erde gebracht werden!)

Wir haben auch hier erstklassige Voraussetzungen mit der Steinbeis-Stiftung – das beste, größte Transfernetzwerk der Welt. Die Gesamtzahlen sind in etwa gleich. Aber wenn man einen genaueren Blick hinwirft, sieht man, dass das Kerngeschäft, nämlich der Technologietransfer aus den Hochschulen in die Wirtschaft hinein, rückläufig ist.

Ich frage mich: Wie lange schaut die Regierung eigentlich noch zu? Wissen Sie überhaupt noch, dass es die Steinbeis-Stiftung gibt? Welche Kontakte bestehen denn da?

(Abg. Capezzuto SPD: Keine? – Zuruf des Abg. Rückert CDU)

– Seien Sie ruhig! Über viele Jahre haben Sie vergessen, einen Technologiebeauftragten zu berufen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: So ist es!)

Man kennt sich nicht. Man spricht nicht miteinander. Das ist der Fakt.

Deshalb empfehle ich Ihnen, sich des Themas anzunehmen, um den Technologietransfer zu stärken, und zweitens ein Augenmerk darauf zu haben – das ist nicht Ihre Baustelle, aber wohl für die Wirtschaft wichtig –, dass die Fachhochschulen in die Lage versetzt werden, ihren Beitrag zum Technologietransfer in die wirtschaftsnahe Forschung zu leisten.

(Abg. Dr. Birk CDU: Machen wir doch!)

Jetzt kommen wir einmal zur Wirtschaftsförderung.

(Abg. Capezzuto SPD: Zum Vespern! Zum Essen! – Abg. Fleischer CDU: Aber jetzt nicht mehr aufregen, Herr Schmiedel! Sie kriegen einen ganz roten Kopf!)

– Man kann sich über bestimmte Dinge aufregen.

(Abg. Fleischer CDU: Denken Sie an Ihre Gesundheit!)

Aber Sie haben Recht: Wir beschäftigen uns jetzt mit einem Thema, das uns auch im letzten Jahr viel beschäftigt hat, nämlich mit der Frage: Wie organisieren wir die einzelnen Punkte, die es nach wie vor in der Wirtschaftsförderung in Baden-Württemberg gibt? Wir waren uns einig: Hier besteht Handlungsbedarf. Die Wirtschaftsförderung ist unübersichtlich, manchmal auch nicht koordiniert, und es ist schwierig, immer den richtigen Partner zu finden. Wir haben einen Vorschlag gemacht, und die Regierung hat einen Vorschlag gemacht. Sie haben sich durchgesetzt. Wir waren nicht überzeugt und haben Ihr Konzept abgelehnt. Jetzt liegt das Ergebnis auf dem Tisch. Man kann es sich anschauen, auch in Form einer grafischen Darstellung.

(Der Redner hält ein Schaubild in die Höhe.)

Das ist die Wirtschaftsförderung in Baden-Württemberg.

(Schmiedel)

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Jetzt sind wir beim W-Punkt! – Abg. Fleischer CDU: Das ist eine runde Sache! – Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Das ist keine Präsentation einer Hochschule. Das ist auch keine von der Opposition gefertigte Skizze, sondern das ist eine amtliche Drucksache Ihres Hauses, des Wirtschaftsministeriums. Die Überschrift lautet: „Wer fragt, gewinnt“. Unten wird genauer gesagt: „Ein neuer Service bei Ihrer Suche nach dem richtigen Partner in Sachen Wirtschaftsförderung“.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau! – Abg. Dr. Birk CDU: Das ist doch so! Das ist doch toll! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Ein Irrgarten! Herr Pfister, eine Brille!)

Wenn Sie genauer hinschauen, erkennen Sie ein Labyrinth – Irrgarten kann man auch sagen. Man kann sich dort leicht verlaufen. Man fühlt sich erinnert an „Das Schloss“ von Kafka,

(Abg. Dr. Birk CDU: Herr Kollege, das ist Ihre Gedankenwelt, die hier abgebildet ist!)

bei dem jemand laufend fragt und weitergereicht wird.

(Abg. Fleischer CDU: Das steht auf der Rückseite!)

Das ist sozusagen das Ergebnis der Neuordnung der Wirtschaftsförderung des Landes Baden-Württemberg. Herr Minister, wir sind davon nicht überzeugt. Nicht nur wir sind nicht überzeugt, sondern auch das Handwerk hat kürzlich selbstkritisch verlautbart, dass es sich eigentlich über sich selber ärgert, in dieser Phase des Umbaus nicht entschiedener Widerstand geleistet zu haben.

Auch das Handwerk stellt in dem Sinne wie hier fest: Es wird schwieriger, komplizierter, den Ansprechpartner zu finden. Es gibt mehr Bürokratie und keine klare Linie. Deshalb bleiben wir bei unserer Meinung und sagen: Die Neuorganisation ist mitnichten gelungen. Sie ist nicht da. Es gibt keine Konzentration. Es gibt auch keine Bündelung der Kräfte.

Es ist ja nicht so, dass neben der wirtschaftsnahen Forschung – Herr Birk hat darauf hingewiesen – andere Bereiche gleich geblieben oder vielleicht auch nur in etwa ein bisschen im Verhältnis des Haushalts gekürzt worden seien, sondern das Wirtschaftsministerium an sich ist gegenüber früheren Jahren zu einem Schrumpfmministerium geworden.

(Abg. Gaßmann SPD: Ein Restministerium! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Schlanke leben länger!)

Wenn wir ihn mit 1996 vergleichen, Herr Minister, stellen wir im Haushalt eine Reduktion um etwa zwei Drittel fest. Es gibt kein zweites Ministerium, das ein so geringes Haushaltsvolumen zu bewältigen hat. Deshalb bleiben wir natürlich bei unserer Position, zu sagen: Ein Haus, dessen Aufgaben so geschrumpft sind, bei dem wichtige Felder herausverlagert wurden, sodass in wichtigen ökonomischen Fragen andere Ministerien oder das Staatsministerium zuständig sind, braucht neben einem Ministerialdirektor und einem Minister nicht auch noch einen Staatssekretär. Es tut

uns Leid. Das hat nichts mit Ihnen, Herr Mehrländer, zu tun,

(Abg. Fleischer CDU: Natürlich! Er liefert doch eine prima Arbeit ab! – Abg. Kübler CDU: Ach was! – Abg. Dr. Birk CDU: Er würde euch doch fehlen!)

aber wir sind der Meinung, dass, nachdem das Haushaltsvolumen so geschrumpft ist, der Regierungswechsel im April dazu genutzt werden sollte – deshalb stellen wir auch heute noch einmal diesen Antrag –, die Führungsstruktur des Hauses auf das geschrumpfte Haushaltsvolumen des Ministeriums zurechtzustutzen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Kübler CDU: War es das jetzt, oder kommt noch was?)

Lassen Sie mich noch auf das Thema Energiewirtschaftsstandort eingehen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Birk?

(Abg. Capezzuto SPD zu Abg. Dr. Birk CDU: Warum? Hast du es nicht verstanden? – Gegenruf des Abg. Kübler CDU: Mario, sei nicht so frech!)

Abg. Schmiedel SPD: Gerne.

Abg. Dr. Birk CDU: Herr Kollege Schmiedel, wären Sie persönlich heute und jederzeit bereit, falls Ihnen die Position eines Staatssekretärs jemals angeboten werden würde, was vermutlich nicht vorkommen wird, darauf zu verzichten?

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Was soll denn diese Frage? Darauf würde ich gar nicht antworten! – Abg. Fleischer CDU: Die Frage ist nicht hypothetisch, sondern utopisch! Sie würden eine prima Figur machen! Die Krawatte sitzt! – Abg. Rückert CDU: Die Frage ist gut! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Die Frage ist nicht ernst gemeint! – Große Unruhe)

Abg. Schmiedel SPD: Die Frage ist eindeutig zu beantworten: In einer SPD-geführten Regierung und einem Ministerium, das ein wirkliches Ministerium ist, würde ich natürlich annehmen, in einer Regierung unter der CDU mit einem solchen Schrumpfmministerium nicht. Das ist doch ganz klar.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Da klatschen die noch!)

Jetzt zum Thema Energiewirtschaftsstandort. Wir haben das schon in der gestrigen Debatte angesprochen. Wir werden morgen noch einmal einen Tagesordnungspunkt zu diesem Thema haben. Wir stellen fest, dass der Wirtschaftsminister beim Thema Energiewirtschaftsstandort im Prinzip nicht vorkommt. Wenn er in der Öffentlichkeit vorkommt, bewegt er sich abseits des Geschehens, und zwar kommentierend. Die Fäden zieht ein anderer. In der ganzen Konzentra-

(Schmiedel)

tion auf die Reparatur des durch den Verkauf der Landesanteile an die EdF und die Operation mit den OEW eingetretenen Schadens gerät völlig aus dem Blick, dass es natürlich noch mehr Mitspieler in der Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg gibt. Ich frage mich, weshalb die Landesregierung eigentlich zuschaut und kommentarlos geschehen lässt, dass sich Stadtwerke aus Baden-Württemberg mit anderen Stadtwerken bündeln,

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das ist doch gut!)

um dann in Nordrhein-Westfalen Kraftwerkskapazitäten zu bauen.

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist eine Schande!)

Ist es nicht möglich, dass sich ein Wirtschaftsminister, der noch dazu einen Staatssekretär hat, in das Geschehen einschaltet, dass er moderiert und darauf hinwirkt, dass die Energieerzeugung in unserem Land entsteht?

(Beifall bei der SPD)

Das darf doch alles nicht wahr sein. Deshalb wollen wir, Herr Minister, spätestens bei der morgigen Debatte von Ihnen hören, was Sie in dieser Sache zu tun gedenken. Noch ist es nicht zu spät; noch können Sie handeln. Aber Sie dürfen nicht die Augen davor verschließen. Wir dürfen um Gottes willen nicht nur den Blick auf die EnBW richten – und auf die EdF und die OEW –, sondern es gibt noch mehr Mitspieler. Wir haben Wertschöpfung in diesem Land zu verlieren, wenn wir nicht handeln. Deshalb fordern wir Sie auf, zu handeln.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt wesentliche Fehler, in denen das Wirtschaftsministerium ausgeblendet ist. Es sind verzettelte Ansätze; es gibt keine überzeugende Struktur. Deshalb können wir – es tut uns Leid – auch nicht einem einzigen Kapitel im Entwurf des Einzelplans des Wirtschaftsministeriums zustimmen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Skandalös! – Abg. Kübler CDU: Das macht uns nichts aus! – Abg. Fleischer CDU: Das wirft mich um! Das macht mich fertig! Die Dramatik, die sich jetzt daraus entwickelt!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal darf ich versichern, dass ich guter Laune bin und dass dem auch nicht entgegensteht, wenn ich dennoch feststelle, dass der Einzelplan 07 wie alle anderen Einzelpläne zunächst einmal dem übergeordneten, vorrangigen Ziel unterzuordnen ist, die derzeitige Staatsverschuldung nicht weiter auszudehnen, einen verfassungsgemäßen Haushalt zu erreichen

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

und in absehbarer Zeit auch ohne Nettoneuverschuldung auszukommen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Dies lassen wir übrigens nicht nur deshalb für diesen Haushalt gelten, damit nachfolgende Generationen einen eigenen Gestaltungsspielraum haben, sondern auch deshalb, weil Sie gute Programme und jegliche gute Wirtschaftspolitik bei einer ständig steigenden Staatsverschuldung nicht machen können. Da können Sie keine solide Wirtschaftspolitik machen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Deshalb geht es in diesem Haushalt darum, Prioritäten zu setzen und zwischen wünschenswerten Programmen und sehr wünschenswerten Programmen genau zu unterscheiden; darum kommt man nicht herum. Man kann zwar gute Reden halten, kommt aber nicht darum herum.

Deshalb hat auch der Wirtschaftsminister darauf gedrungen, das große Einsparpotenzial, das von ihm verlangt worden ist, zu reduzieren; denn sonst hätte man gar keine Prioritäten setzen können. Er hat immerhin erreicht, dass die ursprüngliche Einsparauflage um die Hälfte reduziert worden ist, was auch der Tatsache entspricht, dass das Gesamtvolumen – der Plafond, von dem sich die Einsparungen ergeben – um 52 % verringert worden ist. Sie haben die Ursache genannt: durch die Eingliederung der Bauabteilung ins Innenministerium und die Folgen der Verwaltungsstrukturreform.

Wir haben dabei auch noch einige zusätzliche Aufwendungen untergebracht – Sie haben es in Ihrem Bericht noch einmal deutlich dargestellt, Frau Netzhammer –, insbesondere erfreulicherweise bei der Aufstiegsfortbildung, wo man zusätzliche Millionen untergebracht hat.

Natürlich kostet die Messe jetzt einen höheren Schuldendienst. Wir freuen uns, dass die Messe kommt,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

aber wir wissen auch, dass sie Geld kostet. Das ist nichts Neues.

Auch die Stilllegungskosten beim Forschungszentrum Karlsruhe sollten wir nicht vergessen. Das ist ein zusätzlicher Punkt.

(Abg. Fischer SPD: Das steht aber schon lange fest!)

Dann hat man die Einsparquote zu 100 % erfüllt. Die Folge davon ist, dass viele Haushaltspositionen gekürzt werden mussten, was besonders schwierig ist, weil diese Haushaltskonsolidierung vom Wirtschaftsministerium nicht erst in diesem Jahr begonnen worden ist, sondern schon in vergangener Zeit.

Ich darf noch einmal daran erinnern, dass das Wirtschaftsministerium im Vergleich zu allen anderen Ressorts die größte Haushaltskonsolidierung erreicht hat. Das Wirtschaftsministerium ist nach den Subventionsberichten Vorreiter beim Abbau von Subventionen. Wenn wir das von anderen fordern, müssen wir es im eigenen Bereich ja wohl auch selbst tun.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

(Hofer)

Immerhin geschieht das mit einem absoluten Zahlungsmi-
nus von 91 Millionen €, während die Finanzhilfen in ande-
ren Bereichen des Landeshaushalts um 5 % gestiegen sind.
Demgegenüber sind sie im Bereich des Wirtschaftsministe-
riums um 36 % gesunken. Sie bekritteln das; aber das ent-
spricht genau Ihrer Forderung, schlank zu sein. Aber wenn
man es dann macht, dann wollen sie fettleibig sein bis zum
Gehtrichtmehrer.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das geht nicht! –
Abg. Schmiedel SPD: Das ist doch unsinnig!
Schlagkräftig!)

Übrigens liegt das Wirtschaftsministerium bei der relativen
Sparquote mit 4,1 % dreimal höher als alle anderen Res-
sorts.

Natürlich hat sich organisatorisch einiges verändert. Seit
1996 sind es – mit der Abteilung, die jetzt zum Innenmini-
sterium geht – zwei Abteilungen und sieben Referate weni-
ger geworden.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Insgesamt kann man nur festhalten: Das Wirtschaftsministe-
rium hat seine Hausaufgaben gemacht. Mit voller Überzeu-
gung sage ich dem ehemaligen Wirtschaftsminister Dr. Dö-
ring und dem jetzigen Wirtschaftsminister Pfister herz-
lichen Dank und Anerkennung dafür.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

Sie sagen jetzt – das hat man schon in den Haushaltsvor-
beratungen gemerkt –, das Wirtschaftsministerium habe
Kompetenzverluste erlitten, das, was hier vorgelegt werde,
sei ja nur noch ein ganz dünnes Heftchen, eigentlich
bräuchte man gar kein Wirtschaftsministerium mehr und
erst recht nicht die Stelle eines Staatssekretärs.

Dazu sage ich Ihnen: Sie alle fordern ständig – wie wir
auch – und in jeder Sonntagsrede Aufgabenkritik, Effizienz
durch Aufgabenbündelungen, und das alles nicht nur bei
den unteren und mittleren Behörden, sondern bis hinauf zu
den Ministerien. Wenn man dann diesen Forderungen nach-
kommt, haben Sie dafür nichts anderes als Kritik – ich will
nicht sagen: Häme. Sie hätten dafür Lob zu spenden, wenn
das oben bei den Ministerien geschieht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Was ist zum Beispiel daran auszusetzen, dass die Bauab-
teilung einschließlich des Denkmalschutzes zum Innenmi-
nisterium kommt, wo sie jahrzehntelang war?

(Abg. Schmiedel SPD: Aber zusammen mit der
Städtebauförderung!)

Ich darf daran erinnern: In Zeiten der großen Koalition ist
das aus Proporzgründen in das von Ihnen geführte Ministe-
rium gekommen,

(Abg. Rückert CDU: So war's!)

und Sie haben in dieser Zeit aus Proporzdenken weitere Mi-
nisterien geschaffen, die wir dann erst wieder zurückneh-
men mussten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Das ist Ihre Aufblähung. Das ist keine Kompetenz.

Nun sage ich Ihnen aber auch, dass nach meiner Meinung
die Umstrukturierung keine Einbahnstraße ist. Das ist nicht
nur eine Bringschuld des Wirtschaftsministeriums, sondern
letztlich macht das auch nur Sinn, wenn das eine oder ande-
re, was zum Wirtschaftsministerium gehört, auch dort zu-
sammenwächst. Sie sagen ja immer das Stichwort: Wirt-
schaftsministerium als Infrastrukturministerium. Ich persö-
nlich bin ganz sicher, dass dort in Zukunft einiges zusam-
menwachsen wird. Darüber wird man diskutieren, das muss
ich jetzt nicht hier machen. Aber es gibt viele Bereiche, und
ich bleibe dabei: Bei Stadterneuerung, im Verdichtungs-
raum und bei manchem Strukturprogramm im ländlichen
Raum ist es sinnlos, das auseinander zu nehmen, weil sie
das gleiche Ziel haben. Das gehört zusammen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Wenn Sie bei der Wirtschaft unterwegs sind – und das sind
Sie alle –, dann wissen Sie, dass die Unternehmen immer
sagen: Wirtschaft und Verkehr gehören zusammen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Sie werden nie einen Besuch bei einem Unternehmen erle-
ben, wo die Meinung eine andere ist. Darüber wird man
sicherlich diskutieren müssen.

Deshalb wird es auch in Zukunft ein Wirtschaftsministe-
rium geben, wie ich glaube. Es wird sicherlich ein neu struk-
turiertes, gestärktes Wirtschaftsministerium geben und ge-
wiss auch immer mit einer Staatssekretärsstelle. Die Forde-
rung, diese vor der Wahl abzuschaffen, betrachte ich, ent-
schuldigen Sie, als ein politisches Schmäckerl.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist höflich ausgedrückt!
– Abg. Veronika Netzhammer CDU: Sehr höflich!)

Denn es ist überhaupt keine Frage, dass genug zu tun ist,
um die Dinge aufs Gleis zu bringen. Sie alle wissen, dass
besonders der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium
zigmal vor Ort – und Gott sei Dank geht er vor Ort – den
Minister zu vertreten hat. Der wird dreimal so oft angefor-
dert, wie er Einladungen nachkommen kann. Deshalb gibt
es in allen Flächenländern in den Wirtschaftsministerien ei-
nen Staatssekretär, teilweise sogar zwei.

(Abg. Schmiedel SPD: Das sind aber wichtige
Wirtschaftsministerien! – Abg. Fleischer CDU: Ex-
portorientiertes Land!)

– Bei einem exportorientierten Land erst recht.

(Abg. Schmiedel SPD: Kein Schrumpfmministerium!
– Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Sie dürfen
gleich nicht mehr mitfahren!)

Ich möchte auch etwas zu dem Thema „Sorge um den Ener-
giestandort“ sagen. Das ist natürlich auch eine ganz wichti-
ge Frage, die eigentlich im Rahmen des Wirtschaftsministe-
riums – wir haben einen anderen Tagesordnungspunkt dazu
– zu behandeln ist. Denn die Gewährleistung einer umwelt-

(Hofer)

gerechten, einer sicheren und preiswerten Stromversorgung – ich denke, alle drei Attribute gehören zusammen und gehören nicht auseinander genommen – ist ganz wichtig. Deshalb begrüße ich es, dass wir über den Energiestandort Baden-Württemberg – ausnahmsweise geht es einmal nicht um Windräder, bei aller Wertschätzung dieses Themas –

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Oh!)

eine der Bedeutung dieses Themas gerecht werdende breite Diskussion geführt haben und weiter führen werden. Wir werden ja morgen nochmals Gelegenheit haben, darüber zu debattieren.

Ich möchte dieser Debatte nicht vorgreifen, aber – Herr Schmiedel, Sie haben es angesprochen – schon heute sagen: Für die Zukunft des Energiestandorts Baden-Württemberg – das sage ich an dieser Stelle auch einmal als energiepolitischer Sprecher meiner Fraktion – ist es sicherlich notwendig, insbesondere mit Blick auf die Bedeutung als Kraftwerksstandort, die Beteiligungsverhältnisse zwischen der EdF und den OEW genau zu gewichten. Je realitätsbezogener und je weniger ideologiebehaftet dies geschieht, umso besser.

Nachdem die viel zitierte und auch durchaus wünschenswerte gleiche Augenhöhe nun ganz offensichtlich erreicht werden kann – verbunden mit einem Griff in die Kasse der Landesbank –, sollte mit der gleichen Augenhöhe aber auch wieder der Blick dafür frei werden, dass die EnBW in einem harten Wettbewerb mit großen anderen Konkurrenten steht. Dieser Wettbewerb geht weit über den Standort Baden-Württemberg hinaus. Er gilt für Deutschland, er geht bis nach Osteuropa hinein. Diesen Wettbewerb muss man bestehen. Wenn man ihn nicht besteht, sind hier Arbeitsplätze in der Tat nicht gesichert.

Es ist sicherlich auch realitätsbezogen, wenn man sich fragt – das ist meine persönliche Meinung –, ob neun Landkreise und neun Landräte über die notwendige regionale Verankerung hinaus auf Dauer wirklich eine wirksame energiepolitische Spitze – gewissermaßen als Statthalter des Landes – in diesem internationalen Wettbewerb sein werden. Wenn ein Börsengang erleichtert wird, soll es mir recht sein.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Wenn die Arbeitsplatzängste – ob berechtigt oder unberechtigt – jetzt zunächst einmal gebannt sind – die gleiche Augenhöhe ist erreicht –, werden wir wohl auch wieder einmal feststellen, dass wir froh darüber sein können, einen starken europäischen Partner zu haben. Es scheint mir auch kein Fehler zu sein, wieder die energiepolitischen Rahmenbedingungen zu beleuchten, von denen die Arbeitsplätze in allererster Linie abhängen. Zu fragen ist auch nach den Durchleitungsentgelten, nach den Netzkapazitäten und vielem anderen mehr.

Ich hätte gern einmal eine Antwort auf die Frage, welche Kraftwerke denn wo in Baden-Württemberg gebaut werden sollen. Damit können wir ja gar nicht mehr lange warten – das wissen wir aus vielen Diskussionen –, egal, ob der Kernkraftausstieg erfolgt oder nicht. Es müssen ohnehin Kraftwerke gebaut werden – 1 500 Megawatt brauchen wir auf jeden Fall. Hier haben wir unsere eigenen Hausaufga-

ben zu machen und brauchen gar nicht an viele andere zu denken.

Ich gehe noch einmal kurz auf die drei wesentlichen Schwerpunkte bei unserer Prioritätensetzung ein.

Das ist zum einen die Situation der beruflichen Ausbildung. Sie ist gut in Baden-Württemberg. Aber auch das Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung hat trotz mancher Unkenrufe hervorragend funktioniert. Wir dürfen in unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Wir haben uns bemüht, hier Kürzungen zu vermeiden. Das ist gelungen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Es gibt auch bei der überbetrieblichen Lehrlingsausbildung keine Kürzungen. Hier werden die Fördersatzte gewahrt. Auch ist zugesagt worden, dass über eine Abgleichung der Deckungsmöglichkeiten in diesem Bereich keine globale Minderausgabe ausgebracht wird. Deshalb können diese Lehrgänge, diese Förderkonditionen gewährleistet bleiben. Das gilt für die Verbundausbildung, die Konkurslehrlinge und die überbetriebliche Investitionsförderung.

Lehrstellenwerber halten wir für wichtig. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass die zusätzliche Förderung jetzt nicht wieder zurückgenommen wird. Wir sind froh darüber, dass man letztlich bei dieser zusätzlichen Förderung verbleiben kann.

Tourismus ist unsere Stärke. Sie haben Recht. 200 000 Arbeitsplätze sind in Baden-Württemberg, dem Bäderland Nummer 1 in Deutschland, standortgebunden vom Tourismus abhängig. Kürzungen in diesem Bereich, ob pauschal oder projektbezogen, sind zunächst einmal von Übel. Ich verstehe die Kommunen, wenn sie sagen, sie hätten lieber eine pauschale Förderung, weil sie die Mittel notfalls als Deckungsmittel in ihrem Verwaltungshaushalt einsetzen können. Die Kommunen darben. Aber wenn die Finanzen knapp sind, dann muss gezielt gefördert werden.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das geht nur über eine Projektförderung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Deshalb bin ich froh, dass wir hier wieder 1 Million € dazugeben können. Wir wissen, dass damit jetzt wenigstens die wichtigsten Vorhaben durchgezogen werden können.

Sie haben den Bereich Forschung und Entwicklung stark gewichtet. Das sehen wir auch so. Wir sind froh darüber, dass die Leistungsfähigkeit der wirtschaftsnahen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die wir in den Mittelpunkt gestellt haben, weiterhin im Mittelpunkt stehen kann. Trotz eines Rückgangs des Mittelvolumens geschieht dies durch eine Konzentration auf die Förderung von Instituten mit deutlichen Alleinstellungsmerkmalen und einem fast vollständigen Verzicht auf die Projektförderung.

Sie fragen jetzt: Wo bleibt sie denn? Diese Projektförderung findet über die Zukunftsoffensive III statt und erfreulicherweise durch eine Zukunftsoffensive IV. Wie immer Sie sie auch benennen, ob nach Teufel oder nach Oettinger, ist

(Hofer)

mir wurscht. Mir ist wichtig, was drin ist. Drin sind für die wirtschaftsnahen Forschungsinstitute 25 Millionen € Privatisierungserlöse, die vor allem in die Energieforschung fließen. Es sind 10 Millionen € für die Verbundforschung auf dem Gebiet der Projekt- und Produktionstechnik und neuer Materialien vorgesehen.

Das C1-Programm ist wünschenswert. Aber das ist genau der Punkt „Prioritäten“. Es gibt dabei allerdings auch – das muss man einfach sehen – einige Mitnahmeeffekte. Das hat auch der Landesrechnungshof festgestellt.

Das Design Center wollen wir im Gegensatz zu Ihrem Vorschlag von den Grünen nicht auflösen. Ich gehe davon aus, dass Ihnen dieser Vorschlag nicht leicht gefallen ist; denn die Bedeutung dieser Einrichtung in der Öffentlichkeit sowie im In- und Ausland ist unbestritten.

Das gilt auch für die Informationszentren Patente und Technik. In einer auf Technologie ausgerichteten Wirtschaft ist die Information darüber so eminent wichtig, dass sie zu den Kernaufgaben einer entsprechenden Mittelstandsförderung gehört. Im Patentland Nummer 1 in Deutschland, in Baden-Württemberg, sollte das eine pure Selbstverständlichkeit sein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn wir auch immer wieder nach Demonstrationsobjekten fragen und nicht nur forschen und entwickeln, sondern auch anwenden, freue ich mich. Ich gebe zu, hierfür wären höhere Mittel wünschenswert. Aber ich denke an die immerhin 350 000 € für eine Beteiligung des Landes an einem gemeinsam von EnBW und RWE in Böblingen mit der Region Stuttgart und dem Bund getragenen Demonstrationsvorhaben im Bereich biogasbetriebener Brennstoffzellentechnik. Das brauchen wir, und ich freue mich, dass das drin ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Bei aller Freude an den Windmühlen werden bestimmt auch die Grünen nichts dagegen haben, in Baden-Württemberg die Geothermie zu nutzen. Wenn man hier nun versucht, mit 2,2 Millionen € für Grabungen im Oberrheingraben Risikokomponenten zu schmälern, ist das eine gute Sache.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Positiv!)

Ich komme jetzt zum Schluss.

(Abg. Knapp SPD: Sehr gut!)

Da muss ich immer auf die Verbraucherzentrale zu sprechen kommen; ich mache das jetzt knapp zehn Jahre lang. Jedes Mal ist die Verbraucherzentrale mit Kürzungen bedacht, und jedes Mal federn wir diese Kürzungen deshalb wieder ab – das tun wir gerne und mit allem Einsatz –, weil sich die Verbraucherzentrale nach Kräften bemüht, ihre Einnahmequellen zu verbessern. Sie wissen, wie das geschieht und wie das aussieht. Die Verbraucherzentrale macht das in hervorragender Weise. Deshalb bin ich froh darüber, dass wir hier die zehnpromtente Kürzung, die beim besten Willen nicht zu verkraften gewesen wäre, abgeschafft haben.

(Abg. Schmiedel SPD: Staatssekretär abschaffen!)

Das Gleiche gilt übrigens für die ganz wichtige Kontaktstelle „Frau und Beruf“, wo wir Chancengleichheit wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Für die Zukunft arbeiten wir bereits an einer gemeinsamen Konzeption, wie man das auf Dauer mit einigen zusätzlichen Eigeneinnahmen sichern kann; denn auch die Zuschüsse der Kommunen brechen weg, das wissen Sie. Wir haben auf diesem Gebiet die Kürzungen zurückgenommen, weil das nicht von heute auf morgen geht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Sie sehen, man kann auch bei einem knappen Haushalt noch eine ganze Menge gestalten; mir wäre mehr auch lieber.

Die übrigen Anträge der Opposition müssen wir ablehnen. Den Landesbetrieb Vermessung nochmals um 2 Millionen € zu kürzen entbehrt des Blickes für die Realität, der hier erforderlich ist; das könnte ich Ihnen auch noch näher begründen. Die Rücklagen sind weg. 92 % sind Personalkosten.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Hofer, darf ich Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Abg. Hofer FDP/DVP: Ich komme zum Ende mit dem Schlusssatz: So weit sind wir noch nicht gekommen, dass wir bei den Regionalmessen im Grunde genommen bewilligte Zuschüsse, worauf sich die Leute eingestellt haben, zurücknehmen. Aber wir haben ein Verfahren gewählt, auf das sie sich verlassen konnten. Dass wir das mit einem „Ätsch, wir haben kein Geld mehr“ zurücknehmen, so weit sind wir glücklicherweise noch nicht.

Ich danke.

(Beifall bei der FDP/DVP – Minister Pfister: Das ist sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! „Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben besinnen.“ Das ist das Leitmotiv, unter dem wir Grünen diesen Haushalt insgesamt diskutieren. Aber das gilt auch speziell für den Haushalt des Wirtschaftsministeriums.

„Haushalt des Wirtschaftsministeriums“ hört sich zunächst recht großartig an; denn Baden-Württemberg ist ein großes Bundesland mit einer bedeutenden Wirtschaft. Aber dieses Wirtschaftsministerium ist tatsächlich nicht so bedeutend. Es spielt bei der Bewältigung der großen Herausforderungen des Landes keine entscheidende Rolle. Das sieht man schon an seinem Haushalt. Der Haushalt umfasst jetzt lediglich noch etwa 480 Millionen €. Sie entsprechen etwa 1,5 % des gesamten Landeshaushalts oder, anders gesagt, dem 65. Teil. Damit hat das Wirtschaftsministerium mit Abstand den kleinsten Haushalt im Vergleich mit anderen Ministerien.

Das liegt nun nicht daran – wie Herr Birk bereits sagte –, dass im Wirtschaftsministerium besonders effizient gearbeitet

(Dr. Witzel)

tet würde oder dass dort der Aufgabenabbau schon sehr weit vorangeschritten wäre. Die Ursache ist schlicht und einfach, dass die Zuständigkeit für den Wohnungsbau ins Innenministerium verlagert wurde.

Da stellt sich natürlich – das ist ja schon diskutiert worden – die Frage: Welche Konsequenzen hat das für die Spitze des Hauses? Wir meinen, dass die SPD zu Recht gefragt hat, warum in diesem geschrumpften Ministerium weiterhin der Posten eines Staatssekretärs notwendig ist.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Weil die Wirtschaft nicht geschrumpft ist!)

Jetzt kommt Herr Birk an und sagt, der Posten sei wichtig für die Wirtschaft.

(Abg. Schmiedel SPD: Der Herr Mehrländer ist ein „Grüß-Gott-Onkel“!)

Da wollen wir uns einmal anschauen, welche Termine der Wirtschaftsminister wahrnimmt. Ich darf an den 19. Januar erinnern: „Campingtourismus Baden-Württemberg“, Eröffnung des Tourismustags auf der CMT durch den Wirtschaftsminister des Landes.

(Abg. Dr. Birk CDU: Tourismus! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Haben Sie etwas gegen Camper?)

Meine Damen und Herren, ich muss fragen: Was hat die Eröffnung eines solchen Campingtourismustags mit der Wirtschaft des Landes zu tun? Ist es wirklich notwendig, dass da der Wirtschaftsminister oder ein Staatssekretär kommt?

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Grüne gegen Camper! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Ich möchte schlicht und einfach die Behauptung aufstellen, dass viele Termine des Wirtschaftsministers und des Staatssekretärs nicht zentral etwas mit der Wirtschaftsförderung zu tun haben, sondern dass es dabei häufig vorwiegend um Selbstdarstellung geht.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke der Präsidentin)

Deshalb muss man, wenn man hier von Verschlinkung redet, bei der Spitze des Wirtschaftsministeriums anfangen.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Netzhammer?

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ja, bitte schön.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Herr Dr. Witzel, ist Ihnen bekannt, dass wir im Tourismusbereich 8 % des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften und dass die Arbeitsplätze dort alle standortgebunden sind?

(Minister Pfister: Mehr als im Automobilbereich! – Abg. Dr. Birk CDU: Auch im Campingtourismus!)

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Kollegin, das alles ist mir natürlich bekannt, zumal ich einen Wahlkreis habe, in dem auch der Tourismus sehr stark ist.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Okay! Da ist der Wirtschaftsminister gefordert!)

Aber dass dieser Tourismus dadurch gefördert wird, dass der Wirtschaftsminister eine solche Veranstaltung eröffnet, und dass das nicht auch jemand anders machen könnte, bezweifle ich.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Es ist vielleicht eher nebensächlich, wer das tut.

(Abg. Heinz CDU: Sie wollen ihn einmal bei sich im Wahlkreis sehen! – Glocke der Präsidentin – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Theurer?

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ja. Wenn es nicht auf meine Redezeit angerechnet wird, gern.

(Abg. Schmiedel SPD: Aber nicht, dass er ein Grußwort spricht! – Abg. Fischer SPD: Das überlegen wir noch! – Abg. Dr. Birk CDU: Haben Sie etwas gegen Camper?)

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Kollege, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass schon Ludwig Erhard, aber auch Wirtschaftsminister Schiller den Aspekt der Psychologie für die Wirtschaft für entscheidend gehalten haben? Und sind Sie bereit, zu akzeptieren, dass die Anwesenheit eines Wirtschaftsministers durchaus eine Motivation für die in der Wirtschaft Tätigen sein kann?

(Abg. Schmiedel SPD: Aber nur, wenn er nicht so griesgrämig guckt! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wenn er keine miese Laune hat!)

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ich nehme das schlicht und einfach einmal zur Kenntnis: Es besteht die Möglichkeit, dass das eine psychologische Wirkung hat – aber möglicherweise manchmal auch eine negative.

(Abg. Hofer FDP/DVP: In den seltensten Fällen!)

Meine Damen und Herren, wir Grünen schlagen an dieser Stelle aber auch vor, dass wir uns nicht nur auf den Staatssekretär kaprizieren sollten. In Zeiten, in denen wir wirklich Verwaltung abbauen wollen, müssen wir auch die Frage stellen, ob weiterhin ein eigenständiges Wirtschaftsministerium erforderlich ist. Wir haben ja schon Vorschläge gemacht. Man könnte das Wirtschaftsministerium, das teilweise wie ein Gemischtwarenladen daherkommt, sinnvoll gliedern. Gemäß unserem Vorschlag ist die Zuständigkeit für den Wohnungsbau ja schon wieder zurück an das Innenministerium gegangen. Man könnte auch die Zuständigkeit für den Denkmalschutz dorthin geben.

(Minister Pfister: Ist doch schon! – Abg. Schmiedel SPD: Der ist doch schon dort! – Abg. Heinz CDU: Der ist auch dort!)

(Dr. Witzel)

– Ja. – Die Zuständigkeit für die Energiepolitik könnte man ganz an das Umweltministerium geben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Vielleicht auch umgekehrt! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Denn es macht ja keinen Sinn, die wenigen Mittel, die Sie zum Beispiel für die Förderung erneuerbarer Energien bereitstellen, auf mehrere Ministerien zu verteilen.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Auch die Aufteilung der Atomaufsicht auf zwei Ministerien ist bundesweit ein Unikat. Man könnte auch hier Verwaltung einsparen, wenn man die Aufsicht zusammenführen würde.

Die Restbereiche könnten dann meines Erachtens sehr sinnvoll in einem neu zu schaffenden Ministerium für Finanzen und Wirtschaft zusammengefasst werden.

Ich möchte diese Vorschläge hier wieder in die Debatte bringen. Demnächst steht ja eine Regierungsumbildung an. Wir sind gespannt, welche Konsequenzen Kollege Oettinger im April zieht. Ich darf an dieser Stelle schon Unterstützung vonseiten der Grünen für eine entsprechende Umbildung der Ministerien signalisieren.

(Abg. Heinz CDU: Wir prüfen das! Nächster Punkt!)

Meine Damen und Herren, angesichts der Haushaltslage muss sich das Land auf seine Kernaufgaben zurückziehen. Dazu gehört es einerseits, Aufgaben abzubauen, und andererseits, auch Verwaltung zu verschlanken.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Ich will beides an Beispielen verdeutlichen.

Zunächst zum Aufgabenabbau. Das ist kein einfaches Geschäft, denn überall, wo etwas abgebaut wird, gibt es Leute, die schreien. Das ist klar.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Trotzdem ist der Abbau wichtig. Ich möchte deshalb noch einmal – es ist bereits angesprochen worden – das Thema Messförderung nennen. Dieses Thema ist nicht abgehagen, weil wir Grünen es immer wieder aufs Tableau bringen. Es wird in der Tat jedes Jahr brisanter. Ich möchte dazu einige Zahlen nennen: Die vermietete Fläche bei den überregionalen Messen hat seit dem Jahr 2000 um 1 Million Quadratmeter abgenommen. Das ist ein Minus von 15 %. Bei den Regionalmessen ist die vermietete Fläche in diesem Zeitraum bundesweit um 500 000 Quadratmeter, also sogar um ein ganzes Viertel, zurückgegangen. Gleichzeitig, Herr Hofer, ist aber die Größe der gesamten Messeflächen um 8 % angestiegen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist ein Wettbewerb!)

Sie sehen, das passt nicht zusammen. Die Folge ist, dass die Preise verfallen und ein ruinöser Subventionswettlauf entsteht.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nein, es entsteht ein Wettbewerb!)

Das Ganze wird durch eine Landesförderung dann noch angeheizt. Angesichts knapper Haushaltsmittel können wir uns das nicht weiter leisten.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja sollen wir die Messe jetzt stoppen?)

Bei der Stuttgarter Messe ist klar, dass über 100 000 Quadratmeter Hallenkapazität neu geschaffen werden. Daran können wir jetzt nichts mehr ändern.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Na also!)

Aber die Regionalmesseförderung des Landes kann man noch ändern.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Die läuft ja aus!)

Mit dem vermeintlichen „goldenen Zügel“ wollen Sie den Kommunen und den Regionen den Ausbau der Hallenkapazität schmackhaft machen.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Es ist unklar, was da außer Spaßveranstaltungen reinkommen soll. Nur ein Beispiel: Die „Interjuwel“ in Karlsruhe ist vor kurzem zum zweiten Mal in Folge abgesagt worden. Am Ende werden viele Kommunen auf Defiziten sitzen bleiben, und wir Grünen meinen, die Kommunen sollten dann wenigstens ohne die Lockmittel des Wirtschaftsministeriums eine klare Entscheidung treffen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ja, bitte schön.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Kollege Witzel, können Sie sich noch daran erinnern, dass diese Förderung der Regionalmessen die letzte Tranche ist, zu der man die Einzelmessen termingerecht aufgerufen hat, sich noch zu melden, und dass danach zunächst einmal die Regionalmesseförderung auslaufen sollte? Und sind Sie mit mir der Ansicht, dass, wenn sich diese nun auf ein solches Verfahren eingelassen haben und sich ordnungsgemäß angemeldet haben, dort ein Vertrauensschutz besteht?

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Erstens: Herr Hofer, natürlich erinnere ich mich an diese Tatsache. Ich erinnere mich auch an die Aussage des Wirtschaftsministeriums, dass diese Förderung die letzte Förderung sei, die dafür vom Land vergeben werde. In dieser Begründung steckt ja auch drin, dass auch der Wirtschaftsminister von einer Dauerförderung der Regionalmessen nicht überzeugt ist. Langfristig ist die Förderung der Regionalmessen also keine Sache des Landes,

(Dr. Witzel)

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja, richtig! Das sehen wir ein!)

sondern man muss da Einschnitte machen. – Punkt 1.

Zweitens sehen wir die Sparzwänge im Haushalt als so stark an, dass wir sagen: Angesichts der Finanzlage des Landes können diese versprochenen Zuschüsse – es sind ja noch keine bewilligten Mittel – nicht ausbezahlt werden.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Es sind ja noch keine bewilligten Mittel, sondern es sind nur gewisse Zusagen gemacht worden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das sehen wir aber anders!)

Sie werden jetzt natürlich auch fragen: Wie ist das mit der Messe Freiburg? Sie wissen, die Stadt Freiburg und der dortige grüne Oberbürgermeister bemühen sich um Landeszuschüsse für eine eigene Messe. Aber meine Fraktion und auch ich werden diesen Wunsch mit Hinweis auf die eben genannten Argumente nicht unterstützen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Oh! – Zuruf von der CDU: Das ist aber hart! – Abg. Dr. Birk CDU: Versprechen! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Denn wir werden die Finanzen des Landes nicht in den Griff bekommen, wenn wir immer dann vor Sparmaßnahmen zurückschrecken, sobald ein Parteifreund betroffen ist. Deshalb stellen wir auch heute unseren Antrag auf Streichung der Zuschüsse für die Regionalmessen zur Abstimmung, und ich bitte dabei um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Richtig konsequente Politik! – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das ist grüne Politik! – Abg. Hofer FDP/DVP: Falsch, aber glaubwürdig! – Heiterkeit)

Zweiter Punkt: Verschlinkung der Verwaltung. Das ist eine Daueraufgabe, aber da sieht es gerade beim von der FDP/DVP geführten Wirtschaftsministerium mau aus. Die Auflösung des Landesgewerbeamts war ein richtiger Schritt, aber die konsequente Fortsetzung fehlt. Die Landesregierung hat mit der Auflösung des Landesgewerbeamts das Wirtschaftsministerium aufgebläht, aber das Wirtschaftsministerium bietet nicht das, was Wirtschaft und Mittelstand wirklich suchen, nämlich Know-how in betriebswirtschaftlichen und technologischen Fragen und vor allem Hilfen bei der Finanzierung.

Finanzierung und Beratung gehören in eine Hand, und das geht unseres Erachtens nur bei der L-Bank. Damit können wir mehr für die Wirtschaft im Land tun, und das für weniger Geld. Das ist eine Reform, die wir hier anmahnen. Das sehen nicht nur wir Grünen so, sondern das meint auch der Landesrechnungshof, und das meinte zumindest einmal auch die CDU-Fraktion. Ich erinnere an eine Pressekonferenz vom 17. Dezember 2002, bei der die Kollegen Oettinger und Birk unter der Überschrift „Bündelung der Beratung und Finanzierung in einer Hand“ unter anderem forderten – ich zitiere –: „Verlagerung von Beratungsaufgaben für inländische Firmen von staatlichen Trägern auf L-Bank

und Kammern“. Sie forderten weiter – Zitat –: „Integrierung des ifex in die L-Bank“.

(Abg. Schmiedel SPD: Ja! Warum eigentlich nicht?)

Aber was ist mit der Beratungsstelle ifex geschehen? Sie ist jetzt als neues Referat 33 ins Wirtschaftsministerium abgewandert. Da ist der Reformeifer wohl noch nicht zum Zuge gekommen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wir sind bei einem Zwischenschritt!)

Wir mahnen an, dass hier die Reform weitergeht.

Es steht auch noch eine andere Konsequenz aus. Die Auflösung des Landesgewerbeamts hat ein Einsparvolumen von 20 Stellen gebracht. Diese sollen leider nicht sofort eingespart werden, sondern ihre Einsparung wird auf die Zeitachse geschoben. Wir haben daher im Ausschuss gefordert, diese Stellen zügiger als vorgesehen einzusparen. Aber leider fanden wir dafür keine Mehrheit.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Keine betriebsbedingten Kündigungen! Deshalb!)

Meine Damen und Herren, wenn man von Verwaltungsreform und von Verschlinkung redet, muss man auch Hand anlegen und Reformen umsetzen.

(Beifall bei den Grünen)

Ich ziehe ein erstes Fazit: Leider sind CDU und FDP/DVP nicht bereit, hier konsequent voranzugehen.

Eine Verschlinkung der Verwaltung, ein Aufgabenabbau ist notwendig, damit wir bei den zentralen Aufgaben des Landes vorangehen können und dafür genügend Mittel haben. Dazu gehört zum Beispiel die Aufgabe „Bildung und Forschung“. Wir müssen ein starkes Bildungsland sein, um ein starker Wirtschaftsstandort zu bleiben. Das sieht auch die Wirtschaft so. Aber wenn das Handwerk, das unter dem überkommenen dreigliedrigen Schulsystem leidet, nun schon seit drei Jahren nach einer echten Schulreform und der Einführung einer neunjährigen Basisschule ruft, dann hören Sie, Herr Pfister, leider nur weg. Eine Initiative der Landesregierung, um die versprengten Kompetenzen für die Weiterbildung, die sich ja über fast alle Ministerien hinwegziehen, zu bündeln, ist auch nicht bekannt. Herr Pfister, es wäre doch für Sie als Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident eine geradezu wie geschaffene Aufgabe, die Kompetenzen für die Weiterbildung in den verschiedenen Ministerien einmal zu bündeln. Aber leider heißt es hier: Fehlanzeige.

Aber auch in Ihrem eigenen Hause, Herr Pfister, zeigen Sie beim Thema Ausbildung kein Profil. Ich möchte dazu zwei Beispiele nennen.

Erstens: die ÜBAs. Bei den Investitionsmitteln für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten wird gekürzt, während andererseits sinnlos Geld für diesen Zweck in der Landesstiftung geparkt ist,

(Minister Pfister: Das stimmt gar nicht!)

(Dr. Witzel)

das aber wegen der notwendigen Gemeinnützigkeit des Verwendungszwecks nicht abgerufen werden kann. Sinnvoll wären Kompetenzzentren. Diese kriegen Sie aber mit der Forderung nach Gemeinnützigkeit nicht hin. Sie können dazu kein Geld aus der Stiftung nehmen. Das ist das Problem, das Sie nicht gelöst haben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das sind aber nicht alles Kompetenzzentren!)

Zweites Beispiel: Verbundausbildung. Herr Minister, Sie unterlaufen den Ausbildungspakt im Land, weil Sie Mittel für Ausbildungsverbände kürzen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nein! – Gegenruf des Abg. Schmiedel SPD: Doch! 200 000!)

Noch im Juni des letzten Jahres haben Sie mit der Unterzeichnung des Paktes die Ausbildung im Verbund als Möglichkeit zur Gewinnung neuer Ausbildungsplätze genannt. Nun hat sich die Wirtschaft im Lande bemüht und bietet neue Ausbildungsplätze und Praktika an. Dass die Landesregierung sich aber nicht an ihren Teil der Vereinbarung halten will, war bei der Lehrstellenwerbung dann sicherlich nicht motivierend.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einen Punkt ansprechen. Die Kürzungen bei den Kontaktstellen „Frau und Beruf“ wurden ja nun glücklicherweise im Wesentlichen zurückgenommen, aber es ist weiterhin notwendig, für diese wichtigen Beratungsstellen eine langfristige Perspektive zu eröffnen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Daran arbeiten wir!)

Da werden wir Sie noch beim Wort nehmen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hofer FDP/DVP: Jawohl!)

Ich komme nun zum zweiten Punkt der Kernaufgaben, den ich unter dem Thema „Weg vom Öl“ darstellen will. In einer wirtschaftlich globalisierten Welt steht die Frage nach der Versorgungssicherheit neu auf der Tagesordnung. „Weg vom Öl“ wird zum Synonym einer dauerhaften Sicherung unserer wirtschaftlichen Grundlagen. Die wachsende Nachfrage nach Öl hat auch Auswirkungen auf die Preise. Sie wissen, im letzten Jahr hatten wir einen rasanten Anstieg der Ölpreise. Künftig werden noch mehr Gesellschaften um große Mengen des rasch knapper werdenden Öls konkurrieren. Schon heute hemmt der Rohölpreis die wirtschaftliche Entwicklung in vielen Bereichen. Außerdem stellen unkalulierbare Preissprünge beim Ölpreis eine nicht kalkulierbare Gefahr für unsere Volkswirtschaft dar. Daher ist es nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen extrem wichtig, eine Strategie „Weg vom Öl“ zu fahren.

Wir haben daher zu diesem Haushalt an verschiedenen Stellen Anträge eingebracht, die zeigen, wie vom Land eine solche Strategie „Weg vom Öl“ gefahren werden kann. Ich darf diese Anträge nur stichwortartig nennen. Sie betreffen verschiedene Haushalte. Zum einen fordern wir die Aufstockung der Mittel für das Förderprogramm „Klimaschutz-Plus“ des Ministeriums für Umwelt und Verkehr. Die For-

derung nach einer verstärkten Förderung der Biomasse betrifft das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum. Die Forderung nach einer Erhöhung der Mittel für das Energiesparprogramm Altbau – gestern Abend diskutiert – betrifft das Innenministerium. Des Weiteren geht es um die Förderung der Geothermie, insbesondere um die Absicherung von Fündigkeitsrisiken. Dabei ist erfreulicherweise zu verzeichnen, dass unser Vorschlag, hier Mittel bereitzustellen, von den Regierungsfractionen aufgegriffen wurde. Es geht aber auch darum, die Mittel für das so genannte Demonstrationsprogramm zur rationellen Energienutzung aufzustocken. Herr Minister, es ist schlicht und einfach schlecht, wenn nur ein einziges Projekt gefördert wird, das auch noch im Wahlkreis des ehemaligen Ministers liegt.

(Abg. Fischer SPD: Das ist gefährlich!)

Es sollte mehrere Projekte geben. Das ist wichtig, damit auch in diesem Bereich die Innovation vorangehen kann.

All das sind Punkte in unseren Anträgen, die einerseits helfen können, die Abhängigkeit der Volkswirtschaft vom Öl zu verringern und damit zur wirtschaftlichen Stabilität beizutragen, die andererseits aber notwendig sind, um die ökologischen Ziele des Landes – Stichworte: Verminderung der CO₂-Emissionen, Verdopplung des Anteils der erneuerbaren Energien – zu erreichen.

Meine Damen und Herren, unter Experten ist es unstrittig, dass auf Dauer nur diejenige Volkswirtschaft erfolgreich sein wird, die die Belange der Ökologie berücksichtigt. Oder, um es prägnanter zu sagen: Nur mit grünen Ideen lassen sich dauerhaft schwarze Zahlen schreiben.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wer es glaubt, wird selig!)

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unseren Anträgen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch zwei kurze Bemerkungen machen.

Erster Punkt: C1-Programm. Ich weiß, auch wir haben früher dafür gestimmt, dass Mittel hierfür bewilligt wurden. Aber die Studie des Landesrechnungshofs hat gezeigt, dass dort vorrangig Mitnahmeeffekte zu verzeichnen gewesen sind.

(Abg. Schmiedel SPD: So, wie man es jetzt macht! Das kann man auch anders machen!)

Deshalb halten wir es angesichts der Haushaltszwänge nicht mehr für verantwortbar, hierfür Mittel bereitzustellen.

Ich möchte noch auf einen kleinen Punkt eingehen, nämlich die Entwicklungszusammenarbeit. Meine Damen und Herren, wir alle haben nach der Flutkatastrophe in Südostasien gesehen, wie wichtig eine Hilfe ist. Experten sagen uns, man solle sich jetzt nicht nur auf das punktuelle Ereignis konzentrieren, sondern müsse daran arbeiten, die Probleme langfristig in den Griff zu bekommen, und dürfe über dieser Hilfe für Südostasien nicht die notwendige Hilfe für andere Länder vergessen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr richtig! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Ende. Ihre Redezeit ist weit überschritten.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ja. Ich hatte mehrere Zwischenfragen zu beantworten. Deshalb – –

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Die sind schon eingerechnet.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ich komme aber jetzt gleich zum Schluss.

Notwendig ist also eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit. Sie ist nur möglich, wenn auch hier im Land das Bewusstsein dafür vorhanden ist. Deshalb ist es aus unserer Sicht verheerend, wenn gerade am kleinsten Posten, der inländischen Entwicklungszusammenarbeit, gekürzt wird, nämlich von 120 000 € auf 20 000 €. Das zeigt, dass die Landesregierung in diesem Bereich kein Konzept hat. Ich fordere Sie auf, das zu korrigieren.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Netzhammer.

(Abg. Fleischer CDU: Die Ausschussvorsitzende spricht!)

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Sehr geehrter Herr Schmiedel, ich will jetzt zwar keine schlechte Laune verbreiten,

(Abg. Schmiedel SPD: Das können Sie ja gar nicht!)

aber doch einfach einmal ein paar Tatsachen festhalten, insbesondere weil auch Sie immer in Sonntagsreden die Leistungen der mittelständischen Unternehmen für das Land Baden-Württemberg hervorheben. Wir haben ja gestern wieder in der Debatte eine eindruckliche Zahl genannt bekommen: Jeder dritte neue Arbeitsplatz in Deutschland wird von einem baden-württembergischen Unternehmen geschaffen. Ich denke, wenn wir diese Zahlen auf den Bund hochrechnen könnten, sähe es jetzt besser aus.

(Abg. Capezzuto SPD: Dank der Maßnahmen der Bundesregierung!)

Wir konnten gestern in der FAZ das Ergebnis einer Umfrage von Allensbach lesen, wonach 48 % der Bevölkerung den Standort Deutschland für gefährdet halten. Als kritische Punkte wurden genannt: Steuerbelastung, Kreditversorgung, Bürokratie. Auf diese Punkte will ich eingehen, weil sie genau uns in Baden-Württemberg betreffen.

(Abg. Zeller SPD: Wissen Sie, wie hoch die Steuerbelastung im Vergleich zu anderen Ländern ist?)

Wir müssen zuschauen, dass viele Arbeitsplätze aus Baden-Württemberg in andere Länder, zum Beispiel nach Osteuropa, gehen. Wenn wir die Steuersätze vergleichen – das wurde gestern schon gesagt –, stellen wir fest, dass wir mit

37 % bei uns nicht mehr wettbewerbsfähig sind, weder gegenüber Westeuropa noch gegenüber Osteuropa.

(Abg. Fischer SPD: Hören Sie doch mit den Steuersätzen auf! Das stimmt doch so nicht, Frau Netzhammer!)

Zweiter Punkt: Bürokratie. Wir haben uns auf die Fahne geschrieben, Bürokratie abzubauen. Ihr Bundeswirtschaftsminister Clement erzählt in sämtlichen Talkshows, wie er gegen Bürokratie ankämpft. Wenn aber eine ganz konkrete Vorlage mit 39 Vorschlägen im Bundesrat verabschiedet ist, dann macht die Bundesregierung, was sie immer tut: abtauchen und aussitzen.

(Beifall bei der CDU)

Dritter Punkt: Kreditversorgung. Wir haben hier in diesem Haus wirklich schon sehr viele Debatten über die Problematik der Kreditversorgung von Existenzgründern und mittelständischen Unternehmen geführt – Stichwort: Anwendung der Basel-II-Kriterien, Stichwort: sehr stringentes Verhalten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Wir wissen, dass sehr viele Kreditengagements überhaupt nur mit öffentlichen Bürgschaften zustande kommen, geschnürt werden können, dadurch Arbeitsplätze sichern und Arbeitsplätze schaffen. Was macht Herr Eichel? Er kündigt an, dass sich der Bund ab 2008 aus genau diesen Bürgschaften zurückziehen wird. 2 136 Projekte wurden in Baden-Württemberg im letzten Jahr mit diesen Bürgschaften finanziert. Also ganz konkret: Ab 2008 können wir in Baden-Württemberg 2 136 Kreditengagements nicht mehr vergeben. Da kann ich Ihnen sagen, Herr Schmiedel: Das ist ein Vielfaches des Volumens des C1-Programms, das wir jetzt nicht mehr über den Landeshaushalt finanzieren können.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Deswegen möchte ich Ihnen, Herr Schmiedel, und auch den Kollegen von den Grünen anraten, damit wir alle hier wieder bessere Laune bekommen: Stehen Sie Ihren Kollegen im Bund auf den Füßen,

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

damit sie etwas für eine mittelstandsgerechte Unternehmensbesteuerung machen, damit das Papier von Eichel „Ausstieg aus den Bürgschaften“ vom Tisch kommt und damit die Vorlage zum Bürokratieabbau mit den 39 Vorschlägen wirklich umgesetzt wird. Dann tun Sie ganz konkret etwas für die mittelständischen Unternehmen in Baden-Württemberg.

Nun zum Thema Haushalt. Ein ganz wesentlicher Punkt, bei dem wir uns als Fraktion eingebracht haben, ist das Thema „Erneuerbare Energien“. Wir streiten uns mit Ihnen ja immer bezüglich der Windenergie und sind der Meinung: Diese Energie ist nicht die Energie für Baden-Württemberg.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Sie ist zu teuer, sie ist zu anfällig, und sie ist auch nicht standortgerecht. In einem Land, das 8 % des Bruttoinlands-

(Veronika Netzhammer)

produkts mit dem Tourismus erzielt, kann man nicht jeden Hügel – sage ich jetzt einmal – verspargeln.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Zuruf von der SPD)

Wir haben aber, was die Geothermie angeht, sowohl im Oberrheingraben als auch auf der Schwäbischen Alb sehr gute Voraussetzungen. Die Experten sind der Meinung, man könnte 80 bis 100 % des Wärmebedarfs und einen großen Teil des Energiebedarfs mit Geothermie decken. Deswegen wollen wir mit diesem Doppelhaushalt in die Förderung der Geothermie einsteigen, sowohl, was private Projekte der oberflächennahen Geothermie angeht, als auch, was die Tiefengeothermie angeht. Wir meinen, dass dies ein Einstieg in eine ganz neue umweltgerechte Energie ist, die den Einsatz der Windkraft in Baden-Württemberg erübrigt.

(Abg. Fischer SPD: Das eine tun und das andere nicht lassen! – Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Sie alle wissen, dass es eine Studie des Bundeswirtschaftsministeriums zur Windkraft gibt, die alle Nachteile der Windkraft aufzählt.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Veröffentlichungen daraus waren vor zwei Wochen im „Spiegel“ nachzulesen. Ich bin sicher, dass dieses Papier nie offiziell das Licht der Öffentlichkeit erblicken wird. Wahrscheinlich wird es eingestampft, und niemand wird je wieder darüber reden.

(Abg. Döpfer CDU: Vom Winde verweht! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Weitere Änderungen haben die Fraktionen eingebracht zu den Kontaktstellen „Frau und Beruf“ und der Verbraucherzentrale. Ich möchte noch ganz kurz darauf eingehen.

Es ist keine Frage, dass unsere Fraktion zu den Kontaktstellen „Frau und Beruf“ steht.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Sie haben sehr gute Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen erbracht, insbesondere für Frauen, die einige Zeit nicht berufstätig waren und dann über eine Nachqualifizierung den Weg in den Beruf, in eine qualifizierte Arbeit finden.

Wir stellen aber auch fest, dass es aufgrund der Regelungen von Hartz IV möglicherweise Förderungen genau derselben Personengruppe gibt. Da müssen wir einfach beobachten, inwieweit sich jetzt die Nachfrage bei den Kontaktstellen ändert.

Herr Minister, ich möchte Sie hier und heute auch schon bitten, uns im Wirtschaftsausschuss nach der parlamentarischen Sommerpause einen ersten vorläufigen Bericht darüber vorzulegen, inwieweit sich Hartz IV in der Arbeit der Kontaktstellen bemerkbar macht.

Weiterer Punkt: Verbraucherzentrale. Wir sind mit der Umstrukturierung der Verbraucherzentrale sehr zufrieden. Vorhin wurde schon gesagt, dass es die Verbraucherzentrale geschafft hat, ihre Einnahmestruktur zu verbessern. Sie hat

es auch geschafft, dem geänderten Nachfrageverhalten der Verbraucher entgegenzukommen. Sie ist internetfähig. Ich darf hier einmal ein paar Zahlen nennen: Die Zahl der Internetkontaktaufnahmen hat sich immerhin von 172 000 auf 330 000 nahezu verdoppelt.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Da muss man auch die Relation der Entwicklung des Internets sehen!)

Die Zahl der direkten Beratungen ist dagegen zurückgegangen. Das heißt, die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg ist hier auf der Höhe der Zeit. Aufgrund der allgemeinen finanziellen Situation musste sie eine verkraftbare Einsparung hinnehmen. Wir haben die ursprünglich vorgesehene Kürzung von 10 auf 5 % halbiert.

Zum Abschluss noch der Punkt Entwicklungshilfe. Der Bundespräsident hat in den letzten Tagen noch einmal auf die Bedeutung der Entwicklungshilfe hingewiesen. Wir stehen zu unserer Verpflichtung. Baden-Württemberg ist ein exportstarkes Land. Insofern sind wir sicher auch doppelt verpflichtet. Wir begrüßen es, dass sich die Landesstiftung Baden-Württemberg in Zukunft mehr in diesem Bereich engagieren wird, immerhin mit 500 000 € im Jahr, und viele Projekte der Nichtregierungsorganisationen und der Kirchen finanzieren und auch der Stiftung Entwicklungshilfezusammenarbeit weitere 100 000 € zur Verfügung stellen kann. Man muss diese Finanzmittel insgesamt sehen und dann registrieren, dass wir uns auch im Bereich der Entwicklungshilfe zunehmend engagieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das waren meine Anmerkungen. Die CDU-Fraktion stimmt natürlich, wie mein Kollege Dr. Birk gesagt hat, dem Einzelplan des Wirtschaftsministeriums zu.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Netzhammer, was Sie gesagt haben, war nicht so schlimm wie sonst, aber ganz können Sie es natürlich nicht sein lassen.

Zum Thema Bürokratieabbau.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Ja, da sind Sie gefordert! Wir warten darauf, wann den 39 Vorschlägen zugestimmt wird!)

Ich stelle einmal ganz neutral fest, dass die große Versuchung besteht, dass eine Ebene immer einer anderen Ebene etwas vor die Türe legt und sagt: „Baue einmal diese Vorschriften ab!“ Warum fängt denn das Land eigentlich nicht selber bei den Möglichkeiten an, die es hat?

(Beifall bei der SPD – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das haben wir doch schon gemacht!)

Wir haben einmal nachgefragt, was der Bürokratieabbaubeauftragte im Staatsministerium hingekriegt hat: e i n e gute Leistung. Man muss jetzt, wenn man Wühlmäuse in

(Schmiedel)

Friedhöfen bekämpft, nicht mehr nach Nordrhein-Westfalen, um einen entsprechenden Schein zu erwerben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber wenn das alles ist, dann sage ich einmal: Wir haben ja einen Bürokratie-TÜV im Wirtschaftsministerium, und es gibt noch weitere Möglichkeiten. Wenn das Land Baden-Württemberg bei seinen eigenen Vorschriften anfängt und dort wirklich abbaut, ist es sehr viel glaubwürdiger, wenn es von anderen verlangt, Gleiches zu tun.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wir haben doch schon abgebaut!)

Das Zweite: Natürlich brauchen wir auch künftig Bürgerschaftsprogramme. Die Frage ist –

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

weil wir eine Abstimmung brauchen –, was das Land und was der Bund macht. Wir brauchen einen Kreditzugang, insbesondere zu Kleinkrediten.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das haben wir doch!)

Wir haben ein Riesenproblem. Es liegt nicht etwa am bösen Willen oder an mangelndem Mut, sondern schlicht am Verhältnis, weil wir alle durch die Tür der Hausbank müssen. Es geht also um die Diskrepanz zwischen dem, was an Gewinn übrig bleibt oder sich automatisch bei kleinen Krediten an Verlust ergibt, und dem Aufwand. Deshalb ist die Kreditanstalt für Wiederaufbau dabei, die so genannte Kreditfabrik zu entwickeln, um die Vorgänge zu automatisieren und zu systematisieren. Wir würden uns wünschen, dass sich die L-Bank in diesen Prozess einklinkt, denn wir glauben, dass wir insbesondere bei kleinen Unternehmenskrediten von dem großen Prüfaufwand weg hin zu automatisierten Verfahren und zu kalkulierten Risiken kommen müssen, auch unter Inkaufnahme von Ausfällen, damit wir insbesondere kleine und mittlere Unternehmen besser mit kleinen und mittleren Krediten versorgen können.

Jetzt zum Thema „Steuern und Verlagerungen“. Zunächst einmal möchte ich sagen: Wir haben Dinge gemacht, die Sie in Ihrer Regierungszeit nie in Angriff genommen haben. Der Mittelstand hat immer die Anrechenbarkeit der Gewerbesteuer verlangt. Dem sind Sie nie nachgekommen. Jetzt ist es gemacht. Jetzt können Sie doch Danke sagen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Wir haben den Körperschaftsteuersatz auf 25 % gesenkt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Aber es reicht halt nicht! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Jetzt sagen Sie: Es gibt in Osteuropa Länder, die noch niedrigere Steuersätze haben.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Österreich!)

Was viel gefährlicher ist: Sie haben auch Versprechungen gegeben, über viele Jahre hinweg gar keine Steuern zu verlangen.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Ich finde es unerträglich, dass Sie sich an diesem Wettlauf aktiv beteiligen wollen. Sie sagen angesichts unserer Haushaltssituation, wir sollten uns an Steuersätzen in Osteuropa messen, anstatt die Bundesregierung bei dem Bemühen zu unterstützen, in Europa eine Steuerharmonisierung hinzubekommen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Nicht wir! Der Bundeswirtschaftsminister hat das vorgeschlagen, Herr Kollege! – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Wollen Sie denn weiterhin über die EU die Straßen in Polen und in Litauen bezahlen – von unserem Geld –,

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wir reden von Westeuropa! – Abg. Dr. Birk CDU: Selbst der Bundeskanzler will es, Herr Kollege!)

während wir gleichzeitig auf Steuern verzichten sollen? Das funktioniert doch nicht!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Herr Schmiedel ist entgleist! – Zuruf von der CDU: Schmiedel verausgabt sich!)

Jetzt noch einmal zu dem C1-Programm, weil das infrage gestellt wurde: Eine der Stärken unseres Landes ist – darauf weist auch die Industrie- und Handelskammer hin; wir wissen das aber auch selbst – unser guter Forschungshorizont. Ich will gar nichts schlechtreden, aber auf eine Gefahr aufmerksam machen. Wenn wir in diesem Transfer zwischen Grundlagenforschung und Produktion nachlassen, dann verlieren wir; und wir haben die besten Voraussetzungen. Deshalb sagen wir: C1 heißt übersetzt „betriebliche Forschungsförderung“, einzelbetriebliche Forschungsförderung – aber nicht wie früher mit der Gießkanne, wobei jeder, der etwas macht, einen Antrag stellt und, wenn das sinnvoll ist, Geld bekommt.

Vielmehr sollten wir erwägen, in die Bereiche, die wichtig sind, hineinzugehen, zum Beispiel bei der Zulieferindustrie und bei der gemeinsamen Entwicklung von neuen Technologien und dem Voranbringen von Kooperationen, wie es beispielsweise in Österreich mit großem Erfolg geschieht. Man setzt die Themen selbst und lässt sich nicht überraschen von den Themen, die von außen kommen. Dann haben wir unserer Meinung nach beispielsweise mit diesem Thema einen guten Beitrag zur Untermauerung der Überzeugung geliefert, dass es besser ist, hier zu produzieren, in diesem guten Umfeld, in diesem Netzwerk, anstatt die Produktion zu verlagern.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmid SPD: Jawohl! – Abg. Kübler CDU: Eine flammende Rede! – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gemäßigt! Staatsmännisch! – Weitere Zurufe von der CDU – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Pfister.

Wirtschaftsminister Pfister: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihnen allen zunächst einmal für Ihr Verständnis dafür danken, dass der Wirtschaftsminister überhaupt nicht anders kann, als mit diesem Haushalt den Versuch zu machen, eine mittlere Linie zu fahren – eine mittlere Linie mit dem Ziel, auf der einen Seite das zu tun, was dringend notwendig ist, nämlich einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten – wer möchte dies in Abrede stellen? –, und auf der anderen Seite deutlich zu machen, dass es Kernbereiche der baden-württembergischen Wirtschaftspolitik gibt, die nicht angetastet werden dürfen, sondern eher noch gestärkt werden müssen.

(Abg. Schmiedel SPD: Dann mal raus damit! Da bin ich aber mal gespannt!)

Das ist diese mittlere Linie. Ich bin dem Kollegen Hofer sehr dankbar dafür, dass er darauf hingewiesen hat – um zum Thema Haushaltskonsolidierung noch einen Satz hinzuzufügen –, dass sich das Wirtschaftsministerium alles vorwerfen lassen kann, eines aber nicht: dass es nicht schon in der Vergangenheit sehr rechtzeitig damit begonnen hätte, diese Haushaltskonsolidierung zu betreiben, und zwar stärker zu betreiben als jedes andere Ministerium.

Wenn die Subventionen in den letzten vier, fünf Jahren im allgemeinen Landeshaushalt um 5 % gestiegen sind und die Subventionen im Bereich des Wirtschaftsministeriums gleichzeitig um 36 % zurückgefahren wurden, dann ist das ein deutlicher Beweis dafür, dass das Wirtschaftsministerium über Subventionsabbau und Einsparungen nicht nur redet, sondern tatsächlich auch konkret handelt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aber ich will auch darauf hinweisen, dass es in der Struktur des Wirtschaftsministeriums natürlich deutliche Umwälzungen gegeben hat.

Die Integration des Landesgewerbeamts in das Wirtschaftsministerium ist bereits angesprochen worden. Ich will nicht verhehlen, dass es vielleicht den einen oder anderen gibt, der dem altherwürdigen Landesgewerbeamt mit einem kleinen Tränchen im Auge nachtrauert. Aber eines ist auch klar: Die Integration des Landesgewerbeamts in das Wirtschaftsministerium war in der gegebenen Situation die beste Lösung, die wir wählen konnten.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Erstens sparen wir damit ganz eindeutig allgemeine Verwaltungskosten. Sie können das daran sehen, dass bereits in diesem Haushalt gewissermaßen als vorweggenommene Effizienzrendite 1 Million € bei den laufenden Betriebsausgaben eingespart werden.

Zweitens haben wir durch die Integration in das Wirtschaftsministerium eine Zersplitterung der Wirtschaftsförderung vermieden.

(Abg. Schmiedel SPD: Na, na, na!)

Drittens wurde das Landesgewerbeamt dort eingegliedert, wo auch nach Aussage des Rechnungshofs eine weit unterdurchschnittliche Kostendynamik im Vergleich mit anderen

Wirtschaftsfördereinrichtungen zu verzeichnen ist, nämlich im Wirtschaftsministerium. Wie gesagt, das sage nicht nur ich, sondern dies sagt auch der Rechnungshof.

Der Rechnungshof hat ja alle Wirtschaftsfördereinrichtungen im Land untersucht und die Frage gestellt: Welche Wirtschaftsfördereinrichtung ist am ehesten in der Lage, besonders effizient zu arbeiten? Er hat weiter gesagt: Bei einem Ressourceneinsatz von etwa 1 Million € erreicht eine Wirtschaftsfördereinrichtung in Baden-Württemberg ein durchschnittliches Fördervolumen von rund 7 Millionen €. Im Wirtschaftsministerium werden aber nicht 7 Millionen € erreicht, sondern 43 Millionen €. Der Rechnungshof macht diese Rechnung auf, nicht ich, Herr Kollege Schmiedel. Ich finde, wenn der Rechnungshof eine solche Rechnung aufmacht und dem Wirtschaftsministerium attestiert, dass es nicht nur sparsam, sondern auch effizient arbeite, dann können eigentlich auch Sie das ruhig glauben und übernehmen.

Der Rechnungshof kommt zu folgendem Fazit:

(Glocke der Präsidentin)

– Augenblick! Darf ich den Satz noch sagen?

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Gerne.

Wirtschaftsminister Pfister: Der Rechnungshof kommt zu folgendem Fazit: Wenn die Personalkosten des Wirtschaftsministeriums um die nicht beeinflussbaren Tarifsteigerungen bereinigt werden würden, dann ergäbe sich sogar eine Kostenabnahme. Dies ist also ein eindeutiger Beweis dafür, dass im Wirtschaftsministerium sparsam und effizient gearbeitet wird.

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Wirtschaftsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stichelberger?

Wirtschaftsminister Pfister: Ja, gerne.

Abg. Stichelberger SPD: Herr Minister, gestatten Sie eine Frage zur Eingliederung des Landesgewerbeamts in das Wirtschaftsministerium?

Wirtschaftsminister Pfister: Ja.

Abg. Stichelberger SPD: Meine Frage: Kennen Sie den Artikel in der „Stuttgarter Zeitung“ – Überschrift: „Sang- und klangloses Ende einer königlich geförderten Einrichtung“ – zur Steinbeis-Stiftung, wonach der Hauptgeschäftsführer des Baden-Württembergischen Handwerkstags Richter im Hinblick auf die Eingliederung sagt: „Die Bürokratie hat zugenommen, die Verfahren dauern länger.“?

Wirtschaftsminister Pfister: Ich kenne den Artikel nicht. Aber ich bin, wie Sie sich denken können, mit Herrn Richter ständig im Gespräch.

Ich will überhaupt nicht abstreiten, dass es beim Übergang des Landesgewerbeamts in das Wirtschaftsministerium Geburtswehen gibt. Das ist völlig klar. Sie werden aber Schritt für Schritt abgebaut.

Wichtig ist aber – und darin bin ich mit Herrn Richter einig –, dass durch die Integration in das Wirtschaftsministerium

(Minister Pfister)

eine Zersplitterung der Förderung vermieden werden konnte. Deshalb bleibe ich dabei – auch der Rechnungshof sagt dies; ich habe Ihnen das anhand von Zahlen bewiesen –, dass im Wirtschaftsministerium mit dieser Integration sparsam und effizient gearbeitet wird.

(Abg. Schmiedel SPD: Aber das ist Blödsinn! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

Wirtschaftsminister Pfister: Bitte.

(Zuruf: Ruhig bleiben! – Heiterkeit)

Abg. Schmiedel SPD: Herr Minister, können Sie sich daran erinnern, dass der Rechnungshof bei den Beratungen des Finanzausschusses zum Thema Wirtschaftsförderung ausgeführt hat, er halte es für einen Konstruktionsfehler, dass jetzt operative Aufgaben in das Ministerium verlagert werden, und vorgeschlagen hat – wie wir, aber auch die Grünen und früher auch einmal die CDU –, alles unter dem Dach der L-Bank zu konzentrieren? Wie kommen Sie jetzt darauf, dass der Rechnungshof die Integration gutheißt?

Wirtschaftsminister Pfister: Weil ich nicht etwa dargestellt habe, was mir eingefallen ist, sondern zitiert habe, was der Rechnungshof in seinem Bericht geschrieben hat.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Von wann?)

Ich darf noch einmal sinngemäß wiedergeben: Er sagt, dass durch die Integration eine weit unterdurchschnittliche Kostendynamik entstanden ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist doch völlig nebensächlich! Sie müssen sich einmal die Vorschläge, die Bewertung anschauen!)

Das heißt also: Auch der Rechnungshof weist ausdrücklich darauf hin, dass durch diese Integration eine unterdurchschnittliche Kostendynamik entstanden ist, also Kosten eingespart werden können. Das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Schmid SPD: Er hat die Integration aber ausdrücklich abgelehnt!)

Meine Damen und Herren, es war völlig in Ordnung, dass der Kollege Schmiedel vorhin gesagt hat – da bin ich seiner Meinung –: Bei der Betrachtung der allgemeinen Wirtschaftslage auch in Baden-Württemberg ist das Glas nicht halb leer, sondern halb voll. Da gebe ich Ihnen völlig Recht.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Allerdings muss ich sagen, dass ich die gestrigen Reden der Oppositionspolitiker noch ganz anders im Ohr habe. Da dachte ich nun wirklich, dass ich auf einem anderen Stern und in einem falschen Film bin. Denn dabei wurde nun wirklich in einer Art und Weise über die Wirtschaftslage auch des Landes Baden-Württemberg gejammert, die der realen Situation überhaupt nicht gerecht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist die Rollenteilung! Optimist!)

Ich will jetzt einmal nicht Schlagzeilen vorlesen, die überregionale Bedeutung haben, sondern Schlagzeilen, die für das Land Baden-Württemberg gelten. Dieser Tage stand in den „Stuttgarter Nachrichten“: „Die Zuversicht steigt“. „Stuttgarter Zeitung“: „Unternehmen im Land mit der Lage zufrieden“. „Badisches Tagblatt“: „Wirtschaft schöpft Hoffnung“.

(Abg. Schmiedel SPD: Das hat alles mit Berlin zu tun!)

Das betrifft alles Umfragen aus den letzten Wochen.

(Abg. Schmiedel SPD: Ja, alles Berlin! – Gegenruf des Abg. Kübler CDU – Abg. Schmiedel SPD: Unser Optimismus!)

Herr Kollege Schmiedel, das sind alles Schlagzeilen, die auf Umfragen zurückgehen, die bei 4 000 Unternehmen in Baden-Württemberg durchgeführt worden sind.

(Zurufe der Abg. Boris Palmer GRÜNE und Schmiedel SPD)

Dabei wird zum Beispiel auch deutlich, dass der Anteil an Unternehmen, die die Lage als gut bezeichnen, inzwischen von 21 auf 29 % gestiegen ist. Bei dieser Umfrage wird außerdem deutlich, dass der Anteil der Betriebe mit schlechtem Geschäftsverlauf in Baden-Württemberg heute 17 % beträgt, nachdem er früher bei 23 % gelegen hat. Deutlich wird auch, dass rund die Hälfte der exportierenden Industriebetriebe mit weiter steigenden Ausfuhren rechnet. Deshalb ist es auch goldrichtig – darauf wurde hingewiesen –, dass wir mit unserer Wirtschaftspolitik und mit der neuen Landesmesse ein vorzügliches Schaufenster zur Welt anbieten können.

Es bleibt dabei: Wenn wir als Exportland Nummer 1 wollen, dass wir auch in der Zukunft in der Messepolitik nicht im Mittelfeld, sondern an der Spitze der Bundesliga und in der europäischen Liga spielen,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: In der Weltliga!)

dann bleibt nichts anderes übrig, als den Weg vom Killesberg auf die Filder zu beschreiten. Andernfalls werden wir dieses Ziel nicht erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Wir sollten alle doch auch zufrieden sein, wenn wir feststellen – das muss man einfach auch sagen; warum sollte man das denn verschweigen? –, dass wir in Baden-Württemberg seit Jahr und Tag die geringste Arbeitslosigkeit haben! Warum sollen wir verschweigen, dass wir in Baden-Württemberg die geringste Jugendarbeitslosigkeit haben? Warum sollen wir verschweigen, dass dieses Land Baden-Württemberg besonders innovativ ist? Warum sollen wir verschweigen, dass die Anzahl der Patentanmeldungen in Baden-Württemberg doppelt so hoch ist wie im Bundesdurch-

(Minister Pfister)

schnitt? Warum sollen wir verschweigen, dass das Statistische Landesamt uns sagt, dass die Region Baden-Württemberg innerhalb der Europäischen Union

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

die höchste Innovationskraft hat?

(Abg. Birzele SPD: Warum sollen wir verschweigen, dass der Wirtschaftsminister Pfister heißt?)

Warum sollten wir das denn alles verschweigen? Ich sage nicht, dies sei das Verdienst des Wirtschaftsministers, damit das einmal klar ist.

(Zuruf des Abg. Braun SPD)

Das ist vielmehr das Verdienst von fleißigen Leuten, von innovativen Köpfen in unserem Land Baden-Württemberg. Ich muss Ihnen sagen: Ich bin stolz darauf,

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

in einem Land zu leben, das solche wirtschaftspolitischen Erfolge hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Warum sollen wir verschweigen, Herr Kollege Birzele, dass in Baden-Württemberg die Anzahl von Pleiten und Insolvenzen am geringsten ist?

(Zuruf des Abg. Birzele SPD – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wer verschweigt das denn?)

Warum sollten wir das alles verschweigen? Warum sollen wir verschweigen, dass es Länderrankings gibt – das letzte wurde erst wieder vor wenigen Monaten aufgestellt –, in denen festgestellt wird, dass das Land Baden-Württemberg den Platz 1 einnimmt, vor Bayern und Hessen?

Ich finde all diese Ergebnisse hervorragend. Ich finde auch, Herr Kollege Schmiedel:

(Abg. Schmiedel SPD: Warum sollten wir verschweigen, dass wir das AAA verloren haben?)

Es gibt für das Land Baden-Württemberg überhaupt keinen Grund, zu jammern. Deshalb sollten Sie von der Opposition Ihre Reden, die Sie gestern gehalten haben, in denen Sie über den Zustand, über die Wirtschaftskraft des Landes Baden-Württemberg gejammert haben,

(Abg. Schmid SPD: Ja, bei der Rekordverschuldung!)

so schnell wie möglich dahin geben, wo sie hingehören, nämlich in den Papierkorb.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Wir könnten mehr! Warum sollten wir verschweigen, dass wir mehr könnten? – Abg. Schmid SPD: Warum sollten wir verschweigen, dass innerhalb von 14 Jahren die Verschuldung verdoppelt worden ist? – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD – Abg. Schmid SPD: Warum sollten wir verschweigen, dass die Schulsozialarbeit gestrichen wird?)

Jetzt will ich gern auf einige Punkte eingehen, von denen ich glaube, dass sie zu den Kernaufgaben der Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg gehören.

(Abg. Capezzuto SPD: Da hat er jetzt etwas angefangen!)

Eine dieser Kernaufgaben ist natürlich die Mittelstandspolitik. Ich will der kritischen Bemerkung, dass sich in Baden-Württemberg in der Mittelstandspolitik nichts bewege, mit Zahlen begegnen: Wenn Sie sich das Mittelstandsförderungsgesetz für Baden-Württemberg – das ist wohl maßgeblich –, die darin dargestellten Aufgaben und die Entwicklung der Ausgaben des Landes Baden-Württemberg für diese Mittelstandsförderung ansehen, werden Sie feststellen, dass wir im Jahr 2003 104,5 Millionen € und im Jahr 2004 102,6 Millionen € ausgegeben haben und dass wir im Jahr 2005, also in diesem Jahr, 108,3 Millionen € und im Jahr 2006 109 Millionen € ausgeben werden. Das heißt, ich kann mit Zahlen belegen, dass Mittelstandspolitik nicht nur ein Bereich ist, der geschont worden ist, sondern dass wir in der Tat in den kommenden zwei Jahren für die zentralen Bereiche der Mittelstandspolitik sogar mehr Möglichkeiten zur Verfügung haben, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

In anderen Bereichen mussten wir natürlich einsparen, sonst ginge die Rechnung nicht auf. Adam Riese gilt auch hier.

Ich will dadurch nur zum Ausdruck bringen, dass gerade die Mittelstandspolitik für uns ganz zentrale Bedeutung hat. Innerhalb der Mittelstandspolitik geht es in der Tat um die berufliche Bildung. Hier will ich all denjenigen, die vorher davon gesprochen haben – ich weiß nicht mehr, wer es war –, nochmals klipp und klar sagen: Bei den Aufgaben der überbetrieblichen Ausbildung, also den Kosten für die Lehrgänge der überbetrieblichen Ausbildung, wird nicht ein einziger Cent eingespart. Auch die globale Minderausgabe ist bereits abgewehrt. Das heißt, wir sagen: Mittelstandspolitik und berufliche Bildung sind Schwerpunkte der Landesregierung und des Wirtschaftsministeriums. Mit den Zahlen, die ich vorgelesen habe, kann ich dies jederzeit gut beweisen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Dies gilt selbstverständlich auch für das besonders wichtige Thema Lehrstellen. Ich bin froh darüber, dass wir in den nächsten beiden Jahren für die Lehrstellenwerber immerhin sogar 300 000 € mehr zur Verfügung haben werden. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, dass sich erstens das Instrument Lehrstellenwerber im abgelaufenen Jahr gut bewährt hat und dass zweitens in den kommenden Jahren die Situation auf dem Lehrstellenmarkt mit Sicherheit nicht einfacher, sondern sogar noch schwieriger werden wird. Also brauchen wir dieses Instrument.

Ich will an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Wirtschaft in diesem nationalen Pakt versprochen hat, eine zusätzliche Zahl an Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Ich will für Baden-Württemberg sagen, dass das die baden-württembergische Wirtschaft nicht nur versprochen

(Minister Pfister)

hat, sondern dass sie auch ihr Wort gehalten hat. Und dafür bin ich der baden-württembergischen Wirtschaft außerordentlich dankbar;

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

denn es ist mir wichtig, nicht nur die Qualifikation dieser Betriebe zu stärken, sondern auch den jungen Menschen, die aus der Schule kommen, eine Perspektive zu geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich finde, die baden-württembergische Wirtschaft hat insofern Respekt und Dank verdient.

Deshalb hoffe ich sehr, dass in Berlin niemand auf die Idee kommt, dieses bürokratische Monstrum Lehrstellenabgabe noch einmal auszupacken; das wäre immerhin denkbar.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Zuruf des Abg. Herrmann CDU)

Ich setze da sehr auf den Bundeskanzler und den Bundeswirtschaftsminister, die beide unisono erklärt haben, dieser Lehrstellenpakt sei ein großer Erfolg gewesen. Es gibt auch im nächsten Jahr überhaupt keinen Grund, dieses bürokratische Monstrum Lehrstellenabgabe noch einmal auszupacken. Wir haben in Baden-Württemberg und anderswo bewiesen, dass wir in der Lage sind, auch ohne gesetzliche Vorgaben genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Weil es wichtig ist, will ich jetzt einen zweiten Punkt nennen. Herr Kollege Schmiedel hat einige Punkt angesprochen, auf die man einfach eingehen muss. Er hat dabei einen zweiten Punkt genannt, nämlich den Technologiestandort Baden-Württemberg. Das ist ganz wichtig. Herr Kollege Schmiedel, mir brauchen Sie nicht zu erklären, dass ein starker Wirtschaftsstandort auch stark mit einem starken Technologiestandort verbunden ist. Das ist völlig unbestritten.

Was heißt dies? Machen wir dies einmal am Beispiel der wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen klar. Diese wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen sind geschaffen worden, um eine Möglichkeit zu haben, den Transfer zu erleichtern, um Forschungsergebnisse aus der Grundlagenforschung möglichst rasch und möglichst effizient in marktfähige Produkte und marktfähige Dienstleistungen umzuwandeln. Das ist die Aufgabe dieser wirtschaftsnahen Forschungsinstitute.

Im Jahr 2005 werden die Forschungsinstitute genau den gleichen Betrag bekommen wie im Jahr 2004, mit einer Ausnahme: Sie wissen, dass wir vor drei Jahren beschlossen haben, zwei von damals elf Forschungsinstituten zu schließen. Das ist der Grund, weshalb es nominell natürlich zu einer Einsparung kommt, weil diese Forschungsinstitute jetzt, nach drei Jahren, aufgelöst sind und nicht mehr im Haushalt erscheinen. Aber die anderen neun Institute werden auch in der Zukunft im vollen Umfang gefördert – so, wie wir das in der Vergangenheit gemacht haben.

Ich finde es richtig, Herr Kollege Schmiedel: Wenn man schon knappe Kassen hat, dann muss man sich überlegen, ob man nur Sparvorgaben nach der Rasenmähermethode machen will oder ob es nicht besser ist, darauf hinzuwirken, dass bestimmte Schwerpunkte gebildet und dass diese Schwerpunkteinrichtungen dann auch finanziell entsprechend gefördert werden. Das ist besser, als mit der Gießkanne zu verfahren. Genau dies haben wir gemacht. Ich glaube, dass das auch der richtige Weg ist. Insofern kann man sagen, meine Damen und Herren, dass auch die Technologiepolitik des Landes Baden-Württemberg einen Schwerpunkt darstellt. Dies gilt vor allem deshalb, weil auch aus der Zukunftsoffensive IV noch einmal rund 25 Millionen € zusammen mit der Verbundforschung in diesen Bereich hineinfließen werden.

Sie haben schließlich einen dritten Punkt angesprochen, auf den ich auch gern noch eingehen möchte. Das betrifft das Thema Energiepolitik. Auch hier haben wir einige wichtige Signale gesetzt, was die Geothermie in Baden-Württemberg angeht. 2006 und 2007 werden jeweils 2 Millionen € hierfür in den Haushalt eingestellt. Das wissen Sie. Ziel ist, dass wir im Bereich der regenerativen Energien einen deutlichen Schritt nach vorn tun – wohlgermerkt bei einer Technologie, die auf Baden-Württemberg zugeschnitten ist und die in Baden-Württemberg auch große Erfolgsaussichten hat.

(Abg. Fischer SPD: Das bestreitet doch gar niemand, Herr Minister!)

Das werden wir selbstverständlich machen. Aber lassen Sie mich doch noch einige Bemerkungen zum Thema Energiepolitik insgesamt machen.

Ich bin der Meinung, dass wir in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt nicht umhinkommen, die drei Ziele anzustreben, die Herr Kollege Hofer bereits genannt hat: Wir brauchen eine Energiepolitik, die sicher ist. Wir brauchen eine Energiepolitik, die wirtschaftlich ist, die also sparsam ist. Und wir brauchen eine Energiepolitik, die ökologisch ist. Ich bin davon überzeugt, dass wir auch in der Zukunft in Baden-Württemberg auf einen Energiemix nicht verzichten können, wenn wir diese drei Ziele erreichen wollen. Dieser Energiemix wird aller Wahrscheinlichkeit nach so aussehen, dass wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten einen zunehmenden Anteil an regenerativen Energien bekommen werden, dass wir einen abnehmenden Anteil bei der Steinkohle haben werden und dass wir auf absehbare Zeit nicht auf die Kernenergie verzichten können, meine Damen und Herren.

Wenn Sie bedenken, dass nach Ihrer Vorstellung die letzten Kernkraftwerke in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2020 abgeschaltet sind, und wenn Sie berücksichtigen, dass die alten Kohlekraftwerke sowieso noch erneuert werden müssen, dann erkennen Sie, dass wir bis zum Jahr 2020 eine Energielücke in der Größenordnung von 7 500 Megawatt haben werden. Das ist die Lage, von der wir ausgehen müssen. Ich glaube nicht daran, dass diese Lücke allein durch regenerative Energien gedeckt werden kann. Ich habe auch große Zweifel, ob es sinnvoll ist – Stichwort Kyoto-Protokoll –, diesen großen Bedarf mit Kohlekraftwerken aufzufangen.

(Minister Pfister)

Ich sage Ihnen: Wir werden auf absehbare Zeit nicht aus der Kernenergie aussteigen können. Deshalb werden wir nach 2006, wenn wir dazu die Möglichkeit haben, den Ausstieg aus dem Ausstieg vollziehen, um auf diese Art und Weise die drei genannten Ziele der Energiepolitik tatsächlich zu erreichen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmiedel SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Jetzt nicht.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist aber zentral!)

– Ich will den Satz noch zu Ende führen. – Das ist die erste Voraussetzung, die wir schaffen müssen.

Jetzt haben Sie, Herr Kollege Schmiedel, auch noch die Frage gestellt: Was muss man in Baden-Württemberg tun, damit die Energiepolitik hier gefördert werden kann? Zunächst einmal glaube ich, dass dazu auch der Bund seine Hausaufgaben machen muss. In zwei Bereichen muss der Bund seine Hausaufgaben machen. Der erste Bereich betrifft die Neuregelung der Verschmutzungszertifikate. Diese Regelung der Verschmutzungszertifikate ist eine Lex NRW. Sie ist deshalb eine Lex NRW, weil sich der Übergang von alten Kohlekraftwerken zu neuen Kohlekraftwerken wesentlich günstiger darstellt als der Übergang in Baden-Württemberg, so, wie Sie das wollen, von Kernkraftwerken auf Kohlekraftwerke. Wir sind die Verlierer bei dieser Neuregelung,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wollen Sie ein neues Kohlekraftwerk bauen? Wollen Sie das wirklich, Herr Minister?)

und deshalb kann ich Sie nur auffordern, dafür zu sorgen, dass diese Neuregelung bei den Verschmutzungszertifikaten in der Zukunft noch einmal umgestellt wird, damit Baden-Württemberg energiepolitisch durch diese Regelung keine Nachteile bekommt. Das ist das der eine Bereich.

(Glocke der Präsidentin)

Der zweite Bereich betrifft das Energiewirtschaftsgesetz. Meine Damen und Herren –

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel? Oder hat sich das mit den Ausführungen erledigt, Herr Schmiedel?

Wirtschaftsminister Pfister: Das hat sich erledigt, vielen Dank.

(Abg. Schmiedel SPD: Ja was jetzt? Ja oder nein?
– Abg. Wieser CDU: Wenn es nicht auf die Redezeit angerechnet wird! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Hat sich erledigt!)

Herr Kollege Schmiedel, vielleicht komme ich darauf –

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

(Abg. Schmiedel SPD: Ja oder nein!)

Wirtschaftsminister Pfister: Ja, natürlich.

(Zurufe – Heiterkeit)

Abg. Schmiedel SPD: Herr Minister, wir stimmen überein, was die Beurteilung der Spielregeln des Emissionshandels anbelangt.

Wirtschaftsminister Pfister: Danke, das ist sehr gut.

Abg. Schmiedel SPD: Aber nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass Ihre erklärte Politik der Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke ein Totschlagargument für jede Investition in neue Kraftwerke ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn die Produktion in neuen Kraftwerken kann nie mit dem Weiterführen der Produktion in abgeschriebenen Kraftwerken konkurrenzfähig sein. Deshalb wird kein Investor auf die Idee kommen, in Baden-Württemberg zu investieren, solange Parolen herumgeistern wie die, wir verlängerten die Laufzeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Fleischer CDU: Die Argumentation auf den Kopf gestellt!)

Wirtschaftsminister Pfister: Herr Kollege Schmiedel, das brauchen wir jetzt im Detail nicht ausdiskutieren. Ich habe ja deutlich gesagt: Ich will den Energiemix. Und dieser Energiemix wird – jedenfalls in den nächsten 20, 25 oder 30 Jahren – nicht ohne Atomenergie auskommen. Aber lassen wir das.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Jetzt nicht, ich möchte zum Ende kommen.

Es gibt noch einen weiteren Punkt, bei dem Berlin die Hausaufgaben machen muss, und das ist das Energiewirtschaftsgesetz. Sie wissen, dass die Europäische Union bereits seit drei Jahren zu Recht darauf drängt, dass in Deutschland, aber auch in Baden-Württemberg endlich die entsprechende Richtlinie umgesetzt wird, sodass wir hier einen echten Wettbewerb auch auf dem Strommarkt bekommen. Diesen Wettbewerb haben wir, wie Sie wissen, bis zur Stunde nicht. Wir haben ihn deshalb nicht, weil es uns noch nicht gelungen ist, eine entsprechende Regelung bei den Netzzugangskosten zu erreichen. Die Netzzugangskosten machen aber 40 % der Kosten für die Kilowattstunde Strom aus. Deshalb fordere ich Sie auf, endlich dafür zu sorgen, dass im Energiewirtschaftsgesetz der Netzzugang dahin gehend geregelt wird, dass tatsächlich mehr Wettbewerb möglich ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Da sind wir doch dabei!
Das ist doch am Laufen!)

Auf diese Art und Weise können Sie auch den Standort Baden-Württemberg stärken. Nur: Sie müssen die Hausaufgaben machen.

Sie haben es bis zum heutigen Tag nicht fertig gebracht, ein Energiewirtschaftsgesetz auf den Weg zu bringen. Ich for-

(Minister Pfister)

dere Sie auf, das so schnell wie möglich zu machen, meine Damen und Herren.

(Abg. Schmiedel SPD: Machen wir! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel?

Wirtschaftsminister Pfister: Bitte.
(Unruhe)

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Minister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die fehlende Regelung zum Netzzugang auch darauf zurückzuführen ist, dass die Wirtschaft zunächst auf eine Verbändevereinbarung setzte, diese aber nicht auf die Reihe gekriegt hat und dass die Politik jetzt nachbessern muss?

Wirtschaftsminister Pfister: Das ist richtig. Aber Sie wissen, dass der Bundeswirtschaftsminister dieses Gesetz bereits zum 1. Juli 2004 verabschiedet haben wollte. Jetzt haben wir 2005, und es wird, wie ich höre, wiederum nicht gelingen, dieses Gesetz zum 1. Juli 2005 auf den Weg zu bringen. Ich sage das ja nur deshalb: Der Strommarkt in Deutschland insgesamt – darüber sind wir uns ja sicherlich einig – leidet darunter, dass wir zu wenig Wettbewerb im Strommarkt haben. Dieser Wettbewerb muss durch eine bessere Lösung beim Netzzugang hergestellt werden. Das ist die ganze Wahrheit, die ich Ihnen nur sagen möchte.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Ich möchte es bei diesen wenigen Beispielen belassen.

Ich glaube, dass man mit Fug und Recht behaupten kann, dass es in diesem Haushalt deutliche Akzente in Bereichen gibt, die für die Wirtschaftspolitik des Landes Baden-Württemberg wichtig sind. Das ist die Mittelstandspolitik, das ist die berufliche Bildung, das ist auch die Außenwirtschaftsförderung, über die ich noch nicht gesprochen habe. Das sind Bereiche, auf die ich hingewiesen habe.

Ich kann Ihnen sagen, dass wir bei dem schwierigen Austarieren der Haushaltsmittel schon darauf geachtet haben, dass hier auch entsprechende finanzielle Schwerpunkte gesetzt werden. Das gilt ausdrücklich auch für die Technologiepolitik. In der Tat gilt es, in der Zukunft eine ganze Menge in der Wirtschaftspolitik zu tun. Ich habe Ihnen die Beispiele genannt.

Weil es so viel zu tun gibt, möchte ich Sie an dieser Stelle herzlich bitten, Ihren Antrag zu Staatssekretär Mehrländer zurückzuziehen.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich finde, Staatssekretär Mehrländer macht eine so hervorragende Arbeit für dieses Land, dass er diesen Antrag nicht verdient hat, meine Damen und Herren.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Das ist der erste Minister, der den Staatssekretär lobt! – Abg. Fleischer CDU: Schätzbare Antrag! – Abg. Dr. Birk CDU: Zugabe! – Abg. Schmiedel SPD: Der hat ja

keine Kleider mehr an! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, mit der Feststellung schließen, dass dieses Land Baden-Württemberg nicht nur, wie Theodor Heuss einmal gesagt hat, ein Modell deutscher Möglichkeiten ist, sondern seit langer Zeit ein Modell europäischer Möglichkeiten ist, ein starkes europäisches Land, eine starke europäische Wirtschaftsregion.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Es lohnt allemal, sich dafür einzusetzen, dass dieses Land Baden-Württemberg auch in den nächsten Jahren die starke Wirtschaftsregion in Deutschland und in Europa ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wir sparen einen Minister ein!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, wir kommen zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 07 – Wirtschaftsministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/4007.

Ich rufe auf

Kapitel 0701

Ministerium

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4047-1. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Das Letztere war die Mehrheit.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Herrmann CDU: Mehrländer bleibt im Amt!)

Wir stimmen über Kapitel 0701 in der Fassung der Beschlussempfehlung ab. Wer dem Kapitel 0701 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Keiner. Damit ist das Kapitel 0701 angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0702

Allgemeine Bewilligungen

und dazu die Änderungsanträge Drucksachen 13/4047-4, 13/4047-2 und 13/4047-5.

(Abg. Fischer SPD: Ein bisschen lauter! Wir verstehen nichts! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Nicht zu verstehen!)

Herr Fischer.

Abg. Fischer SPD: Frau Präsidentin, ich möchte Sie nicht rügen. Aber wir verstehen hier überhaupt nichts. Vielleicht kann man das Mikrofon lauter einstellen. Wir wissen nicht, worüber wir abstimmen.

(Abg. Fleischer CDU: Deswegen machen wir es doch! – Abg. Wieser CDU: Das soll man nicht verstehen!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4047-4, zu Kapitel 0702. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Dr. Birk CDU: Nicht langsamer sprechen! –
Abg. Fleischer CDU: Nur lauter!)

Wer stimmt dagegen? – Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

(Heiterkeit)

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4047-2. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? –

(Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt im Moment kann man es gut verstehen!)

Wer enthält sich? – Niemand. Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4047-5. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Auch dieser Änderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über das gesamte Kapitel 0702. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Dr. Birk CDU: Sie spricht wie ein Roboter!)

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich?

(Abg. Dr. Caroli SPD: Stimmen Sie selber nicht mit? – Heiterkeit)

– Ich mache das analog, Herr Dr. Caroli. Ich bedanke mich für den Hinweis.

(Heiterkeit)

Dieses Kapitel wurde mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, ich habe nun die Frage an Sie, ob wir über die Kapitel 0703, 0704 und 0705 gemeinsam abstimmen können? –

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Getrennt!)

Nein.

Ich rufe auf

Kapitel 0703

Landesgewerbeamt

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Dem Kapitel 0703 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0704

Denkmalpflege

Wer dem Kapitel 0704 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel 0704 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0705

Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel 0705 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Kapitel 0706

Vermessungswesen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4047-3.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0706 abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich rufe auf – –

(Abg. Schmiedel SPD und Abg. Dr. Witzel GRÜNE: „Wer stimmt dagegen?“)

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme?

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

– Wer enthält sich der Stimme, Herr Dr. Caroli? – Dieses Kapitel wurde mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0709

Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Eine Enthaltung. Bei einer Enthaltung ist dieses Kapitel mehrheitlich angenommen.

Damit ist die Zweite Beratung des Einzelplans 07 abgeschlossen.

Ich rufe **Buchstabe e des Punktes 1** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 05: Justizministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4005

Berichterstatter: Abg. Herrmann

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 05 – Justizministerium – eine Gesamt-

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE werde ich am Ende der Einzelplanberatung zur Abstimmung stellen.

Wünscht der Berichterstatter, Herr Herrmann, das Wort?

(Abg. Herrmann CDU: Nein!)

– Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile Herrn Dr. Schüle von der CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Dr. Schüle CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Justizhaushalt ist auf größtmögliche Kontinuität in finanziell schwierigen Zeiten angelegt. Gute Rahmenbedingungen für eine reibungslos funktionierende Justiz sind in unserem gemeinsamen Interesse, sind in erster Linie im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger.

Zentrale Kernaufgabe unseres Staates ist es, den Rechtsstaat stark zu halten, die Bürgerinnen und Bürger effektiv vor Verbrechen zu schützen. Dazu gehört eine gut organisierte und zeitnahe Strafverfolgung.

Dieses Ziel haben wir bisher mit großen Anstrengungen und im Ergebnis mit Erfolg gemeistert. Nirgendwo in Deutschland leben die Menschen sicherer als in unserem Land. Ausweislich der Kriminalstatistik gibt es bei uns im Land, bezogen auf die Einwohnerzahl, die wenigsten Straftaten. Auch hier liegen wir inzwischen vor Bayern.

(Beifall bei der CDU sowie des Abg. Theurer FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Meine Damen und Herren, ein Sachverhalt ist bemerkenswert und muss hervorgehoben werden: Obwohl wir, wiederum in Relation zu der Zahl der Einwohner, weniger Richterinnen und Richter als alle anderen Bundesländer haben, sind unsere Verfahrensdauern in der Regel am kürzesten. Das bedeutet: Unsere Justiz arbeitet gut, effektiv und zeitnah.

(Abg. Fleischer CDU: Meistens!)

Ich nutze die Gelegenheit gerne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justiz – der Gerichte, der Staatsanwaltschaften, der Notariate, der Justizvollzugsanstalten – für ihre erfolgreiche Arbeit zu danken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Meine Damen und Herren, mit dem jetzigen Haushalt, der Einsparungen in Höhe von 19,69 Millionen € im Jahr 2005 und von rund 20 Millionen € im Jahr 2006 verkraften muss, ist es, wenn auch mit äußerster Anstrengung, gelungen, sicherzustellen, dass wir unsere Justizpolitik in Baden-Württemberg kontinuierlich fortsetzen können.

Gekürzt wurde vor allem beim Personal: durch die zahlenmäßige Verringerung von Stellen mit höherer Besoldungsstruktur, durch die Streckung von Investitionen im Softwarebereich und durch eine erhebliche Kürzung der Ent-

schädigung der Gemeinden für ihre personellen Aufwendungen für die Grundbuchämter.

Dabei müssen zwei Aspekte hervorgehoben werden.

Erstens: Die in den vergangenen Jahren enorm verbesserte Sachausstattung hat sich in der Praxis der Justiz als sehr positiv erwiesen, sodass ein Bremsen des Tempos vorübergehend vertretbar ist, wenn auch nicht auf Dauer.

(Unruhe)

Zweitens: Beim Personal wurde eingespart, gegenüber der allgemeinen Verwaltung aber in erheblich geringerem Umfang. Das ursprüngliche Ziel der Haushaltsstrukturkommission einer Einsparung um 5 % wurde auf 2,5 % bis zum Jahr 2008 herabgesetzt. Das dokumentiert deutlich: Wir wollen, dass unsere Justiz auch zukünftig am erfolgreichsten in ganz Deutschland arbeitet.

Wir bleiben dabei nicht stehen, sondern streben weitere Reformen an. Dafür gibt es klare Notwendigkeiten. Denn wir haben uns mit einer zunehmenden Zahl an Prozessen auseinander zu setzen. Diese Entwicklung ist wiederum darauf zurückzuführen, dass wir in den vergangenen Jahren eher mehr Gesetze bekommen haben als weniger. Auch macht uns der ganze Bereich der EU immer größere Sorgen bei der Umsetzung an der Basis in der Justiz.

Auf Initiative unseres Ministerpräsidenten haben wir im Zuge der allgemeinen, großen Verwaltungsreform die damalige Justizministerin beauftragt, Vorschläge für eine Justizreform zu machen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind weitestgehend umgesetzt und, soweit sie auf Bundesebene zu verfolgen sind, auf einem ordentlichen Weg.

(Unruhe)

Es hat sich aber klar herauskristallisiert, dass wesentliche Punkte der Justizreform auf Bundesebene umgesetzt werden müssen. Deshalb ist das unter maßgeblicher Beteiligung unseres Justizministers entwickelte Eckpunktepapier der Justizminister vom 25. November des vergangenen Jahres eine konsequente Fortsetzung unserer Justizpolitik hier in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie des
Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Stickelberger SPD:
Sicher?)

Zwei Beispiele will ich Ihnen nennen, Herr Stickelberger, wenn Sie fragen, ob das sicher sei. Erstens bekommen wir Rückendeckung für unseren Ansatz, Fachgerichtsbarkeiten, beispielsweise die Sozial- und die Verwaltungsgerichtsbarkeit, zusammenzulegen.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Ganz wichtig! – Abg.
Stickelberger SPD: Schauen mer mal!)

Und der zweite Punkt: Wir halten den Ansatz der Justizminister für richtig, den historisch gewachsenen, in der Regel dreigliedrigen Instanzenzug in unserem Land und in allen anderen Bundesländern in sinnvoller Weise zu überprüfen.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

(Dr. Schüle)

Ich darf Sie daran erinnern, Herr Kollege, dass wir – auch Sie – in der Aktuellen Debatte am 8. Dezember diesem Vorschlag positiv gegenübergestanden haben, jedenfalls damals.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wir schon immer, Sie aber nicht!)

Das gilt auch für den Kollegen Stickelberger. Deswegen freuen wir uns, wenn im Frühjahr des kommenden Jahres diese Ergebnisse auf dem Tisch liegen.

Meine Damen und Herren, eines ist auch klar: Die guten Leistungen unserer Justiz können wir auf Dauer nur dann aufrechterhalten, wenn wir die Justiz vor unnötigen oder unsinnigen Belastungen bewahren. Hier muss ganz aktuell das von der rot-grünen Bundesregierung geplante Antidiskriminierungsgesetz angesprochen werden, weil seine Umsetzung – so die ersten Aussagen auch der Arbeitsrichter – zu einer riesigen Prozessflut führen wird.

Der Grundgedanke ist natürlich richtig und eine Selbstverständlichkeit. Diskriminierungen dürfen in einer aufgeklärten Gesellschaft keinen Platz haben. Man muss ihnen gegebenenfalls auch energisch entgegenreten. Aber das jetzt vorgelegte konkrete Gesetzeswerk hätte unter mehreren Aspekten verheerende Folgen für die Justiz und darüber hinaus für den Wirtschaftsbereich. Der Gesetzentwurf sieht beispielsweise in § 15 vor, dass der Arbeitgeber in Zukunft die Beweislast dafür trägt, dass er einen Arbeitnehmer nicht diskriminiert hat. Es reicht aus, dass der Arbeitnehmer so genannte Vermutungstatsachen für eine Diskriminierung in einer Art und Weise vorträgt, dass das Gericht sie für wahrscheinlich hält. Wenn der Arbeitgeber das nicht entkräften kann, muss er Schadenersatz oder eine Entschädigung zahlen.

Was auch neu ist: Entsprechend dem amerikanischen Recht sind Schadenersatzansprüche in ihrer Höhe unbegrenzt. Auch das ist eine neue Dimension und stellt für Arbeitgeber ein Risiko dar, das wir ihnen nicht aufbürden können.

Dazu kommt: Betriebsräte, Gewerkschaften und so genannte Antidiskriminierungsverbände erhalten zusätzlich das Recht, eigenständig zu klagen, auch gegen den Willen der Betroffenen. Dies, meine Damen und Herren, wird dazu führen – das haben Arbeitsrichter prognostiziert –, dass eine riesige Prozessflut entsteht, und es wird zu einer Dokumentationspflicht ungeahnten Ausmaßes bei den Arbeitgebern führen, denn sie müssen sich dann schützen, wenn sie einen Arbeitnehmer konkret aussuchen möchten.

Dazu kommt, dass die EU-Richtlinie dieses konkrete Gesetz der Bundesregierung in der vorliegenden Form nicht fordert.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Es geht viel weiter, als es die EU von der Bundesrepublik Deutschland verlangt. Wir haben im Bereich der Benachteiligung im Verhältnis zwischen Mann und Frau in § 611 a des Bürgerlichen Gesetzbuchs hierzu bereits ausreichende Maßnahmen getroffen. Deshalb kommt dieses Gesetz im Kern einer groß angelegten Entmündigung des Bürgers und einer Unterhöhlung der Vertragsfreiheit gleich.

Dabei zeigen sich zwei unterschiedliche Ansätze, die man herausarbeiten muss. Statt auf die Menschen zu vertrauen – auch Arbeitgeber und Arbeitnehmer untereinander – und staatliche Eingriffe auf das Nötigste zu beschränken, zielt dieses Gesetz darauf ab, möglichst viel staatlich zu regeln und das vertrauensvolle Zusammenwirken – mit gegenteiligen Wirkungen – sozusagen gesetzlich zu erzwingen.

Deshalb abschließend: Wir sollten dafür kämpfen und uns dafür einsetzen, dass unsere Justiz in Baden-Württemberg ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann. Wir sollten darauf schauen, dass ihr nicht unnötig Steine wie das so genannte Antidiskriminierungsgesetz in den Weg gelegt werden. Wir danken dem Minister und bedanken uns bei den Mitarbeitern im Justizministerium für eine gute Zusammenarbeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wacker CDU: Gute Rede!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt kommt eine gute Rede! – Zuruf von der CDU: Wer sagt das? – Weiterer Zuruf von der CDU: Eine kurze!)

Abg. Stickelberger SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Justizhaushalt bewegt sich auf einem schmalen Grat zwischen rechtsstaatlichen Anforderungen einerseits und den knappen finanziellen Ressourcen andererseits. Diese Gratwanderung ist in diesem Haushalt gerade noch geglückt. Die Justiz steht vor großen Herausforderungen, und die Bediensteten der Justiz haben sich in den letzten Jahren diesen Herausforderungen in bewundernswerter Weise gestellt. Ich denke etwa nur an die technischen Erneuerungen im Bereich der Justiz und an die vielfachen Verfahrensänderungen.

Das verdient Lob und Anerkennung für die Dienststellen der Justiz, die Haftanstalten und auch die Mitarbeiter des Justizministeriums.

(Beifall bei der SPD)

Wegen dieser schwierigen Situation und in Anbetracht der finanziellen Umstände ist es umso wichtiger, dass die Justizpolitik in diesem Land verlässlich, berechenbar und solide geführt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade daran fehlt es hier.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Das ist nicht wahr!)

Die Justiz in Baden-Württemberg hat viele Probleme: Probleme in den Gefängnissen, finanzielle Probleme und andere Probleme. Das größte Problem sind Sie, Herr Justizminister.

(Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Theurer FDP/DVP: Jetzt aber! Das ist unqualifiziert, was Sie da sagen!)

(Stickelberger)

– Ach, Herr Theurer, beruhigen Sie sich. Herr Justizminister, wir haben ja Verständnis dafür, dass angesichts des personellen Ausblutens Ihrer Partei – –

(Lachen des Abg. Hofer FDP/DVP)

– Es ist so, Herr Hofer. Herr Döring hat es gestern selbst festgestellt.

Sie nutzen jedes Feld zur Profilierung als Spitzenkandidat. Dafür haben wir ja Verständnis, aber das darf nicht auf Kosten des Ansehens der Justiz in diesem Land gehen.

(Abg. Birzele SPD: Er kann ja gar nicht zurücktreten, weil sonst niemand da ist!)

Wenn ich mir anschau, wofür Sie sich alles aussprechen oder engagieren! Stuttgart 21 – ist es Ihre Aufgabe als Justizminister, hierzu eine führende Position zu markieren? Begnügen Sie sich mit den Problemen der Justiz in Baden-Württemberg, die groß genug sind. Überlassen Sie Stuttgart 21 Herrn Schuster und zur Not vielleicht noch Herrn Boris Palmer, das reicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Theurer FDP/DVP: Lieber nicht! – Abg. Hofer FDP/DVP: Ha no! Nicht dem Boris Palmer! – Zuruf von der CDU: Die Spitzenkandidaten der SPD sollten sich besser auf Berlin konzentrieren! – Abg. Boris Palmer GRÜNE hat auf einem Abgeordnetenplatz der CDU-Fraktion Platz genommen.)

– Er hat ja schon gewechselt.

(Heiterkeit – Abg. Capezzuto SPD: Morgen gibt's eine Presseerklärung! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Herr Justizminister, Gleiches gilt für das Thema Privatisierung insgesamt. Ich komme darauf zurück. Sie haben die Privatisierung des ZDF angesprochen – überlassen Sie das dem Medienminister dieser Regierung oder vielleicht seinem Vorgänger, Herrn Dr. Palmer,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wieder Palmer!)

der Sie ja sicher kompetent beraten kann. In Zukunft hat er ja etwas Zeit dafür. Aber begnügen Sie sich doch mit den Justizproblemen. Die sind groß genug und bedürfen der Lösung. Da haben Sie, Herr Justizminister, viele Baustellen eröffnet, die nicht zu Ende gebracht sind. Ich denke an den Bau von Haftanstalten. Da stehen große Probleme vor uns, die zwar angegangen sind, die aber auch zu Ende geführt werden müssen.

Die Belegung in den Justizvollzugsanstalten ist noch immer unbefriedigend.

(Abg. Zimmermann CDU: Ja wollt ihr noch mehr?)

Die Sicherheit in den Gefängnissen befriedigt uns ebenfalls nicht – ich sage nur Mannheim. Sie spielen das zwar als einmalige Vorgänge herunter, haben jetzt aber sogar extra einen Sicherheitsbeauftragten nach Mannheim abgestellt. Ich frage mich: Wieso reichen die bisherigen Sicherungssysteme mit den Bediensteten vor Ort nicht aus, um dort die Sicherheit zu gewährleisten? Warum brauchen Sie neben

dem Leiter des Gefängnisses auch noch einen staatlichen Aufseher, der diesen wiederum kontrolliert?

(Abg. Capezzuto SPD: Jeder passt auf jeden auf!)

Sie müssen uns erklären, weshalb hier diese systematischen Mängel vorliegen.

Es ist für uns auch nicht nachvollziehbar, wie Sie die Privatisierungsdiskussion in diesem Land weiterführen wollen. Die Notariatsreform, die Sie auf den Weg gebracht haben, ist Teil einer groß angelegten Reform gewesen. Was herauskam, ist allenfalls ein Reförmchen: 25 Stellen. Berlin kann das so nicht mittragen, weil verfassungsrechtliche und andere rechtliche Bedenken bestehen. Wie geht der Weg weiter?

Sie verunsichern die Justiz; Sie verunsichern die Rechtssuchenden in diesem Land und die Bediensteten der Justiz. Man weiß nicht, wohin der Weg führt. Sagen Sie uns, wohin Sie mit der Privatisierung wollen. Dann können wir über Einzelheiten sprechen. Manchmal habe ich den Eindruck, Sie fahren nach Frankreich, kommen euphorisch zurück und wollen ihre Erkenntnisse hier gleich umsetzen, ohne zu prüfen, welche Voraussetzungen und Gegebenheiten in unserem Land bestehen.

Eines kann ich Ihnen sagen: Eine Privatisierung von Kernaufgaben des Staates kommt für uns in diesem Land nicht infrage.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dann erwarten wir von Ihnen klare Aussagen darüber, was Sie unter Kernaufgaben der Justiz verstehen. Nach unserem Rechtsverständnis gehört dazu insbesondere die Vollstreckungstätigkeit. Wer Vermögen beschlagnahmt, wer Haftbefehle ausführt, wer Vermögen von Privatleuten versteigert, muss aus unserer Sicht hoheitlich handeln. Insoweit hat sich dieses System in der Vergangenheit bewährt, und daran halten wir jedenfalls fest, zumal wir auch nicht überzeugt sind, dass diese Privatisierungen insgesamt eine finanzielle Entlastung bringen.

Wir haben im Finanzausschuss das Thema Bewährungshilfe diskutiert. Die Einsparerwartungen sind bisher sehr vage. Aus einem Pilotprojekt, wie wir es uns vorgestellt haben, bei dem man ermittelt, welche Möglichkeiten bestehen, welche Einsparpotenziale vorliegen, haben Sie ein Projekt gemacht, das nach einer Erkundungsphase vom gleichen Betreiber fortgesetzt wird. Es gibt keinen Wettbewerb mehr, und wir wissen nicht, was auf uns zukommt. Sie haben sich im Grunde einem Bewerber auf lange Sicht ausgeliefert, ohne zu prüfen, was ein Modellprojekt an vergleichbaren Bewertungen erbringen könnte.

Es gibt andere Felder, wo wir skeptisch sind. Sie haben andere Baustellen eröffnet. Die Zusammenlegung von Fachgerichtsbarkeiten kann ohnehin nur vom Bund vorgenommen werden. Isoliert davon haben Sie eine Standortdebatte in Baden-Württemberg geführt: Zusammenlegung von Sozialgerichten, etwa Mannheim mit Karlsruhe, und anderes. Auch damit haben Sie Verunsicherung für die Rechtssuchenden geschaffen, auch für die Bediensteten in unserem Land. Ich glaube, es ist an der Zeit, dass Sie klar sagen, wohin die

(Stickelberger)

Reise gehen soll, anstatt sich von Tag zu Tag mit neuen Ideen in der Öffentlichkeit zu profilieren, wobei Sie dann nach wenigen Tagen erkennen müssen, dass entweder verfassungsrechtliche Bedenken bestehen oder der Bund für diese Regelungen zuständig ist.

Lassen Sie mich noch kurz auf das Antidiskriminierungsgesetz eingehen, das Herr Kollege Schüle erwähnt hat. Über den Inhalt dieses Gesetzes und seine Regelungen kann man im Einzelnen sicher streiten. Es lohnt sich sicher eine getrennt zu führende Auseinandersetzung über einzelne Punkte dieses Gesetzes. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, auch ich bin nicht mit allem einverstanden.

(Beifall der Abg. Theurer FDP/DVP und Heinz CDU – Abg. Heinz CDU: Schreiben Sie dem Schröder, was für einen Mist er da gemacht hat! Das ist eine Katastrophe! Zum Davonlaufen!)

– Herr Schröder folgt mir dann schon. Lassen Sie es, Herr Heinz.

Eines ist zu bemerken: Wir alle sind gezwungen, europäische Richtlinien umzusetzen.

(Abg. Heinz CDU: Aber nicht so! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Was heißt da „nicht so“?)

Inwieweit da über das Ziel hinausgeschossen wurde, das wäre zu prüfen,

(Abg. Heinz CDU: Dringend! Aber ganz dringend müssten wir das prüfen!)

Herr Dr. Schüle. Aber bei anderen Punkten, etwa beim Landesjustizkostengesetz oder bei der Notariatsreform, haben Sie sich gerade auf europäische Vorgaben berufen, obwohl es dort zum Teil bisher nicht einmal Richtlinien gibt, sondern lediglich einzelne Urteile zu einzelnen Komplexen. Da sehen Sie sich gezwungen zu handeln, während Sie hier der Bundesregierung vorwerfen, sie würde diese Vorgaben übereifrig umsetzen. Aber das ist nicht mein Hauptpunkt der Kritik.

Der Hauptpunkt meiner Kritik ist, wie Sie mit diesem Thema in der Öffentlichkeit umgegangen sind. Ich glaube, diesen Gesetzentwurf als Ergebnis kranker Hirne zu klassifizieren, entspricht nicht

(Abg. Blenke CDU: Entspricht der Wahrheit!)

unseren Vorstellungen von der Seriosität eines Justizministers.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sachliche Kritik an diesem Gesetz haben, dann stellen wir uns dieser Kritik und tauschen die Argumente aus. Aber wir sollten nicht auf Stammtischniveau diese Diskussion in der Öffentlichkeit führen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Birzele SPD: Unter Stammtischniveau!)

Gleiches gilt im Übrigen für die Frage der Anerkennung versteckter, heimlicher Vaterschaftstests. Auch darüber ist die Diskussion in vollem Gang. Die Rechtsprechung hat sich hierzu jetzt positioniert. Das ist sicher ein spannendes

Thema, und wir glauben, es ist angebracht, dieses Thema mit großer Sensibilität anzugehen.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Wir sind für Transparenz, für Rechtsstaatlichkeit. Für uns stehen auch und gerade die Rechte des Kindes im Vordergrund. Als Kompensation muss man dafür natürlich Verfahrenserleichterungen gegenüber dem bisherigen Recht schaffen, um baldmöglichst Klarheit zu schaffen. Aber so, wie Sie dieses Thema, etwa in einer Fernsehsendung mit unserer Kollegin Haußmann, diskutiert haben, halte ich das nicht für angebracht.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das Urteil war aber eindeutig!)

Wir erwarten von einem zudem liberalen Justizminister, Herr Dr. Noll, dass er die Argumente sorgsam wägt und dann seine Entscheidung begründet und sich nicht von populistischen Strömungen leiten lässt, die gerade in der Öffentlichkeit aufgetaucht sind.

In diesem Sinne, Herr Justizminister,

(Zuruf des Abg. Pauli CDU)

haben Sie dieses Mal noch Glück gehabt, dass Sie das Rechenwerk Haushalt hinbekommen haben – dank des Engagements und der Beteiligung Ihrer Mitarbeiter in der Justizverwaltung, denen ich ja schon mein Kompliment für ihre Arbeit ausgesprochen habe.

Was Not tut, ist eine klare Führung im Justizressort. Der personelle Wechsel in der Führung dieses Hauses, diese Unstetigkeit in personeller Hinsicht darf sich in den nächsten Jahren nicht in den Sachthemen der Justizpolitik fortsetzen. Weil wir das befürchten und weil wir das für diesen Haushalt so sehen, können wir unsere Zustimmung zu diesem Haushalt nicht geben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

Abg. Theurer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine unabhängige und bürgernahe, leistungsstarke Justiz ist ein Fundament des liberalen Rechtsstaats. So heißt es im Regierungsprogramm der FDP/DVP für diese Legislaturperiode. Heute kann ich hier feststellen: Die Justiz in unserem Land steht auf einem soliden Fundament. Das muss auch künftig so bleiben, meine Damen und Herren.

Dass Ihre Argumentation, Herr Kollege Stickelberger, überhaupt kein Fundament hat, lässt sich leicht nachweisen. Sie haben hier die Justizpolitik des Landes fundamental kritisiert. Sie zeigen aber überhaupt keine Alternative auf. Dies wird schon daran deutlich, dass Sie zu diesem Einzelplan keinen einzigen Antrag gestellt haben, mit dem Sie etwas hätten anders machen wollen als die Regierung und die sie tragenden Fraktionen von FDP/DVP und CDU. Deshalb geht auch Ihre Kritik ins Leere, Herr Stickelberger.

(Theurer)

Man muss feststellen, dass auch der Justizhaushalt seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten muss. Das beginnt bei den Beschäftigten. Hier wurde die Besoldungsstruktur bei den Landgerichten, den Sozialgerichten und beim Landesarbeitsgericht angepasst. Dadurch sind Beförderungsstellen im richterlichen Bereich entfallen. Es wurde auf ein weiteres „Haus des Jugendrechts“ verzichtet, obwohl es sich dabei um ein sehr erfolgreiches Projekt handelt. Es wurde auch in anderen Bereichen gespart. Die schwierige Haushaltslage erfordert diese Einsparungen in der Justiz selbst.

Mit der Justizreform wurden hier wichtige Schritte eingeleitet. Allein die Zuordnung der Arbeitsgerichtsbarkeit zur Sozialgerichtsbarkeit war ein Beitrag. Das gilt auch für den Einstieg in die Privatisierung zum Beispiel bei der Bewährungshilfe. Weitere Schritte müssen folgen, etwa die Freiberuflichkeit für die Gerichtsvollzieher.

Auch das Notariatswesen bleibt auf der Tagesordnung. Die Stellungnahme des europäischen Generalanwalts an den Europäischen Gerichtshof lässt vermuten, dass die Reform des Notariatswesens in Baden und in Württemberg schneller wieder auf der Tagesordnung dieses Landtags stehen wird, als dies vielleicht dem einen oder anderen angenehm ist.

Eine grundlegende Reform des Notariatswesens ist bisher ja bekanntlich an fiskalpolitischen Überlegungen gescheitert. Man glaubte, dass man auf die Gebühren im Landeshaushalt nicht verzichten könne.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Kann man!)

Nun könnte diesen Überlegungen ein europäischer Richterspruch einen Strich durch die Rechnung machen. Um Missverständnisse von vornherein zu vermeiden, meine Damen und Herren, weise ich darauf hin: Ich rede dies nicht herbei. Aus der Praxis meiner Arbeit als Oberbürgermeister weiß ich die Leistungsfähigkeit des württembergischen Amtsnotariats sehr wohl zu schätzen. Allerdings sollten wir, sollte es zu einem solchen europäischen Richterspruch kommen, dieser Situation nicht unvorbereitet gegenüberstehen.

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion, meine Damen und Herren, bekennt sich zu einer bürgernahen Justiz. In einer Auflösung kleinerer Amtsgerichte, wie sie hier von einigen Abgeordneten und einigen Fraktionen immer wieder gefordert wird, können wir keinen Sinn erkennen, vor allem nicht haushaltspolitisch. Wenn man bedenkt, dass in Ländern, die eine zentrale Struktur haben, mehr Richterstellen erforderlich sind und die Verfahren länger dauern als in Baden-Württemberg, muss man sagen, dass dies kein Argument zur Abschaffung kleinerer Amtsgerichte sein kann. Eine dezentrale Struktur trägt im Gegenteil offensichtlich dazu bei, dass der Rechtsfrieden höher ist und dass hier effizienter, wirtschaftlicher gearbeitet wird. Deshalb wird die FDP/DVP-Landtagsfraktion an dieser Struktur festhalten.

Meine Damen und Herren, ein unkalkulierbares Risiko für die Justiz und damit auch für den Haushalt in Baden-Württemberg – Herr Kollege Dr. Schüle hat es bereits angesprochen – stellt das Antidiskriminierungsgesetz der rot-grünen Bundesregierung dar. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion ist,

wie wahrscheinlich alle Fraktionen in diesem Hause, gegen Diskriminierung. Es gilt das Grundgesetz, nach dem niemand wegen seiner Herkunft, seines Geschlechts, seiner Rasse oder seiner Religion benachteiligt werden darf.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Und wie ist es in der Praxis?)

Die Regelungen des geplanten Antidiskriminierungsgesetzes aber gehen nicht nur zu weit, sie gehen auch an der Sache vorbei. Sie gefährden die für die Funktionsfähigkeit einer Marktwirtschaft zwingend erforderliche Privatautonomie. Sie führen zu einem Wust an Bürokratie; insbesondere gilt dies für die Umkehr der Beweislast. Sie werden genau das Gegenteil dessen bewirken, was der Gesetzgeber angeblich damit bezweckt.

Ich sage voraus: Kommt dieses Gesetz, werden viele Unternehmen Stellen und viele Vermieter Wohnungen nicht mehr ausschreiben. Die Lage der Menschen, die mit diesem Antidiskriminierungsgesetz angeblich geschützt werden, wird dadurch eher verschlimmert. Nehmen wir einmal das Beispiel eines Unternehmens wie der Fraport. Dort gehen im Jahr 16 000 Bewerbungen ein. Man muss sich vorstellen, welcher bürokratischen Aufwand es bedeutet, wenn von 16 000 Bewerbungen Dokumentationen gemacht werden, damit der Arbeitgeber hinterher beweisen kann, warum er eine Person eingestellt, aber eine andere nicht eingestellt hat. Daran kann man ermesen, welcher bürokratische Wust durch dieses Gesetz ausgelöst wird. Die negative psychologische Signalwirkung auf Arbeitgeber und Investoren ist verheerend.

Darüber hinaus bin ich der Meinung, dass jemand, der mit seinem hart und sauer verdienten Geld eine Wohnung gebaut hat, auch selbst entscheiden dürfen soll, an wen er sie vermietet.

Der Präsident des Landesarbeitsgerichts, Professor Francken, rechnet mit einer regelrechten Prozesslawine. Dies hat dann Auswirkungen auf die Arbeitsbelastung der Richter unserer Gerichte und auf den Personalbedarf der baden-württembergischen Justiz und somit – zumindest mittelbar – auch auf den Haushalt.

Hier, meine Damen und Herren von der Opposition, sind Sie auch nicht glaubwürdig. Rot-Grün begründet das Antidiskriminierungsgesetz mit massenhafter Diskriminierung. Wenn es diese tatsächlich gäbe, käme es auf jeden Fall zu einer Mehrbeschäftigung der Justiz. Gibt es diese Diskriminierung tatsächlich aber nicht, bräuchte man das Gesetz auch nicht.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es!)

Die Regierungsfractionen der FDP/DVP und CDU haben in den Haushaltsplanberatungen eigene Schwerpunkte gesetzt. Hierzu zählt im Bereich des Justizhaushalts die Sicherheit der Gefängnisse. Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf werden elf zusätzliche Stellen ausgebracht, um in den Justizvollzugsanstalten die Sicherheit weiter zu verbessern. Dies gilt es nicht zu kritisieren, sondern zu loben;

(Beifall der Abg. Dr. Noll FDP/DVP sowie Rückert und Zimmermann CDU)

(Theurer)

denn es ist richtig und hervorragend, wenn unsere Gefängnisse noch sicherer gemacht werden.

An dieser Stelle möchte ich anmerken, dass es die FDP/DVP-Landtagsfraktion dem Justizministerium hoch anrechnet, dass dieses selbst vorgeschlagen hat, mit dieser Aufgabe private Sicherheitsdienste zu beauftragen.

Herr Kollege Stickelberger, der Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten funktioniert bereits heute auch im Land Baden-Württemberg bei der Abschiebehafte; dort funktioniert das tadellos. Daran sieht man, dass man auch unter Einsatz privater Dienstleister eine sichere Verwahrung herstellen kann.

Wir sind der Meinung, dass in Zukunft dieser Weg auch und gerade im Hinblick auf die Vermeidung von Pensionsleistungen verstärkt gegangen werden muss. Wir respektieren aber, dass der Koalitionspartner diesen Weg derzeit nicht gehen wollte. Wir freuen uns, dass es nun im Sinne der Sache gelungen ist, das gemeinsame Ziel sicherer Gefängnisse durch diese Ausbringung der elf Stellen umzusetzen.

Abschließend möchte ich noch auf einen kleinen Punkt im Haushalt hinweisen. Wir haben in den Koalitionsfraktionen dafür gesorgt, dass der Zuschuss für den Bewährungshilfeverein für das Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ etwas erhöht werden kann. Es sind zwar nur 80 000 €, also im Gesamthaushalt ein kleiner Betrag, aber es ist hier, finde ich, der Erwähnung wert. Dass dieses Projekt so gut läuft, liegt auch daran, dass die FDP/DVP-Fraktion immer voll hinter diesem Projekt gestanden ist und auch der Koalitionspartner CDU das Projekt unterstützt und dass die erforderlichen Mittel im Landshaushalt zur Verfügung gestellt werden können. Man kann hier mit dem physikalischen Gesetz des Hebels argumentieren: Kleiner Einsatz, große Wirkung.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

„Weiter so!“ an das Ministerium.

Ich möchte diese Haushaltsrede nicht schließen, ohne einen ausdrücklichen Dank an Sie, Herr Minister, und an alle Beschäftigten in der Justiz zu richten. Denn in den Justizvollzugsanstalten und auch bei unseren Gerichten wird Hervorragendes geleistet. Mit sehr wenig Personal wird hier einer zunehmenden Belastung im Rechtsmittelstaat begegnet, meine Damen und Herren. Sie wissen, dass diese zusätzliche Belastung unserer Justiz vor allem durch europäische und durch bundesrechtliche Regelungen verursacht ist, dass es aber entscheidend wichtig ist für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, dass sie nicht nur Recht haben, sondern auch Recht bekommen können. Hier leisten die Beschäftigten der baden-württembergischen Justiz einen großen Beitrag für die Wirksamkeit unseres Rechtsstaats. Dafür danke ich ihnen im Namen der FDP/DVP ganz herzlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

(Auf der Redezeitanzeige wird „2:09“ angezeigt.)

Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber nicht nur zwei Minuten und neun Sekunden, Frau Präsidentin.

(Abg. Döpfer CDU: Nicht streiten! Fang erst mal an! – Abg. Sakellariou SPD: Du hast dich doch auf 20 Minuten vorbereitet!)

– Freie Redezeit, also gut.

Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zu später Stunde den Justizetat zu beraten ist natürlich keine einfache Aufgabe.

(Abg. Kiefl CDU: Beschaulich!)

Aber nichtsdestotrotz müssen wir noch einmal die Konzentration aufbringen, um auch diesen Bereich der Landespolitik auf den Prüfstand zu stellen. Es ist nun auch zutiefst die Aufgabe der Opposition, denke ich, zu überprüfen, ob die Entwicklung im Justizbereich mit den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und mit den Ressourcen, die wir im Land zur Verfügung haben, in Übereinstimmung zu bringen ist.

Deswegen will ich mit den Justizstrukturen in unserem Land beginnen. Denn hier in diesem Hause haben wir ja auch schon gehört und durften von Ihrer Vorgängerin erfahren, Frau Ministerin –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

– Herr Minister. Sie sehen, das ist gar nicht so einfach. Das wechselt zum Teil so schnell,

(Abg. Stickelberger SPD: Das kann morgen schon anders sein!)

dass man gedanklich schon Probleme hat, das immer wieder auf die Reihe zu bekommen.

(Abg. Blenke CDU: Aber man sieht es schon! – Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

Mit Ihrer Vorgängerin haben wir hier – das sage ich nun ganz ernsthaft – die Debatte über eine so genannte große Justizreform geführt, die die Justiz im Land von Aufgaben entlasten sollte, für die sie Ihrer Auffassung nach oder nach der Auffassung Ihrer Vorgängerin im Kernbereich nicht zuständig war. Wenn ich nun diese so genannte große Justizreform heute, nach ein bisschen mehr als einem Jahr, auf den Prüfstand stelle, muss ich sagen: Es ist eigentlich so gut wie nichts dabei herausgekommen. Das Einzige, was Sie erreicht haben – Herr Kollege Stickelberger hat das Thema schon angesprochen –, ist die Privatisierung der Bewährungshilfe.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Und die Arbeitsgerichte!)

– Ja, ja. Ich komme darauf noch zu sprechen, Kollege Theurer.

Bei der Privatisierung der Bewährungshilfe haben Sie sogar den Verfahrensweg gewählt, dass die Menschen, die sich in diesem Land seit Jahrzehnten ehrenamtlich engagieren – und die wenigen, die sich hauptamtlich in diesem Bereich

(Oelmayer)

engagieren –, nicht einmal eine wirkliche Chance hatten, in diesem Bereich die von Ihnen eingefahrene Privatisierungsoffensive mit zu begleiten oder auch mit umzusetzen. Das finde ich einfach ein starkes Stück der Justizpolitik im Land und quasi auch einen Schlag ins Gesicht der Menschen, die über Jahrzehnte hinweg ehrenamtlich in diesem Bereich tätig waren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe der Abg. Stickelberger SPD und Boris Palmer GRÜNE)

Stattdessen haben Sie outgesourct. Das ist auch so ein neues Modell im Justizministerium. Das Grundbuch wird in Rumänien gemacht. Die Bewährungshilfe kommt aus Österreich. In Zukunft wird die Privatisierungsoffensive dann vielleicht auf die Justizvollzugsanstalten übertragen. Herr Minister, diese Justizpolitik tragen wir nicht mit.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Wir sehen darin Kernaufgaben des Staates und auch des Landes Baden-Württemberg. Deswegen werden Sie zu solchen Privatisierungsoffensiven nie und nimmer unsere Zustimmung bekommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der Kollege Theurer hat, glaube ich, kritisiert, die Opposition habe bei den Haushaltsberatungen keinen einzigen Antrag zum Einzelplan 05 gestellt.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Nein! Ich habe die SPD angesprochen!)

– Ach so. Ich bedanke mich für diese Konkretisierung.

(Abg. Stickelberger SPD: Wir tragen die Zahlen doch mit!)

Wir haben uns sehr wohl die Mühe gemacht, die Justizreform und die Strukturen im Land einmal genau auf den Prüfstand zu stellen. Dieser Reform der Kernbereiche der Justiz verweigern Sie sich konsequent mit Argumenten wie der Bürgernähe und anderen Argumenten, die Sie gar nicht richtig – –

(Zuruf von der FDP/DVP: Gute Argumente! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja, Bürgernähe!)

– Ja, ja, Herr Kollege Noll, jetzt hören Sie mal gut zu! – Ihr Minister versteht unter Bürgernähe die Zahl von 108 Amtsgerichten, damit der baden-württembergische Mensch – der in seinem Leben, statistisch gesehen, nicht einmal einen einzigen Amtsgerichtsprozess führt – nicht mehr als 25 Kilometer zu seinem Amtsgericht fahren muss.

(Zuruf des Ministers Rech)

– Ja, der Kollege Rech vielleicht schon, das mag ja sein.

(Zurufe)

– Es geht um den durchschnittlichen Menschen. – Das sehen Sie also als Bürgernähe.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Was ist das für eine merkwürdige Rechtsvorstellung?)

– Jetzt hören Sie doch gut zu! Wir verstehen unter Bürgernähe nicht so sehr die geografische Dimension, sondern die Öffnung der Justiz, das Entgegenkommen der Justiz und die Aufnahme der Menschen mit ihren Anliegen durch die Justiz, und zwar eine offene Aufnahme der Menschen, und nicht etwa nur die geografische Dimension.

(Abg. Mack CDU: Gilt das auch für den Strafrichter?)

Die ist für uns sekundär, und deswegen sind wir der Auffassung – auch Herr Kollege Mack ist zwischenzeitlich vielleicht dieser Auffassung –, dass wir von den 108 Amtsgerichten – und wir beziehen uns dabei auf eine Forderung des Rechnungshofs, die

(Glocke der Präsidentin)

auf einer Untersuchung basiert, die immerhin schon fünf Jahre zurückliegt – . . .

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Abg. Oelmayer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Theurer?

Abg. Oelmayer GRÜNE: . . . – ja, einen kleinen Moment – wenigstens die 27 Standorte einsparen sollten, deren Schließung zu Einsparungen führen würde. Wir haben aus dem Ministerium die Auskunft bekommen, dies würde immerhin zu einem Einsparpotenzial in Millionenhöhe führen,

(Abg. Mack CDU: Die Debatte haben wir doch schon einmal geführt!)

und wir sind der Auffassung, dass wir dieses Einsparpotenzial nutzen sollten, um die Ressourcen zu bündeln und um bei den Gerichten, entsprechend der Entwicklung in der freiberuflichen Anwaltschaft, mehr Kompetenz zu schaffen. Dagegen wehren Sie sich mit dem Argument der Bürgernähe. Das ist einfach eine Scheinargumentation, und Sie sollten sich einmal etwas Gescheiteres einfallen lassen, wenn Sie unserer Forderung, die Zahl der Gerichtsstandorte durch die Zusammenfassung der Gerichte zu reduzieren, die wir schon seit Jahren vortragen, etwas Qualitatives entgegenhalten wollten. Sie müssten dann einmal etwas anderes bringen als nur das Argument der so genannten Bürgernähe.

Bitte, Herr Kollege Theurer.

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Kollege Theurer, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Kollege Oelmayer, akzeptieren Sie erstens, dass gerade bei den Gerichten die Akzeptanz der Urteile auch stark mit regionalen und mit landsmannschaftlichen Prägungen zusammenhängt?

Zweitens: Erkennen Sie die Problematik von Durchschnitt? Sind Sie bereit, zuzugeben, dass vor dem Hintergrund, dass eine Großzahl baden-württembergischer Bürgerinnen und Bürger in ihrem Leben überhaupt nie vor einem Amtsgericht erscheinen müssen, es für diejenigen, die erscheinen müssen, doch eine Relevanz haben kann, ob sie 25 oder 50 Kilometer zum Amtsgericht fahren müssen?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist aber dann Prozesshanselnähe und nicht Bürgernähe!)

Abg. Oelmayer GRÜNE: Also, Herr Kollege Theurer, jetzt wollen Sie wieder eine Antwort auf die Frage, die ich doch bereits beantwortet habe. Ich habe Ihnen doch klar gemacht, dass es nicht auf die geografische Bürgernähe ankommt,

(Beifall des Abg. Döpfer CDU)

sondern darauf, dass die Menschen, die in der Justiz arbeiten –

(Abg. Theurer FDP/DVP: Die Akzeptanz!)

und ich kann ihnen das zum großen Teil ja gar nicht vorwerfen, und das will ich auch gar nicht tun – – Aber dass die Öffnung der Justiz, zum Beispiel durch einen Tag der offenen Tür etc. pp., auch anders präsentiert werden kann

(Zurufe)

als durch – –

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

– Ja, das macht ja das Ministerium. Das ist ja nicht mein Vorschlag.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Sie haben aber meine Frage nicht beantwortet!)

Das ist gar nicht auf meinem Mist gewachsen, Kollege Döpfer. Aber Tatsache ist doch, dass Ihre Art von Bürgernähe

(Abg. Theurer FDP/DVP: Landsmannschaftlich!)

sich immer an Geografie orientiert. Wir haben uns die Mühe gemacht, einmal auszurechnen, was es bedeuten würde, wenn man die angesprochenen 27 Amtsgerichtsstandorte abschaffen würde – nur die 27. Das würde noch immer nicht bedeuten, dass ein Mensch 50 Kilometer weit zum nächsten Amtsgericht fahren muss. Und selbst dann, wenn das so wäre, wäre das meines Erachtens zumutbar und hätte mit fehlender Bürgernähe aber auch nur ganz am Rande zu tun, es sei denn, Sie würden das nur in geografischer Hinsicht diskutieren.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Abg. Oelmayer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Moser?

Abg. Oelmayer GRÜNE: Ich habe nur noch drei Minuten, Herr Kollege Moser.

(Abg. Moser SPD: Die Zwischenfrage zählt ja nicht, Herr Kollege Oelmayer!)

Das ist einfach nicht fair. Wenn ich unbeschränkte Redezeit bekäme, wenn mir die Präsidentin dies einräumte – –

(Abg. Döpfer CDU: Aber lassen Sie doch mal den Kollegen! – Zurufe und Unruhe – Abg. Moser SPD: Die Uhr wird ja angehalten, Herr Kollege Oelmayer!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Bitte sehr, Herr Abg. Moser.

Abg. Moser SPD: Ich möchte jetzt auch nichts zur Bürgernähe sagen, sondern ich möchte Sie einfach bitten, die Mikrofone, die Sie da verbogen haben,

(Heiterkeit)

wieder gerade zu rücken, weil nämlich die Technik Steuerungsprobleme bekommt und ich hinten gar nicht richtig verstehen kann, was Sie sagen. Würden Sie sie wieder zu rechtrücken!

(Anhaltende Heiterkeit)

Abg. Oelmayer GRÜNE: Dieses Argument kann ich nicht gelten lassen, weil mir die Menschen eher vorwerfen, dass ich so laut wäre, dass ich gar kein Mikrofon bräuchte. Insofern könnte ich die Mikrofone eigentlich komplett zur Seite biegen. Aber wenn die Technik mir das sagt, dann mache ich das natürlich gerne, Kollege Moser. Diesem Wunsch komme ich gerne nach.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist jetzt richtig bürgernah!)

Ich will noch in der Kürze der Zeit zu zwei – –

(Abg. Birzele SPD: Sie müssen die Mikrofone immer in Ruhe lassen! – Abg. Drexler SPD: Du kannst das Pult rauf- und runterfahren, wenn du willst! Aber die Mikrofone musst du in Ruhe lassen! – Heiterkeit)

– Ist es so in Ordnung? Dann fahre ich jetzt auch noch das Pult rauf, wenn das möglich ist.

(Abg. Drexler SPD: Bis zum Kinn!)

Dann sehe ich allerdings die Leute nicht mehr.

(Abg. Drexler SPD: Das sieht jetzt sehr gut aus! – Heiterkeit – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, aus zeitökonomischen Gründen würde ich doch bitten, dass wir uns um die Sache bemühen.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Ich lasse jetzt einfach die Mikrofone so stehen, wie sie stehen.

(Minister Rech: Von da vorn sieht es aus, als säßest du schon hinter Gittern! – Abg. Fischer SPD: Am besten ist es, die Hände in die Hosentasche zu stecken! – Heiterkeit)

Aber ich kann hier die Leute nicht sehen. Ich bin es gewohnt, mit den Leuten, mit denen ich rede, auch optisch Kontakt aufzunehmen.

(Minister Rech: Aber in fünf Minuten wirst du hinter Gittern weggeschlossen, mein Lieber!)

Ich wollte aber noch zu zwei justizpolitischen Themen Ausführungen machen

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Theurer FDP/DVP)

und weniger zu technischen Fragen.

(Oelmayer)

Herr Minister, zur DNA-Analyse hätte mich doch einfach Ihre dezidierte Position und Ihre Stellungnahme gegenüber dem Parlament interessiert. Ich wüsste gerne, wie Sie als ein Minister, der immer wieder die Bürgerrechte einklagt, zu dieser Frage stehen. Wenn man den Bericht des Justizministeriums zum Etat liest, dann stellt man unschwer fest, dass schon 350 000 Menschen in der DNA-Datei erfasst sind.

(Abg. Blenke CDU: Und warum sind die erfasst?)

Wenn Sie ein Bürgerrechtsminister sein wollen und nicht nur Spitzenkandidat Ihrer Partei, dann würde mich doch interessieren, wo Sie denn die Grenze ziehen.

(Abg. Blenke CDU: Sagen Sie doch mal, warum die da drinstehen! Die stehen da drin, weil sie schwere Straftaten begangen haben!)

Sie haben sich schon dahin gehend geäußert, dass auch ein Ladendieb gegebenenfalls, wenn er zweimal Ladendiebstahl begeht, in dieser Datei erfasst werden soll. Wir Grünen sind der Auffassung, dass das trotz allem einen massiven Eingriff in die Bürgerrechte darstellt,

(Abg. Blenke CDU: Sehen Sie die Bürgerrechte als wichtiger an als den Schutz vor Verbrechen?)

weil Sie damit natürlich suggerieren, man wolle letztendlich alle Menschen, Kollege Blenke, in dieser Datei erfassen. Das käme der Aussage gleich, dass jeder Mensch ein potenzieller Straftäter ist. Sie können nicht erwarten, dass wir diese Politik mittragen. Deswegen wäre es schön, wenn Sie sich dazu dezidiert äußerten.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Ein weiterer Punkt und ein letzter Punkt, Frau Präsidentin. – Wenn die Präsidentin im Background redet, dann stört das meinen Redefluss.

Ich habe zum Thema Härtefallkommission

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

schon gestern beim Einzelplan des Innenministeriums angefragt, und der Innenminister ist mir die Antwort schuldig geblieben. Er hat sich nicht zur Frage geäußert, wann es denn in diesem Land zur Einsetzung einer Härtefallkommission kommt und wie diese Härtefallkommission zusammengesetzt werden soll.

(Abg. Heinz CDU: Nicht so, wie Sie es wollen!)

Ich habe gestern auch dezidiert begründet, warum ich der Meinung bin – Herr Kollege Heinz, hören Sie einfach zu, wenn ich rede. Das ist doch nicht so schwer. Man versteht mich doch gut.

(Abg. Alfred Haas CDU: Man hört doch hier gar nichts!)

Ich hatte gestern schon ausgeführt, dass zig Familien mit Kindern – ich kenne solche Familien persönlich – auf die

Entscheidung warten, ob sie in diesem Land eine Daueraufenthaltsgenehmigung bekommen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Dazu erwarte ich von dem Minister, der ja auch als Ausländerbeauftragter der Landesregierung fungiert, heute am späten Abend, kurz vor halb acht, eine dezidierte Antwort und genauso zur DNA-Analyse eine klare Positionierung in den Bürgerrechtsfragen. Herr Minister, wenn Sie die schon immer für sich reklamieren, dann können Sie dazu heute einmal Rede und Antwort stehen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das macht er!)

Zum Schluss möchte ich nicht versäumen, auch namens unserer Fraktion den Menschen, die bei den Gerichten und in den Strafvollzugsanstalten – wenn man in diesen verkehrt, weiß man, was Kärnerarbeit heißt, weiß man auch, was Sicherheitsfragen bedeuten – tätig sind, Dank auszusprechen. Das Gleiche gilt natürlich auch für die Mitarbeiter des Ministeriums. Beim Minister werde ich noch so lange zuwarten, bis ich weiß, ob er mir die Fragen, die ich ihm gestellt habe, heute dezidiert beantworten wird.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Justizminister Professor Dr. Goll.

(Abg. Alfred Haas CDU verändert die Richtung der Mikrofone am Rednerpult. – Abg. Birzele SPD: Oh, jetzt dreht der auch schon wieder alles falsch! Die Saalmikrofone gehören reinwärts! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Nur eins, Herr Birzele! Eins reicht für Ihre Zwischenrufe! – Gegenruf des Abg. Birzele SPD: Bei Ihnen wäre es besser, man würde sie abschalten! – Heiterkeit)

Justizminister Dr. Goll: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat ist die Stunde schon ein bisschen vorgerückt. Aber angemessen sollte man die Sache doch behandeln. Ich werde nicht lange reden, gerade auch in Anbetracht dessen, dass Sie strapaziert sind. Aber es geht immerhin um die Verabschiedung eines Teilhaushalts, der sich mit einer Aufgabe beschäftigt, die für alle wichtig ist und die insofern, wie gesagt, auch in dieser späten Stunde doch noch eine ernsthafte Behandlung finden sollte.

Andererseits kann ich mich auch deswegen kurz fassen, weil es keine wirklich spektakulären –

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Sie sind ja auch gerade erst gekommen, Herr Minister! Wir sitzen schon seit heute Morgen um halb zehn hier! – Beifall und Heiterkeit bei der FDP/DVP und den Grünen)

– So ist es. Deswegen habe ich Sie ja zunächst einmal ausführlich bemitleidet, lieber Herr Oelmayer.

(Beifall bei der FDP/DVP – Heiterkeit)

(Minister Dr. Goll)

Ich habe das ja schon selbst erlebt. Das ist klar. Das strapaziert einen. Ich weiß es. Aber ich bin, ehrlich gesagt, auch nicht den ganzen Tag auf dem Sofa gelegen. Das steht aber jetzt auf einem anderen Blatt.

Also: Der Haushalt hat in der Tat keine wirklich spektakulären Entwicklungen. Es ist, glaube ich, ein ordentlicher Haushalt, der uns geglückt ist und den wir Ihnen vorlegen können. Die Änderungen, die ins Auge fallen, kommen eigentlich im Wesentlichen alle aus zwei Gründen, nämlich wegen der Einbeziehung der Arbeitsgerichtsbarkeit und wegen der Folgen des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes. Das erklärt eigentlich schon ziemlich alle Auffälligkeiten.

Im Übrigen bleibt es dabei: Die Justiz ist zu einem günstigen Tarif zu haben. Die bayerische Kollegin Merk hat das ja so ausgedrückt, dass es die Justiz, was den bayerischen Justizhaushalt angehe, monatlich zum Preis einer Pizza gebe, und zwar für 5,50 €.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Was für ein Belag ist denn da drauf? – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was war das für eine Pizza?)

Mich hat nur irritiert, dass die Kollegin Merk kein bayrisches Gericht gewählt hat.

(Abg. Blenke CDU: Weißwurst! An Obatzten!)

Auf der anderen Seite begrüße ich als Ausländerbeauftragter natürlich auch den internationalen Vergleich. Aber es ist richtig: Die Justiz hat einen sehr sparsamen Haushalt, sie ist keine teure Veranstaltung, und sie schaut auch, dass sie ihre Kosten im Griff hat. Das ist ganz wichtig.

Bevor ich mich mit den Themen auseinander setze, vielleicht ein Wort vorweg: Lieber Herr Stickelberger, Sie haben sich in erster Linie mit mir auseinander gesetzt. Das finde ich in Ordnung. Ich finde es gut, dass Sie sich nicht mit der Justiz auseinander setzen, sondern mit mir; dafür bin ich auch da.

Sie haben dann auch ein paar Themen angesprochen, die in der Tat mit diesem Haushalt wenig zu tun haben; zu denen möchte ich jetzt auch nichts sagen – vielleicht mit Ausnahme eines Hinweises: Ich bin überzeugt –

(Abg. Teßmer SPD: Also doch etwas sagen!)

– Ja, einen Satz vielleicht.

(Abg. Teßmer SPD: Ich kenne Ihre „einen Satz“-Ankündigungen!)

Ich beschränke mich auf einen Satz: Ich bin überzeugt, dass Sie, wenn auf dem Stuttgart-21-Gelände ein neues Regierungsgebäude steht, womit das Land nach meiner Überzeugung übrigens ziemlich viel Geld sparen könnte, und wenn das ZDF privatisiert ist, was für mich eine wahrscheinliche Entwicklung ist, immer noch in der Opposition sein werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Fischer SPD – Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut! – Weitere Zurufe)

Das war nur ein Satz.

(Abg. Stickelberger SPD: Bis dahin gibt es noch viele FDP/DVP-Justizminister! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Warten wir es ab!

Jetzt zum Thema Sicherheit: Beim Thema Sicherheit ist einiges passiert, gerade auch in den Vollzugsanstalten. Wir haben weiter in die Sicherheit der Vollzugsanstalten investiert.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Mir ist schon klar: Wenn nichts passiert, dann beklagen Sie – Sie vonseiten der Opposition – sich, dass nichts passiert;

(Abg. Stickelberger SPD: Das stimmt doch gar nicht! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

wenn etwas passiert, sagen Sie: Die haben es natürlich nötig. Beides ist eigentlich Unsinn, weil wir seit Jahren in jedem Jahr die Sicherheit im Strafvollzug weiter verbessern.

(Beifall der Abg. Theurer FDP/DVP und Zimmermann CDU)

Das haben wir auch jetzt wieder getan, sogar mit neuem, zusätzlichem Personal. Ich lese in der Zeitung, dass zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen 300 Stellen im Strafvollzug abgebaut werden.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Das wäre erstaunlich. Wir haben jedenfalls elf neue Stellen geschaffen. Das ist ein kleiner Beitrag. Aber es ist ein wichtiger Beitrag, um gerade in den kleinen und mittleren Anstalten die Sicherheit zu erhöhen. Wir haben in der großen Anstalt in Mannheim, die natürlich immer auch eine Herausforderung unter dem Aspekt der Sicherheit ist, die Sicherheit weiter verbessert.

Diese Maßnahmen haben – das wird gerne übersehen – in der Summe dazu beigetragen, dass die Zahl der Vorkommnisse, die wir nicht haben wollen, nämlich der Ausbrüche, in den letzten sieben Jahren insgesamt drastisch reduziert worden ist.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Das zeigt ein Blick auf die Zahlen eindeutig.

Genauso wird gerne übersehen, dass sich die Belegungssituation stark verändert hat. Von Zuständen, dass in einem November die tatsächliche Belegung rein rechnerisch sogar knapp unter der theoretischen Belegungsfähigkeit liegt, wie es schon einmal der Fall war, hätten wir vor Jahren nur träumen können. Natürlich weiß ich, dass die Angaben über einen solchen Monat nie repräsentativ sein können. Aber trotzdem sollte man nicht so tun, als hätten wir immer noch die dramatische Überbelegung, die wir vor einigen Jahren noch hatten.

Wir bauen laufend neue Plätze.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Offenburg!)

Wir bauen natürlich auch die neue Anstalt in Offenburg.

(Minister Dr. Goll)

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Seit zehn Jahren! Das ist die längste Baumaßnahme des Landes!)

Wir werden allerdings zu prüfen haben, ob wir dort die nicht hoheitlichen Funktionen von einem privaten Betreiber anbieten lassen können, wie es jetzt auch in Hünfeld in Hessen passiert und wie es uns andere längst vorgemacht haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das wäre eine nicht sehr sensationelle Maßnahme, aber eine Maßnahme, die uns natürlich helfen würde, die Anstalt in Offenburg auch in Zeiten, in denen man die staatlichen Belegschaften nicht beliebig vergrößern kann, in Betrieb zu nehmen.

Trotzdem setzen wir nicht nur auf das Konzept „Zusätzliche Plätze und Sicherheit“. Vielmehr ist es auch interessant, wie sich die Zahlen bei dem angesprochenen Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ entwickelt haben. Da haben wir umgekehrt eine dramatische Entwicklung nach oben. Vor wenigen Jahren konnte ich Ihnen noch sagen, dass wir durch das Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ eine Anstalt von 300 Plätzen glatt sparen. Jetzt sparen wir dadurch schon eine Anstalt von gut 500 Plätzen. Das sind die tatsächlichen Relationen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie des Abg. Zimmermann CDU)

Das sind neue Wege, innovative Wege. Diese Wege können wir uns als Bundesland selbst in Zeiten knapper Kassen noch leisten. Wir haben in diesem Landtag die Mittel für das Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ noch einmal deutlich erhöht. Man muss natürlich erst einmal das Geld dafür haben und bereit sein, es für innovative Projekte auszugeben.

Dasselbe gilt für das „Projekt Chance“,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist hervorragend! Hervorragend!)

mit dem wir im Jugendbereich eigentlich die einzigen Projekte durchführen, über die die Kriminologen noch reden. Das ist das Einzige, was da noch an Neuem passiert.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wiederum – muss man sagen – aus Stiftungsmitteln, sprich aus Privatisierungserlösen, finanzieren wir das Nachsorge-netzwerk. Hiermit können wir an der kritischen Stelle eingreifen, wenn jemand aus dem Strafvollzug entlassen wird, damit er nicht in eine kriminelle Karriere zurückfällt. Das ist eine wichtige Maßnahme gerade bei jungen Tätern. Wir werden über die kommenden Jahre hinweg 1,2 Millionen € dafür ausgeben können, diese jungen Leute wieder besser zu integrieren. Das wird ein sehr gut angelegter Betrag sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Hervorragend!)

Reformen auch an anderer Stelle: Es ist von der „großen Reform“ gesprochen worden. Ein wichtiges Stück der so genannten großen Justizreform ist für mich, dass wir uns tatsächlich über die Fragen Gedanken machen: Was hat der Rechtsstaat zu bieten? Was muss er bieten? Was kann von

ihm erwartet werden? Ich bringe es auf die einfache Formel: Bei der Streitentscheidung heißt es für mich: e i n e Entscheidung und e i n e Überprüfung. Das hat einfach hohe Plausibilität. Gerade im Strafrecht haben wir den kuri-osen Zustand, dass wir bei schweren Delikten eine Ent-scheidung und eine Überprüfung und beim Ladendiebstahl zwei Überprüfungen haben. Kein Mensch kann mir erklä-ren, warum das so sein muss.

Ähnlich ist es in Teilen des Zivilrechts. Für dieses Herz-stück der großen Reform haben wir in Baden-Württemberg übrigens die Federführung. Im Moment wird schon jede Menge Arbeit investiert, weil es gar nicht so einfach ist, das in den unterschiedlichen Gerichtszweigen darzustellen.

Die zweite Reform, die dauernd läuft, heißt Konzentration auf die Kernaufgaben. Auch in der Justiz, auch in einem solchen klassischen Bereich kann man sich natürlich fragen: Was muss der Staat machen, und was können andere gleich gut oder sogar besser machen?

(Beifall bei der FDP/DVP sowie des Abg. Oettin-ger CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Natürlich!)

Ich zögere nicht, zu sagen, dass bei der Bewährungshilfe in zwei, drei Jahren die meisten, wenn nicht alle sagen: Dieser Zustand ist besser als der alte Zustand. Denn wenn man ein-mal ein bisschen darüber nachdenkt, stellt man fest, dass die Bewährungshilfe eine Hilfe von Mensch zu Mensch ist.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Hierfür brauche ich wirklich den Staat nicht. Das ist keine Leistung einer Bürokratie,

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

sondern das ist eine Leistung, die ein Mensch für den ande-ren erbringt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Deswegen könnten wir an dieser Stelle das ehrenamtliche Element noch gewaltig verstärken. Ich bin der Überzeu-gung, dass es in Baden-Württemberg viele Menschen gibt, Frauen und Männer, die bereit wären, konzentriert auf ei-nen bestimmten anderen Menschen diese Leistung zu er-bringen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Erklären Sie doch ein-mal, warum Sie die nicht genommen haben, die sich angeboten haben!)

– Das ist doch nur eine Frage der Organisation. Angeboten haben sich natürlich etliche Organisationen. Lieber Herr Oelmayer, ich war erst heute Morgen bei der Bewährungs-hilfe Stuttgart, natürlich zu einer Zeit, zu der der Landtag mit seiner Sitzung noch nicht begonnen hatte. Darauf wird ja geachtet. Heute Morgen habe ich bei denen zu Beginn der Veranstaltung ein Grußwort gehalten. Wir sind uns da viel einiger, als Sie glauben. Zum Beispiel sind die großen Vereine – Bewährungshilfe Stuttgart, Straffälligenhilfe Ludwigsburg, Böblingen – schon alle in direktem Kontakt mit „Neustart“, dem österreichischen Träger. Aber es ist nun einmal so, dass die das dort seit 30 oder 40 Jahren ma-

(Minister Dr. Goll)

chen und natürlich im ordentlichen Ausschreibungsverfahren auch das beste Angebot abgegeben haben. Jetzt wird aber eng mit den vorhandenen Strukturen zusammengearbeitet. Die wären ja auch dämlich, wenn sie diese Strukturen hier nicht nutzen würden.

Allerdings sage ich in diesem Zusammenhang auch, lieber Herr Stickelberger, dass Sie sich in Presseerklärungen – das muss ich doch einmal deutlich sagen – nicht entblödet haben, mich bei dieser Bewährungshilfesache mit der Haider-FPÖ in Verbindung zu bringen. Das halte ich schon für bemerkenswert, genauso wie ich auch ein bisschen über das nachdenke, was im Ausschuss geschehen ist, als ich Sie zum Antidiskriminierungsgesetz etwas gefragt habe. Ich habe zugegebenermaßen ein hartes Wort gebraucht. Ich würde das aber sofort wiederholen: Dieses Gesetz ist für mich einem kranken Gehirn entsprungen. Ich habe Sie etwas gefragt, als Sie düstere Andeutungen gemacht haben.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die Psychiatrisierung des politischen Gegners ist kein anständiges Verhalten! Kranke Gehirne sind zu behandeln! Das ist nicht anständig!)

Ich sage Ihnen gern: Ein solches Gesetz kann nur ein Verrückter erfinden. Davon bin ich überzeugt. Ich werde morgen im Bundesrat dazu reden. Dieses Gesetz ist für mich Wahnsinn, der Methode hat. Ich könnte die Reihe der Beispiele verlängern. Ich bin mir nicht sicher, dass ich, wenn ich in Ihren früheren Reden krame, zu dem Schluss komme, dass Sie der Berufene sind, der behaupten darf, dass er sich hier immer einer sanften Ausdrucksweise bedient.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich will Ihnen sagen, was die eigentliche Zumutung ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Den Geisteszustand eines politischen Gegners habe ich noch nie thematisiert!)

Als ich im Ausschuss noch nachgefragt habe, was Sie mit diesen Vergleichen denn meinen, haben Sie nichts gesagt. Gleichzeitig hat Ihr Pressesprecher schon verbreitet, ich würde Nazivokabular gebrauchen. Das ist die eigentliche Zumutung. In der Presseerklärung hieß es „Nazivokabular“. Ich glaube, Sie sind derjenige, der mir am wenigsten Vorschriften zu machen hat, was man zu sagen hat und was nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stickelberger?

Justizminister Dr. Goll: Wenn die Wortwahl ordentlich ist, ja.

Abg. Stickelberger SPD: Herr Minister, ich werde mich bemühen, in der Wortwahl nicht das Niveau zu erreichen, das Sie gerade an den Tag gelegt haben.

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Schon erreicht!)

Die Frage: Kennen Sie das Protokoll dieser Ausschusssitzung und die Berichtsvorlage für die heutige Beratung, in der drinsteht, dass ein Abgeordneter der SPD gesagt hat, dass dieser Begriff, den Sie eben zitiert haben, historisch besetzt sei, sodass ich also sehr wohl in dieser Sitzung des Finanzausschusses schon die Parallele zum Vokabular von damals gezogen habe?

Justizminister Dr. Goll: Von mir aus. Ich habe keine Lust, darin herumzuwühlen, muss ich ehrlich sagen.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Wer hat hier damit angefangen?)

Mir ist nur aufgefallen – ich wiederhole –, als ich Sie dort gefragt habe, dass Sie sibyllinisch angedeutet haben, das sei eine ganz böse Sprache und Ähnliches. Gleichzeitig lief Ihre Presseerklärung mit dem Nazivergleich. Mit dem sollte man schon vorsichtig sein. Ich war ja bei der Sitzung und der Rückfrage dabei.

Herr Abg. Oelmayer, Sie haben auch einige Punkte angesprochen. Da ging es zuerst um den Antrag zu den Amtsgerichten.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber nicht „einem kranken Hirn entsprungen“! Mit solchen Menschen rede ich normalerweise gar nicht, die ein solches Vokabular gebrauchen! Das macht mich betroffen! Das ist einfach unter aller Kanone! Ich würde mir nie erlauben, Ihnen dies zu sagen! Nie! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das erzählt der Oberliberale! Unglaublich! – Weitere Zurufe – Große Unruhe)

– Ich finde das schon köstlich. Zu Ihrer Seite muss man auch einmal sagen: Hart im Austeilen, wehleidig im Entgegennehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Oelmayer GRÜNE: Sie können mir nicht vorwerfen, dass ich Sie jemals beleidigt hätte! – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Aber nicht beleidigen!)

Was ich mir von Ihrer Seite – das gilt für Sie alle – schon habe anhören müssen!

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Es geht doch gar nicht um uns! – Abg. Schmiedel SPD: Reden Sie doch mal zur Sache!)

Es geht um ein Gesetz.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Es geht darum, dass der politische Gegner nicht psychiatrisiert werden darf! Das ist unsäglich! – Zuruf von der CDU: Was soll denn diese Aufregung hier? – Zuruf von der SPD: Politischer Anstand! – Weitere Zurufe – Lebhaftige Unruhe)

– Dann regen Sie sich weiter auf; aber geben Sie Acht, dass Sie nicht krank werden.

(Anhaltende Unruhe)

(Minister Dr. Goll)

Soll ich zu dem Antrag zu den Amtsgerichten noch etwas sagen? Sie haben mich etwas gefragt; deswegen muss ich mit Ihnen reden, wenn ich höflich sein will.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ich bin halt tief enttäuscht über Ihr Verhalten! Das ist für mich ein unglaublicher Vorgang gegenüber Kollegen!)

Thema Bürgernähe: Sie haben den Begriff geradezu ein bisschen abwertend verwendet. Sie haben gesagt, es gehe nicht nur um Geografie, sondern auch um andere Dinge. Dabei ist mir eigentlich durch den Kopf gegangen, dass es nichts Bürgernäheres gibt – nicht nur lokal gesehen, sondern auch hinsichtlich der Art, wie die Leute behandelt werden – als ein kleines Amtsgericht. Genau das, was Sie wollten – dass die Leute ordentlich behandelt werden und dass sie einen direkten Kontakt von Mensch zu Mensch haben –, geschieht eigentlich am kleinen Amtsgericht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deswegen brauche ich schon sehr gute Gründe, um in diese Struktur einzugreifen. Ich sage Ihnen heute: Wenn sich die Verhältnisse tatsächlich weiter so entwickeln, insbesondere auf der Einnahmeseite, ist es nicht ausgeschlossen, dass wir über solche Punkte in Zukunft sprechen. Aber warum soll ich das opfern, ehe ich es wirklich muss? Ich bin dem Landtag und seiner Mehrheit dankbar, dass diese Einrichtung erhalten wurde – diese Einrichtung, die für die Fläche und für die Städte so wichtig ist.

(Beifall der Abg. Dr. Noll und Theurer FDP/DVP)

Es ist auch für das Bewusstsein der Menschen wichtig, dass sie die Justiz sichtbar in der Nähe haben und dass sie sich nicht irgendwohin verflüchtigt, wo sie keiner mehr wahrnimmt. Das ist wichtig.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Wohl wahr! – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Die Leistungsfähigkeit der kleinen Amtsgerichte ist so hoch, dass sie bestimmte strukturelle Nachteile, die durch ihre Konstruktion gegeben sind, durch den besonderen Einsatz mehr als kompensieren. Man muss sich schon gut überlegen, ob man da herangeht. In diesem Haushalt jedenfalls nicht; und ich hoffe, es auch künftig nicht tun zu müssen.

Das Thema DNA-Analyse kann ich hier natürlich nicht ausschöpfen, sonst werde ich meinem Vorsatz untreu, hier nicht so lange zu sprechen. Sie haben vom Bürgerrechtsminister gesprochen. Aber kann der Bürgerrechtsminister wirklich daran vorbeigehen, dass Sie mit der DNA-Analyse das beste Mittel zur Verhütung von Straftaten überhaupt haben, das präventivste Mittel überhaupt? Damit muss man sich doch intensiv auseinander setzen. Deswegen ist doch klar, dass heute durch die Bank politischer Konsens ist, dass man die Anwendung jedenfalls ein erhebliches Stück ausweiten wird. Das werde ich auch mittragen. Auf einmal sind auch Nordrhein-Westfalen und andere dabei, die früher nie bei dieser Diskussion dabei waren – was mich eigentlich auch wieder erstaunt.

Sie haben das Thema Härtefallkommission angesprochen. Ich gehe davon aus, dass wir bei der Härtefallkommission

natürlich zu einem Ergebnis kommen. Es gibt keine anderen Anzeichen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Eine vage Aussage, Herr Minister! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Allerdings wird diese Härtefallkommission kein Einfallstor – ich sage einmal: à la Visa-Thematik – sein, sondern wir werden sie für das nehmen, wofür sie da ist, nämlich für besondere Einzelfälle, bei denen wir bisher die Familien wirklich nur mit ungutem Gefühl wieder zurückgeschickt haben, weil jeder gesagt hat: „Das ist eigentlich unvernünftig; sie sind hier voll integriert.“ Aber ich sage: Die Härtefallkommission wird niemals ein Instrument für eine zahlenmäßig beträchtliche Einwanderung nach Baden-Württemberg werden. Das wäre tödlich. Dann wäre ich auch dagegen, sie einzurichten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Blenke CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Jetzt wurde das Antidiskriminierungsgesetz mehrfach angesprochen. Ich spreche morgen im Bundesrat dazu, und ich werde versuchen, mich möglichst höflich und anständig auszudrücken.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das wird Ihnen aber schwer fallen, wenn Sie so weitermachen wie jetzt gerade! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie wollten es doch kurz machen! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

– Deswegen an dieser Stelle nicht allzu viel dazu. – Dass dieses Gesetz gerade für die Tätigkeit der Gerichte absolut kontraproduktiv ist, kann man sich vorstellen. So macht man den Gerichten Arbeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kiefl CDU: Das stimmt!)

Genauso kontraproduktiv ist es natürlich, den Gentest, den heimlichen Vaterschaftstest, unter Strafe zu stellen, zumindest bei denen, die sonst berechtigt wären, die Vaterschaft anzufechten. Da ist es einfach unsinnig. Da habe ich daran gedacht, dass man in den Sechzigerjahren eine Reform des Strafrechts durchgeführt hat – ein großer Fortschritt –: Man hat das Strafrecht aus Bereichen herausgenommen, wo man eigentlich kein Strafrecht braucht, insbesondere in der Familie. Was jetzt stattfindet, ist, dass man mit dem Strafrecht wieder in die Familie hineingeht. Auch das ist natürlich kontraproduktiv. Der Vorschlag sollte vom Tisch genommen werden, wird vermutlich auch vom Tisch genommen, Gott sei Dank als Irrtum erkannt.

Das sind nur einige Punkte, die Ihnen von Bedeutung waren.

Ich möchte diese Gelegenheit natürlich auch nutzen, um mich zu bedanken. Der Dank geht an alle, die an diesem Haushalt mitgewirkt haben: an den Landtag, an den Finanzausschuss. Wenn ich Landtag und Finanzausschuss sage, Herr Stickelberger, so ist es keine Abstimmung über mich, sondern eine Abstimmung über den Haushalt. Insofern hat es mich nicht ganz überzeugt, dass Sie ihn ablehnen. Aber

(Minister Dr. Goll)

da kann man nichts machen. Der Dank geht an die Finanzverwaltung, er geht an die Haushaltsabteilung im eigenen Haus – da habe ich noch einmal Glück gehabt, wie man vorhin gehört hat.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der Dank gilt allen Bediensteten in der baden-württembergischen Justiz, die dazu beigetragen haben, dass diese ausgezeichnet dasteht – das kann man sagen –, im Ländervergleich sowieso, aber auch überhaupt. Die Leistungen können sich sehen lassen. Der Dank geht nicht zuletzt an alle Bürgerinnen und Bürger, die die Veranstaltung mit ihren Steuern bezahlt haben.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 05 – Justizministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/4005.

Wir haben uns interfraktionell geeinigt, dass wir über einige Kapitel gemeinsam abstimmen. Ich rufe deshalb auf

Kapitel 0501

Ministerium

und

Kapitel 0502

Allgemeine Bewilligungen

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Alfred Haas CDU: So deutlich und langsam sprechen, Frau Präsidentin, dass jeder es mitbekommen kann!)

– Herr Haas, auf jeden Fall so, dass es jeder zu später Stunde auch noch richtig wahrnimmt.

(Abg. Schmiedel SPD: Haben Sie da Zweifel? – Abg. Rüeck CDU: Wir begreifen schnell!)

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Den Kapiteln wurde mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zum

Kapitel 0503

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Wer dem Kapitel 0503 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel 0503 ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum

Kapitel 0504

Fachhochschule Schwetzingen – Hochschule für Rechtspflege

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Diesem Kapitel wurde einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zu

Kapitel 0505

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Kapitel 0506

Sozialgerichtsbarkeit

und

Kapitel 0507

Finanzgericht

Wer diesen drei Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Den drei Kapiteln wurde mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zum

Kapitel 0508

Justizvollzugsanstalten

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthält sich jemand? – Das Kapitel wurde mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zu

Kapitel 0509

Arbeitsgerichtsbarkeit

und

Kapitel 0510

Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltung zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die beiden Kapitel wurden einstimmig angenommen.

Wir kommen zu

Kapitel 0511

Notariate und Grundbuchämter des badischen Rechtsgebiets

und

Kapitel 0512

Notariate des württembergischen Rechtsgebiets

Wer diesen beiden Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthält sich jemand? – Bei vielen Gegenstimmen wurden diese beiden Kapitel mehrheitlich angenommen.

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

Damit kommen wir zum Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4045-1. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Bei einigen Jastimmen wurde dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit ist die Zweite Beratung des Einzelplans 05 abgeschlossen. Vielen Dank.

Ich rufe **Punkt 2** der heute Vormittag erweiterten Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Justizministeriums vom 4. Februar 2005, Az.: E.1044.2004/2 – Immunitätsaufhebung – Drucksache 13/4064

Sie stimmen dieser Beschlussempfehlung zu?

(Abg. Sakellariou SPD: Halt! Ich möchte das Wort ergreifen!)

Ich erteile Ihnen, Herr Sakellariou, das Wort.

Abg. Sakellariou SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mir liegt hier ein Antrag vor, wonach ich der Aufhebung der Immunität eines Abgeordneten zustimmen soll. Ich bin nicht Mitglied des Ständigen Ausschusses und weiß nicht, um welche Person und um welches Delikt es sich handelt.

(Zurufe von der CDU)

Um prüfen zu können, ob der Umstand, dass ein Parlamentarier strafrechtlich verfolgt wird, nicht auf andere Beweggründe zurückgeht, brauche ich Informationen darüber, aus welchem Grund hier jemand strafrechtlich angezeigt wurde. Ich bitte um Aufklärung. Ich weiß sonst nicht, wie ich mich hier zu verhalten habe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Bitte keine Schauspielerei! – Abg. Pfisterer CDU: Ein Schauspiel ist das! – Abg. Blenke CDU: Wo haben Sie Schauspielunterricht genommen? – Weitere Zurufe von der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich erteile Herrn Abg. Herrmann das Wort.

Abg. Herrmann CDU: Herr Kollege Sakellariou, Sie wissen – wenn Sie es nicht wissen, können Sie sich kundig machen –, dass dieses Verfahren in den letzten Jahren immer so praktiziert wurde. Die Frage, ob es geändert werden sollte, kann möglicherweise einmal beraten oder angesprochen werden. Bisher war es Praxis, dass der Ständige Ausschuss über die Aufhebung der Immunität entscheidet und diese Entscheidung dann hier im Parlament, wenn es sich nicht um Bagatellangelegenheiten handelt, in der Form, wie wir es auch jetzt machen, vorgetragen wird. Genauso ist es üblich, dass auch Ausschussberichte dem Parlament in einer so genannten anonymisierten Form vorgelegt werden.

Wie gesagt, dieses Verfahren war bisher Praxis, die hier schon mehrfach so angewandt wurde. Wir sollten das auch in diesem Fall tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, ich lasse über die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Schmiedel SPD: Aber bloß, weil es Herr Herrmann empfohlen hat!)

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses wurde einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Freitag, 18. Februar 2005, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 19:53 Uhr

Anlage 1

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umsetzung im Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuss für Umwelt und Verkehr	ordentliches Mitglied		Heike Dederer

17. 02. 2005

Günther H. Oettinger und Fraktion

Anlage 2

Vorschlag

der Fraktion GRÜNE

Umsetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Finanzausschuss	ordentliches Mitglied	Heike Dederer	Edith Sitzmann
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	stellvertretendes Mitglied	Heike Dederer	Walter
Petitionsausschuss	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Heike Dederer Dr. Witzel	Dr. Witzel Brigitte Lösch

17. 02. 2005

Winfried Kretschmann und Fraktion